C 21734 D

Ökologie und Marxismus S.10

Arbeiterkampf

Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes

Jg.7 Nr.136 21.8.78

DM 2,–

Albanien packt aus

Nachdem die chinesische Führung am 7. Juli sämtliche Verträge über technische Hilfe etc. mit Albanien einseitig gebrochen, jede Hilfe eingestellt und die chinesischen Techniker und Berater zurückgerufen hat (vgl. AK 134), hat nunmehr die Partei der Arbeit Albaniens (PdAA) in einer Stellungnahme vom 29. Juli (vollständig abgedruckt als Beilage zum „Roten Morgen" vom 11.8.78) damit begonnen, Hintergründe des Konflikts aufzuhellen. Hier die wesentlichen Punkte der albanischen Stellungnahme:

1) China habe Albanien *„eine einseitige wirtschaftliche Entwicklung aufzwingen, ihren schnellen und sicheren Fortschritt verzögern"* wollen. Dieser Vorwurf wird nicht konkretisiert.

2) China habe in den Auseinandersetzungen mit der KPdSU *„Schwankungen"* gezeigt *„und nahm keine feste Haltung gegen die Chruschtschowianer ein"*. Die albanische Führung will sich offenbar als einzig konsequenter Vorkämpfer gegen den Revisionismus profilieren, verzerrt dabei allerdings die historischen Tatsachen. Beispielsweise zitiert sie Äußerungen aus Gesprächen mit Liu Schao-tschi und Deng Hsiao-ping aus dem Jahre 1962, obwohl die o f f i z i e l l e Haltung und Praxis der KP Chinas damals anders war als diese Äußerungen.

3) Sehr bemerkenswert ist die albanische Kritik an der chinesischen Politik zu den Grenzproblemen mit der Sowjetunion. Mao soll 1964 gegenüber japanischen Abgeordneten geäußert haben, *„daß weite Gebiete von Hunderttausenden von Quadratkilometern China von den russischen Zaren geraubt worden seien, daß die Sowjetunion auch in Europa als Folge des 2. Weltkrieges Grenzprobleme habe"* (zitiert nach der albanischen Stellungnahme). Albaniens Kritik daran ist, soweit es die chinesisch-sowjetische Grenze angeht, daß damit der KPdSU-Führung ein Mittel an die Hand gegeben worden sei, von der ideologischen Auseinandersetzung abzulenken und die Auseinandersetzung als Grenzstreit um territoriale Forderungen Chinas darzustellen. Was Europa angeht, so wendet sich Albanien aus prinzipiellen Gründen gegen eine Infragestellung der nach dem Zweiten Weltkrieg entstandenen Grenzen. Das sei ein Angriff auf Stalin... Besonders interessant ist, daß die PdAA angeblich bereits damals, also 1964, ihre Kritik und Bedenken der KP Chinas in einem Brief mitteilte, jedoch keine Antwort erhielt. Ähnlich ging es – wenn die albanische Darstellung stimmt – auch bei allen weiteren Kritikpunkten.

4) Bereits in unserer Einschätzung des 7. Parteitages der PdAA (November 1976) schrieben wir, daß die PdAA **„sich im wesentlichen die Lehren der KP Chinas und insbesondere der Großen Proletarischen Kulturrevolution n i c h t angeeignet hat"** (AK 95, Dez. 1976, S.44) Diese Einschätzung wird in der jetzigen albanischen Stellungnahme offiziell bestätigt: Die PdAA sei *„mit vielen prinzipiellen Fragen und Methoden, die bei dieser Revolution angewandt wurden, und von denen sie geleitet wurde, nicht einverstanden"* gewesen. Die Kulturrevolution *„schuf einen wirren und chaotischen*

Fortsetzung auf Seite 34

Faschistischer Terror im Iran

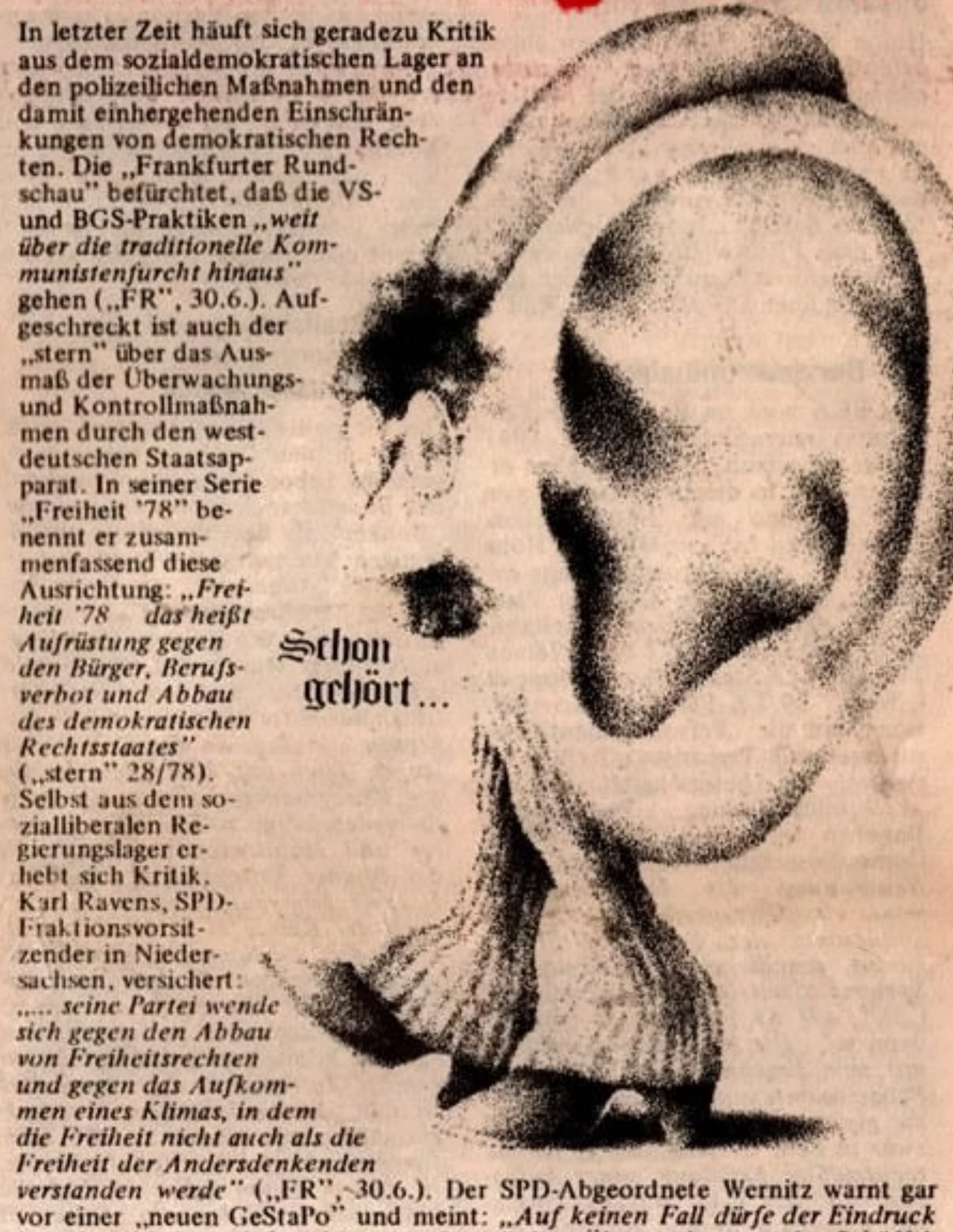
Der 19. August '78 ist der 25. Jahrestag des blutigen Putsches von CIA und iranischen Faschisten gegen die demokratisch gewählte Regierung Mossadegh. Hinter dem Putsch standen die imperialistischen Ölkonzerne, deren Besitz in Iran Mossadegh verstaatlicht hatte. Das Schah-Regime wurde an die Macht gehievt, mit Hilfe des CIA gerüstet mit Waffen und Geheimdiensten.

Das Schah-Regime hatte sich auf diesen Jahrestag vorbereitet: Kriegsrecht in vier großen Städten, Armee wurde um alle größeren Orte zusammengezogen, Moscheen und Versammlungsräume abgeriegelt. Eine Woche zuvor war eine absolute Zensur verhängt worden, keine Zeitung durfte über die Massenproteste und den faschistischen Terror berichten (siehe ausführlichen Artikel im Nahost-Teil dieses AK).

Die religiösen Führer hatten für diesen Jahrestag die Massen aufgerufen, sich in den Moscheen zu sammeln und dafür zu beten, „daß das Volk von diesem Diktator befreit wird". Dies war ein offener Aufruf zum Bruch des Kriegsrechts und eine

Fortsetzung auf Seite 4

Spitzel-Staat wird weiter ausgebaut!



In letzter Zeit häuft sich geradezu Kritik aus dem sozialdemokratischen Lager an den polizeilichen Maßnahmen und den damit einhergehenden Einschränkungen von demokratischen Rechten. Die „Frankfurter Rundschau" befürchtet, daß die VS- und BGS-Praktiken *„weit über die traditionelle Kommunistenfurcht hinaus"* gehen („FR", 30.6.). Aufgeschreckt ist auch der „stern" über das Ausmaß der Überwachungs- und Kontrollmaßnahmen durch den westdeutschen Staatsapparat. In seiner Serie „Freiheit '78" benennt er zusammenfassend diese Ausrichtung: *„Freiheit '78 – das heißt Aufrüstung gegen den Bürger, Berufsverbot und Abbau des demokratischen Rechtsstaates"* („stern" 28/78). Selbst aus dem sozialliberalen Regierungslager erhebt sich Kritik. Karl Ravens, SPD-Fraktionsvorsitzender in Niedersachsen, versichert: *„... seine Partei wende sich gegen den Abbau von Freiheitsrechten und gegen das Aufkommen eines Klimas, in dem die Freiheit nicht auch als die Freiheit der Andersdenkenden verstanden werde"* („FR", 30.6.). Der SPD-Abgeordnete Wernitz warnt gar vor einer „neuen GeStaPo" und meint: *„Auf keinen Fall dürfe der Eindruck bestehen bleiben, daß es hier eine fragwürdige Überwachungs- oder Schüffelpraxis gegenüber Einzelpersonen gibt"* („Allg. Zeitung". 1.6.). In diesem Kreis darf auch Willy Brandt nicht fehlen, der sich milde und scheinheilig über das

Portugal: Regierung Soares vom Großkapital abserviert

Ende Juli wurde der sozialdemokratische Regierungschef Portugals, Mario Soares, vom Staatspräsidenten, Eanes abgesetzt. Einige Tage später beauftragte Eanes den parteilosen kapitalistischen Technokraten Nobre da Costa mit der neuen Regierungsbildung.

Damit fand eine unrühmliche Geschichte sozialdemokratischen Verrats ein vorläufiges Ende - eine Geschichte fast wie aus dem Bilderbuch der SPD. Hier die Stationen der Geschichte:

- **25.April 1974.** In Portugal wird der Faschismus durch einen Putsch fortschrittlicher Militärs gestürzt. Soares, Chef einer wesentlich von der SPD zusammengeschusterten und finanzierten sozialdemokratischen Partei (PS), wird nach Lissabon eingeflogen. Er zeigt sich öffentlich Arm in Arm mit dem ebenfalls zurückgekehrten Alvaro Cunhal, Chef der 'KP' (PCP).

Die PS arbeitet in mehreren provisorischen Regierungen de facto mit der PCP zusammen.

- **Sommer 1975.** Bourgeoisie und Imperialismus beginnen die Gegenoffensive gegen den sich entfaltenden Prozeß revolutionärer Veränderungen in Portugal. Den Auftakt macht die PS, indem sie am 11.Juli 1975 aus der Provisorischen Regierung austritt. Soares organisiert antikommunistische Massenkundgebungen der PS, denen sich andere reaktionäre Kräfte anschließen. Es folgt eine Welle faschistischer Terroranschläge und Überfälle gegen Büros der PCP und der revolutionären Linken, vor allem in Nordportugal.
- **Herbst 1975.** Durch gezielte personelle Veränderungen im Revolutionsrat und in der militärischen Führung der Armee wird das Kräfteverhältnis zugunsten der Rechten verschoben und die fortschrittlichen Offiziere des 25.April zurückgedrängt.
- **25.November 1975.** Unter dem Vorwand eines Putsches von links werden die fortschrittlichsten Armeeeinheiten entwaffnet und aufgelöst; viele linke Militärs werden zeitweise festgenommen. Mario Soares jubiliert über die "Rettung der portugiesischen Demokratie".
- **25.April 1976.** In Portugal finden die ersten Parlamentswahlen statt. Die PS geht mit der Parole in den Wahlkampf, sie werde keine Koalisation eingehen, sondern entweder allein regieren oder gar nicht. Die PS erhält 35% der Stimmen und wird stärkste Partei. Zusammen mit der PCP (14,6%) hätten beide Parteien 142 der insgesamt 263 Parlamentssitze, also eine ausreichende Mehrheit. Mario Soares zieht es vor, eine PS-Alleinregierung ohne parlamentarische Mehrheit zu bilden, die sich bei ihren Maßnahmen mal auf die rechten Parteien CDS (Christdemokraten) und PPD stützt, und mal auf die PCP. Die Phase der kapitalistischen Restauration und der "Sparpolitik" zu Lasten der Bevölkerung rollt an.
- **27.Juni 1976.** In Portugal wird der Staatspräsident gewählt. Die PS ruft zur Wahl von Ramalho Eanes auf - eben jenem, der jetzt Mario Soares absetzte. Die Situation erinnert etwas an 1932, als die SPD die Wahl des Erzreaktionärs Hindenburg unterstützte, der ein halbes Jahr später Hitler zum Kanzler machte.

Nach Abschluß der Wahlen setzt die Regierung Soares verstärkt ihren Kurs volksfeindlicher Maßnahmen und der schrittweisen Rücknahme aller Errungenschaften des 25.April fort.

- **Februar 1978.** Die Zeit ist reif für die nächste Stufe sozialdemokratschen Verrats: Mario Soares bildet eine Koalitionsregierung mit den Christdemokraten (CDS) und bricht damit sein Wahlversprechen, entweder allein zu regieren oder gar nicht.
- **Ende Juli 1978.** Die CDS-Minister lösen durch ihren Rücktritt eine Regierungskrise aus. Soares wird von Eanes abgesetzt.

Mit seiner Politik hat Soares die PS inzwischen soweit heruntergewirtschaftet, daß sich kaum eine Stimme gegen seine Absetzung regt. Während er ohnmächtig von einer „verfassungswidrigen" Maßnahme des Staatspräsidenten Eanes spricht, werfen ihm andere PS-Führer eine „sektiererische Haltung" gegenüber dem vermutlich neuen Regierungschef Nobre da Costa vor.

Mario Soares versprach dem Land einen „demokratischen Sozialismus". Gebracht hat er die Diktatur der Bourgeoisie und des Imperialismus.

Betr. Stammheim: Anklage gegen den ARBEITERKAMPF wegen »Staatsverleumdung«

Am 17.8.78 wurde dem presserechtlich Verantwortlichen des AK, Kai Ehlers, eine weitere Anklageschrift wegen angeblichen Verstoßes gegen §90a StGB (Staatsverleumdung) zugestellt.

Kai soll sich dadurch strafbar gemacht haben, daß er für die Berichterstattung des AK über die Stammheimer Todesfälle verantwortlich zeichnete.

Außerdem soll Kai dafür bestraft werden, daß über die Einleitung dieses Ermittlungsverfahrens gegen ihn im AK vom 20.3.78 (Nr. 125) berichtet wurde.

Der Hamburger politische Staatsanwalt Dr. Gerhardt beanstandet an der AK-Berichterstattung, daß die offizielle Begründung für den Tod von Ingrid Schubert („Selbstmord") in Zweifel gezogen wurde und dieser Todesfall als Eskalation bei der Bedrohung des Lebens der politischen Gefangenen (nach dem Tod von Baader, Ensslin und Raspe sowie dem knappen Überleben von Irmgard Möller) gewertet wurde.

Nachdem der Staatsanwaltschaft also bereits diese Passagen aufgestoßen waren, hat sie in gewissenhafter Erfüllung der ihr obliegenden Aufgaben den AK weiter daraufhin beobachtet, ob sich nicht eine der beanstandeten Behauptungen in den folgenden Nummern wiederholt.

Und tatsächlich hat der aufmerksame Staatsanwalt einen Bericht über das eingeleitete Ermittlungsverfahren gefunden und diesen Artikel gleich mit angeklagt.

Was hinter diesem Übereifer steht, läßt sich im Moment nicht genau sagen. Fest steht lediglich folgendes: die Hamburger politische Abteilung der Staatsanwaltschaft und der Staatsschutzpolizei liest in letzter Zeit besonders aufmerksam die Veröffentlichungen des KB. Die Zahl der gegen presserechtlich verantwortliche KB-Genossen eingeleiteten Ermittlungsverfahren hat in letzter Zeit erheblich zugenommen.

In der vorliegenden Anklage gegen Kai Ehlers wird zudem noch dessen „Vorstrafen"-Register aufgeführt, was für den anstehenden Prozeß nichts Gutes erwarten läßt!

IKAH Hamburg

Redaktionsmitteilung

Die Tatsache, daß diese Ausgabe des ARBEITERKAMPF nicht die gewohnten 60 oder 64 Seiten, sondern "nur" 40 Seiten Umfang hat, ist Ausdruck der Urlaubssituation und hat noch nichts mit der neuen Konzeption dieser Zeitung zu tun, über die wir augenblicklich diskutieren.

Fortsetzung von Seite 1 „Schnüffelklima" in der BRD beklagt. Der neue Bundesinnenminister, Gerhart Baum, beeilt sich zu versichern, daß er nach den BGS-Skandalen den *„Sicherheitsapparat gründlich .... durchforsten"* wolle („Süddeutsche Zeitung" – „SZ", 6.7.), um die *„Angst vor dem Überwachungsstaat"* (ebda) zu beschwichtigen. Man könnte direkt meinen, daß Regierung und liberale Presse nun erkannt haben, daß es mit dem „Sicherheitsapparat" und dem Klima der permanenten Gesinnungsschnüffelei so nicht weitergehen dürfe – Was Wunder! Bleibt darauf hinzuweisen, daß Landtagswahlen in Hessen und Westberlin anstehen und daß in zwei Jahren Bundestagswahlen „drohen". Mit Berufsverboten und Polizeistrategien gegen die Bevölkerung läßt sich vor allem das jugendliche Wählerpotential nicht gewinnen. Eine Regierungspartei aber, die sich selbst vor der Gefahr einer „neuen GeStaPo" warnt, die kann so schlimm und so verbraucht doch nicht sein, nicht wahr...?

Der Ausbau des Sicherheitsapparates geht zügig voran!

Hinter den offiziellen und vor allem öffentlichkeitswirksamen Versprechungen vollzieht sich der weitere Ausbau der „Sicherheitsmaßnahmen" auf allen polizeilichen Ebenen. Gerade eben am 27.7.78 wurde der Bundeshaushalt 1979 vorgelegt, der allein für den Bereich „Innere Sicherheit" 922 neue Planstellen auf Bundesebene vorsieht, mit entsprechenden Kosten von über 540 Mio. DM („Welt", 27.7.).

Das Bundeskriminalamt

Das BKA wird im Rahmen des „Programms Innere Sicherheit 1978-1981" weiter ausgebaut. Die Planstellen erhöhen sich in diesem Zeitraum von 2.345 Stellen auf 3.865 Stellen. Z u s ä t z l i c h e Mittel in Höhe von 310,2 Mio DM sind bereits bewilligt worden. Die Zahl der Planstellen der Kommission „Zielfahndung" wurde von 1977 bis 1978 von 193 auf 373 Stellen fast verdoppelt („Welt", 29.7.). Für diese Kommission wird die „Personen-Identifizierungszentrale Terrorismus" (PIZ) errichtet, ihr beigeschaltet ist die „Lichtbildsammlung Terroristen". Daneben wird auch das „INPOL"-Computersystem perfektioniert. *„Die Neuordnung des INPOL-Systems setzt ein leistungsfähiges digitales Sondernetz der Polizei (DISPOL) voraus, das die einzelnen Teile des Systems miteinander verbindet"* („IS", 43/78). Im Klartext heißt es dann so: *„Die Neuordnung wird somit zum Ergebnis haben, daß jeder Polizeibeamte mit gleichen Verfahren die gleichen Auskünfte (erhält), und zwar in dem Umfang, den er für die rechtmäßige Erfüllung seiner Aufgaben benötigt"* („IS" 43/78). Zusätzlich ausgebaut werden auch die Abteilungen, die zur Bekämpfung des Terrorismus eingesetzt sind. Dies geschieht zeitgleich mit der Aufstellung weiterer „Organisationseinheiten für Terrorismusbekämpfung" („IS" 43/78) beim Verfassungsschutz. Offenbar sollen in Zukunft VS und BKA noch kooperativer zusammenarbeiten.

Terrorismusbekämpfung" („IS" 43/78) beim Verfassungsschutz. Offenbar sollen in Zukunft VS und BKA noch kooperativer zusammenarbeiten.

Ausbau des BGS als (Bundes)polizei des BKA

„Der BGS erhält im Raum Hessen drei zusätzliche Abteilungen. Zweck: Entlastung der Einsatzabteilungen, die bei der Unterstützung anderer Sicherheitsbehörden mit Schwerpunkt im Bereich Terrorismus eingesetzt werden" („IS", 43/78). Dazu werden die Planstellen für die mobilen Einsatztruppen des BGS um 150 Stellen erhöht. Durch die „Übertragung präventiv-polizeilicher Befugnisse an BKA-Beamte" im geplanten BKA-Gesetz und durch die verstärkte Einbeziehung des BGS in die Aufgabenbereiche des BKA, sind die Grundlagen für eine Bundespolizei unter Leitung des BKA geschaffen worden. Dazu wird auch das „Grenzschutzkommando West", das im Einzugsbereich des BKA und des Bundesinnenministeriums liegt, erheblich aufgestockt. Waren es 1975 noch 2.500 Polizeibeamte, sollen es bis 1980 schon 3.518 Polizisten sein. Erwogen wird darüberhinaus eine Verdoppelung der GSG 9 (jetzige Sollstärke 177, nach „IS" 43/78). Damit wird auch die „Anti-Guerilla-Elite" des BKA erhöht.

Ausbau im Bundesinnenministerium

Neu eingerichtet wurde im BMI die Abteilung „Polizeiangelegenheiten". Sie wird geleitet vom hannoveranischen Polizeipräsidenten Heinrich Boge. *„Das Lagezentrum im Bundesministerium des Innern wird... durch weiteren Ausbau in die Lage versetzt, allen Aufgaben einer Führungszentrale gerecht zu werden"* („IS" 44/78). Diese Zentrale soll Tag und Nacht besetzt sein.

Insgesamt werden im Bundesinnenministerium direkt 13 und in nachgeordneten Dienststellen 162 neue Planstellen geschaffen („Welt", 27.7.).

Verbesserung der internationalen Kooperation

Auf einer Tagung des „Bundes Deutscher Kriminalbeamter" am 27. und 28.4.78 forderte der Bundesvorsitzende des BDK, Ingo Herrmann: *„Es reiche nicht aus, wenn Informationen nur auf der Ebene leitender Beamter ausgetauscht würden, die Berichte aus der Praxis jedoch nur selten die Basis erreichten"* („Kriminalistik" 6/78). Ein Schritt in die Richtung internationaler Zusammenarbeit ist neben der „Antiterrorismus-Konvention" auch der Vertrag zwischen der französischen und westdeutschen Regierung über eine polizeiliche Zusammenarbeit. Das Abkommen *„soll ein noch engeres Zusammenwirken der deutschen und französischen Polizei im beiderseitigen Grenzbereich bei der Verbrechensverhütung und der Ergreifung von Straftätern gewährleisten"*. Und ganz im Sinne Herrmann s sieht der Vertrag *„einen unmittelbaren Informationsaustausch auf örtlicher Ebene ... vor"* („IS" 48/78). Im Artikel 6 des Vertrages wird über den normalen Weg durch Interpol ein Datenaustausch festgelegt, um *„polizeiliche Nachrichten und Informationen zur Durchführung unaufschiebbarer Maßnahmen unmittelbar"* („IS", 48/78) vermitteln zu können.

Dezentralisierung und Effektivierung des Sicherheitsapparates

Um die polizeilichen Aufgaben noch besser in den Griff zu bekommen, entsteht neben dem „Führerbunker" des Bundeskanzleramtes ein weiterer „Bunker" als Befehlszentrale zur alleinigen Verfügung des Bundeskriminalamtes. *„Glanzstück der neuen Anlage ist das ‚Lagezentrum', das unterirdisch in den Wiesbadener ‚Geisberg' einbetoniert wurde und laut Herold ‚uneinnehmbar und anschlagsicher' ist. In der Mitte befindet sich der ‚Lageraum', in dem an einem 20 Meter langen Tisch auf 20 grünen Sesseln die Krisenmanager aller zuständigen Behörden sitzen sollen. Über Kameras und Monitorschirme kann sich der Bonner Krisenstab in den Wiesbadener Lageraum einschalten, aber auch die Runde in Wiesbaden kann bei Bedarf die Bonner Krisenstabsitzungen verfolgen. In dem ‚Lagezentrum' laufen alle Funk- und Fernschreibverbindungen zusammen. Von hier aus können auch direkte Leitungen zu ‚Interpol' in Paris geschaltet werden. Die installierten Tonbandmaschinen können bis zu 280 Telefongespräche gleichzeitig aufzeichnen. In diesem Raum sollen künftig alle polizeilichen Fäden im Krisenfall zusammenlaufen"* („Hamburger Abendblatt" 31.5.).

Während sich hier eine polizeiliche Führungszentrale herausbildet, steht dagegen im scheinbaren Widerspruch die Aussage der Innenminister der Länder: Sie wollen angeblich *„die unmittelbaren Zuständigkeiten des*

dagegen im scheinbaren Widerspruch die Aussage der Innenminister der Länder: Sie wollen angeblich „die unmittelbaren Zuständigkeiten des

Bundeskriminalamtes bei schweren Verbrechen zugunsten einer verstärkten Ermittlungstätigkeit der örtlichen Polizei wesentlich einschränken und dem BKA nur noch eine Auftragstätigkeit zubilligen" („Tagesspiegel", 23.6.). Dies entspricht aber im Grunde den Forderungen des BKA's. So forderte der Leiter der Abteilung TE im BKA, G. Scheicher, bereits im letzten Jahr, daß *„die allgemeine Effektivität durch organisatorische Maßnahmen mit dem Ziel der Spezialisierung gesteigert werden"* müsse (nach „Die Republik", März 77). Folgerichtig stellte Höcherl in seinem Bericht fest: *„Die Stärke des Bundeskriminalamtes liegt in den personellen und technischen Kapazitäten für s p e z i e l l e D i e n s t l e i s t u n g e n für die polizeiliche Ermittlung: einer leistungsfähigen, hochqualifizierten Technik aller Disziplinen, der EDV-gestützten Informationsauswertung und den hochspezialisierten erkennungsdienstlichen Einrichtungen"* („FR", 6.7., Hervorhebungen von uns). Auf dieser Ebene soll die Aufgabenverteilung von Bundeskriminalamt und Länderpolizeien *„flexibler ... nicht zuletzt bei Terror-Taten"* („FR", 6.7.) gestaltet werden.

Nicht Zuständigkeiten, sondern Belastungen sollen dem BKA genommen werden!

Bisher war das BKA zur Übernahme von bestimmten Ermittlungen quasi gesetzlich verpflichtet, was natürlich Personal und Kapazitäten gebunden hat. Hier macht Höcherl in seinem Bericht den Vorschlag, zu prüfen, *„ob das Bundeskriminalamt bei einer Änderung des BKA-Gesetzes nicht von einigen seiner gesetzlichen Zuständigkeiten in § 30 Abs. 2 des BKA-Gesetzes entlastet werden kann oder ob sich überhaupt eine reine ‚Auftragszuständigkeit' empfiehlt, die sich auf bestimmte Kriminalitätsschwerpunkte (nicht im örtlichen, sondern im Sinne von bestimmten Erscheinungsformen, wie z.B. Terrorismus) konzentrieren könnte"* („FR", 6.6.).

Damit könnte das BKA zukünftig auch offiziell den gesamten Bereich der „Terroristenbekämpfung" an sich ziehen – eine Zuständigkeit, die dem BKA nach geltendem Recht nicht zusteht. Dementsprechend sagt Höcherl: *„Zweifel scheinen mir begründet, ob die grundsätzliche Alleinzuständigkeit der Länder für die vorbeugende Verbrechensbekämpfung (Paragraph 5 Abs. 1 BKAG) für den Bereich der Terroristenbekämpfung richtig ist. Es spricht viel dafür, daß hierfür auch dem Bundeskriminalamt eine selbständige Zuständigkeit (und Verantwortung!) eingeräumt wird"* (ebd.).

Das BKA soll also von einer prinzipiellen Verpflichtung in den Deliktgruppen Wirtschaftskriminalität, Rauschgift- und Waffenhandel befreit werden, ohne allerdings – wie die „FR" irrtümlich meldete – Kompetenzen abzugeben: Bei „Bedarf" k a n n sich das BKA in alle Ermittlungen einschalten, m u ß es aber nicht (z.B. bei Überlastung), und soll zukünftig sogar eine Kompetenz dazubekommen, nämlich die der v o r b e u g e n d e n Bekämpfung des „Terrorismus".

Mit dieser Entlastung soll sich das BKA auf seine zweite *„Grundfunktion"* konzentrieren, nämlich **„die Steuerungsfunktion über den Landesbereich hinaus und die Entwicklung einer Gesamtstrategie für die Ermittlungsführung, vor allem auch in den internationalen Bezügen"** (aus dem Höcherl-Bericht).

Voraussetzung für diese Konzentration auf strategische und hochspezialisierte Aufgaben ist jedoch, daß ein Großteil der bisher vom BKA geleisteten Ermittlungstätigkeit vor Ort zukünftig stärker als bisher eigenverantwortlich von den Länderpolizeien wahrgenommen wird.

Wie der Überwachungsstaat seine Fahndungs„pannen" ausbügelt

Wie der Überwachungsstaat seine Fahndungs„pannen" ausbügelt

„Die Furcht vor dem totalen Überwachungsstaat geht um, und im Mittelpunkt der Kritik steht nicht zuletzt die polizeiliche Datenverarbeitung" („FR", 4.8.). Aber Baum kann beruhigen: gemeint sei die „mangelnde Trennschärfe" („SZ", 6.7.) bei der Überprüfung verdächtiger Personen. In dieselbe Kerbe schlägt auch der Münchener Polizeipräsident Wolf: *„Reine Ermittlungsbehörden sowie Datensammel- und Leitstellen sind, ohne ihre Leistung im Einsatzfall Schleyer bewerten oder gar schmälern zu wollen ... nicht geeignet"* („Die Polizei" 6/78). Wolf will als Lösung die Polizeiarbeit und die Exekutivbefugnisse wesentlich erweitern. Das bedeutet: *„Wir brauchen eine aktive, ja offensive Bekämpfung des Terrorismus. Mit Datensammlungen und passiven Schutzmaßnahmen a l l e i n kann das Ziel nicht erreicht werden"* (ebda). Einigkeit herrscht zwischen allen Polizeistrategen und Bundesinnenminister Baum, der klarstellt: **„Eine s i n n v o l l e Fahndung k ö n n e ... kein vernünftiger Mensch bestreiten"** („FR", 5.7.). Allerdings ist es nicht „sinnvoll", z.B. alle Daten der reisenden Jugendlichen von 20 bis 35 Jahren im Monat Oktober zu speichern. Das belastet den Computer und die Fahndungseffizienz. Durch eine Verbesserung dieser Praktiken schlagen die Sicherheitsstrategen gleich zwei Fliegen mit einer Klappe: Der Kritik am totalen Überwachungsstaat durch die liberale Öffentlichkeit wird die Spitze genommen und das Fahndungskonzept wird rationeller gemacht. So soll selbst liberaler Protest wieder ins Gegenteil umgewendet werden.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Vorsicht wenn's klingelt

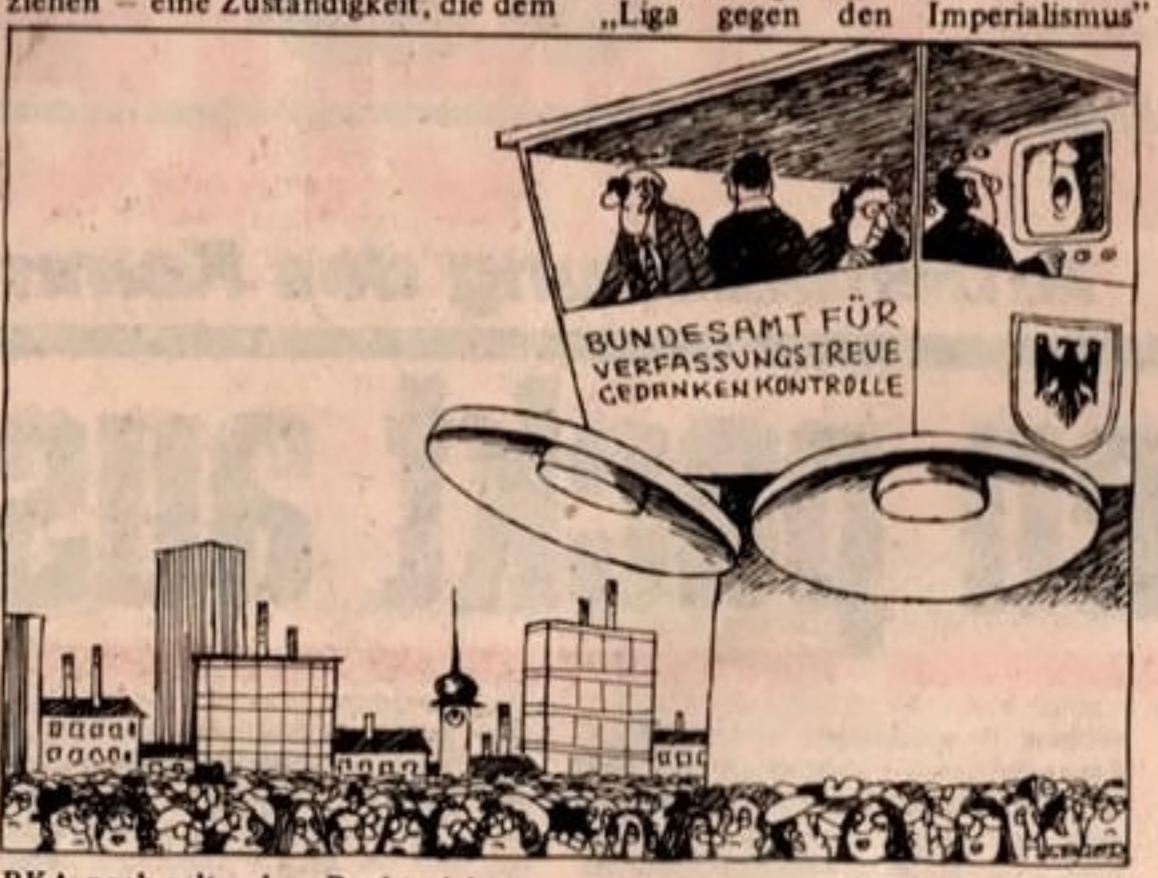
Kürzlich klingelte es bei einer Studentin in Hamburg an der Haustür. Ein freundlicher Herr stand dort und wies sich aus als Beamter des Verfassungsschutz. Die Frau ließ ihn verdutzt herein und fragte was er wolle. Er wisse, sagte er, daß sie mal in der „Liga gegen den Imperialismus" („KPD" - dominiert) mitgearbeitet habe und vor 4 Jahren dort ausgeschieden sei. Er schlug ihr vor, ob sie nicht (gegen ein entsprechendes Honorar, versteht sich) bereit wäre, Informationen an den Verfassungsschutz weiterzugeben. Speziell interessierte er sich für die politischen Aktivitäten an ihrem Fachbereich und für die Bunte Liste. In diesem Moment kam ihr Freund nach Hause. Der VS-Mann wurde gegenüber dem Mann (mit Anti-AKW-Plakette) keineswegs vorsichtiger, sondern er wiederholte auf Bitten der Studentin sogar sein „Anliegen".

Die Studentin und ihr Freund lehnte eine Spitzeltätigkeit entschieden ab und forderten den VS-Mann auf, die Wohnung zu verlassen. Dieser verabschiedete sich daraufhin sehr höflich.

Die Frau wendete sich an einen Anwalt und bot die Story dem „stern" an.

Was an dieser Sache besonders schockierend ist, ist die Dreistigkeit, mit der der VS zu Leuten in die Wohnung spaziert und seine miesen Spitzeljobs anbietet.

SSB-Hamburg
Bereich Sozialpädagogik



Warum w i r nicht klagen

Vor einiger Zeit wurde bekannt, daß beim BGS lange Listen (mit insgesamt 287 linken Publikationen) liegen und daß Besitzer dieser Publikationen bei Grenzübertritten besonders bespitzelt und registiert werden.

Die trotzkistische GIM hat daraufhin am 26. Juli beim Verwaltungsgericht Köln eine Klage eingereicht, die darauf hinaus läuft, daß Besitzer der „was tun" (Zeitung der GIM) künftig beim Grenzübertritt nicht mehr registriert werden dürfen. Ziel dieser Klage sei es, *„an einem konkreten Punkt eine O f f e n s i v e gegen die ausufernden Überwachungspraktiken einzuleiten"* („was tun", 10.8.78). *„Die Situation ist reif für eine O f f e n s i v e"* (Rundbrief der GIM an andere linke Organisationen etc.). Der Prozeß solle *„einen Beitrag zur Herstellung öffentlicher Kontrolle über die Aktivitäten und Praktiken des Verfassungsschutzes ... leisten"* (Druckblatt der GIM „Helfen Sie den Überwachungsstaat bekämpfen!").

Die GIM appelliert zum einen, daß man ihr die Prozeßkosten durch Spenden finanzieren möge. Zum anderen ruft sie alle linken Organisationen, Zeitungen etc. auf, gleichfalls Klage einzureichen.

Wir haben darüber diskutiert und diesen Gedanken schließlich nicht für sinnvoll gehalten:

a) K e i n e s f a l l s wird ein solcher Prozeß eine tatsächliche Abschaffung oder auch nur Einschrän-
für sinnvoll gehalten:

a) K e i n e s f a l l s wird ein solcher Prozeß eine tatsächliche Abschaffung oder auch nur Einschränkung der umfassenden Spitzelpraktiken erreichen können. Speziell bei d i e s e r Registrierung handelt es sich um eine jener technisch überhaupt nicht mehr sinnvollen Wucherungen des Polizei-Apparats, die derzeit im Sinne größerer Effektivität gekappt werden sollen. Der Gedanke jedoch (wir unterstellen diese Illusion der GIM nicht!), man könnte den Staatsapparat durch einen gewonnenen Prozeß an der Anwendung von Spitzelpraktiken hindern, die der Staatsapparat für sinnvoll hält, ist naiv.

b) Es bliebe – und das ist wahrscheinlich auch die Überlegung der Genossen von der GIM – die Frage nach der p r o p a g a n d i s t i s c h e n Wirkung eines solchen Prozesses. Unsere Einschätzung dazu: Dieser Prozeß (oder mehrere dieser Art) wird bei denen, die überhaupt einen solchen Prozeß zur Kenntnis nehmen würden (und das ist in diesem Land nur eine Minderheit), kaum neue Anstöße auslösen können, die über d a s hinausgehen, was beispielsweise schon durch die wesentlich massenwirksameren Veröffentlichungen in „stern", „konkret" oder „Frankfurter Rundschau" bewirkt wurde. Die zu erwartenden Prozeßkosten stehen dazu in keinem Verhältnis. Den Gedanken, daß uns die Kosten ja nicht zu jucken bräuchten, da wir das Geld durch Spenden wieder hereinbekommen könnten, halten wir bei dieser Einschätzung der zu erwartenden geringen Wirkungen eines Prozesses für unredlich und

wieder hereinbekommen könnten, halten wir bei dieser Einschätzung der zu erwartenden geringen Wirkungen eines Prozesses für unredlich und

zynisch.

Gegendarstellung

Zum Artikel über den Prozeß „Deutschlandstiftung" gegen AK in AK 134, S. 2 hat uns der Herausgeber der rechtsradikalen Zeitschrift „Nation Europa", Peter Dehoust, folgende „Richtigstellung" geschickt: **„Sie ... behaupten: ... 1) Ich sei für die Zeitschrift „MUT" presserechtlich verantwortlich. 2) Die von mir in Coburg herausgegebene Zeitschrift „Nation Europa" sei laut VS-Bericht rechtsextremistisch'.**

Beides ist falsch. Richtig ist vielmehr: zu 1) Ich bin nicht für die Zeitschrift „MUT" presserechtlich verantwortlich und war das auch nie. zu 2) Ausweislich des jüngsten Verfassungsschutzberichtes des zuständigen bayerischen Innenministeriums zählt NATION EUROPA nicht zu den rechtsextremistischen Publikationen".

Die „Richtigstellung" des Peter Dehoust ist nur teilweise richtig. Zutreffend ist Punkt 1 (nach Auskunft unserer Hamburger Antifa-Kommission, die in diesem Punkt in AK 134 offenbar gemurkst hatte). N i c h t richtig hingegen ist die „Richtigstellung" des Peter Dehoust im Punkt 2: Daß „Nation Europa" im jüngsten Bericht des b a y e r i s c h e n VS nicht mehr unter die „rechtsextremistischen" Schriften und Gruppierungen gerechnet ist, beweist viel für die Zustände in Bayern, aber absolut n i c h t s für „Nation Europa". Gerade die Bayerischen Behörden zeichnen sich gegenüber anderen Landes-Behörden und den Bundes-Behörden durch das besondere Bestreben aus, immer mehr Schriften und Gruppierungen des rechtsradikalen Lagers nicht mehr als „rechtsextremistisch" einzustufen, ihnen somit den Anschein der fdGo-mäßigkeit zu verleihen. Im Allgemeinen, daran ist nicht zu rütteln, wird „Nation Europa" in den VS-Berichten des Bundes und der Länder als „rechtsextremistisch" eingestuft. Zitiert sei z.B. aus dem niedersächsischen VS-Bericht 1977 (2.6.77): **„In nahezu allen nennenswerten Publikationen des Rechtsextremismus, angeführt von ... bis hin zu ‚Nation Europa' und ‚Mut' .... steigerte sich seit Herbst 1975 das Bestreben rechtsextremistischer Kreise, einen nun nicht mehr verschleierten, sondern offenen Antisemitismus zu verbreiten"** (S. 28).

Im AK 134 war „Nation Europa" als ein Beleg für die Kontakte unseres Prozeßgegners, der „Deutschlandstiftung" zu rechtsradikalen Kreisen angeführt worden (die „Deutschlandstiftung" hatte diese Kontakte bestritten und uns u.a. deswegen verklagt).

In Bezug darauf und auf seine „Richtigstellung" schreibt Peter Dehoust: „ ... *Deshalb mußte Ihr Versuch mißlingen, eine Verbindung zu ‚rechtsradikalen Gruppierungen' umzufälschen"*. Nachdem Dehoust uns den „Handschuh" hingeworfen hat, wollen wir ihn gern aufnehmen und im nächsten AK etwas mehr über das rechtsradikale Treiben dieser Zeitschrift berichten.

AK-Redaktion

Verfahren gegen das „Russell-Buch" Nr. 5

Wie im AK berichtet, wurden gegen das Buch Nr.5 unserer „Russell-Reihe"(Sonderpolizei in der BRD-Dokumentation zum Wiederaufbau einer Gestapo in Westdeutschland") mehrere Verfahren wegen „Staatsverleumdung" u.a.m. eingeleitet. Das Buch wurde beschlagnahmt; die Beschlagnahme wurde inzwischen (aus formalen Gründen) zunächst wieder aufgehoben.

Jetzt auch Verfahren gegen „Extradienst" Westberlin

Nach dem Reents-Verlag ist nun auch gegen den Westberliner „Extra-Dienst" (ED) wegen des Russell-Buches 5 ein Ermittlungsverfahren eingeleitet worden. A l l e i n wegen der Veröffentlichung einer bezahlten Anzeige des Reents-Verlages im Anzeigenteil des ED, ermittelt die Staatsanwaltschaft gegen den ED wegen Verdacht des Verstoßes gegen die Paragraphen 90 a(Staatsverleumdung) und 185 StGB(Beleidigung) (ED, 28.7.78)
Dieses Verfahren allein wegen einer Anzeige ist ein weiteres Zeichen dafür, daß die Staatsschutzorgane ein sehr starkes Interesse am Verbot dieses Buches haben. Gegen den Reents-Verlag selbst sind bisher Anzeigen von der Hamburger Staatsanwaltschaft, dem BKA-Präsidenten Horst Herold und dem West-Berliner Polizeipräsidenten eingegangen. Daher ist, trotz vorläufiger Aufhebung des Beschlagnahmebeschlusses (aus formalen Gründen) mit der Eröffnung des Verfahrens zu rechnen.

Solidarität

Anläßlich der Beschlagnahme des Russell-Buches 5 (inzwischen wieder vorläufig aufgehoben) sind wir sehr erfreut über die soldarische Haltung der Genossen der österreichischen „Internationalen Kommunistischen Liga"(Trotzkisten). In der Juli/August-Ausgabe ihrer Zeitung „permanente Revolution" berichten sie unter der Überschrift „KB-Buch in der BRD beschlagnahmt!", indem sie aus der Beschlagnahmebegründung zitieren und folgende Sätze anschließen:

„Der KB ist jene Organisation in der BRD, die willens und in der Lage ist (von seiner organisatorischen Stärke her), umfangreich über die einzelnen Maßnahmen und Gesetze des BRD-Polizeistaates zu berichten und Bücher, wie das nun beschlagnahmte, herzustellen, die ohne Zweifel einen großen Wert für alle, die am Kampf gegen die politische Unterdrückung arbeiten, haben.

Das wir einzelnen Schlußfolgerungen ,die die Genossen ziehen, nicht zustimmen können, steht h i e r nicht zur Debatte. Dem Polizeistaat der BRD ging es auch nicht um jene Schlußfolgerungen, sondern darum, zu verhindern, daß ein umfangreiches Dokumentationsmaterial, mit dem die innere Aufrüstung und der Polizeiterror belegt wird, öffentlich vertrieben wird".

•

In der „Frankfurter Rundschau" vom 15.8.78 konnte der Journalist Henryk M. Broder ziemlich umfangreiche *„Überlegungen nach einer Buchbeschlagnahmung"* veröffentlichen. Nach einigen sehr herben Einleitungsworten gegen das Buch und gegen die Berichterstattung des KB insgesamt (sie sei *„ein Spiegelbild von Bild & Co. Sie geht methodisch sehr ähnlich vor und instrumentalisiert alles, was passiert, in ihrem Sinn"* usw.) fährt Broder jedoch fort. **„Freilich - die Schwächen der eingezogenen KB-Dokumentation...sind ein paar Schuhe, ihre Beschlagnahme ein anderes... Die Beschlagnahme des KB-Buches kann zu einem schlimmen Präzedenzfall werden. Die Justiz maßt sich wieder an, darüber zu bestimmen, wieweit Kritik an den gegenwärtigen Verhältnissen gehen darf und welche Stücke der Vergangenheit sie aussparen muß. Das sollte jeder bedenken, dem das Buch, um das es hier geht, selbst keinen Protest wert ist.".**

Kroaten-Skandal: BRD-Imperialismus zeigt sein Gesicht

Am 17.August überfielen zwei bewaffnete Kroaten das BRD-Generalkonsulat in Chicago (USA) und nahmen die dort Anwesenden als Geiseln. Ihre Forderung: Die Bundesregierung solle zusichern, daß der in der BRD inhaftierte kroatische Terrorist Stepan Bilandzic nicht an Jugoslawien ausgeliefert wird. Die Kroaten brachen die Geisel-Aktion ab, nachdem ihnen aus der BRD telefonisch zugesichert worden war, die Auslieferung von Bilandizc sei noch keineswegs eine beschlossene Sache. Die „Welt" drückte den Sachverhalt treffsicher so aus: **„Der deutsche Rechtsstaat funktioniert ohne vorgehaltene Pistole"** (19.8.). Soll heißen: Wozu denn diese dumme Geisel-Aktion? Wir hätten den Bilandic doch sowieso nicht ausgeliefert!

Hintergrund des dummen Zwischenfalls: Als in Jugoslawien

Faschistische Kroaten Kodzoman und Kelava (Pfeil) nach der Geiselnahme

vier angebliche „RAF"-Leute festgenommen wurden, brachte die jugoslawische Regierung mit einem sehr feinen Schachzug die Forderung nach Auslieferung von acht Exil-Kroaten ins Spiel, die sich in der BRD aufhalten. Nicht alle acht sind tatsächlich faschistische Terroristen; zwei zumindest sind eher als Sozialdemokraten einzuschätzen.

Immerhin indessen sind mehrere der acht genannten Kroaten tatsächlich für faschistische Mordanschläge und andere Verbrechen verantwortlich. Am klarsten scheint der Fall bei Stepan Bilandzic zu liegen. Nur in seinem Fall wurde von der Justiz eine Auslieferung nach Jugoslawien für zulässig erklärt, und zwar wegen folgender Anklagen:
- Stepan Bilandzic habe die terroristische Organisation „Kroatischer Volkswiderstand" gegründet und von 1965 bis zu seiner Festnahme im Mai 1978 geleitet.
- B. habe den Mordanschlag auf den jugoslawischen Vizekonsul in Düsseldorf organisiert.
- B. habe im November 1974 zwei Kroaten mit Waffen ausgerüstet und zu Terror-Aktionen nach Jugoslawien geschickt.

All dies ist also sonnenklar: Das westdeutsche Gericht hält die Vorwürfe gegen B. für stichhaltig; zwischen BRD und Jugoslawien gibt es einen Auslieferungsvertrag, der nur politische Taten ausklammert; da die Bundesregierung Terror-Aktionen bekanntermaßen nicht als politische Taten ansieht (wieso sonst auch die Forderung nach Auslieferung der vier angeblichen „RAF"-Leute ?!) müßte eigentlich alles perfekt sein. Ist aber nicht!

Als Jugoslawien seine Forderung stellte, entgegnete die Bundesregierung zunächst sehr kühl, daß sei Sache der Gerichte, da könne sich die Bundesregierung nicht einmischen. Schließlich sei die BRD doch ein Rechtsstaat! . . . Jetzt jedoch, nachdem vom Gericht zumindest die Auslieferung von Bilandzic für zulässig erklärt worden ist, hört man es ganz anders: das letzte Wort liege jetzt bei der Bundesregierung, die habe sich noch gar nicht entschieden!

Zwielichtige Figuren wie der einschlägig bekannte Kardinal Höffner (Vorsitzender der kathol. Deutschen Bischofskonferenz !) fordern ganz dreist und öffentlcih, Bilandzic dürfe nicht ausgeliefert werden - von wegen der Ethik und Humanität! In diesem gesellschaftlichen Klima braucht auch Bilandzics Rechtsanwalt Schöttler nichts zu befürchten, wenn er sich Sprachrohr kroatischer Terror-Drohungen macht: Er warne vor der Auslieferung von Bilandzics, denn sonst werde sich **„der angestaute Haß der Kroaten entladen. Die Sache mit Baader-Meinhof war nur das Husten einer Mücke gegenüber dem, was dann passiert"** („Welt", 16.8.)

Aus der Tatsache, daß die kroatischen Faschisten die BRD jahrelang als „Ruheraum" (BKA-Jargon) und Hinterland für terroristische Aktionen benutzen konnten, wird heute auch noch der Anspruch hergeleitet, daß Bilandzic nicht ausgeliefert werden dürfe! Die „Zeit" schreibt (18.8.): *„Diese Emigranten . . .haben eine Vorzugsbehandlung genossen. Die Behörden drückten gegenüber ihren politischen Aktivitäten . . . beide Augen zu, solange es nicht gerade um Mord und Totschlag ging.* (Nein, dann auch! Siehe Bilandzic - Anm. AK) *Die Emigranten aus dem Osten durften jedenfalls in dem sicheren Vertrauen leben, daß sie um keinen Preis an ihre Heimatländer ausgeliefert werden würden. Ein solches Amts wegen genährtes Vertrauen erhält im Laufe von Jahrzehnten durchaus eine rechtliche Qualität ".*

Eine zusätzliche Qualität erhält dieses Vertrauen, vielleicht dadurch, daß (laut „Vorwärts" vom 13.7.) unter den acht Kroaten, deren Auslieferung Jugoslawiens verlangt, *„einige"* als Agenten des Verfassungsschutz gearbeitet haben sollen. Nein, s o l c h e Leute darf man doch nicht ausliefern, schon wegen der dem VS für seine Arbeitnehmer gebotene Schutzpflicht!. . .

Die Bundesregierung nutzt diesen Fall zugleich, um wieder einmal zu demonstrieren, was der deutsche Imperialismus heute wieder gilt in der Welt. Verträge? Pah, werden nicht eingehalten, jedenfalls nicht von uns! Aber wehe, Jugoslawien reagiert dann entsprechend und liefert die vier „RAF"-Leute nicht aus:dies würde, **„ so meinen deutsche und andere westliche Stellen, schwerwiegende Folgen auf anderen Gebieten haben, zum Beispiel auf die Verhandlungen zwischen Jugoslawien und dem Gemeinsamen Markt"** („FAZ", 24.6.).

Ja, die deutschen Imperialisten sind wieder ganz die alten!

BRD aufhalten. Nicht alle acht sind tatsächlich faschistische Terroristen; zwei zumindest sind eher als Sozialdemokraten einzuschätzen.

Immerhin indessen sind mehrere der acht genannten Kroaten tatsächlich für faschistische Mordanschläge und andere Verbrechen verantwortlich. Am klarsten scheint der Fall bei Stepan Bilandzic zu liegen. Nur in seinem Fall wurde von der Justiz

rung zunächst sehr kühl, daß sei Sache der Gerichte, da könne sich die Bundesregierung nicht einmischen. Schließlich sei die BRD doch ein Rechtsstaat! . . . Jetzt jedoch, nachdem vom Gericht zumindest die Auslieferung von Bilandzic für zulässig erklärt worden ist, hört man es ganz anders: das letzte Wort liege jetzt bei der Bundesregierung, die habe sich noch gar nicht entschieden!

dann entsprechend und liefert die vier „RAF"-Leute nicht aus:dies würde, „ so meinen deutsche und andere westliche Stellen, schwerwiegende Folgen auf anderen Gebieten haben, zum Beispiel auf die Verhandlungen zwischen Jugoslawien und dem Gemeinsamen Markt" („FAZ", 24.6.).

Ja, die deutschen Imperialisten sind wieder ganz die alten!

Kai Ehlers (KB) im schwarzen Fahndungsbuch des BGS

Als gezielte Provokation veröffentlichte die CSU-nahe Illustrierte „Quick" in ihrer Ausgabe vom 17.8. aus diesem Fahndungsbuch veröffentlicht, beweist, daß ihr (wie vordem schon Löwenthal fürs ZDF-

Kai Ehlers (KB) im schwarzen Fahndungsbuch des BGS

Als gezielte Provokation veröffentlichte die CSU-nahe Illustrierte „Quick" in ihrer Ausgabe vom 17.8. eine Reihe von Fotos aus den vor einigen Monaten unrühmlich bekanntgewordenen schwarzen Fahndungsbüchern des BGS. Die Fotos zeigen bekannte Funktionäre linker Organisationen, darunter neben vielen anderen (DKP-Präsidiumsmitglieder, Aust, Horlemann, Semmler, Schmierer) auch ein Konterfei unseres Genossen Kai Ehlers, Presseverantwortlicher des „Arbeiterkampf"; in der „Quick" kühn als Mitglied des LG vorgestellt.

Laut „Quick" enthält die jüngste Ausgabe dieses Fahndungsbuches (Sept. 1977) Namen und Fotos von 789 Funktionären linker Organisationen. Das Fahndungsbuch soll dazu dienen, diese Personen bei eventuellen Grenzübertritten zu erkennen und zu registrieren. Das wird dann an den ‚Verfassungsschutz' gemeldet. Da die Sache angeblich nicht sehr systematisch betrieben wurde, habe es - laut „Quick" - von 1974 bis 1977 insgesamt „nur" 283 derartige Meldungen gegeben.

Daß „Quick" insgesamt 30 Fotos aus diesem Fahndungsbuch veröffentlicht, beweist, daß ihr (wie vordem schon Löwenthal fürs ZDF-Magazin) dieses Material aus dem Staatsapparat gezielt zugespielt wurde. Was wird damit bezweckt? Nachdem die Existenz dieser schwarzen Fahndungsbücher gegen Funktionäre linker Organisationen bekannt wurde, gab es in demokratischen und liberalen Kreisen einige Unruhe. Daraufhin ordnete die Bundesregierung an, die Bücher zunächst nicht mehr zu benutzen, bis geklärt ist, wie weiter verfahren werden soll. Mit gezielten Veröffentlichungen wie in Löwenthals „ZDF-Magazin" und in der „Quick" treten rechte Kräfte im Staatsapparat die Flucht nach vorn an. Es wird offensive Propaganda f ü r die Fortsetzung dieser und anderer Spitzelmethoden betrieben, und es soll zugleich damit Druck auf die Bundesregierung ausgeübt werden, in dieser Sache „Farbe zu bekennen".

Übrigens: Wer sagt denn, daß dieses Fahndungsbuch nur bei BGS-Dienststellen benutzt wird und nicht auch sonst vielfältige Verwendung im Spitzel-Apparat findet?!

Westberliner Bauarbeiterstreik: 53 % für Weiterkämpfen

Vom 2. August an haben über 10.000 Westberliner Bauarbeiter gestreikt. Es war seit 1955 der erste Streik im Westberliner Bauhauptgewerbe. Genau 14 Tage lang ruhte die Arbeit auf mehreren hundert Baustellen, darunter einigen Großbaustellen.

Bei dem Streik ging es um die Übernahme des im Bundesgebiet geltenden Rahmentarifvertrages, insbesondere um die Zahlung von 5,20 DM täglich an Wegezeitvergütung und Fahrgeld.

Die Kapitalisten hatten es mit einer relativ hohen Streikbereitschaft der Kollegen zu tun; was die IG-Bau-Führung wiederum nicht hinderte, einen völlig unbefriedigenden Kompromiß abzuschließen. Demnach sollen die Bauarbeiter lediglich 3 DM erhalten. Selbst nachdem dieser „Kompromiß" bereits bekanntgeworden war, mußte IG-Bau-Vorsitzender Koch eingestehen, daß die Streikfront keineswegs abgebröckelt war. Die Kollegen blieben weiterhin der Arbeit fern. Nach deutlicher dokumentiert das Urabstimmungsergebnis die Ablehnung des Ergebnisses von 14 Tagen Streik durch die Bauarbeiter: 53 % stimmten mit „Nein" und für Fortsetzung des Streiks.

KB/Gruppe Westberlin

Biedermann und die „Jemands"

„Verrat ist nicht mein Job", verkündet Ex-„Terrorist" Hans Joachim Klein jedesmal treuherzig, bevor er wieder mal „auspackt". „Verrat ist nicht mein Job", sagte er auch dem „Spiegel", (Ausgabe vom 7.8.78), als er ein nicht genanntes arabisches Land als „Zentrale des Terrorismus" denunzierte.

Verrat war überhaupt noch nie sein Job. Auch nicht, als er im Mai 1977 dem „Spiegel" seinen Revolver schickte, zusammen mit dem Angebot eines Interviews. Er habe - verkündete Klein dann im „Spiegel" - vom „Terrorismus" so richtig die Schnauze voll, da gehe es ja gar nicht mehr um Ideale. Er halte sich jetzt bei Leuten versteckt, die er immer nur dezent als „die Jemands" umschrieb. „Die Jemands" würden ihn schützen, vor der „RAF" ebenso wie vorm Zugriff des Staatsapparats. Als letzten Anstoß für sein Aussteigen aus der scene gab Klein an: Es sei geplant, die Vorsteher der jüdischen Gemeinden von Westberlin und Frankfurt zu ermorden, dazu könne er einfach nicht schweigen. Da kam uns zum ersten Mal der Verdacht, bei den „Jemands" könnte es sich schlicht und einfach um den israelischen Geheimdienst handeln. Denn der setzt gern solche Märchen in die Welt, um die „Terroristen" als Antisemiten hinzustellen.

Verwirrend war nur, daß sich die von Cohn-Bendit herausgegebene Frankfurter Sponti-Zeitung „Pflasterstrand" so gierig auf die Sache stürzte, als ob die „Jemands" vielleicht gar in Sponti-Kreisen zu suchen wären. Im „Pflasterstrand" gab es entlang den von Klein vorgelegten „Enthüllungen" einen herben moralischen Verriß des „Terrorismus" und überhaupt gegen Gewaltanwendung gegen Menschen (Es war die Zeit des Buback-Attentats). Der „Pflasterstrand" drohte gar an, er werde die Namen von 100 „Terroristen", „Helfern" etc. veröffentlichen, falls dem Klein von der „RAF" ein Haar gekrümmt würde.

Dann Schweigen um Klein, bis zum „Spiegel" vom 7. August. Er sei immer noch bei den „Jemands". Nein, eine Pistole habe er nicht, wolle keine, obwohl die „Jemands" sehr leicht Waffen beschaffen könnten. Kernstück des neuen „Spiegel"-Interviews aber sind die breit angelegten „Enthüllungen" über das als „Terroristen-Zentrale" denunzierte, ansonsten ungenannte arabische Land. Verrat ist nicht Kleins Job, das weiß man ja inzwischen, aber vielleicht hat er das Land auch d e s h a l b nicht genannt, damit drei Länder gleichzeitig (Irak, Libyen und Südjemen) verdächtigt werden können?

Am 16. August brachte dann die rechte Pariser Tageszeitung „L'Aurore" die Meldung, daß Klein unter neuem Namen in einem Kibbuz in Israel lebe, unter dem Schutz des israelischen Geheimdienstes Mossad. „L'Aurore" schwärmte: **„Klein ist vor allem seit Jahren im Besitz aller Geheimnisse der Terroristen: Er kennt die Lager in Südjemen und in Irak. Er ist allein wertvoller als das Elektronengehirn ‚Pios' beim Bundeskriminalamt in Wiesbaden"** („Welt", 17.8.).

Auf die Meldung von „L'Aurore" hin erklärten *„unterrichtete Kreise in Tel Aviv"* gegenüber dpa, Klein habe tatsächlich mit dem israelischen Geheimdienst zusammengearbeitet *„und wertvolle Informationen geliefert"*. Später sei er mit neuer Identität und mit Geld wohlversehen in ein anderes Land gebracht worden, wo er *„im Untergrund"* lebe („Welt", 17.8.).

Da all dies natürlich nicht sein kann und da Verrat auch gar nicht Kleins Job ist (denn er wird ja nebenbei noch als ideologisches Allzweckmittel gegen die Linke benötigt und braucht dazu seine Glaubwürdigkeit, die ihm als Denunziant wohl abhanden käme), war schon am folgenden Tag das Dementi da: Als *„hübsches Märchen"* bezeichneten *„deutsche Sicherheitsstellen"* den Bericht von „L'Aurore". Vielmehr halte sich Klein, so die „deutschen Sicherheitsstellen", wahrscheinlich in der Bundesrepublik auf. **„Die Spur führt nach Frankfurt"**. Spontis hätten Klein neue Papiere verschafft *„und ihn an einem geheimen Ort untergebracht"*.

Weitere Dementis: Der „Spiegel" versicherte, das Interview mit Klein habe nicht in Israel stattgefunden (das hatte ja auch niemand behauptet); auch *„die Israelis"* (?) dementierten: *„An dem Bericht sei kein Wort wahr"*. Und nochmal die „deutschen Sicherheitsstellen" versicherten, Klein sei **„ ‚kein ausreichend großes Kaliber', um den israelischen Geheimdienst für sich zu interessieren"** (Zitate nach „Hamburger Abendblatt", 18.8.).

Nun, zu verraten hätte Klein doch wohl genug (auch wenn das nicht sein Job ist, wie man ja weiß); hinzu kommt die segensreiche Wirkung, die er mit seinen Schauermärchen (mal über geplante Mordanschläge gegen jüdische Gemeindevorsteher, mal über arabische „Terrorzentralen") stiftet. Warum sollte Klein nicht zeitweise in einem israelischen Kibbuz gelebt haben und jetzt in der Obhut des Mossad im Ausland untergebracht sein? Nur, d a n n soll doch niemand so naiv sein und immer noch annehmen, Klein hätte nicht vorher a l l e s , aber auch alles auspacken müssen, was er an Namen, Details usw. über die scene weiß!

Ein klärendes Wort vom „Pflasterstrand" wäre **jetzt** vielleicht hilfreich?

Faschistischer Terror im Iran

Fortsetzung von Seite 1

Machtprobe mit dem Schah-Regime.

Das Schah-Regime reagierte mit Einschüchterung, Propaganda und Terror:

Um die Sicherheitskräfte bei der Stange zu halten, veröffentlichten die Regierungszeitungen eine Liste von 62 niederen Offizieren, die festgenommen worden seien, „weil sie sich geweigert haben, die Befehle auszuführen", d.h. bei den Massendemonstrationen in die Menge zu schießen. Sie werden vors Kriegsgericht gestellt und müssen mit der Todesstrafe rechnen.

Alle Funktionäre der Einheitspartei Rastachiz, alle Beschäftigten im Öffentlichen Dienst usw. wurden am 19.8. zu Kundgebungen aufgerufen. Der Schah bezeichnete in einer Ansprache den Putsch von 1953 als nationale Revolution gegen den Kommunismus. Auch die jetzigen Demonstrationen seien vom Kommunismus gesteuert.

Mit einem fürchterlichen Terroranschlag sollten die Menschen in Angst versetzt werden: In der Nacht zum 19.8. wurden in Abadan die Ausgänge eines Kinos verriegelt, Benzin gegen das Gebäude gegossen und Feuer gelegt. Nur zehn Menschen konnten entkommen, 377 verbrannten. Dieser Anschlag wurde dann „den Terroristen" angelastet.

„Die Terroristen" hatten in den vergangenen Wochen Bomben in Clubs und Hotels gezündet, die von US-Militärs besucht werden. Die Massen werden sich nicht täuschen lassen über den Unterschied zwischen einem verbrannten Offiziersclub und 377 verbrannten Menschen!

Aufgrund der Nachrichtensperre können wir bis Redaktionsschluß nicht über die Aktionen der Massen berichten. Im französischen Fernsehen sollen jedoch Aufnahmen von Protestdemonstrationen gegen die staatlich verordneten Kundgebungen gezeigt worden sein.

Genossen! Wandelt eure Empörung in Aktion! Unterstützt die kämpfenden antifaschistischen Massen in Iran! Kommt zur zentralen Demonstration der CISNU am 26.8. in Frankfurt!

Barbarischer Angriff

Zu dem Terroranschlag auf ein Kino in Abadan, bei dem 377 Menschen verbrannten, schreibt die CISNU in einer Presseerklärung:

„Wer sich an den Reichstagsbrand erinnert, durchschaut den barbarischen Angriff des faschistischen Schah-Regimes als einen selbstgeschaffenen Vorwand, um seinen Terror gegen die demokratische Massenbewegung zu legitimieren."

Wiedervereinigung der CISNU

Am Wochenende vom 25. bis 27.8. wird in Frankfurt ein „Wiedervereinigungsseminar" von fünf Gruppen der „Conföderation iranischer Studenten" (CISNU) stattfinden. Dieser wichtige gute Schritt war lange fällig und ist nun wohl durch den Aufschwung der Massenkämpfe in Iran durchgesetzt worden!

Die beteiligten Gruppen vertreten nach eigenen Angaben 80 Prozent der organisierten iranischen Studenten. Nicht beteiligt sind die Gruppen der „Föderation iranischer Studenten" (FIS/CIS), die als Vaterlandsverteidiger bezeichnet werden, und die Trotzkisten. Nicht als Veranstalter aber als Teilnehmer sind dabei die Gruppen, die allein die iranischen bewaffneten Gruppen der Fedajin und Mudschahedin unterstützen.

Als Vorbedingung haben sich die beteiligten Gruppen darauf geeinigt, die Polemik gegeneinander einzustellen und sich gegenseitig nicht als Reaktionäre zu bezeichnen. Man will mit dem erklärten Willen zur Einheit das Seminar beginnen.

Das Ziel des Seminars ist es, die Voraussetzungen für eine Wiedervereinigung der iranischen Studentenbewegung zu schaffen. Es soll eine paritätisch besetzte Kommission zur Führung der Arbeit der CISNU gebildet werden.

(Nach Informationen der CISNU)

Iranische Botschaft besetzt

Als erstes schritten die fünf CISNU-Gruppen, die eine Wiedervereinigung der CISNU erreichen wollen, zu einer gemeinsamen Aktion: Am 17.8. besetzten 15 iranische Genossen (drei von jeder Gruppe) die iranische Botschaft in Brüssel. Die Aktion erregte in Belgien großes Aufsehen, so daß die Genossen ihre Forderungen breit bekanntmachen konnten; Freilassung aller politischen Gefangenen in Iran! Aufhebung des Kriegsrechts! Schluß mit den Massakern an Demonstranten!

Zentrale Demonstration in Frankfurt

Die CISNU-Gruppen, die ihre Wiedervereinigung betreiben, veranstalten am 26.8. in Frankfurt eine zentrale Demonstration. Es soll versucht werden, ein möglichst breites Bündnis zu erreichen.

Die Demonstration steht unter den Parolen:

Nieder mit dem faschistischen Schah-Regime, dem Handlanger des US-Imperialismus!

Freiheit für alle politischen Gefangenen in Iran!

Es lebe die revolutionäre Gewalt der Volksmassen!

Es lebe der bewaffnete Kampf, der einzige Weg zur Befreiung des Volkes in Iran!

Wir rufen alle Freunde und Genossen auf, durch ihre Teilnahme unsere Solidarität mit dem antifaschistischen Kampf des iranischen Volkes zu zeigen.

Demonstration und Kundgebung: Frankfurt, Opernplatz, Samstag, 26.8.78, 10.oo Uhr

Irmgard Möller hat das letzte Wort

RAINER FROMMANN
RECHTSANWALT

BERLIN 65 den 17.8.78

Irmgard M Ö L L E R hat das letzte Wort

Information zu dem Prozeß vor dem Schwurgericht (Heidelberg)

Am 20.3.78 platzte der Prozeß, da die Verteidigerin und die Verteidiger nicht mehr bereit waren, sich durch eine sitzungspolizeiliche Verfügung wie "getretene Hunde" behandeln zu lassen und weil sie nicht zulassen wollten, daß Irmgard Möller wiederum durch zwangsweises nackt Ausziehen krankenhausreif behandelt wurde.

Seit dem 18. 5.78 läuft der Prozeß weiter:

- Irmgard Möller ist gemäß § 231 a StPO wegen angeblich verschuldeter Verhandlungsunfähigkeit vom Verfahren ausgeschl. Beschluß vom 23.5.78:

  "... der die 'Verhandlungsfähigkeit ausschließende Zustand' (liegt vor, wenn) es ein Angeklagter allein durch sein Verhalten jederzeit in der Hand hat und es auch darauf anlegt, sich einer Vorführung in die Hauptverhandlung dadurch zu widersetzen, daß er durch aktive Gegenwehr bei der Vorführung sich vom Zustand der Verhandlungsfähigkeit in den Zustand der Verhandlungsunfähigkeit versetzt..."

- Als die Verteidigung eine gutachtliche Untersuchung der Haft- und Verhandlungsfähigkeit beantragt, wird Dr. Henk, Anstaltsarzt von Stammheim mit dem Gutachten beauftragt: Derjenige Arzt soll über Haft-und Verhandlungsfähigkeit urteilen, der selbst als Anstaltsarzt mit die Verantwortung für die Haftverhältnisse von Irmgard Möller trägt. Dr. Henk stellte in seinem Gutachten die Haft- und Verhandlungsfähigkeit fest.
- In Dutzenden von Verhandlungstagen wurden Dutzende von Zeugen, Sachverständigen vernommen: Es wird viel von Waffen, Sprengstoff, Explosionen ... gesprochen. fast nichts von Irmgard Möller. Gegen sie kann die Staatsanwaltschaft nur Zeugen Müller anbieten, dem bereits Gerichte die Unglaubwürdigkeit bestätigt haben.
- Irmgard Möller wird zu all dem und manchem anderen nicht schweigen. Sie wird von ihrem Recht auf das letzte Wort Gebrauch machen.

AN DIESEM TAG WIRD ES WICHTIG SEIN, DAß DIE ÖFFENTLICHKEIT HERGESTELLT IST!

Die Verteidigung ruft deshalb dazu auf, am letzten Verhandlungstag möglichst zahlreich zu erscheinen.

Der genaue Zeitpunkt (Ende September, Anfang Oktober) kann erst kurzfristig bekannt gegeben werden.

(Frommann)
Rechtsanwalt

Eritrea: Zu Gast bei einem revolutionären Volk

Auf Einladung der EPLF konnten wir – noch kurz vor Beginn der äthiopischen Großoffensive – im Juli eine Rundreise durch das revolutionäre Eritrea machen. Es war für uns ein überwältigendes Erlebnis, zu sehen, was möglich ist, wenn sich ein Volk befreit! Den EPLF-Genoss/inn/en danken wir an dieser Stelle noch einmal für ihre großartige Gastfreundschaft. Ein Redakteur des Zentralorgans „Vanguard" war unser ständiger Begleiter und vermittelte die zahlreichen Gespräche und Besichtigungen, ein weiterer Genosse fuhr uns Tag und Nacht über schwierigst Straßen.

Um nur einiges aufzuzählen: Wir sahen Werkstätten, Labors und Krankenhäuser. Wir besuchten die große „Revolutionäre Schule" und das Trainingslager der „Vanguard"-Jugendorganisation. Wir sprachen mit Gruppen der „Red Flowers" – Kinderorganisation, mit Genoss/inn/en der Volksräte in Afabet, Keren und Decamhare, mit Aktivistinnen der Frauenorganisation in Keren, mit Kämpfern und Kämpferinnen, mit vielen weiteren Genoss/inn/en. Wir besuchten Obstplantagen und Gärten und wurden über die Landreform informiert. Wir konnten an der Demonstration und dem Fest zum Tag der einjährigen Befreiung in Decamhare teilnehmen, auch in Keren. Wir bekamen einen Eindruck von der neuen kämpferischen Kultur, die in Musik, Tanz, Theater und Malerei entwickelt wird.

Die Bereitschaft war groß, alle unsere Fragen zu beantworten. Überraschend war das intensive Interesse, mit dem wir immer wieder nach den Bedingungen des Kampfes hier in der BRD gefragt wurden. Beeindruckend für uns war, was für Menschen, was für Genossen wir kennengelernt haben. Alte Frauen, die Lesen lernen; Kinder, die auf hohem politischen Niveau zu diskutieren verstehen und Kader der EPLF, die mit einer fast unglaublichen Selbstverständlichkeit ihr Leben für die Sache der Revolution einsetzen. Wie der Volkskrieg dazu führt, Individualismus zu überwinden, wie Eß-, Schlaf-, Kochgelegenheiten, Bücher und Häuser kollektives Eigentum aller Kämpfer geworden sind, denen nur das „gehört", was in den kleinen Taschen der Kampfgürtel Platz findet; dies erleben zu dürfen, vermittelt einen Ausblick auf die Zukunft der Menschheit in der klassenlosen Gesellschaft.

Unser Tagebuch umfaßt knapp 200 eng beschriebene Schreibmaschinenseiten, dazu noch wichtige Gespräche auf Kassette. Wir haben's nicht geschafft, schon in diesem AK unseren Reisebericht zu beginnen. Nächste Ausgabe geht's los.

Die relativ starke internationale Isolierung der eritreischen Revolution ist bekannt, ebenso daß dies eine äußerst geringe materielle Unterstützung „von außen" für die eritreische Revolution bedeutet. Wir haben plastisch erlebt, welche ansonsten leicht realisierbaren Projekte an fast lächerlich erscheinenden Geld-Beträgen scheitern. Wir bitten die Genossen und Leser des AK in der Spendenkampagne für das eritreische Schulprojekt einen Zahn zuzulegen.

Zwei Genossen der Afrika-Kommission

Nach dem Parteitag Der Vorstand bläst zur Radikalenjagd

Noch auf dem Liebenauer Parteitag waren die Rechten mit ihrem Antrag für einen offenen Unvereinbarkeitsbeschluß gegenüber dem KB gescheitert. Stattdessen wurde eine allgemeine Erklärung verabschiedet, in der es u.a. heißt: *"Auch von der kommunistischen Ideologie verspricht sie (die GLU, die Red.) sich keine Hilfe für die Zukunft der Völker. Sie versteht sich als Alternative zu den bestehenden Wirtschaftssystemen"*. Diesen "Kompromiß" ging der neue Vorstand ein, weil unübersehbar ist, daß die Mehrheit der Mitglieder gegen die Unvereinbarkeitspolitik a la Beddermann eingestellt ist. Jedoch, dieser "Kompromiß" hielt keine Woche, dann machte der neue Vorsitzende Otto deutlich, daß er Beddermanns Kurs nur mit anderen Mitteln verfolgen will. Dazu er selbst: *"Die Fronten sind nun endlich geklärt: Wenn wir ein nicht kommunistisches Wirtschaftsprogramm entwickeln wollen, können uns Kommunisten nicht helfen.* **Für sie ist in der GLU kein Platz!** *Alles was sie in der Presse über eine angebliche Öffnung der GLU für Kommunisten gelesen haben ist falsch.* **Strittig ist nur, ob deren Mitarbeit über eine Satzungsänderung oder durch eine inhaltliche Zielsetzung ausgeschlossen werden soll."** (aus einem Brief zum Parteitag). Offene Worte, mit denen klar gemacht wird, mit welchen Karten dieser neue Vorstand auf dem Parteitag gespielt hat und wie er bereit ist, Beschlüsse in seinem Sinne umzuinterpretieren.

Doch bei Worten ist es nicht geblieben. Schon sind die ersten Ausschlüsse wegen angeblicher KB-Mitgliedschaft ausgesprochen worden und weitere Anträge gestellt worden.

Die GLU-Führer stellen dabei die Praktiken des DGB noch weit in den Schatten, was Bespitzelungen und Verdächtigungen betrifft.

Der Vorstand hat die Macht

Ein besonders krasser Fall, der jedoch höchstens die allgemeine Prax-

doch höchstens die allgemeine Prax-

is der Zukunft vorwegnimmt, ereignete sich in Göttingen. Der Vorsitzende Müller-Jung stellte einen Ausschluß gegen ein Mitglied, weil diese ihn *"in aller Öffentlichkeit massiv angegriffen"* und ihm *"Gesinnungsschnüffelei unterstellt"* habe, Die Schiedskommission schloß daraufhin die Frau wegen "schwerer Parteischädigung" und angeblicher KB-Mitgliedschaft aus, ohne sie überhaupt anzuhören. Die KB-Mitgliedschaft war nicht einmal von Müller-Jung ins Gespräch gebracht worden, sondern von der Schiedskommission erfunden worden, wohl um die Weichen für die Zukunft zu stellen. Die "Parteischädigung" bestand nach Auffassung von Müller-Jung nun im einzelnen in folgendem: die Frau habe auf einem Informationstisch der GLU auch andere Materialien gegen Atomkraftwerke ausgelegt als die der GLU; sie habe der Anordnung des Vorstands zuwidergehandelt, am GLU-Tisch "Anti-Atom-Plaketten und ähnliche n u r n e b e n der der GLU" zu tragen; sie habe ein Plakat mit einer aussage von R.Jungk ohne seine Zustimmung ausgehängt; und schließlich habe sie ihn in einer Straßendiskussion öffentlich angegriffen. In einem Schreiben an die Mitglieder zieht er über den Ausschlußantrag hinaus folgende Konsequenzen: **"Ich verbiete daher jede Art von Öffentlichkeitsarbeit, bevor nicht im Kreisverband wieder eine Atmosphäre gegenseitigen Vertrauens eingetreten ist. ... Interne Probleme des KV dürfen nicht in der Öffentlichkeit diskutiert werden.... Außerdem muß darüber gesprochen werden, welche Anstecknadeln und Abzeichen am GLU-Tisch getragen werden".** Da geht es selbst in der SPD vergleichsweise demokratisch zu, denn immerhin können dort die Jusos noch so manches kritische Wort verbreiten.

Ein weiterer Ausschluß wurde mit der Begründung „öffentliche Stellungnahme gegen Abgrenzungsbeschlüsse" ausgesprochen. Das übertrifft selbst die Praktiken im DGB. In Wolfsburg wurde ein Mitglied von der Landesschiedskommission mit der geradezu haarsträubenden Begründung ausgeschlossen, er habe die Zusammenarbeit mit dem Kreisvorsitzenden verweigert, sich für die *„satzungswidrige Persönlichkeitswahl eingesetzt"*, *„gegen das Abreißen einer Wandzeitung protestiert"* (die GLU-Mitglieder auf dem Parteitag aufgehängt hatten), bei den Landesvorstandswahlen gegen einen vom KV-Wolfsburg favorisierten rechten Kandidaten gestimmt und schließlich sei er KB-Mitglied. Wir schenken es uns, auf die ersten Vorwürfe einzugehen, da sie das Demokratieverständnis der „Schieds"kommission zur Genüge erhellen. Zum letzten „Vorwurf" schreibt der Betroffene in seinem Widerspruch selbst: *„Ich findes es überaus beschämend mich in einer Partei, die die konsequente Wahrung der politischen Rechte und das Recht auf Berufswahl ohne Diskriminierung politisch Andersdenkender in ihre Wahlplattform geschrieben hat, gegen den Vorwurf einer angeblichen KB-Mitgliedschaft verteidigen zu müssen"*. Er weist dann nach, daß es nicht allein um Ausschlüsse von angeblichen KB-Mitgliedern oder sogar nur Sympathisanten des Kommunismus geht, sondern *„daß neben Parteiausschlüssen gegen 'Linke' eine Abgrenzung von der ebenfalls 'linken' Basisbewegung betrieben wird"*. Er schließt mit den Worten: *„Was bei der Fortsetzung dieses Weges übrigbleibt, ist keine Partei, die sich den Bürgerinitiativen verpflichtet fühlt (Wahlkampfplattform), sondern eine Partei, die sich zunehmend von der Basisbewegung entfremdet und schon weitgehend entfremdet hat.* (...). *Wir werden uns entscheiden müssen: entweder eine demokratische, fortschrittliche Partei der Basisbewegung ohne Unvereinbarkeitsbeschlüsse oder eine etablierte Honoratiorenpartei, die sich abstrampelt, der CDU Wählerstimmen abzujagen"*.

In Lüneburg hat das Vorstandsmitglied Soetebier erneut einen Ausschlußantrag gegen zwei KB-Mitglieder gestellt. Dazu ein anderes Vorstandsmitglied: *„Da der Vorstand vor noch nicht langer Zeit nach wirklich ernsthafter, ausführlicher Debatte beschlossen hat, daß unsere beiden KB-Mitglieder zwar nicht GLU-Mitglieder werden können, aber in den*

Gruppen weiter mitarbeiten sollen
glieder werden können, aber in den

Gruppen weiter mitarbeiten sollen, sehe ich z.Z. keinen Anlaß, einen so gründlich überlegten Beschluß wieder rückgängig zu machen. Ich bin einfach nicht der Mensch, der mal Hü und mal Hott sagt, nur weil Befürchtungen, Gerüchte, Denkschablonen zur Zeit den hessischen GLU-Horizont verdunkeln".

Antikommunismus und Unvereinbarkeit als Preis an Herbert Gruhl

Diese Vorgänge erhellen in aller Deutlichkeit, daß von einem Mittelkurs gegenwärtig in der GLU keinesfalls die Rede sein kann. Wie eingangs schon erwähnt, spricht Otto selbst davon, daß es lediglich um die Methode geht, wie die Kommunisten aus der GLU ausgeschlossen werden sollen. Noch glauben diese Kräfte für einen offenen Unvereinbarkeitsbeschluß keine Mehrheit zu finden. Doch auch gegen sie gerichtete Mehrheiten haben sie vorgesorgt. So schreibt der schon oben erwähnte Vorsitzende des KV-Göttingen zum Thema Abgrenzung: *„Es gilt dabei zu bedenken, daß solches Machtstreben (gemeint ist das der Kommunisten, Anm.AK) sich der demokratischen Spielregeln bedienen kann, um sein Ziel zu erreichen. Mehrheitsbeschlüsse lassen sich ja durch Mehrheitsanwesenheit erzielen.* **Solche Beschlüsse können aber dem ursprünglichen Anliegen der GLU fremd sein."** Wie lange müssen wir also warten, bis die ersten Mehrheitsbeschlüsse als gegen das Anliegen der GLU interpretiert werden, um sie so zunichte zu machen und die Mehrheit auszuschließen?

Alles deutet darauf hin, daß der neue Vorstand mit Unterstützung der Beddermann-Riege die Politik Beddermanns mit anderen Methoden - auch nach eigenen Worten - fortsetzen wird. Die oben beschriebenen Ausschlüsse werden mit Sicherheit nur ein Auftakt für eine wahre Ausschlußwelle sein. Ziel ist, die GLU für Herbert Gruhl und seine GAZ sturmreif zu machen. Wir können uns hier voll den Ausführungen des ausgeschlossenen Wolfsburger GLU-Mitglieds anschließen, der die gegenwärtige Alternative in einer *„demokratischen, fortschrittlichen Partei der Basisbewegung ohne Unvereinbarkeitsbeschlüsse oder einer etablierten Honoratiorenpartei"* sieht. Dies ist jedoch keine Frage der Zukunft, sondern drängt schon jetzt auf eine entgültige Entscheidung hin- das zeigen die Aktivitäten der Rechten.Diese haben ebenfalls deutlich gemächt, daß es für sie zwischen diesen Positionen keinen Kompromiß gibt. In diesem Sinne stellt sich in der GLU die „Machtfrage".

GAZ: Mit Umweltschutz wenig im Sinn

Sichtlich bescheidener im Tonfall tritt inzwischen die GAZ in Hessen auf. Nach ihrem Parteitag vom 29.7. hatte sie noch verkündet, sie rechne mit 8% (!) der Stimmen. Von der GLH dagegen werde schon in wenigen Wochen nicht mehr die Rede sein.

Die GAZ gibt an, Direktkandidaten bereits in allen Wahlkreisen nominiert und für die Landesliste bereits die Hälfte aller Unterschriften gesammelt zu haben („FR", 17.8.). Gleichzeitig schimpft sie jedoch über das „bürokratische Verfahren" in den Wahlämtern. Diese Bemerkung ist interessant, deutet sie doch daraufhin, daß die GAZ möglicherweise nicht einmal die minimalen demokratischen Bedingungen (z.B. Wahl der Kandidaten) erfüllt hat, die einer Partei bei der Nominierung von Kandidaten vorgeschrieben sind. Möglicherweise hat sie deswegen Ärger mit einigen Wahlämtern bekommen. Das innerparteiliche „Leben" der GAZ wird daher auch im „Spiegel" treffend mit dem Begriff *„Führerprinzip"* beschrieben. Der „Führer" selbst, Gruhl, verspricht sich inzwischen freilich nicht mehr die 8%, sondern hofft bei den Wahlen im Herbst nur noch auf einen *„Achtungserfolg ... wenigstens in Bayern"* („Spiegel", 21.8.)! Auch das für Anfang September angekündigte Programm der GAZ wird man nun noch länger warten müssen. Es soll erst n a c h den Wahlen präsentiert werden. Bei den „gesetzten Managern" der GAZ („FAZ") scheint der

werden. Bei den „gesetzten Mana-

gern" der GAZ („FAZ") scheint der

Elan, falls es ihn überhaupt einmal gegeben hat, recht schnell flöten gegangen zu sein.

Über ihre Mitgliederzahlen hatte sich die GAZ bisher beharrlich ausgeschwiegen, um auf Befragen stets mit der Formel zu antworten, eine „Flut" sei über sie „hereingestürzt" („FNP", 12.8.). Gegenüber dem „Spiegel" präzisierte Gruhl jetzt diese „Flut": 1.000 Mitglieder (?) im gesamten Bundesgebiet. Die wenigen namentlich vorgestellten GAZ-Mitglieder haben in Hessen jedenfalls nichts mit der Umweltschutzbewegung zu tun. Eher scheinen sie vom rechten Flügel der FDP zu kommen wie z.B. der Landesvorsitzende Hees aus Marburg oder der Frankfurter Vorsitzende Lehnert (siehe dazu Faksimile). Dafür beschäftigt die GAZ zwei Werbeagenturen (nach „ID", 5.8.) und wirbt in Zeitungsanzeigen um Mitglieder.

In diesem Zusammenhang hat der Bund Umwelt- und Naturschutz Hessen (BUND) der GAZ die interessante Frage nach ihrer Finanzierung gestellt („FR", 16.8.). Mal sehen, ob die „gesetzten Manager" sich zu einer Antwort herablassen. Auf ihrem Landesparteitag hieß es dazu noch vornehm: *„Darüber spricht man nicht"* (Hees; zitiert nach „ID", 5.8.). Das hat man. Die GAZ bestimmt.

Zuguterletzt können sich auch die „Freien Wählergemeinschaften", die eine Zeitlang als Partner der GAZ im Gespräch waren, nun aber doch eigenständig kandidieren, nicht des Verdachts der Falschmünzerei erwehren. Von der FWG Gießen wird die Rechtmäßigkeit der Beschlußfassung zur Landtagskandidatur angezweifelt. Eine Klärung soll vor Gericht erfolgen. Der FWG-Vorstand hatte nämlich auf der entscheidenden Delegiertenversammlung die Vertreter des Lahn-Dill-Kreises nicht anerkannt. Mit deren Stimmen aber wäre die ohnehin knappe Entscheidung für eine Kandidatur umgekehrt ausgefallen. Auf jeden Fall ist durch diese Auseinandersetzung klargeworden, daß die FWG ihren Beschluß im Eilverfahren und gegen den Willen von mehr als der Hälfte der Wählergemeinschaften, die in der FWG Mitglied sind, durchgezogen hat (nach „FR", 11.8.)

KB/Gruppe Frankfurt

Beddermann und die Hessenwahl

Die eigentlichen Hintergründe für den Rücktritt Beddermanns enthüllte jetzt Dr. Rudolf Eickhoff (der selbst als Gegenkandidat von Otto auftrat) in der „Elbe-Jeetzel-Zeitung" (12.8.). Bedauernd stellt er fest, daß durch die Presseberichterstattung weitgehend unbekannt geblieben ist, *„welcher Zusammenhang zwischen diesem Rücktritt und dem Schicksal der GLU in Hessen besteht."* Wir wollen ihm die Freude machen, seine Ansichten zu verbreiten, nicht ohne Selbstzweck selbstverständlich, denn sie sind ein beredtes Zeugnis für die kleinbürgerlich-reaktionären Vorstellungen und die kompromißlose Machtpolitik dieser Kräfte innerhalb der GLU.

Nach Dr.Eickhoff **„hat Beddermann sich darum bemüht, die GLU als verfassungstreue ökologische Reformpartei auf Bundesebene zu konsolidieren. Ein Erfolg schien greifbar nahe. Vermutlich hätte man auch Herbert Gruhl für die Mitarbeit in einer solchen Partei an der ihm gebührenden hervorragenden Stelle gewinnen können."** Um den Weg einer solchen *„verfassungstreuen"* Partei mit Herbert Gruhl an *„der ihm gebührenden hervorragenden Stelle"* gehen zu können, waren einige Voraussetzunge zu erfüllen, die wichtigste davon eine *„eindeutige Abgrenzung gegenüber extremistischen Gruppen.* F o l g e r i c h t i g (Hervorhebung durch die Red.) *versuchte Beddermann, ein Wahlbündnis zwischen der GLU-Hessen und GLW-Hessen zu verhindern. Er ahnte, daß die GLW-Hessen von linksextremistischen Kräften beherrscht wird, die unter dem Vorwand der Ökologie zum Angriff auf die rechtsstaatlichen Institutionen unserer Demokratie angesetzt haben."* Wie bekannt scheiterte Beddermann mit diesen Vorstellungen auf dem Libenauer Parteitag. Jedoch nicht mit seiner grundsätzlichen Forderung nach Ausschluß aller „extremistischen Kräfte" - also allen, die sich nicht verfassungstreu zu den „rechtsstaatlichen Institutionen unserer Demokratie" bekennen -, denn diesen Weg geht der neue Vorstand ebenfalls (siehe Artikel in diesem AK). Vielmehr war es die äußerste Eile, zu der Beddermann antrieb und sein offenes Bekenntnis zur GAZ, das in der Mitgliedschaft keinen Widerhall fand. Auch wenn sich Beddermann scheinbar zurückgezogen hat, so wartet er nur auf seine Chance, die er in den Wahlen in Hessen und Bayern sieht. Dazu wieder Dr.Eickhoff: *„Man kann nur hoffen, daß es ihm (Gruhl, Anm.AK) und seiner GAZ gelingen wird, in Hessen und Bayern einen überzeugenden Wahlerfolg zu erringen."* Auf diesen Tag warten Beddermann und seine Anhänger, um dann die Frage der Vereinigung mit der Gruhl-Partei erneut auf die Tagesordnung zu setzen. Die Voraussetzung dafür - den Ausschluß der „extremistischen Kräfte" - soll bis dahin der neue Vorstand geleistet haben. In welche Richtung dieser Zug gehen soll, zeigen weitere Überlegungen von Dr.Eickhoff, von denen er selbst sagt, daß sie *„sich weitgehend mit dem Konzept von Herbert Gruhl decken dürften."* Danach soll Ziel der GLU *„die Durchsetzung ökologischer Prinzipien in der Politik unter voller Wahrung unserer rechtsstaatlichen Ordnung sein."* Kein Platz soll in der GLU für Gedanken zur *„Beseitigung der Marktwirtschaft sein"*. Vielmehr soll mit Hilfe der GLU und einer von ihr entwickelten Wirtschaftspolitik der Beweis angetreten werden, *„daß das marktwirtschaftliche System wegen seiner Offenheit für neue Problem- und Konfliktlösungen mit den auf uns zukommenden Schwierigkeiten viel besser fertig wird als jede Form von staatlichen Dirigismus"*, wobei letzteres als Umschreibung jeglicher Form von Sozialismus herhalten muß. Bezeichnend für die Überlegungen von Dr. Eickhoff ist dabei, daß er nicht bei den kleinbürgerlichen Überlegungen von einer neuen ökologischen Gesellschaft, bei Phantastereien über einen dritten Weg usw. stehenbleibt, sondern sich offen zum Verteidiger des kapitalistischen Marktwirtschaftssystems aufschwingt. Woher er dabei die Gewißheit nimmt, daß gerade dieses System die auf uns zukommenden Schwierigkeiten lösen kann, bleibt in den Sternen. Kaum verhüllt gibt er jedoch zu verstehen, daß seine Gegnerschaft zu allen Sozialisten weit größer ist als zu dem System, daß die Vernichtung der Umwelt und die Gefährdung der Menschheit zum Programm erhoben hat. **Damit gibt diese Strömung in der GLU auch zu verstehen, daß ihr Interesse an einer „grünen Partei" allein in dem Zurückdrängen fortschrittlicher Alternativen zum kapitalistischen System besteht. Dies haben sie tatsächlich gemeinsam mit Herbert Gruhl.**

GLH und Falschmünzer

Nachdem die GLU mit ihrem Auszug aus der GLH alle Illusionen auf eine „grüne Einheit" in Hessen zerplatzen ließ, sind die drei Grünen Listen (GLH, GLU, GAZ) derzeit vor allem damit beschäftigt, die für eine Wahlbeteiligung notwendigen Formalitäten zu erfüllen. Trotz des in der Öffentlichkeit vorgespielten Optimismus gerät dies zu einem mühseligen und zeitraubenden Geschäft, bei dem vor allem für die GLU unklar ist, ob sie es überhaupt schafft. Interessant und entlarvend ist dabei vor allem, welcher Methoden und welcher Bündnispartner sich GLU und GAZ bedienen, um ihre spärlichen Mitglieder-Reihen aufzustocken. So hat sich die GLU mit der Steuer-Partei „Deutsche Fortschrittsbewegung" (DF) zusammengetan, während die GAZ am rechten Rand der FDP sammelt. GLU und GAZ haben damit wieder ein paar Schritte auf dem Weg zu einer rechten vierten Partei zurückgelegt.

Die GLH hat mittlerweile 1.000 Mitglieder, was sich nach Ende der Ferien noch beträchtlich steigern dürfte. Ungefähr 15 % davon kommen aus linken Organisationen (SB, KB, „KPD" und die Sponti-Gruppe um Cohn-Bendit, die ebenfalls organisiert auftritt). Die restlichen 85 % sind Leute aus der BI- und Basisbewegung, aus Umweltschutz-Verbänden, der AUD, „reine" Ökologen, heimatlose Linke und ehemalige SPD'ler. Da mit dem endgültigen Ausscheiden der GLU aus dem Bündnis wieder Plätze auf der Landesliste frei wurden, hielt die GLH am 16.8. in Butzbach ihre zweite Delegiertenversammlung ab und beschloß, daß die übrigen Kandidaten bei Wahrung der Reihenfolge auf die von der GLU geräumten Plätze nachrücken. Dort gab auch Cohn-Bendit den Rücktritt von seiner Kandidatur – er war auf Platz 7 der Landesliste nominiert worden – bekannt. Er begründete dies mit dem negativen Presseecho auf seine Kandidatur, wodurch die Inhalte der GLH Gefahr liefen, verdrängt zu werden. Wenn allerdings die GLH „mehr rot als grün" sei, dann sei die GAZ „mehr schwarz als grün" und die GLU „mehr s c h w a c h als grün".

Als zweiter Sprecher der GLH wurde neben dem bereits auf der ersten Vertreterversammlung gewählten Karl Kerschgens (Darmstadt, AUD) der in Frankfurt lebende Spanier Jose del Poso gewählt. Er hatte sich in Frankfurt insbesondere um den Aufbau einer stadtteilbezogenen GLH-Arbeit bemüht, will die Ausländerproblematik stärker in der GLH verankern und bekennt sich zum Euro-Kommunismus der PCE.

Nur ansatzweise konnte in Butzbach die Programmdiskussion geführt werden. Denn der Entwurf der Programmkommission ging den meisten Delegierten erst auf der Versammlung selbst zu. Deshalb wurde es abgelehnt, über ein Programm zu beschließen, ohne daß dieses vorher an der Basis diskutiert worden sei. Hier wurde von den Spontis überraschend der Vorschlag gemacht, auf ein ausformuliertes Programm ganz zu verzichten, da dieses ohnehin „abgehoben" sei, und es bei den bereits beschlossenen „Grundsätzen der GLH" („Essentials"; siehe AK 135) zu belassen. Der Antrag in diese Richtung erhielt jedoch nach heftiger Debatte nur zwei Stimmen; das Programm soll nun auf einer Fortsetzung der Versammlung am 2./3. September beschlossen werden. Diese Fortsetzung soll demonstrativ in Herfa-Neurode stattfinden, dem Ort, der durch seine Giftmülldeponie in letzter Zeit für Schlagzeilen sorgte.

Die GLH hat jetzt 39 von den insgesamt 55 hessischen Wahlkreisen abgedeckt und dort Direktkandidaten bestimmt. Mit einiger Wahrscheinlichkeit ist damit zu rechnen, daß dies bis zum 4. September (letzter Termin für die Einreichung der Listen) auch in den restlichen Wahlkreisen gelingt. Im Unterschied zu GLU und GAZ wird es nur in wenigen Ausnahmefällen notwendig sein, dabei auf nicht ortsansässige Kandidaten zurückzugreifen. Der Aufwand, den all diese organisatorischen Notwendigkeiten erfordern, hat bewirkt, daß Basisaktivitäten im eigent-

Fortsetzung Seite 6

lichen Sinn erst jetzt allmählich anlaufen. Dennoch geht es inzwischen los: Stadtteilgruppen kümmern sich um Verkehrsprobleme, fehlende Kindergärten, Wohnsituation; in Frankfurt fand am 19.8. eine Aktion statt, mit der auf die Verseuchung des Mains aufmerksam gemacht wurde; die BIs gegen Atomanlagen planen für den 1. Oktober eine zentrale Kundgebung am AKW Biblis u.a.m.

GLU: Mit gerichtlichen Schritten gegen die GLH

Was der GLU mit politischer Überzeugung nicht gelingt, das sollen nun die bürgerlichen Gerichte bewerkstelligen. Die GLU hat einen Rechtsanwalt damit beauftragt, eine einstweilige Verfügung zu beantragen, mit der der GLH das Führen des Namens „Grüne Liste" untersagt werden soll. Dabei geht es um mehr, als nur das werbewirksame Grün für sich allein in Anspruch zu nehmen. Bei einem gerichtlichen Erfolg hofft die GLU, daß es der GLH dann nicht mehr gelingen würde, **„die Unterlagen für eine Wahlzulassung unter geändertem Namen ... rechtzeitig zum Schluß der Einreichungsfrist am 4. September fertigzustellen"** („FAZ" 17.8.). Dies ist auch der Grund dafür, daß die GLU die Beantragung der einstweiligen Verfügung möglichst lange h i n a u s z ö g e r t, obwohl sie dieses Vorgehen bereits Ende Juli angekündigt hat. Das bedeutet, daß es das Ziel der GLU ist, gerichtlich eine Kandidatur der ihr zweifellos überlegenen GLH überhaupt zu verhindern. Sie beruft sich rechtlich darauf, daß Beddermann die GLU bereits am 17.11.77 als Bundespartei beim Bundeswahlleiter angemeldet hatte. Dies war damals ein völlig undemokratischer Alleingang gewesen, der mit der BI-Bewegung nicht im mindesten diskutiert war. Ob die GLU mit dieser Argumentation vor Gericht durchkommt, wird von ihr selbst als „unsicher" eingeschätzt (Rundschreiben vom niedersächsischen Vorsitzenden Otto, 3.8.).

Daß sie jedoch überhaupt den V e r s u c h unternimmt, mit einem derart miesen Coup die GLH aus dem Weg zu räumen, wirft ein bezeichnendes Licht auf das Demokratieverständnis dieser Partei und insbesondere ihres niedersächsischen Vorstandes, der die Initiative dazu ergriffen hat und hier wie sonst im typischen Beddermann-Stil operiert.

Anscheinend ist auch am Zustandekommen des entsprechenden Vorstandsbeschlusses „gedreht" worden. Wie Otto's Rundschreiben (s.o.) zu entnehmen ist, wurde dieser Beschluß von fünf „Mitgliedern des LV

Niedersachsen" bei einer Gegenstim-

Niedersachsen" bei einer Gegenstimme auf einer Versammlung der GLU Hessen am 1.8. gefällt. Unklar bleibt, ob diese Mitglieder alle dem niedersächsischen V o r s t a n d angehören (Otto selbst und Schirr waren jedenfalls anwesend). Die Zustimmung aller weiteren Vorstandsmitglieder wurde erst im nachhinein eingeholt. Unter der Masse der niedersächsischen GLU-Mitglieder dürfte dieser Vorgang wenn überhaupt, als „Namensstreit" bekannt sein und nicht als Versuch, die GLH ganz auszuschalten.

Sticht der juristische Trumpf nicht, sieht es schlecht für die GLU aus. Um überhaupt noch zu Pott zu kommen, hat sie sich mit einem erst Anfang August von einem gewissen Werner Bitkow gegründeten Landesverband der „Deutschen Fortschrittsbewegung" zusammengeschlossen („Offenbacher Post", 12.8.).

Die DF war bisher auf Westberlin beschränkt. Gründer und Chef dieser Splitterpartei ist Horst Schütz, seines Zeiches Wahlkampfleiter des rechtsradikalen „Bund Freies Deutschland" vor drei Jahren! Stimmen erhofft sich die GLU nun von dem dänischen rechten „Steuerrebellen" Mogens Glistrup, der angeblich auf ihren Wahlkampfveranstaltungen auftreten will. Aufgrund dieses „Fangs" sieht sich die GLU nun wieder im „Aufwind". Zusammen mit der DF sei man nun ein „etwa 300 Mann starker Trupp" („OP", 12.8.); Wahlvorschläge würden in allen Kreisen eingereicht werden, und eine Landesliste soll auf einem Parteitag am 26.8. aufgestellt werden. Besonders ernst zu nehmen sind diese Ankündigungen freilich nicht: Nach der bisherigen äußerst unseriösen Publikationspraxis der GLU Hessen beinhaltet ein „etwa" vor einer Zahlenangabe Schwankungen von (mindestens) 50 % ...

In Frankfurt, wo die GLU es auf zehn Mitglieder gebracht hat (gegenüber 180 bei der GLH), ist ein Hermann Weißkopf „Kontaktmann" („FNP", 12.8.), der bereits auf den ersten Grüne Liste-Treffen im Frühjahr d. J. als Vertreter des „5 %-Blocks" aufgetreten war und dort Materialien der „Frei Sozialen Union" (FSU) verteilt hatte. Darin fanden sich z.B. Thesen von der „Kreigsschuld-Lüge", die Forderung nach Freilassung von Rudolf Heß und frauenfeindlicher Kram. Seinerzeit distanzierte sich die GLU von Weißkopf, der damals angeblich eigenmächtig einen „GLU-Kreisverband Offenbach" gegründet hatte (siehe AK 130). Nun ist er also doch dabei – diesmal als Kreisverband Frankfurt. Der Kurs der GLU ist klar: Nachdem sie die Tür nach links zugeschlagen hat, ist sie nach rechts sperrangelweit offen.

Spannend bleibt die Frage, ob es doch noch zu einem Zusammengehen von GLU und GAZ kommt. Prinzipiell hätte die GLU nichts dagegen. Sie beschwert sich nur darüber, daß sie von deren hessischen Vorsitzenden Hees mehrfach über's Ohr gehauen worden sei. Z. B. habe dieser „Zusagen" gegenüber Schirr nicht eingehalten (wodurch man nebenbei erfährt, daß es Verhandlungen mit der GAZ sehr wohl gibt). Einstweilen fordert die GLU eine *„Zusammenarbeit mit der GAZ ohne Dr. Hees und auf der GLU-Liste"* (Rundschreiben von Otto, s.o.). Wielange es bei dieser „Standhaftigkeit" bleibt, wird man ja bald wissen ...

Römer-Roulett

Die „Grünen" drängen auch nach Frankfurt. Als Chef der

Grünen Aktion Zukunft" des aus

„Grünen Aktion Zukunft" des aus der CDU ausgetretenen Bundestagsabgeordneten Gruhl tritt in der Main-Metropole der Sachverständige für Handschriften-Analyse, Diplom-Psychologe Dr. Karl-Friedrich Lehnert, auf. Der bisherige Rechtsaußen der Frankfurter FDP teilte seinen Austritt aus dieser Partei jetzt schriftlich dem Vorstand mit. Nachdem er jahrelang vergeblich versucht hatte, in den Vorstand der FDP Frankfurt zu gelangen, schickte Lehnert kurz nach seinem kommentarlosen Austrittsschreiben noch einen Rundbrief an einige Ex-Parteifreunde. Er sprach darin von einer „historischen Stunde" und bat, man möge doch bitte seinem Beispiel möglichst zahlreich folgen. Nach Angaben der FDP-Geschäftsstelle ist ihm aber noch kein einziger gefolgt. Vielleicht, so mutmaßt ein FDP-Vorstandsmitglied, hat Lehnert in der GAZ mehr Chancen, seinen von der FDP verworfenen Antrag auf Einrichtung eines kommunalen Eros-Centers durchzubringen.

☆

aus „Frankfurter Neue Presse", 10.8.

Die „frustrierten Tanten" haben sich nach vorn geboxt! Zu den Frauenfeindlichkeiten in der GLH/GLW

Daß sich Frauen an den Diskussionen zur Wahl beteiligen, fand sicher selten jemand schlecht. Daß sie allerdings den Anspruch stellen, sich auch e i g e n s t ä n d i g in dieser Diskussion zu Wort zu melden, selber zu bestimmen, was sie in ihren Programmteil schreiben wollen und daß sie überhaupt eine eigenen Fraktion darstellen – das geht doch wohl Mann - chem zu weit! Außerdem sind diese „Emanzen", die sich nicht verwirren lassen und auf Anmache mit Gegenschlägen reagieren, sowieso alles nur KB-Frauen . . .

So oder ähnlich jedenfalls müssen die Gedankengänge der Leute sein, die in letzter Zeit den Frauen in der GLH (Grüne Liste Hessen) fortwährend Steine in den Weg legen, sie mit frauenfeindlichen und antikommunistischen Vorwürfen, Anfeindungen usw. belegen, sobald sie nur den Mund aufmachen.

Besonders hervorgetan hat sich in der GLH auf diesem Gebiet ein gewisser Gerhard Küchen, seit 10 Jahren Mitglied in der SPD: das Engagement der Frauen auf der Delegiertenkonferenz in Alsfeld sei „KB-Machtpolitik". **Der KB versuche, über die Frauenfrage seine Kandidatinnen auf die Liste zu kriegen.** Das ging bis zu direkten Denunziationen wie z.B. „Die XY darf nicht gewählt werden, die tritt doch öffentlich für den KB auf". So geschehen bei der Wahl des GLH-Vorstandes – öffentlich vom Podium runter!

Da wird dann von Küchen einer Marburger Frau, die sich aktiv an der Wahldiskussion beteiligte, voller Überheblichkeit „zu wenig politische Praxis" und „Unerfahrenheit" vorgehalten. Nur gut, daß gerade diese Frau, der Küchen derlei Attribute unterstellte, mit fast doppelt so vielen Stimmen wie er selbst in den Vorstand der GLW (Grüne Liste - Wählergemeinschaft für Demokratie und Umweltschutz; Teil der GLH) gewählt wurde!

War es in Hamburg bei der Bunten Liste eine Selbstverständlichkeit, daß die Frauen i h r e n Programmteil s e l b s t formulierten und auch abstimmten, konnte davon in Hessen nicht die Rede sein. Nicht genug damit, daß der Abschnitt „Frauen" im Programm ein Unterpunkt von einem Unterpunkt bei „Soziales" sein sollte – dort, wo die Frauen sich zusammensetzten und ihre Vorschläge und Beiträge einbrachten, wurden sie teilweise direkt angemacht. Mit Sprüchen wie „Ich hab ja nichts dagegen, daß ihr euren Kram diskutiert, aber hier ist nicht der Ort dafür" wurde von Küchen auf der Delegiertenkonferenz der Versuch unternommen, den Punkt „Frauen" vom Tisch zu kriegen. Schließlich handele es sich um eine GLW und nicht etwa um eine GLF (F = Frauen)! . . .

Bei der Debatte in der Programmkommission – nachdem beschlossen worden war, daß die Frauen ihr Programm auf einem eigenen Treffen erstellen – konnte ein Herr Kerschgens von der AUD es sich nicht verkneifen, die Frauen zu ermahnen, sich doch möglichst kurz zu fassen. Herr Zieran vom SB bestand gar darauf, daß das Frauen-Programm der offiziellen Programm-Kommission noch einmal vorgelegt werden müsse, denn er bestehe auf seinem Recht, als GLW-Mitglied auch darüber entscheiden zu dürfen – schließlich bestehe bei der Sache ja die nicht geringe Gefahr, daß das ganze männerfeindliche Positionen beinhalte ...

Die Chauvis aller Sorten kamen natürlich auch in besonders „netten" Sprüchen zum Vorschein. So meinte z.B. Leo Spahn, seines Zeichens Sprecher der GLW, bei der Büro-Einweihung zu einer Frau, die einen kurzen Rocke anhatte, sie sei wohl gekommen, um einen Mann aufzureißen . . . Und Herr Kandler aus Darmstadt drängte dieselbe Frau anläßlich der vielfältigen Pressepräsenz auf der Delegiertenkonferenz in Alsfeld, sie solle doch bitte nochmal „so einen emotionalen Ausbruch inszenieren", das würde doch „auf diese Leute besonders gut wirken" (er bezog sich dabei auf Differenzen am Tag vorher, wo es wegen Mauscheleien und unbewiesenen Behauptungen zu recht lautstarken Auseinandersetzungen gekommen war). Küchen (s.o.) bezeichnete die GLW-Frauen abwechselnd als „hysterische Weiber", „frustierte Tanten", „kurzbrüstige kleine Frauen"; Hartmut Krausser von der GLW Giessen brachte einen Spruch von den „kleinen Mädchen mit dem ‚Arbeiterkampf', die durch die GLW-Geschichte mal lernen können, was Politik eigentlich ist . . . .

50% der Listenplätze für Frauen?

Einer der umstrittenen Punkte in Bezug auf die Frauendebatte war die Forderung der Frauen, 50% der Listenplätze mit Frauen zu besetzen. Im Antrag von Frauen aus Butzbach und Marburg hieß es dazu: „Wir Frauen sind weder eine Minderheit noch eine Randgruppe, sondern über die Hälfte aller hessischen Wähler. Wir fordern deshalb, daß auf der Landesliste Frauen in gleicher Zahl wie Männer vertreten sind, dies gilt auch für die ersten acht Listenplätze". Eine Forderung von Frauen war, die Liste im Wechsel mit Männern und Frauen zu besetzen; andere wollten nur Empfehlungen aussprechen, möglichst viele Frauen in die Liste aufzunehmen. Die Auseinandersetzung um die 50%-Forderung war jedoch für SB, „KPD" und AUD in trauter Eintracht Aufhänger genug, das eigenständige Auftreten der Frauen als „KB-Machtpolitik" zu bekämpfen!

Vereinheitlichen konnten sich schließlich alle auf folgende Formulierung in den „Grundsätzen" der GLW zum Punkt „Frauen", wo es u.a. heißt: *„Wir fordern die Delegierten der GLW auf, der Mehrheit der Wahlberechtigten Rechnung zu tragen und entsprechend viele weibliche Kandidaten aufzustellen".*

War es bei der Wahldebatte in Hessen ein Vorschlag, der auch dazu führte, daß der Frauendiskussion ü b e r h a u p t Beachtung geschenkt wurde, so stand die 53%-Forderung in Westberlin – eingebracht von Sybille Plogstedt („Courage") – unter anderen Vorzeichen. War sie für sie doch eine willkommene Gelegenheit, die Beteiligung von Frauen an den Gesprächen für eine Bunte Liste insgesamt a b z u l e h n e n. Sybille gab zwar in bekannter Manier vor, für die Westberliner Frauenbewegung insgesamt zu sprechen, allerdings machte ihr da schon schnell eine Vertreterin des Feministischen Frauen-Gesundheitszentrums (FFGZ) einen Strich durch die Rechnung: sie sprach sich gegen die ultimative 53%-Forderung aus, da sie ihre Mitarbeit nicht von der Durchsetzung der 53-%-Forderung abhängig mache. Für sie sei es erstmal das wichtigste, daß wir Frauen unsere Forderungen überhaupt innerhalb einer Bunten oder sonstigen alternativen Liste einbringen.

AG Frauen
KB/Gruppe Hamburg
(nach Berichten von Genossinnen aus Hessen und Westberlin)

Hessen und Westberlin)

Der »grüne« Witz

Im Hessischen Wahlkampf kamen die Lacher wieder einmal auf ihre Kosten Eine kleine Sensation ist eingetreten. Keiner hätte es dem knochentrockenen Dregger zugetraut, aber er brachte es doch: Mit seiner Feststellung, die CDU sei **„die größte Protestpartei"** in Hessen („Frankfurter Neue Presse", 15.8.), schaffte er unangefochten die humoristische Bestleistung im Monat August. Nachdem Börner schon im Juni mit seiner Charakterisierung der SPD als *„größte Bürgerinitiative"* karnevalistische Rekorde aufgestellt hatte, profiliert sich nun der CDU-Landesvorsitzende als Anwärter für den Orden wider den tierischen Ernst. Denn auch seine Ausführungen zum Thema *„Sachliche Umweltdiskussion"* sind nicht ohne Reiz – vor allem für Anhänger des spröden Witzes: Dregger verarscht hier das sog. „Verursacherprinzip", mit dem die Sozialdemokratie den Umweltzerstörern den Krieg angesagt hat.

„Wir alle, die wir Auto fahren, Heizungen betreiben und Produkte benutzen, deren Verpackungen weggeworfen werden, sind Verursacher, nicht nur die Industrie" („FNP", 9.8.). Außerdem gebe es *„kein anderes Wirtschaftssystem, das so hervorragend (!) wie die soziale Marktwirtschaft geeignet sei, umweltfreundliche Produkt- und Verfahrensinnovationen zu entwickeln"* (ebd.)-Helau - Alaaf!

Wenig Spaß verstand die CDU allerdings, als Finanzminister Reitz einige neckische Zahlenspielchen vollführte und die hessischen Umweltschutzausgaben für 1978 auf 616 Mio. DM hochrechnete („FNP", 11.8.). Anstatt den Ball aufzunehmen und z.B. einen eigenen „grünen Etat" von einer Milliarde zu versprechen, machte die CDU-Fraktion beleidigt darauf aufmerksam, daß im hessischen Haushaltsplan 1978 für den gesamten Bereich „Reinhaltung von Luft, Wasser und Erde, Lärmbekämpfung, Reaktorsicherheit, Strahlenschutz" nur 16,6 Mio. ausgewiesen seien („FAZ", 14.8.). Rechenkünstler Reitz hatte jedoch gleich darauf hingewiesen, daß es schwierig sei, *„immer ganz exakt abzugrenzen"*, welche Summen aus den einzelnen Haushaltsposten nun dem Umweltschutz zugute kommen und welche nicht.

Auch an Galgenhumor fehlt es in Hessen nicht. Anfang August war die Einlagerung von 950 Fässern amerikanischen Giftmülls in der Untertage-Deponie Herfa-Neurode (siehe Artikel in diesem AK) auf heftige Kritik gestoßen. Das hessische „Umweltministerium" war um eine Antwort nicht verlegen. Die Einlagerung sei überhaupt nicht gefährlich. Beweis: Das neu hinzukommende Gift *„entspreche in seiner Zusammensetzung einer Vielzahl von Stoffen, die seit Jahren (!) in Herfa-Neurode eingelagert werden"* („FNP", 12.8.).

Dies leuchtet ein, zumal die Bürger in Herfa-Neurode ganz ähnlich denken, wenn man der „Bild"-Zeitung folgt, die „eine alte Frau auf der Dorfstraße" interviewte: *„Wenn das Zeug erstmal unten ist, habe ich keine Angst mehr. Aber was, wenn Terroristen die Lastwagen mitten im Dorf in die Luft sprengen?"* („Bild", 9.8.).

Man sieht's: Der „grüne Witz" grassiert bereits. Von der „Bild"-Oma auf der Straße bis zum Bilderbuch-Ministerpräsidenten sind sich alle einig: In Hessen ist der Umweltschutz in den allerbesten Händen.

GLU-Mitglieder gegen Spalterpolitik

Göttingen: Mit einem Brief wandten sich zehn Mitglieder des Kreisverbandes Göttingen der GLU gegen die geplante Klage des GLU-Vorstandes und gegen die Erpressungsversuche gegenüber der GLH. Sie schreiben u.a.:

„Mit Bestürzung haben wir gelesen, daß der Landesvorstand der GLU Niedersachsen der GRÜNEN LISTE HESSEN gerichtlich den Namen entziehen lassen will, wenn die Kandidatur von Cohn-Bendit und einer angeblichen Sympathisantin kommunistischer Gruppen nicht zurückgenommen wird. (..). Der jetzige Angriff auf den von den GLU und GLW mühsam herbeigeführten Kompromiß konnte nur zur Spaltung der GLH führen. Ja, wir müssen sogar annehmen, daß diese Spaltung das direkte Ziel des Eingreifens des neuen Landesvorstandes in die Hessenwahl war. Damit unterscheidet sich die Politik des neuen LV in keiner Weise von der von C. Beddermann, den sie selbst so heftig kritisiert haben. (...). Es ist schon bedenklich genug – und widerspricht eigentlich sämtlichen Prinzipien von Basisdemokratie – (...) wenn ein Landesverband einen anderen in die Kandidatenliste herumpfuschen will. Ungeheuerlich ist aber, daß der Begriff des 'Sympathisantentums' zur Entfernung anscheinend mißliebieger Personen benutzt wird" Zu den Bemühungen des LV mit Gruhl ins Geschäft zu kommen, schreiben sie: *„Während die Tür zu den Bürgerinitiativen und anderen Wählerbündnissen für Umweltschutz und Demokratie immer weiter zugeschlagen wird, wird die Tür zur GAZ immer weiter geöffnet. Dies steht im Gegensatz zu allen Äußerungen, die von den neuen LV-Mitgliedern in Libenau gemacht worden sind. Waren etwa alle Bekenntnisse zur gleichberechtigten Zusammenarbeit mit den BIs nur Fensterreden, die schon am nächsten Tag keinen Pfifferling mehr wert sind? (...)".*

Schließlich fassen sie ihre Meinung zusammen in dem Aufruf: *„Schluß jetzt mit der Abgrenzungspolitik; machen wir Ersnt mit den Satz aus der Wahlkampfplattform: 'Für die GLU wird ausschließlich die Sache im Vordergrund stehen, und nicht die Frage, wer sie vertritt.' Wir sind gegen die Namensaberkennung der GLH. Wir sind gegen Absprachen mit der GAZ, es sei denn es betrifft die Zusammenarbeit in konkreten Aktionen. Wir sind dafür, daß vor Gründung der nächsten Bundespartei eine offene Diskussion unter allen Bürgerinitiativen und Grünen und Bunten Listen geführt wird im Interesse der gemeinsamen Sache".*



Bayern: Die GAZ und die „grüne Einigung“

Gründung des GAZ-Landesverbandes am 22.7.

Obwohl zu dieser Versammlung ausdrücklich „nur bereits beigetretene Parteimitglieder oder solche, die dies ernsthaft werden wollen", Zutritt haben sollten, damit ein „gesicherter Ablauf der Versammlung gewährleistet ist", verlief das Ganze dann doch recht chaotisch: einige Stunden brauchten die dort versammelten 72 Parteimitglieder, um sich auf eine gemeinsame Satzung und einen Vorstand zu einigen: gewählt wurde schließlich als 1. Vorsitzender Helmbrecht von Mengershausen („Helmi"), Rechtsanwalt aus Erding und bis zu seinem Eintritt in die GAZ CSU-Mitglied ; als 2. Vorsitzender Eberhard Bueb, ex-FDP-Mitglied und Besitzer einer Mode-Boutique-Kette in Oberfranken; und als 3. Suttner von der „Katholischen Landjugend" aus Regensburg. Die bayerische GAZ übernimmt die Bundessatzung, wonach jeder Mitglied werden kann, „der **sich zu den Grundsätzen dieser Partei bekennt, keiner anderen Partei angehört und auf dem Boden des Grundgesetzes steht**".

Die hitzige Debatte über die Möglichkeiten eines gemeinsamen Vorgehens zu den Landtagswahlen mit anderen Gruppierungen machte die politischen Widersprüche unter den Anwesenden deutlich: Vertreter der AUD boten sich wieder mit penetranter Hartnäckigkeit als der „organisatorische Rahmen aller Grünen in Bayern" für eine gemeinsame Kandidatur an ; Mengershausen und Bueb wollten sich auf nichts festlegen; Vertreter der stramm rechts ausgerichteten „Grüne Liste Bayern", allen voran Hennig von der rechtsradikalen AVP und Klammt (ehemals Mitstreiter der „Gesamtdeutschen Partei") lehnten ein Bündnis mit der AUD kategorisch ab, da diese zu „linkslastig" sei. An dieser Frage erhitzten sich die Gemüter ganz besonders, der recht hohe Bierkonsum tat ein übriges und schon wurde aus den Reihen der GAZ-„Basis" der Antrag gestellt, den frisch-gekürten Vorsitzenden von Mengershausen wieder abzusetzen, „weil er zuviel redet". Das konnten die GAZ-Funktionäre gerade noch verhindern.

Die GAZ steht auf sehr schwachen Füßen

An zwei Dingen wurde in den folgenden 3 Wochen fieberhaft gearbeitet: Am Bündnis GAZ-AUD und am Aufbau von möglichst vielen GAZ-Kreis- und Bezirksverbänden, um gegenüber der AUD wenigstens ein paar Trümpfe in der Hand zu haben.

Bezirksverband Schwaben
Am 24.7. konstituierte sich in Altusried der schwäbische BV der GAZ. Kommissarisches Vorstandsmitglied wurde u.a. Dr. Herrmann Korff (CSU- und WSL-Mitglied).

Bezirksverband Oberfranken
Ca. 50 Personen erschienen am 2.8. zur Bezirksverbandsgründung Oberfranken. Von ihnen entschlossen sich im Verlauf der Veranstaltung allerdings nur 17, in die GAZ einzutreten. Der stellvertretende Vorsitzende Widmaier war bisher CSU-Stadtrat in Bayreuth. Bueb vom Landesvorstand machte dabei einige interessante Bemerkungen: „*Die Grenze für eine Mitgliedschaft in der GAZ liege dort, wo 'jemand gewaltsam die verfassungsmäßige Ordnung in der Bundesrepublik vernichten wolle. ,Das bedeutet, daß wir selbst einen NPD-nahestehenden aufnehmen müssen'. Der Vorstand der GAZ werde jeden Einzelfall prüfen. ,Wer die Verfassungsfeinde sind, ist ja bekannt'* " („Frankenpost", 4.8.).

Kreisverband Würzburg
Der KV Würzburg führte am 27.7. ein erstes Treffen durch. Ein Kreisverband scheint dort erstmal nicht gegründet worden zu sein, denn von den ca. 30 Anwesenden waren nur ganze 8 bereit, der GAZ beizutreten.

Kreisverband Regensburg
Am 31.7. wurde der KV Regensburg gegründet.

Kreisverband Wunsiedel
Zum Vorsitzenden des KV Wunsiedel wurde am 1.8. Dr. Dittmar gewählt.

Kreisverband Nürnberg
Am 10.8. gründete sich der KV Nürnberg mit sage und schreibe 6 (in Worten: sechs) Mitgliedern. GAZ-Mitglied Robert Detzel, kürzlich aus der CSU ausgetreten, hatte über eine Zeitungsannonce dazu eingeladen. Es erschienen ca. 30 Leute, davon 3 AUD-Mitglieder, was bei vielen Anwesenden schon die schreckliche Vision einer „linken Unterwanderung" hervorrief. Nach 2 Stunden Gezappel warf man „alle Mitglieder anderer Parteien" raus, es blieben 15, von denen schließlich 6 für die GAZ blieben. Sie wählten Vorstand, Schriftführer, Schatzmeister usw. – jeder hat sein Pöstchen abbekommen.

Kreisverband Bayreuth
Eine ähnlich breite „Verankerung" fand der „Grüne Dachverband" einen Tag später in Bayreuth: Mit 7 stimmberechtigten Mitgliedern wurden Vorstand usw. gewählt. Die Bereitschaft zur Eigenaktivität dieser Leute war dermaßen groß, daß man, um alle Pöstchen zu besetzen, sogar auf abwesende Freunde zurückgreifen mußte.

Das Bündnis GAZ – AUD

Diese – sicherlich unvollständige – Auflistung zeigt, daß die GAZ alleine nicht in der Lage wäre, für die bayerische Landtagswahl im Oktober zu kandidieren. Die einzige Möglichkeit bestand für sie in einem Bündnis mit anderen Gruppierungen; nur stehen die in Frage kommenden Bündnispartner größtenteils vor denselben Problemen: meist auch nur bestehend aus einer Handvoll sich befehdender, rechter oder rechtester Parteikarrieristen stellten diese Gruppen nichts auf die Beine. Aber um doch noch ins Wahl-Geschäft zu kommen, war die GAZ-Führung zu einigen Investitionen bereit: Nicht offen, aber um so zielstrebiger steuerte sie auf ein Bündnis mit der AUD zu und nahm dafür sogar einige Auseinandersetzungen mit den eigenen Anhängern in Kauf, denen die AUD „zu links" war.

Wie sehr der GAZ an diesem Bündnis gelegen war, läßt sich schon allein daran ablesen, daß sie sich mit der AUD auf ein vergleichsweise demokratisches Programm geeinigt hat. Einig war man sich auch in der Abgrenzung gegen links: „*Nach den Worten des GAZ-Vorstizenden Helmbrecht von Mengershausen ist sichergestellt, daß auf der gemeinsamen Liste keine ,extremistischen Kandidaten' auftauchen werden. Man habe von Anfang an darauf geachtet, daß es in Bayern anders als jüngst in Hessen läuft'*"(NN, 9.8.).

Um sein mühsam zusammengekratztes Häuflein nicht sofort wieder zu verlieren, lud der GAZ-Vorstand zu einer außerordentlichen Mitgliedversammlung ein, auf der über das Bündnis „demokratisch" entschieden werden sollte. Und so in etwa ging das zu: „*In der Morgendämmerung tippte ein jugendlicher Idealist die 12 Seiten (das ausgehandelte Programm) ins Reine, und mit einem einzigen Exemplar (!) eilte Helmbrecht von Mengershausen (...) nach Bayreuth, wo sich im ,Schützenhaus' ein außerordentlicher Parteitag versammelte. Den drei oder vier Dutzend anwesenden Mitgliedern sagte der Vorsitzende gleich zu Anfang zweierlei: daß seine Stimmkräfte nicht ausreichen würden, das ganze Programm vorzulesen und daß die Versammlung das auf einer nächtlichen Sitzung mühsam ausgehandelte Programm mit Haut und Haaren akzeptieren müsse, weil sonst die historische Chance einer grünen Einigung in Bayern vertan sei. ,Friß Vogel oder stirb', sagte Mengershausen ganz offenherzig*" („FAZ", 7.8.). Gruhl war extra gekommen, um unter allen Umständen die „grüne Einigung" durchzuboxen und so mochten die GAZler ihren Führern auch keinen Ärger machen: Sie stimmten dem Bündnis zu.

AUD – Linke Phrasen, Rechte Politik

Einen Tag bevor der AUD-Chef August Haußleiter auf dem 2. Wahlkongreß der Basis- und Bürgerinitiativen sehr rrradikale Töne spuckte (z.B. daß man gemeinsam entschieden „gegen Kapitalismus und Imperialismus" kämpfen müsse, daß hier, auf dem Kongreß, einer der wenigen Orte in Bayern sei, wo er sich als Demokrat wohl fühlen würde und wo die Menschen mutig ein offenes Wort gegen Strauß auszusprechen wagen... usw.), hatte der AUD-Vertreter Resch in Freising beim 1. GAZ-Parteitag erklärt, daß bei den „Bunten" sowieso nichts zu holen sei, daß es keine programmatischen Differenzen zwischen der AUD und der GAZ gebe und daß Haußleiter immer schon ein überzeugter Antikommunist gewesen sei!! Diese Leute unterscheiden sich wirklich in nichts vom verfaulten Gesindel anderer bürgerlicher Parteien! Haußleiter hätte wahrscheinlich auch seine Großmutter verkauft, wenn die AUD dann nicht alleine hätte kandidieren müssen.

Proteste in der AUD

Daß die AUD-Führung bereit ist – um wenigstens einmal die 0,1 % Hürde zu kommen – sich der Publizität der reaktionären Gruhl-Partei zu bedienen und dieser Partei damit zu einem starken bayerischen Landesverband zu verhelfen, stößt allerdings in der AUD-Basis auf vielfachen Unmut. Bekannt ist z.B. ein Brief des AUD-Kreisverbandes Lübeck und von drei Mitgliedern des Schleswig-Holsteiner AUD-Landesvorstandes vom 9.8., der sich an den Bundes- und den bayerischen Landesvorstand richtet, und in dem es u.a. heißt: „*Wir wenden uns entschieden gegen eine gemeinsame Wahlbeteiligung mit einer Partei, die schon in der Form ihrer Gründung demokratische Spielregeln mißachtete, dem Programm der AUD bis auf wenige Ausnahmen nicht entspricht, ihm sogar in entscheidenden Punkten (Rüstung/Abrüstung, Kapitalismus/Sozialismus) widerspricht. Die hoffnungsvollen Ansätze der AUD in Lübeck, ihre Organisation zu stärken, dürften zunächst gescheitert sein. Schon bald nach Zusammengehen der AUD mit der GAZ in Bayern haben sich zahlreiche Sympathisanten an uns gewandt und ihrer Enttäuschung über diesen Schritt Ausdruck verliehen...*".

Es bleibt zu hoffen, daß sich auch in Bayern einige AUD-Mitglieder finden, die den Kurs ihrer Haußleiter, Resch und Konsorten nicht mitzumachen bereit sind. Denn als einziger Sieger aus der ganzen Sache kann nur Gruhl und seine reaktionäre „grüne" vierte Partei hervorgehen.

KB/Nürnberg

»Grüne Liste Schleswig-Holstein«

Gehen die Kreisverbände ihren eigenen Weg?

Acht Kreisverbände (KV) aus Storman, Lauenburg, Bad Segeberg, Kiel, Neumünster, Pinneberg, Rendsburg-Eckernförde und Flensburg/ Stadt will der rechte provisorische Landesvorstand (LV) der „Grünen Liste Schleswig- Holstein" nicht anerkennen, weil sie sich gegen Unvereinbarkeitsbeschlüsse ausgesprochen haben und einen Kurs der schroffen Abgrenzung nach links nicht mitmachen. In Lübeck hat der LV die Abspaltung einer rechten Minderheit vom „Initiativkreis Grüne Liste" initiiert; in den Kreiswählergemeinschaften Nordfriesland und Steinburg sind die LV- UVBs bis heute noch nicht übernommen worden. Gänzlich ohne Basis in den Kreisverbänden kann der LV die geplante Integration des Landesverbandes ins nationale rechte Umweltschutzlager natürlich nicht durchsetzen, so daß er jetzt Abspaltungen von den Kreisverbänden herbeiführen will.

Welchen Weg demgegenüber die Kreisverbände selbst einschlagen wollen, soll auf einer Konferenz am 3.9. in Lübeck diskutiert werden, zu der der Lübecker „Initiativkreis" alle Kreisverbände eingeladen hat.

Neue Taktik des Landesvorstands

Zur Mitgliederversammlung im Kreis Pinneberg am 7.8. erschien LV- Mitglied Gerd P. Werner (Nordfriesland), um Anhänger für den Vorstandskurs zu gewinnen. Knallhart verlangte er nicht nur eine Abgrenzung vom KB, sondern auch „Grauzonen können wir nicht akzeptieren"! Mit 20 : 1 Stimmen entschied sich der Kreisverband aber sehr eindeutig gegen die Unvereinbarkeitsklausel.

Nach dieser Pleite schlug der LV weichere Töne an und verschickte an die vorher nicht anerkannten Kreisverbände gleichlautende Schreiben, wonach schon auf der Vorstandssitzung am 4.8. der jeweilige „*Aufnahmeantrag durchgearbeitet*" und „*zurückgestellt*" worden sei, da die Kreissatzung keine UVBs enthalte. „*Wir bitten Euch, bis zum 5.9. eine Mitgliederversammlung einzuberufen, auf der wir unseren Standpunkt erklären würden*". Freundlicherweise bietet der LV an, „*auf dem Septemberkongreß die nächste Satzung in Eurem Sinne*" mitbestimmen zu dürfen. Bis dahin wäre es „*wohl nur demokratisch, sich den wenn auch knappen Mehrheitsbeschlüssen unterzuordnen, also die VVBs zu akzeptieren*" (Schreiben des LV vom 10.8.).

Nun hatte der LV allerdings schon Anfang August in der Presse Springer Zeitungen und Pinneberger Regionalpresse · verbreiten lassen, er habe bereits „*in mehreren Fällen die Aufnahme von Kreisverbänden abgelehnt*". Denn es hätten „*u.a. in Lauenburg ,Aktivisten einer extremen Splittergruppe' mit wenigen Personen unter dem irreführenden Namen Grüne Liste Gruppen gebildet. Der Landesvorstand wolle nur diejenigen Gruppen anerkennen und in die Organisation aufnehmen, die den Extremisten jeder Richtung keine Möglichkeiten zur Mitarbeit einräumen*" („Welt", 1.8.). Als diese Pressemeldung zusammen mit dem später verschickten seichten Schreiben auf der MV im Kreis Lauenburg am 18.8. vorgelesen wurde, sprach man sich einstimmig gegen eine Einladung des LV zur nächsten MV in Lauenburg aus, weil das Vorgehen des LV als unaufrichtig angesehen wurde. Ob die Taktik des LV, zuerst einen Pressefeldzug gegen die Kreisverbände zu starten und so ihre Nichtanerkennung mitzuteilen, um anschliessend Gesprächs- und Verhandlungsbereitschaft zu spielen, besonders geschickt und noch länger durchzuhalten ist, muß er sich wohl nach den Mitgliederversammlungen in Pinneberg und Lauenburg gründlich überlegen.

Vorschläge für einen eigenen Verband der „Grünen Liste"-Basis

Der Lübecker „Initiativkreis Grüne Liste" hat am 15.8. für die Konferenz am 3.9. ein Diskussionspapier mit der Empfehlung verschickt,„**jetzt einen eigenen Landesverband aufzubauen, der zu einer wirklichen Alternative wird**". „ *Die Spaltung in Schleswig- Holstein ist eine vom LV geschaffene Realtität, auf die wir uns einstellen müssen. Wer jetzt immer noch auf Kompromisse mit diesem LV hofft oder der Meinung ist, eine Spaltung sei – gar durch besondere Zurückhaltung von unserer Seite – zu verhindern, sieht den Tatsachen einfach nicht ins Auge. Jeder Schritt des LV beweist doch, daß er mit den Kreisverbänden nicht zusammenarbeiten will. Alles, was der LV gemacht hat, hat mit einer Alternative zu etablierten Parteien nichts zu tun*".

Auf der MV des Kreisverbandes Flensburg/ Stadt wurde am 15.8. zunächst mit nur knapper Mehrheit beschlossen, Delegierte zur Lübecker Konferenz am 3.9. mit dem Auftrag zu schicken, daß dort ein eigener Landesverband gebildet wird. Fast einstimmig einigte man sich dann auf einen Kompromißvorschlag: Zur Lübecker Konferenz soll der LV eingeladen werden und dort erklären, daß er alle gebildeten Kreisverbände anerkennt. Kommt der LV dieser Aufforderung nicht nach, will man sich für die Bildung eines eigenen Landesverbandes einsetzen.

Die MV des Kreisverbandes Lauenburg beschloß am 18.8. einstimmig, die Teilnahme von Delegierten an der Lübecker Konferenz mit dem Auftrag, „*aus den Kreisverbänden einen Landesverband zu gründen und in Lübeck einen eigenen Landesvorstand zu wählen*". In diesem Sinne erarbeitet der Kreisverband eine neue Landessatzung ohne Unvereinbarkeitsklausel.

Weitere Proteste gegen den rechten Kurs des Landesvorstandes

Mit einem offenen Brief an LV-Mitglied Gerd P. Werner vom 27.7. protestierte ein Mitglied aus Rendsburg-Eckernförde gegen die Unvereinbarkeitspolitik. Er wendet sich dagegen, „*weite und wesentliche Teile der demokratischen Linken, zu der ich den KB zähle, und damit auch ein wesentlicher Teil der Bürgerinitiativbewegung, auf deren Boden die ,Grünen Listen' ja erst entstanden sind, a priori*" auszuschließen.

»*Wenn wir uns nicht endlich in einer entspannten Atmosphäre zusammensetzen und — in gegenseitiger Anerkennung — Kompromisse zu finden bereit sind, werden wir es nicht schaffen, zu den Landtagswahlen überzeugend als Alternative aufzutreten. ... Ich habe allerdings den Eindruck, daß Teile des Landesvorstandes, Du an der Spitze, diesen notwendigen Kompromissen auszuweichen versuchen, indem man einfach abwartet, bis ,die Linken' das Trauerspiel leid sind und eine eigene Liste gründen*«.

Der Kreisverband Stormarn teilte am 6.8. allen Kreisverbänden — bezugnehmend auf Vereinbarungen der GLUs für eine bundesweite Partei — mit, »*daß das hinter den Kulissen scheinbar generalstabsmäßig in Richtung Bundespartei geplante Vorgehen die Arroganz erklärt, mit der das Gros der autonomen Kreisverbände durch den provisorischen LV behandelt wird ...Bis zur GAZ ist es da wirklich nur noch ein kleiner Schritt!*«

Besonders wichtig ist die Entwicklung im KV Nordfriesland; dieser Kreis hat besonderes Gewicht wegen seines erfolgreichen Abschneidens bei den gelaufenen Kreistagswahlen (6% der Stimmen). Der Kreisvorstand beschloß am 11.8. einen »Kompromißvorschlag für einen Unvereinbarkeitsbeschluß«, der in Schleswig-Holstein verschickt wurde.

»*Alle Wertvorstellungen, ob christlich, konservativ, liberal, sozialistisch oder marxistisch etc. können in die Diskussion der GL eingebracht werden, um ihre Ziele zu fördern*«

Unverkennbar ist der Wunsch, die Unvereinbarkeitspolitik des Landesvorstandes in Nordfriesland wie in ganz Schleswig-Holstein zu verhindern. Allerdings enthält der »Kompromißvorschlag« auch eine Formulierung, die die Interpretation des LV nicht vollkommen ausschließt: »*Dogmatische Formen der Auseinandersetzung widersprechen einer demokratischen Meinungsbildung. Die GL dient nicht dem Zweck, politisch gebundenen Personen, gleich welcher Richtung, den Weg ins Parlament zu ermöglichen*".

Der LV hatte am 16.7. beschlossen, die Unvereinbarkeitsklausel so »undogmatisch« zu interpretieren,daß gerade mutmaßliche KB-Mitglieder aus der GL Schleswig-Holstein ausgeschlossen werden sollten. Ob der nordfriesische Beschluß in ausdrücklicher Abgrenzung zu der Vorstands-»Interpretation« gefaßt wurde, ist uns z.Zt. noch unbekannt.

Verschiedene Mitglieder aus Kreisverbänden, die bisher noch keine Stellungnahme zur Konferenz am 3.9. abgegeben haben, wenden sich gegen die vorschnelle Gründung eines eigenen Landesverbandes. Sie äußern die Befürchtung, daß mit einer solchen Gründung vollendete Tatsachen der Spaltung geschaffen werden, für die der LV dann jede Verantwotung abstreiten könnte und die unweigerlich zu zwei Kandidaturen führen würde. Nach ihrer Auffassung sind noch nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft, den LV — z.B. durch juristische und verfahrensrechtliche Schritte im Landesverband »Grüne Liste Schleswig-Holstein« — zum Einberufen eines Landeskongresses mit Delegierten aus den Kreisverbänden zu zwingen.

Die große Mehrheit der Kreisverbände und ihrer Mitglieder eint die Ablehnung von UVB$, ein insgesamt radikaldemokratisches Bewußtsein sowie die klare ablehnung der Vorstandspolitik. Die Voraussetzungen, sich am 3. September in Lübeck nunmehr auch auf ein gemeinsames taktisches Vorgehen zu einigen, šind also gegeben. Wir meinen, daß die Kreisverbände sich zumindest einen gewissen Rahmen schaffen sollten, der eine gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit, koordinierte Programmdiskussion und kollektive Verhandlunngsführung gegenüber dem rechten Vorstand ermöglicht.

Landesleitung des KB in Schleswig-Holstein

Korrektur zu AK 134:

S. 43, mittlere Spalte, Kommentar der Redaktion: Es muß natürlich heißen: „Politische Widersprüche haben beim Nichtabdruck von Artikeln k a u m eine Rolle gespielt".
S. 47, letzter Absatz des Vorspanns: Es ist natürlich nicht von einer "SPD/ FDP-Regierungkoalisation ...", sondern von einer "SPD/DKP-Regierungskoalisation" die Rede, mit der die Revisionisten "nahezu friedlich in den Sozialismus hinüberrutschen (wollen)".

Gift in Hessen: Genug um die ganze Menschheit zu vernichten

In der hessischen Giftmülldeponie Herfa-Neurode sollen 300 Tonnen hochgiftiger Pflanzenschutzmittel aus den USA abgelagert werden. Dieses Mittel namens „Kepone" hat beim Herstellungsprozeß den Chemiearbeitern schwere gesundheitliche Schäden zugefügt. Zudem verursacht Kepone Krebs. Die amerikanische Herstellerfirma mußte bis jetzt bereits 20 Millionen Dollar an Schadenersatz zahlen.

In der Zwischenzeit ist die Produktion des giftigen Pflanzenschutzmittels, das in der BRD verboten ist, von dem Hersteller eingestellt worden. Jahrelang versuchte die Herstellerfirma den Dreck loszuwerden. Eine Untertagedeponie in Idaho/USA erschien dafür geeignet, war aber nicht bereit, diesen Abfall aufzunehmen. Eine Verbrennung in Cleveland/USA war den Kapitalisten wahrscheinlich zu teuer, da dies ungefähr fünf Jahre dauern würde. Die britische Regierung verbot den Giftimport für eine Verbrennungsanlage in Wales.

Doch keine Schwierigkeiten fand das US-Unternehmen beim Versuch, den Giftdreck in der BRD loszuwerden. Die Kali & Salz AG, Kassel (BASF), hat sich das Geschäft, für DM 122,80 per Tonne die Einlagerung vorzunehmen, nicht entgehen lassen.

Die Doppelschachtanlage Herfa-Neurode in Hessen lagert heute mehr als 200.000 Tonnen der gefährlichsten Giftstoffe der Welt, wie Arsen, Cyanide, gefährliche Nitrite und Nitrate, Quecksilber, Cadmium und fehlproduzierte Pflanzenschutzmittel. Diese Stoffe sind nicht nur giftig, sondern können sich auch zu einem hochexplosiven Gemisch durch chemische Reaktionen verbinden. Der Bergamtsdirektor Gründler vom Bergamt Bad Hersfeld sagt, wo der kritische Punkt ist: *„Der Verdacht liegt immer im Raum, daß eine Firma der Deponie irgendetwas unterschieben will. Es ist schon vorgekommen, daß bei Stichproben falsch deklarierte Sendungen entdeckt worden sind. Bei Kunden, die regelmäßig liefern, prüft man aber kaum noch"* (Angaben nach „Quick" v. 10.8. 1978).

Katastrophen wie Seveso oder Quecksilbervergiftungen wie in Japan sind bei diesem verantwortungslosen Vorgehen kein Zufall, sondern vorprogrammiert und sicher auch einkalkuliert. In den USA wurde gerade ein Gebiet in der Nähe der Niagarafälle zum Katastrophengebiet erklärt. *„Von 1947 bis 1952 hatte eine Fabrik Tonnen von Giftstoffen in den Kanal abgelassen, der später aufgefüllt und als Siedlungsgebiet ausgewiesen wurde. Jetzt sickern die Giftstoffe allmählich an die Oberfläche. Man befürchtet, daß das Gift der Grund für zahlreiche Mißbildungen an Neugeborenen ist"* („FR" vom 12.8.1978).

Im Zusammenhang mit der Lagerung des Kepones bezeichnet Dr. Vogl vom bayerischen Umweltministerium die Lagerung von Stoffen in der Giftmülldeponie als überflüssig. Dr. Vogl: *„Man kann nahezu alle organischen und anorganischen Giftstoffe umwandeln, neutralisieren und gefahrlos machen. Das kostet freilich etwas. Wenn das Ablagern so billig ist wie in Herfa-Neurode, entfällt der Anreiz für die Industrie, neue Verfahren zu entwickeln"* („Quick", Nr. 33). Besser ist das Problem der Müllbeseitigung kaum auf den Punkt zu bringen. Der vor den Wahlen in Hessen als „Umweltschützer" auftretende Ministerpräsident Holger Börner hatte gegen die Einlagerung nichts einzuwenden, denn er verspricht ein Tauschgeschäft: amerikanisches Gift in die BRD – westdeutschen Atommüll in die USA. Wir meinen, die Menschen in beiden Ländern können darauf verzichten!

AKW-Nein-Kommission



Die ersten Giftfässer werden verladen. 43 Chemiearbeiter wurden schwerkrank – jetzt lagert es in Hessen.

Neues zum Thema „gesicherte Entsorgung"

Wie schon mehrfach im AK berichtet, betreibt die westdeutsche Atomindustrie ein trickreiches „Spielchen", um die von den Gerichten geforderte „Entsorgung" ihrer AKWs ins rechte Lot zu bringen. Ein beliebter Trick ist dabei, mit der französischen WAA in La Hague, die allerdings gar nicht funktioniert, Verträge auszukunkeln, nach denen die abgebrannten Brennstäbe aus westdeutschen AKWs nach La Hague geschafft und dort „wiederaufbereitet" werden sollen. Die Peinlichkeit besteht allerdings darin, daß die jetzige WAA in La Hague kein Stück moderner Brennelemente bearbeiten kann, ohne sofort wieder abgeschaltet zu werden. Sämtliche bislang ausgehandelten Verträge basieren darauf, daß i n Z u k u n f t in La Hague eine noch zu bauende (!) WAA funktioniert, und beinhalten in letzter Konsequenz somit lediglich die Zwischenlagerung in La Hague für begrenzte Zeit – danach muß die BRD die Brennstäbe wieder zurückholen.

Interessante Details bietet ein Artikel in der „Süddeutschen Zeitung" (12.8.78) über einen solchen Vertrag zwischen La Hague und den Betreibern des AKW Esenshamm. Dieser Vertrag vom 17.2.78 zwischen der Kernkraftwerk Unterweser GmbH (KKU GmbH) und der Cogema (Betreiber von La Hague) wird merkwürdigerweise vom Vorstandsvorsitzenden der DWK, Salander, und nicht von den AKW-Betreibern unterzeichnet. Die DWK hat ihre Finger offensichtlich nicht nur in der WAA, sondern auch in anderen Bereichen des Atomwahnsinns drin.

Resultat dieses Vertrages ist, daß die Kernkraftwerk Unterweser GmbH sich mit 150 Tonnen an der geplanten Gesamtleistung von 6.000 Tonnen der noch zu bauenden Erweiterungsanlage in La Hague beteiligt. Die Möglichkeit, zumindest einen Teil der abgebrannten Brennstäbe überhaupt irgendwo gelagert zu bekommen, lassen sich die Betreiber schon einiges kosten: Als Anzahlung mußte die KKU GmbH ersteinmal 35.000 DM für jede der 150 Tonnen als Anzahlung auf den Tisch des Hauses blättern. Zusätzlich verpflichtet sich die KKU GmbH, die Kosten der geplanten Anlage in La Hague (Entwurf, Bau und Betrieb) mit 2,5 % mitzutragen. Know-How oder gar (zugegebenermaßen höchst unsichere) Gewinne bleiben ausschließlich bei der Cogema. Zudem fällt eine mysteriöse Klausel in dem Vertrag auf, daß nämlich die Cogema nur verpflichtet ist, 97 % des bei der Wiederaufbereitung gewonnenen Plutoniums zurückzuliefern (im Prinzip müßte die Cogema alles, was aus den abgebrannten Brennstäben gewonnen wird, wieder an die Betreiber zurückliefern). Wo die restlichen 3 % bleiben, steht nicht im Vertrag. Immerhin entsprechen die 3 % (selbst wenn einiges von dem Plutonium in den Rohren der geplanten WAA steckenbleiben wird) bei der geplanten Aufarbeitungsmenge von 6.000 Tonnen mehreren Tonnen reinen Plutoniums. Da zudem bekannt ist, daß La Hague Plutonium für das französische Atomwaffenprogramm liefert, dürfte es nicht schwer sein, zu erraten, wofür der Rest Plutonium einbehalten wird. Abzuwarten wäre hierzu die Stellungnahme der BRD-Bürokraten, wie sie die Ausnutzung der westdeutschen AKWs für die Atombomben Frankreichs (nur Frankreichs? ...) rechtfertigen. Denn immerhin muß die Bundesregierung noch ihr Ja und Amen für die Verträge geben.

AKW-Nein-Kommission

Der Wyhl-Prozeß naht!

Nach dem Urteil vom März 1977 (Baustopp) wird sich jetzt der Verwaltungsgerichtshof Mannheim der Sache annehmen, und zwar „gegen Ende des Jahres" („BZ", 4.8.78).

Die AKW-Betreiber wollen dabei den seidenen Faden, an dem das Freiburger Urteil hängt (die Forderung nach einem „Berstschutz") durchschneiden. Gute Hilfe wird ihnen dabei ein Urteil vom April 1977 zum AKW Grafenrheinfeld leisten, wo die Richter zu der Ansicht kamen, ein Berstschutz mache ein Atomkraftwerk gar noch (?!) gefährlicher. Hintergrund dieser verblüffenden Unterschiede in der Rechtssprechung: Vor dem Freiburger Urteil demonstrierten 10.000 auf der Wyhler Natorampe gegen AKWs, in Grafenrheinfeld gibt es nur eine schwache Anti-AKW-Bewegung!

Zu zahlreichen Punkten wurden für den Prozeß neue Expertisen erstellt, so u.a. zur Reaktorsicherheit (17 neue Einwände), zur Meteorologie, zur Erdbebensicherheit und zur Grundwassersituation am Kaiserstuhl und im Kenziner Raum. Das bekannteste Gutachten (zur Strahlenbelastung) erstellte das „Tutorium Umweltschutz" der Uni Heidelberg des bekannten Wissenschaftlers Dieter Teufel. Es wird nachgewiesen, daß die Gutachter der AKW-Betreiber in der 1. Instanz die Richter ziemlich angeschmiert haben, da sie

a. die Zusammensetzung der radioaktiven Edelgase, die aus dem Schornstein entweichen, verfälscht und hochradioaktive Stoffe (Xenon 138) gar nicht,bzw. zu niedrig angegeben haben;

b. die Anreicherung radioaktiver Stoffe in Nahrungspflanzen 10 bis 1000 mal zu niedrig angesetzt haben;

c. zu wenig windstille Situationen berechnet haben, d.h. eine viel zu große Verdünnung der Radioaktivität;

d. die Strahlenbelastung durch am Boden abgelagerte radioaktive Stoffe einfach weggelassen haben.

Das Universitätsrektorat lief dann Sturm: das Tutorium sei „nicht befugt", im Namen der Uni zu publizieren; ansonsten müsse es mit „disziplinarrechtlichen Konsequenzen" rechnen.

Das nennt sich „Freiheit der Forschung", die es eben nur solange gibt, wie sie den Kapitalisten nützt.

KB/Gruppe Freiburg

Kohlekraftwerk Voerde: Niggemeiers Saat geht auf!

Nachdem das Bundesverwaltungsgericht im Februar grünes Licht für die Erweiterung des Kohlekraftwerks Voerde gegeben hat, will die STEAG nun im Herbst mit dem Bau beginnen. Die Bürgerinitiative Dinslaken, die schon seit zehn Jahren den Bau des Kohlekraftwerks bekämpft, will nach dem Urteil aber keineswegs klein beigeben: *„Wenn die STEAG in diesem Herbst mit dem Bau der beiden neuen Kraftwerksblöcke beginnt, müssen wir uns überlegen, ob wir nicht sogar das Gelände besetzen."* („NRZ", 15. 8.78).

Nachdem diese Erklärung bekannt geworden war, meldete sich sofort der Betriebsratsvorsitzende der Schachtanlage Walsum zu Wort, der auch gleichzeitig IG-Bergbau-Vorsitzender in Voerde-Möllen ist. Mit einer Erklärung, die auch von der Presseabteilung der Ruhrkohle- AG stammen könnte, drohte er den Umweltschützern Prügel und Lynchjustiz an.

Leute, die Baustellen besetzen, seien keine Umweltschützer, sondern denen ginge es nur um Störungen und Provokationen. *„gegen solche Leute, so Rau, werden wir uns mit allen Mitteln zur Wehr setzen".* Die Belegschaften der Schächte in Walsum und Lohberg sei „solidarich" mit ihnen, auch die aus Osterfeld und von der linken Rheinseite, würden mit Stielen von Hacken und Schaufeln kommen und das Baugelände notfalls leerfegen: *„Kommen die mit 4000, dann kommen wir mit 8000."* („NRZ", 16.8.78)

Hier geht die Saat auf, die Niggemeier als Chefredakteur der IG-Bergbau-Zeitung „einheit" seit Jahren gesät hat.

Immer gespickt mit allerlei Daten aus Verfassungsschutzquellen hetzt die „einheit" in widerlichster Manier seit Bestehen der Anti-AKW-Bewegung gegen alle BI's ob sie Atomkraftwerke bekämpfen oder die weitere Luftverpestung durch Kohlekraftwerke nicht hinnehmen wollen.

BI'ler sind in der „einheit" nur Krawallmacher, Politchaoten und Kommunisten. Zur Zeit des Anti-Atomdorfs Grohnde hetzte die „einheit" gegen das „Molukkerdorf an der Weser" und forderte, daß man sie alle in die Weser schmeißen sollte! Gegen den Sprecher der BI Dinslaken Bassfeld inszenierte die „einheit" eine Hetzkampagne nach dem Stil: Das ist der Mann, der eure Arbeitsplätze zerstört! Mit Verleumdungen und Karikaturen als „Lügenbaron Bassfeld" wurde der Boden für das jetzige Klima geebnet.

Daß die Artikel von solch einem Mann im Handelsblatt, in der Reservistenzeitung „loyal" und Werbebroschüren der Atomindustrie nachgedruckt werden, kann nun keinen mehr erstaunen. Niggemeier schreibt mit seiner faschistoiden Hetze das, was die Atomindustrie sich so offen bisher nicht leisten kann.

AKW-NEIN-Kommission

Atombomben verseuchen schon im Frieden die Menschen!

In Aldermaston, einem britischen Atomforschungszentrum, sind mindestens 12 Menschen durch Plutonium verseucht worden. Die festgestellte Plutoniummenge überschritt internationale Grenzwerte um das zwei- bis dreieinhalbfache. Die jetzt festgestellten Verseuchungsfälle scheinen nur einen kleinen Teil der wahren Verseuchung auszumachen, da noch nicht einmal alle Mitarbeiter des Atomforschungszentrums untersucht worden sind. Bekanntgeworden ist diese Schweinerei durch die Untersuchung von Frauen aus der Wäscherei. Das Verteidigungsministerium betonte, daß diese Verseuchung nicht auf einen einmaligen Unfall zurückzuführen sei, sondern die Folge einer ständigen Arbeit mit den verseuchten Anzügen sei. Die drei Frauen, bei denen die Verseuchung zuerst entdeckt wurde, arbeiteten zum Teil über 10 Jahre in der Atombombenfabrik! Dennoch meint das Verteidigungsministerium, *„daß das Gesundheitsrisiko für die Betroffenen minimal sei und mit dem Risiko eines mittelschweren Rauchers verglichen werden müsse"* („FR", 18.8.78)!

Dieser aktuelle Verseuchungsskandal zeigt, wie skrupellos in der Atomindustrie mit dem Leben der arbeitenden Menschen umgegangen wird. Denn anläßlich dieses Falles wurde bekannt, daß das Zentrum in Aldermaston keine eigene Untersuchungsanlage besitzt. So waren im Februar bzw. März die ersten Fälle von Verseuchung aufgetreten, worauf hin die Anlage (Bereich Abfallbeseitigung) für zwei Monate geschlossen wurde. Erst aufgrund dieses Falls wurde ein Teil der Belegschaftda (lediglich 30 aus jeder Abteilung) einer aufwendigen Ganzkörperuntersuchung unterzogen. Vorher wurden nur Urinproben genommen und untersucht, also völlig unzureichend, um das wirkliche Ausmaß zu erfassen. Die aufwendigere Untersuchung wurde in dem Atomforschungszentrum Harwell durchgeführt, die Kapazität dieser Anlage ist so klein, daß gerade eben drei Menschen am Tag untersucht werden können, die Untersuchung und Berechnung der Ergebnisse dauert ca. drei Wochen. Bislang konnten erst 90 von insgesamt 2 000 Mitarbeitern untersucht werden. Eine für Aldermaston (natürlich erst jetzt) vorgesehene routinemäßige Ganzkörperuntersuchungsanlage wird erst ab 1980 zur Verfügung stehen. Obwohl unter Atomforschern bekannt ist, daß die Atombombenfabrik in Aldermaston "extrem schmutzig" ist, wurden die Mitarbeiter jahrzehntelang unkontrolliert mit Plutonium verseucht!

Das Ergebnis der Versuchung ist bislang natürlich nicht die Stillegung der Anlage, sondern es wurde eine "Untersuchungskommission" eingesetzt. Die drei verseuchten Frauen aus der Wäscherei wurden auf andere weniger "gefährdete" Arbeitsplätze versetzt (sofern es solche dort überhaupt gibt) und die Wäscherei wurde ersteinmal geschlossen. (nach: "FR" v. 16.8.78 u. 18.8.78, "Times" und "Guardian" v. 18.8.78)

AKW-Nein-Kommission

Wie die DKP ihre Energie-Politik weiterentwickelt

Die DKP verstärkt, wie sich nach den Wahlerfolgen der „Bunten" und „Grünen" in Hamburg und Niedersachsen schon andeutete, derzeit ihre Bemühungen zur Klärung ihrer „energiepolitischen" Vorstellungen. Vor allem geht es dabei um die Überbrückung des Glaubwürdigkeits-Defizits, das die DKP dem Umstand verdankt, daß sie zwar gegen AKW's hierzulande einzutreten vorgibt, AKW's im „realen Sozialismus" hingegen für notwendig und harmlos erklärt.

In der Vergangenheit sind ähnliche Erklärungsversuche der DKP stets daran gescheitert, daß die DKP nicht darlegen konnte, durch welche speziellen Einrichtungen, Vorkehrungen usw. AKW's im „realen Sozialismus" sicherer sein sollten als in den kapitalistischen Ländern. Unwidersprochen seitens der DKP blieben sogar die wissenschaftlich untermauerten Behauptungen, daß die Sicherheitsvorkehrungen in den Ländern des „realen Sozialismus" bei AKW's noch schlechter seien als hierzulande.

DARF ICH IHNEN DIE NEUEN ENERGIEPOLITISCHEN IDEEN DER DKP VORSTELLEN ?!

So macht die DKP jetzt von vornherein einen ganz anderen Argumentationsansatz. In der „UZ" vom 14.7.78 äußert sich Kurt Steinhaus auf einer vollen Seite über *„Einige Grundfragen der Energiewirtschaft und der friedlichen Nutzung der Kernenergie"*. Steinhaus legt in diesem Artikel dar, daß weltweit gesehen „durchaus ein sehr großer Zusatzbedarf, ein Defizit an Energie" bestehe. Dieses Defizit könne durch herkömmliche Energiequellen (Kohle, Öl, Gas) nicht gedeckt werden, weil diese Brennstoffe zum einen *„nur begrenzt verfügbar"* seien, zum anderen aber auch, weil sie *„ganz offenkundig zum Verheizen viel zu schade"* seien; denn Öl und Gas, aber auch Kohle seien wertvolle chemische Rohstoffe. **„Die Schlußfolgerung lautet: Zumindest für eine historisch kurze Übergangsperiode von einigen Jahrzehnten ist die kontrollierte Kernspaltung – also der Betrieb von Kernkraftwerken – zur Überbrückung des Weltenergiedefizits unentbehrlich"** (Hervorhebung von uns).

Zwar gesteht Steinhaus zu, daß darin ein *„Gefahrenpotential"* liege, *„das in mancherlei Hinsicht höher ist als das anderer technischer Verfahren"*. Jedoch: *„Die Behauptung, daß dieses potentielle Risiko eine friedliche Nutzung der Kernenergie ausschließen müßte, hält aber einer ernsthaften Überprüfung nicht stand. Der Beweis ist längst erbracht, daß der Mensch über die technischen Voraussetzungen verfügt, um die friedliche Nutzung der Kernenergie zu beherrschen".*

Jedenfalls, so bleibt zu ergänzen, im „realen Sozialismus". Den Beweis indessen, angeblich ja *„längst erbracht"*, bleibt uns Steinhaus lieber schuldig. Wo sich die Entwicklung einer neuen Technologie tatsächlich einigermaßen öffentlich vollzog, nämlich auf dem Gebiet der Erforschung des Weltraums, hat sich klar gezeigt, daß Unfälle und Pannen im „realen Sozialismus" auch nicht seltener sind als unter kapitalistischen Bedingungen. Wenn in der BRD inzwischen Dutzende von AKW-„Pannen", -Abschaltungen usw. bekannt geworden sind, aus der Welt des „realen Sozialismus" hingegen noch kein einziger Fall, so liegt doch auf der Hand, daß solche Fälle dort natürlich auch recht häufig vorkommen; aber einfach besser vertuscht werden. Die Gefahren der AKW-Technik sind ja auch in den Ländern des „realen Sozialismus" niemals Gegenstand öffentlicher Diskussionen gewesen, sondern immer nur in haarsträubender Weise beschönigt worden (ähnlich wie in den hiesigen Hochglanz-Werbeheftchen der AKW-Betreiber!).

Steinhaus unternimmt denn auch gar nicht erst den Versuch, sich über die Sicherheit von AKWs im „realen Sozialismus" auseinanderzusetzen, sondern weicht auf das Argument der Notwendigkeit aus. Nämlich:

- *„Am zugespitztesten stellt sich die Energiefrage zweifellos in den Entwicklungsländern"*, auf die derzeit nur 10 % des Weltenergieverbrauchs entfallen. *„Hier ist die Vervielfachung ... des Energieverbrauchs eine Existenzfrage im wahrsten Sinn des Wortes ... Diesen zusätzlichen Energiebedarf etwa dadurch zu decken, daß die Verbrennung von Kohle, Öl und Gas immer weiter ausgedehnt wird, ist nicht zu verantworten".* Also AKWs für die Dritte Welt!
- **„Ein großer Zusatzbedarf an Energie besteht zweifellos in der Welt des Sozialismus".** Dieser Zusatzbedarf sei, wie Steinhaus durchblicken läßt, aber nicht mit Fakten belegt, nur durch den Bau von AKWs zu decken.
- Auch in den kapitalistischen Ländern werde *„der Energieverbrauch langfristig gesehen weiter zunehmen ... Und schon geringe Zuwachsraten haben hier ein großes Gewicht, denn schließlich entfallen auf die Welt des Kapitals gegenwärtig fast 60 Prozent des Weltenergieverbrauchs".*
- **„Die für uns wichtigste energiepolitische Frage lautet, ob es auch in der Bundesrepublik ein konkretes Energiedefizit gibt"** (Hervorhebungen von uns). Steinhaus will sagen: Wenn es in der BRD tatsächlich ein solches Energiedefizit gäbe (wie er es beispielsweise für die Länder des „realen Sozialismus" behauptet), müßten wir wohl oder übel die Risiken des Baus und Betriebs von AKWs mit in Kauf nehmen. Es gebe aber kein Defizit, versichert Steinhaus. Denn Kohle (anderswo von Steinhaus als *„offenkundig zum Verheizen auch viel zu schade"* deklariert) gebe es noch reichlich zum Verfeuern. **„Aufgrund ihrer günstigen Situation als reiches Kohleland könnte die Bundesrepublik somit auch ohne weitere Kernkraftwerke auskommen"** (Hervorhebungen von uns). Bliebe man in der Logik, so könnte man schlußfolgern, daß dann die BRD überhaupt ohne AKWs auskommen könnte und nicht bloß ohne weitere.

Indessen hat die DKP es vorgezogen, sich auf die Forderung nach einem Baustopp für AKWs in der BRD festzulegen, nicht aber die Stillegung der derzeit schon betriebenen oder im Bau befindlichen zu fordern. Dadurch wird jeder Hinweis auf die *„Sicherheitsrisiken des Bonner Atomprogramms"* (Steinhaus) lächerlich. Steinhaus nennt als Sicherheitsrisiken im Wesentlichen drei Punkte:

1) die Gefahr von Unfällen etc., da der Betrieb von AKWs in der BRD dem Prinzip der Profitmaximierung unterworfen sei.

2) die Gefahr des (von Robert Jungk beschworenen) „Atomstaates". Steinhaus: *„Die Existenz von 30, 40 oder 50 Kernkraftwerken ... würde in unserem Lande den Aufbau eines gewaltigen Kontroll- und Überwachungsapparats zur Folge haben. Das wäre vermutlich auch*
beschworenen) „Atomstaates". Steinhaus: „Die Existenz von 30, 40 oder 50 Kernkraftwerken ... würde in unserem Lande den Aufbau eines gewaltigen Kontroll- und Überwachungsapparats zur Folge haben. Das wäre vermutlich auch
wegen der in der Tat großen Sicherheitsrisiken, die damit verbunden sind, kaum zu vermeiden". (Hervorhebungen von uns). Steinhaus hängt sich in diesem Punkt vollständig an die kleinbürgerlich-demokratischen Vorstellungen von Robert Jungk an, die auf einer Verwechslung von Ursache und Wirkung beim Ausbau des bürgerlichen Unterdrückungsapparats beruhen.

3) die Gefahr, daß sich der BRD-Imperialismus auf dem Wege der „friedlichen Nutzung der Kernenergie" eigene Atomwaffen verschafft.

Nimmt man diese drei Punkte ernst, so bleibt unklar, warum die DKP nur die Forderung nach Baustopp aufstellt, also den Kampf gegen die real schon bestehenden Risiken von vornherein gar nicht erst aufnimmt.

Alles in allem wird es die DKP auch mit ihrer neuen Argumentationskette für die angebliche Notwendigkeit von AKWs im „realen Sozialismus" sehr schwer haben, Glaubwürdigkeit vorzutäuschen. Denn diese Argumente werden ohnehin nur denjenigen einleuchten können, die schon engagierte Fans des „realen Sozialismus" sind und die ohnehin davon überzeugt sind, daß dort alles viiiiiel besser sei als hierzulande. Solche Fans des „realen Sozialismus" sind aber rar und ihre Zahl scheint derzeit auch nicht gerade zu wachsen.

Keine Atomkraftwerke in Dänemark!

Die Organisation der dänischen AKW-Gegner OOA ruft für den August zu Großdemonstrationen gegen die Einführung von Atomenergie in Dänemark auf. Bislang konnte der Bau von AKWs verhindert werden. Auf Grund breiter Proteste war die Verabschiedung des Atomenergiegesetzes 1976 vorläufig fallengelassen worden, jedoch der Plan der Kapitalisten, bis 1995 5 AKWs zu bauen und damit 2/3 der Energieproduktion zu decken, blieb weiterhin bestehen. In den letzten Monaten wurde von den bürgerlichen Parteien, insbesondere den regierenden Sozialdemokraten, die "Diskussion" wieder aufgewärmt.

Die OOA schreibt in ihrem Aufruf: *"Es besteht das Risiko, daß die Entscheidung über den Bau von Atomkraftwerken in Dänemark sehr bald fallen wird. Die Regierung und das Folketing müssen in diesem Jahr den Investitionsplan für die nächsten 20 Jahre vorlegen. Es gibt mehrere Projekte: u.a. eine Brücke über den Großen Belt (Verbindung zwischen Seeland und Fünen), Ausnutzung von Naturgas auf dem dänischen Festlandsockel in der Nordsee (damit verbunden ein Verteilersystem für dieses Gas in ganz Dänemark) und schließlich der Bau von Atomkraftwerken. Möglich wäre auch eine etwaige Kombination dieser Investitionen, und die Verhandlungen zwischen den beteiligten Partnern einschließlich der politischen Parteien dauern noch an. Hier hängt das Ergebnis primär von der Regierungspartei, den Sozialdemokraten, ab. OOA ... hat daher eine Kampagne gestartet, um eine möglichst große Mobilisierung im Rahmen einer Demonstration zu erreichen. Wir erwarten, daß eine entsprechende Manifestation es der Regierungspartei sehr schwer machen wird, mit ihren Atomkraftplänen voranzuschreiten."*

Von der OOA sind zwei Demonstrationen geplant, ausgehend von möglichen AKW-Standorten in Großstädten: eine von Stevns nach Kopenhagen vom 25. – 27. August, die andere von Gylling nach Aarhus vom 26. – 27. August: *"Wir haben folgende Absichten und Erwartungen:*
1. Die lokale Bevölkerung kann mit uns den Marsch beginnen, und mehr und mehr Leute schließen sich im Laufe des Marsches an, um dadurch den Protest der einheimischen Bevölkerung entsprechend zu unterstützen.
2. Die Möglichkeit, mehr Menschen mit Veranstaltungen zu erreichen, ist größer ...
3. Je näher wir Kopenhagen bzw. im Parallelmarsch Aarhus kommen, umso mehr Menschen können sich uns anschließen. Dieses mag auch zu einem größeren Spektrum der Teilnehmer beitragen."

Die OOA ruft *"jedermann (frau) auf, sich zu beteiligen. Wir sehen es als notwendig an, zu zeigen, daß der Protest gegen Atomkraft über die Grenzen hinaus ein internationales Anliegen ist."*

Skandinavienkommission

Ausbeutungsreaktor auf den Philippinen

Ausbeutungsreaktor auf den Philippinen

Bei Morong (Provinz Bataan, Philippinen) baut Westinghouse ein 620 MW-Atomkraftwerk, das beispielhaft zeigt, wie sich die Atomindustrie ihren Markt in der Dritten Welt erschließt. Nämlich: den Strom abnehmen wird eine nahe "Freihandels- und Industriezone", die zu 70% ausländischen Kapitalgebern gehört, die alle Gewinne ausführen; die Produkte werden ebenfalls exportiert;

- politische Korruption ermöglichte diesen Vertrag: Westinghouse verfügt nämlich über die Dienste eines Herminio Disini, der eng mit der Frau des Philippinischen Diktators, Markos, verwandt ist. Disini besitzt die "Asia Industries", die am Vertrag beteiligt sind, und drei andere Unternehmen, die an diesem Geschäft verdienen werden.
- die 1,1 Billionen US-Dollar, die die Anlage kosten wird, werden durch Anleihen und Garantien der amerikanischen Export-Import-Bank abgedeckt.

Westinghouse und Marcos scheren sich einen Teufel um Sicherheitsbestimmungen:

- 11 000 Menschen leben in nächster Umgebung des im Bau befindlichen Reaktors;
- 14 km ist der Bauplatz von einen tägigen Vulkan entfernt, im Umkreis von 140 km sind weitere drei Vulkane aktiv;
- 9 km sind es bis zum US-Stützpunkt Subic Bay, wo riesige Mengen Treibstoff Munition, 2 Flugzeugträger und 200 Flugzeuge liegen;
- es gibt keine Pläne, geschweige denn Möglickeiten für die Beseitigung des radioaktiven Abfalls;
- der Bau des Atomkraftwerks hat die Fangquoten der Fischer um 95% verringert, Bauern wurden vertrieben oder ihr Land unter Wasser gesetzt.

Doch es paßt: Das faschistische Südafrika soll angereichertes Uran liefern. Weitere Lieferungen werden vermutlich aus Australien kommen. Dort wurde der Atomopposition kürzlich gerade jedes Recht auf Widerstand unter Androhung von harten Strafen genommen.

Doch die Bevölkerung hat auch unter den Bedinungen der faschistischen Diktatur Marcos den Widerstand aufgenommen.

In der Provinz Battan unterschrieben 25 000 Menschen eine Petition gegen das Atomkraftwerk; wirksamer Widerstand ist jedoch bei den Gesetzen, die dem Diktator Morcos zur Verfügung stehen, nicht möglich.

Internationaler Protest gegen diese Atomanlage wurde am 27. April dieses Jahres laut; in San Francisco, New York, Tokyo und in den Niederlanden fanden Veranstaltungen statt. (Nach WISE Nr. 2)

„Was schert mich mein Geschwätz von gestern"

Ein Briefwechsel zwischen dem ehemaligen Juso Lars Hennings namens des „Arbeitskreises Brokdorf" und dem Landesvorsitzenden Jansen verdeutlicht, daß die SPD Schleswig-Holstein mittlerweile den Hamburger Parteitagsbeschluß zur Kernenergie übernommen hat.

Bislang berief sie sich darauf, als einziger Landesverband die Übernahme des Hamburger Parteitagsbeschlusses abzulehnen und an der Forderung nach Baustop festzuhalten. Nach dem Landesparteitag am 10./11. Juni wurde der Wahlkampf mit der Erklärung des Landesvorsitzenden Jansen eröffnet, daß *„die SPD Schleswig-Holsteins, die die Kernenergie bei den heutigen Gegebenheiten eindeutig ablehnt, eine der wenigen, wenn nicht die einzige Parteiorganisation ist, die glaubwürdig Wahlkampf auch gegen die Grünen Listen machen könne und werden. Diese Glaubwürdigkeit sei das Ergebnis der konsequenten Konfliktbereitschaft. Eine programmatische Aussage wie beispielsweise die Baustopforderung für Kernkraftwerke auch dann durchzuhalten, wenn man dafür öffentlich Prügel gar des eigenen Bundeskanzlers befürchten müsse ..."*
(„Kieler Nachrichten", 12.6.78).

Der „Arbeitskreis Brokdorf" wandte sich im Rahmen der Diskussion um die ‚Grüne Liste' nun an die SPD Schleswig-Holstein, um diese „Glaubwürdigkeit" zu überprüfen:

In einem Brief vom 20.6.78 setzt sich der Arbeitskreis mit dem Kernenergiebeschluß des Landesparteitags auseinander, nach dem die Inbetriebnahme des AKW Krümmel vom Bau der Wiederaufbereitungsanlage Gorleben abhängig gemacht wird und das *„AKW Brokdorf nicht gebaut werden* **soll"**. Der AK Brokdorf schreibt:

„Aus der Erfahrung mit ‚linken' SPD Programmen und realer SPD-Regierungspolitik befürchten wir: Der Verzicht auf das AKW Brokdorf erfüllt objektiv die Aufgabe eines ‚Wahlgeschenks'. Sonst müßte es heißen:

Eine SPD-Landesregierung wird keine weiteren Genehmigungen für das AKW Brokdorf erteilen. Offensichtlich haben sich unsere Freunde in der SPD nicht durchsetzen können. Wir wissen von dem Rechtsanspruch der NWK auf Bebauung ihres Grundstücks durch Vorgabe der Regierung Stoltenberg und der Rechtsnachfolge einer SPD-Landesregierung und von möglichen Regreßforderungen in Milliardenhöhe (Klaus Matthiesen). Wir vermissen die klare Aussage, wie die SPD erreichen kann, daß das AKW Brokdorf aus gesamtgesellschaftlicher Vernunft tatsächlich nicht gebaut wird. Oder soll nur der Konflikt ‚Brokdorf' vermieden werden? Dann mag es der Logik von Flügelkämpfen auf Parteitagen entsprechen, einerseits die Betriebsgenehmigung für das AKW Krümmel an die ‚Realisierung' der Entsorgungsfrage zu knüpfen, andererseits den Antrag zur Stillegung des AKW Brunsbüttel abzulehnen".

Zum Schluß seines Schreibens stellt der AK Brokdorf die Frage: *„Was will die SPD tun, um die Klage vor dem Verwaltungsgericht* (Anm., gegen das AKW Brokdorf) *zu unterstützen? Was wird die SPD-Landesregierung im Falle neuer Demonstrationen am Bauplatz Brokdorf tun? Sie wissen von der pauschalen Kriminalisierung von Bürgerinitiativen, von den Einschüchterungsurteilen in den Grohnde-Prozessen ebenso wie jenen in Itzehoe. Werden Sie sich für eine Amnestie einsetzen?"*

Auf die konkreten Fragen des AK Brokdorf antwortete Jansen nicht. Allerdings machte er in seiner Stellungnahme zu dem Hamburger Parteitagsbeschluß und zu den Beschlüssen des Landesparteitags deutlich, daß jeder AKW-Gegner auf die Phrasen dieses „linken" Landesverbandes pfeifen kann. Einleitend behauptet Jansen noch, daß die SPD am Baustop in Schleswig-Holstein festhalte, um dann kurz später das Gegenteil zu erklären: *„Richtig ist allerdings, daß Bundesparteitagsbeschlüsse für uns auch dann gelten, wenn sie gegen unsere schleswig-holsteinischen Stimmen ... gefaßt sind. Das gehört zu den Spielregeln innerparteilicher Demokratie. Und das ist auch notwendig, denn wie wollen wir sonst eine SPD- geführte Bundesregierung auf Parteitagsbeschlüsse nageln".*

Erstmalig auf einer Juso-Konferenz am 20. Mai in Wilster hatte der Fraktionsvorsitzende Matthiesen dafür geworben, den Hamburger Parteitagsbeschluß zu akzeptieren. Dafür hatte auch die Bundestagsabgeordnete Heide Simonis auf dem Landesparteitag im Juni plädiert. Selbstverständlich wollte sie den Hamburger Parteitagsbeschluß für die Atomenergie *„als Hebel für eine Politik ‚weg von der Kernenergie' ... benutzen"* (nach „Kieler Nachrichten" 12.6.78). Wie das funktionieren soll, wird sich wohl nur ein „linker" Sozialdemokrat vorstellen können. Auf dem Landesparteitag hatte man darauf verzichtet, erneut über die Frage Baustop abstimmen zu lassen. Allerdings versäumte Jansen es nicht, anzukündigen, die SPD Schleswig-Holsteins werde auf dem Bundesparteitag der SPD Ende des Jahres erneut den Baustop für AKWs fordern.

Höhepunkt von Jansens Brief an den AK Brokdorf ist aber das Eingeständnis, daß selbst ein schleswig-holsteinischer Parteitagsbeschluß vollkommen unverbindlich ist für eine mögliche SPD-Landesregierung: *„Aus diesen Tatsachen folgert die SPD Schleswig-Holstein, daß die Kernkraft weder der Energieträger der Zukunft sein kann noch zur Schließung mittelfristiger Energielücken benutzt werden darf ... Eine solche politische Aussage zu treffen ist eine Sache, sie durchzusetzen ist eine zweite Sache. Hier setzen Eure berechtigten Zweifel an".*

Trotz dieser „berechtigten Zweifel" behauptet Jansen: *„Es gibt nur eine realistische Chance in Schleswig-Holstein, die Risiken der Kernenergie durch den Verzicht auf Kernenergie auszuschalten. Das wäre ein Ministerpräsident Klaus Matthiesen!"* Ein schlechter Witz!

Ökologie und Marxismus

Bei den Programm-Diskussionen alternativer Listen schält sich zunehmend ein Schlagwort heraus: „Ökologie geht vor Ökonomie". Hinter dieser auf den ersten Blick harmlos klingenden Formulierung stehen grundsätzliche Auffassungen über den Charakter der Anti-AKW- und Umweltschutzbewegung. Mit diesem Schlagwort wird vorgegeben, die wegweisende Perspektive für die Zukunft zu kennzeichnen und angeblich „veraltete Rechts-Links-Schemata" zu überwinden.

In linken Kreisen, wie dem Westberliner „Extradienst", großen Teilen der Sponti-Szene bis hin zum linkssozialdemokratischen Lager stiftet diese Formel Verwirrung. Rechte benutzen sie, um Unvereinbarkeitsbeschlüsse gegen Kommunisten durchzusetzen, da der Kommunismus auch dem „ungehemmten Wachstum" verfallen sei und deshalb gegen ökologische Prinzipien verstoßen würde. Im linken Lager werden Stimmen laut, daß der Marxismus „ökologisch weiterentwickelt" werden müsse, da Marx und Engels diese Probleme angeblich noch nicht gesehen hätten.

Auf der anderen Seite beginnt Gruhl als momentane Hauptfigur einer rechten Öko-Mafia unter massiver Unterstützung der bürgerlichen Presse unter dieser Parole in der Anti-AKW- und Umweltschutzbewegung reaktionäre Positionen zu verankern und die Linken zu isolieren.

Darüberhinaus zeichnet sich ab, daß die Bourgeoisie das Entstehen einer rechten Öko-Partei mit äußerstem Interesse verfolgt, um festzustellen, wieweit eine rechte Öko-Politik dazu taugt, ihre expansionistischen Ziele nach außen und „Gürtel-enger-schnallen"-Parolen nach innen, mit einem frischen „grünen" Mäntelchen verhüllt, massenwirksamer unter der Bevölkerung zu verankern. Darum wollen wir uns hier sehr grundsätzlich mit dieser Frage auseinandersetzen.

Klassiker und Ökologie

„In der Tiefe fließt oder stagniert der ..., ein schmaler, pechschwarzer, stinkender Fluß, voller Unrat und Abfälle, den er ans rechte, flachere Ufer anspült; bei trocknem Wetter bleibt an diesem Ufer eine lange Reihe der ekelhaftesten schwarzgrünen Schlammpfützen stehen, aus deren Tiefe fortwährend Blasen aufsteigen und einen Geruch entwickeln, der selbst oben auf der Brücke, vierzig oder fünfzig Fuß über dem Wasserspiegel, noch unerträglich ist. (...) Oberhalb der Brücke stehen hohe Gerbereien, weiter hinauf Färbereien, Knochenmühlen und Gaswerke, deren
bereien, weiter hinauf Färbereien, Knochenmühlen und Gaswerke, deren
Abflüsse und Abfälle samt und sonders in den ... wandern". Dies ist keineswegs die Beschreibung eines der westdeutschen Flüsse, die mittlerweile Abwasserkloaken geworden sind, sondern die Beschreibung des Irk um 1850 (!), eines Flusses, der durch Manchester fließt (Friedrich Engels, „Die Lage der englischen Arbeiter", S. 116). Die rücksichtslose Verdreckung der Umwelt ist also keine Erscheinung erst der letzten Jahre, sondern sie trieb ihre Auswüchse seit den Anfängen der kapitalistischen Industrie.

Schon damals wurde klar, daß es nicht die Maschinen als solche sind, die die Verdreckung und den Raubbau am Menschen und an der Natur verursachen, sondern daß allein die kapitalistische Anwendung der Maschinen hierzu führt: *„Es ist die kapitalistische Anwendung, die sie* (die Dampfmaschinen — Anm. AK) *vorwiegend in den Städten konzentriert und Fabrikdörfer in Fabrikstädte umschafft. Damit aber untergräbt sie gleichzeitig die Bedingungen ihres eignen Betriebs. Erstes Erfordernis der Dampfmaschine und Haupterfordernis fast aller Betriebszweige der großen Industrie ist verhältnismäßig reines Wasser. Die Fabrikstadt aber verwandelt alles Wasser in stinkende Jauche"* (MEW 20, S. 275, „Anti-Dühring").

„In den Großstädten ersticken die Menschen, wie sich Engels ausdrückt, in ihrem eigenem Dreck, und wer dazu in der Lage, der flieht periodisch aus der Stadt auf der Suche nach frischer Luft und reinem Wasser. Auch die Industrie siedelt sich zerstreut über das ganze Land an, denn auch sie braucht reines Wasser" (Lenin, Bd. 5, „Die Agrarfrage und die Marxkritiker", S. 150).

Über das Verhältnis von kapitalistischem System und der Natur schrieb Marx im „Kapital" (MEW 23, S. 528f): *„Mit dem stets wachsenden Übergewicht der städtischen Bevölkerung (...) häuft die kapitalistische Produktion einerseits die geschichtliche Bewegungskraft der Gesellschaft, stört sie andererseits den Stoffwechsel zwischen Mensch und Erde, d.h. die Rückkehr der vom Menschen in der Form von Nahrungs- und Kleidungsmitteln vernutzten Bodenbestandteile zum Boden, also die ewige Naturbedingung dauernder Bodenfruchtbarkeit. Sie zerstört damit zugleich die physische Gesundheit der Stadtarbeiter und das geistige Leben der Landarbeiter. (...) Wie in der städtischen Industrie wird in der modernen Agrikultur die gesteigerte Produktivkraft und größre Flüssigmachung der Arbeit erkauft durch Verwüstung und Versiechung der Arbeitskraft selbst. Und jeder Fortschritt der kapitalistischen Agrikultur ist nicht nur ein Fortschritt in der Kunst, den Arbeiter, sondern zugleich in der Kunst, den Boden zu berauben, jeder Fortschritt in Steigerung seiner Fruchtbarkeit für eine gegebne zugleich ein Fortschritt im Ruin der dauernden Quellen dieser Fruchtbarkeit. Je mehr ein Land, wie die Vereinigten Staaten von Nordamerika z.B. von der großen Industrie als dem Hintergrund seiner Entwicklung ausgeht, desto rascher dieser Zerstörungsprozeß.* **Die kapitalistische Produktion entwickelt daher nur Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich die Springquellen allen Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter".**

Nicht eine feindliche Technik wird als Ursache der Schädigung an Mensch und Natur ausgemacht, sondern allein die Technik, wie sie vom kapitalistischen System angewandt wird und werden muß. Der Grund dafür liegt in der anarchischen Produktionsweise jedes einzelnen Kapitalisten: *„Das Kapital, das so ‚gute Gründe' hat, die Leiden der es umgebenden Arbeitergeneration zu leugnen, wird in seiner praktischen Bewegung durch die Aussicht auf zukünftige Verfaulung der Menschheit und schließlich doch unaufhaltsame Entvölkerung so wenig oder so viel bestimmt als durch den Fall der Erde in die Sonne. In jeder Aktienschwindelei weiß jeder, daß das Unwetter einmal einschlagen muß, aber jeder hofft, daß es das Haupt seines Nächsten trifft, nachdem er selbst den Goldregen aufgefangen und in Sicherheit gebracht hat"* (MEW 23, S. 285). Oder wie Engels die Ursachen benennt: *„Schmeicheln wir uns indes nicht zu sehr mit unsern menschlichen Siegen über die Natur. Für jeden solchen Sieg rächt sie sich an uns. Jeder hat in erster Linie zwar die Folgen, auf die wir gerechnet, aber in zweiter und dritter Linie hat er ganz andre, unvorhergesehene Wirkungen, die nur zu oft jene ersten Folgen wieder aufheben. Die Leute, die in Mesopotamien, Griechenland, Kleinasien und anderswo die Wälder ausrotteten, um urbares Land zu gewinnen, träumten nicht, daß sie damit den Grund zur jetzigen Verödung jener Länder legten, indem sie ihnen mit den Wäldern die Ansammlungszentren und Behälter der Feuchtigkeit entzogen. (...) Alle bisherigen Produktionsweisen sind nur auf die Erzielung des nächsten unmittelbaren Nutzeffekts der Arbeit ausgegangen. Die weiteren erst in später Zukunft eintretenden, durch allmähliche Wiederholung und Anhäufung wirksam werdenden Folgen blieben gänzlich vernachlässigt. (...) Die einzelnen, Produktion und Austausch beherrschenden Kapitalisten können sich nur um den unmittelbarsten Nutzeffekt ihrer Handlungen kümmern. Ja selbst dieser Nutzeffekt — soweit es sich um den Nutzen des erzeugten oder ausgetauschten Artikels handelt — tritt vollständig in den Hintergrund; der beim Verkauf zu erzielende Profit wird die einzige Triebfeder.*

(...) Wenn der einzelne Fabrikant oder Kaufmann die fabrizierte oder eingekaufte Ware nur mit dem üblichen Profitchen verkauft, so ist er zufrieden, und es kümmert ihn nicht, was nachher aus der Ware oder deren Käufer wird. Ebenso mit den natürlichen Wirkungen derselben Handlungen. Die spanischen Pflanzer in Kuba, die die Wälder an den Abhängen niederbrannten und in der Asche Dünger genug für e i n e (Hervorhebung im Original — Anm. AK) *Generation höchst rentabler Kaffeebäume vorfanden — was lag ihnen daran, daß nachher die tropischen Regengüsse die nun schutzlose Dammerde herabschwemmten und nur nackten Fels hinterließen? Gegenüber der Natur und der Gesellschaft kommt bei der heutigen Produktionsweise vorwiegend nur der erste handgreifliche Erfolg in Betracht; und dann wundert man sich noch, daß die entfernteren Nachwirkungen der hierauf gerichteten Handlungen ganz andre, meist ganz entgegengesetzte sind, ..."* (Engels in „Dialektik der Natur", MEW Band 20, S. 453 - 455). Unter diesen Produktionsbedingungen erklärt sich auch der Widerspruch, daß die enormen Möglichkeiten, die sich prinzipiell aus der Technisierung und Industrialisierung ergeben, genau in ihr Gegenteil verkehrt werden. Der enorme Reichtum, der sich aus der Industrialisierung für die Menschen schaffen läßt, wenn dies in Einklang mit der Natur geschieht und die Ressourcen tatsächlich umfassend und nicht nur zur Herstellung e i n e s Produktes genutzt werden (Recycling, s. unten), führt im Kapitalismus eben nicht zu vermehrtem Wohlstand, sondern Hunger und Elend breiten sich immer mehr aus. Produktion von „Überfluß" steht eben dem kapitalistischen System entgegen: *„Der gesamte Mechanismus der kapitalistischen Produktionsweise versagt unter dem Druck der von ihr selbst erzeugten Produktivkräfte. Sie kann diese Masse von Produktionsmitteln nicht mehr alle in Kapital verwandeln; sie liegen brach, und eben deshalb muß auch die industrielle Reservearmee brachliegen, Produktionsmittel, Lebensmittel, disponible* (für das Kapital verfügbare — Anm. AK) *Arbeiter, alle Elemente der Produktion und des allgemeinen Reichtums sind im Überfluß vorhanden. Aber ‚der Überfluß wird Quelle der Not und des Mangels' (Fourier), weil er es gerade ist, der die Verwandlung der Produktions- und Lebensmittel in Kapital verhindert"* (Anti-Dühring", MEW 20, S. 258). Nicht umsonst werden heute ganze Obst- und Gemüseernten vernichtet und Getreide ins Meer geschüttet, um den Preis zu halten, werden sogar Subventionen gezahlt, wenn bestimmte Produkte n i c h t angepflanzt werden, wird „zuviel" produzierte Butter und Milch nicht den Menschen zur Verfügung gestellt, sondern auf Halde geschafft, und ein ganzes Heer von Bürokraten fertigt gutbezahlte Gutachten an, wie etwa der „Butterberg" der EG abzubauen ist; allen Vorschlägen ist aber gemeinsam, daß diese Mengen keinesfalls auf den Markt kommen dürfen. Angesichts dieser Tatsachen ist es natürlich ein schlechter Witz, von der Bevölkerung zu verlangen, den „Gürtel enger zu schnallen", wo selbst mit nicht ausgelasteten Kapazitäten und nicht ausgenutzten Ressourcen ein immenser Überfluß produziert wird, der ihr aber in keinster Weise zugute kommt.

Eben aus diesen Mängeln der kapitalistischen Produktion schlossen die Klassiker bekanntlich die Notwendigkeit des Sozialismus. Erst im Sozialismus besteht überhaupt die Voraussetzung für die Menschen, die Technik im Einklang mit den Gesetzen der Natur nutzbringend anzuwenden: *„Die gesellschaftlich wirkenden Kräfte* (des Kapitalismus — Anm. AK) *wirken ganz wie Naturkräfte: blindlings, gewaltsam, zerstörend, solange wir sie nicht erkennen und nicht mit ihnen rechnen. Haben wir sie aber einmal erkannt, ihre Tätigkeit, ihre Richtungen, ihre Wirkungen begriffen, so hängt es nur von uns ab, sie mehr und mehr unserm Willen zu unterwerfen und vermittelst ihrer unsre Zwecke zu erreichen. Und ganz besonders gilt dies von den heutigen gewaltigen Produktivkräften. Solange wir uns hartnäckig weigern, ihre Natur und ihren Charakter zu verstehn — und gegen dieses Verständnis sträubt sich die kapitalistische Produktionsweise und ihre Verteidiger —, solange wirken diese Kräfte sich, trotz uns, gegen uns aus, solange beherrschen sie uns, wie wir das ausführlich dargestellt haben. Aber einmal in ihrer Natur begriffen, können sie in den Händen der assoziierten Produzenten aus dämonischen Herrschern in willige Diener verwandelt werden. Es ist der Unterschied zwischen der zerstörenden Gewalt der Elektrizität im Blitz des Gewitters und der gebändigten Elektrizität des Telegraphen und des Lichtbogens; der Unterschied der Feuersbrunst und des im Dienst des Menschen wirkenden Feuers".* („Anti-Dühring", MEW 20, S. 260 f) Die gewaltigen Möglichkeiten, die sich für den Menschen bei sinnvoller Anwendung der Produktionsmechanismen ergeben, gehen auch aus folgendem hervor: *„Die Expansionskraft der Produktionsmittel sprengt die Bande, die ihr die kapitalistische Produktionsweise angelegt. Ihre Befreiung aus diesen Banden ist die einzige Vorbedingung einer ununterbrochenen, stets rascher voranschreitenden Entwicklung der Produktivkräfte und damit einer praktisch schrankenlosen Steigerung der Produktion selbst. Damit nicht genug.*
tivkräfte und damit einer praktisch schrankenlosen Steigerung der Produktion selbst. Damit nicht genug.
Die gesellschaftliche Aneignung der Produktionsmittel beseitigt nicht nur die jetzt bestehende künstliche Hemmung der Produktion, sondern auch die positive Vergeudung und Verheerung von Produktivkräften und Produkten, die gegenwärtig die unvermeidliche Begleiterin der Produktion ist und ihren Höhepunkt in den Krisen erreicht. Sie setzt ferner eine Masse von Produktionsmitteln und Produkten für die Gesamtheit frei durch Beseitigung der blödsinnigen Luxusverschwendung der jetzt herrschenden Klassen und ihrer politischen Repräsentanten" (ebenda, S. 263/4). Und auch Marx machte sehr deutlich, daß es nicht die Maschinen sind, die diese Zustände produzieren (wie es auch damals versucht wurde, den Menschen weiszumachen — z.B. durch die „Maschinenstürmerei"): *„Während die kapitalistische Produktionsweise in jedem individuellen Geschäft Ökonomie erzwingt, erzeugt ihr anarchisches System der Konkurrenz die maßloseste Verschwendung der gesellschaftlichen Produktionsmittel und Arbeitskräfte, neben einer Unzahl jetzt unentbehrlicher, aber an und für sich überflüssiger Funktionen"* (MEW 23, S. 552). In einer Erwiderung auf einen bürgerlichen Ökonomen erläutert Marx: *„Die von der kapitalistischen Anwendung der Maschinerie untrennbaren Widersprüche und Antagonismen existieren nicht, weil sie nicht aus der Maschinerie selbst erwachsen, sondern aus ihrer kapitalistischen Anwendung! Da also die Maschinerie an sich betrachtet die Arbeitszeit verkürzt, während sie kapitalistisch angewandt den Arbeitstag verlängert, an sich die Arbeit erleichtert, kapitalistisch angewandt ihre Intensität steigert, an sich ein Sieg des Menschen über die Naturkraft ist, kapitalistisch angewandt den Menschen durch die Naturkraft unterjocht, an sich den Reichtum des Produzenten vermehrt, kapitalistisch angewandt ihn verpaupert* (verarmt — Anm. AK) *usw. erklärt der bürgerliche Ökonom einfach, das Ansichbetrachten der Maschinerie beweise haarscharf, daß alle jene handgreifli-*



Fortsetzung auf Seite 11

Fortsetzung von Seite 10

chen Widersprüche bloßer Schein der gemeinen Wirklichkeit, aber an sich, also auch in der Theorie gar nicht vorhanden sind. Er spart sich also weiteres Kopfzerbrechen und bürdet seinem Gegner obendrein die Dummheit auf, nicht die kapitalistische Anwendung der Maschinerie zu bekämpfen, sondern die Maschinerie selbst" (ebenda, S. 465).

An diesen Zitaten zeigt sich nicht nur, daß Marx und Engels aufgrund der Analyse des Kapitalismus die sich abzeichnende Umweltzerstörung auf ihre Ursachen in der kapitalistischen Produktionsweise zurückgeführt haben, sondern den gesundheitlichen Raubbau an den Arbeitern wie an der Natur mit als erste überhaupt angeprangert haben. Da sich die damalige Zerstörung der Umwelt noch meist auf die Arbeiterviertel und die Situation in den Betrieben selbst bezog, sah kein bürgerlicher Umweltschützer einen Anlaß, dies anzugreifen oder sogar von nahenden ökologischen Katastrophen zu sprechen. Bezeichnenderweise sind auch heute die größten „Ökologisten" eher mit irgendwelchen abstrusen globalen Auswirkungen befaßt als mit der Situation in den Betrieben, die gerade heute Berufskrankheiten wie die PVC-Krankheit Leberkrebs, Staublungen, Lungenkrebs in der Atomindustrie und zig andere Krankheiten hervorbringt.

Doch was die bürgerlichen Ökologen in den letzten Jahren derart auf den Plan gebracht hat, ist nicht die Situation der arbeitenden Bevölkerung sondern die zunehmenden „ökologischen Krisen" des Kapitals.

Lange Zeit konnten die Kapitalisten die Natur ausbeuten und ungehemmt zerstören, um die Produktionskosten zu senken, ohne direkt mit den Folgen konfrontiert zu sein. Doch mittlerweile hat der Raubbau an der Natur, z.B. die Luft- und Wasserverschmutzung, durch den Imperialismus derartige Ausmaße angenommen, daß er Gefahr läuft, seine eigenen Produktionsgrundlagen zu untergraben. So wurden inzwischen alle Länder des Imperialismus von solchen Krisenerscheinungen geschüttelt, die zu bestimmten Umweltschutzmaßnahmen zwingen. Auf der anderen Seite entstehen ihnen jetzt schon ungeheure Kosten durch die immer deutlicher werdenden Folgen der Umweltverschmutzung.

Z.B. hat sich die Qualität des Wassers in den imperialistischen Staaten derart verschlechtert, daß andere Industrien kostspielige Wasseraufbereitungsanlagen installieren mußten, um das Wasser für ihre Produktionszwecke nutzen zu können. So haben bestimmte Industriezweige sehr hohe
das Wasser für ihre Produktions-
zwecke nutzen zu können. So haben bestimmte Industriezweige sehr hohe
Ansprüche an die Wasserqualität. Da aber einige Flüsse der BRD heute schon zu 30 % und bis 1985 zu 85 % aus Abwässern bestehen, wird klar, welch enorme Anstrengungen gemacht werden müssen, um diesen Dreck wieder herauszubekommen. So sind z.B. in den Niederlanden zur Bewässerung der Gemüsekulturen Wasserreinigungsmaßnahmen im Wert von 7 Mrd DM notwendig, um das Rheinwasser benutzen zu können („IPW", 1/77).

Ähnlich sieht es mit der Luftverschmutzung aus. Jährlich gehen in der BRD ca. 20 Mio Tonnen Schadstoffe nieder. Abgesehen von der Wirkung auf die Menschen bewirken sie natürlich auch beträchtliche Materialverluste. Der dadurch hervorgerufene Schaden beläuft sich in den USA schätzungsweise auf jährlich 30 Mrd Dollar. In der BRD liegen die Schätzungen bei 6 Mrd. (F. Vester, „Das Überlebensprogramm", S. 57f). Jüngstes Beispiel ist das Verrotten der Stahlseile der Köhlbrandbrücke in Hamburg, das nachweislich durch die Luftverschmutzung im Hamburger Hafengebiet verursacht wurde. So etwas sehen natürlich auch die Hafenkapitalisten nicht gerne, für die diese Brücke in erster Linie gebaut wurde.

Die Umweltzerstörung ruiniert die Gesundheit der Menschen

Die Katastrophen in Japan, wo allein bei der Quecksilbervergiftung in Minamata bis zu 700 Menschen akut erkrankten, und 20.000 als geschädigt angesehen werden müssen, oder Berechnungen, wonach allein in den USA jährlich 21.000 Menschen an den Folgen der Luftverschmutzung durch Schwefeldioxid sterben, veranschaulichen drastisch, welche Ausmaße die Verschmutzung schon angenommen hat. Die massenhafte Zunahme von Infektionskrankheiten und Krebs geht auch auf dieses Konto. So werden in solch verpesteten Städten wie Duisburg-Hamborn Lungenkrebsfälle nur noch in Krankenhäuser aufgenommen, wenn sie medizinisch „interessant" sind, ansonsten werden sie als Heimpflegefälle wieder nach Hause geschickt!

Natürlich haben sich die Kapitalisten auch schon ausgerechnet, wieviel ihnen durch die häufigen Krankheitsausfälle verloren geht. In den USA wird dies auf 6 Mrd. Dollar geschätzt (B. Ward, „Wie retten wir unsere Erde", S. 82). Insofern untergraben sie natürlich auch ihr Streben nach möglichst hohen Profiten, bzw. optimaler Ausbeutung der Arbeitskraft. Natürlich stimmt auch das immer wieder aufgetischte Märchen, daß ja alle gleich unter der Zerstörung der Umwelt zu leiden hätten, nicht. Eine Untersuchung der Kernregion des Ruhrgebiets ergab, daß in den am stärksten ökologisch belasteten Städten Duisburg-Oberhausen, Bottrop, Gelsenkirchen, Herne und Castrop-Rauxel der Anteil der Arbeiterfamilien besonders groß ist ... (J. Jarre, „Umweltbelastung und ihre Verteilung auf soziale Schichten", S. 91). Dazu kann man davon ausgehen, daß diese Arbeiter auch an ihrem Arbeitsplatz besonderen gesundheitlichen Risiken ausgesetzt sind. Sicherlich sind die durch die besonderen Auswüchse des Kapitalismus in dieser Hinsicht, z.B. durch atomare Katastrophen, ganze Bundesländer bedroht, doch könnten sich auch hier nur wenige Privilegierte in einen sicheren Atombunker flüchten.

Kapitalismus und Erhaltung der Umwelt – ein unlösbarer Widerspruch!

Die Umweltzerstörung durch den Kapitalismus hat dazu geführt, daß er seine eigenen Kapitalverwertungsbedingungen drastisch verschlechtert hat, da die Kosten zur Wiederherstellung der Naturpotentiale und der Arbeitskraft erheblich gestiegen sind. Dieser Zwickmühle versucht er auf verschiedenen Wegen zu entkommen: Durch verschärfte Ausbeutung, Abwälzung der Kosten auf den Staat oder Auslagerung besonders verschmutzender Industrien in Länder der Dritten Welt. Unter der Parole, daß Umweltschutz schließlich seinen Preis habe, werden die Preise bestimmter Produkte erhöht oder durch Umweltschutzsteuern die Arbeiter zur Kasse gebeten.

Auf der anderen Seite wird dem Staat die Aufgabe übertragen, die Naturzerstörungen wieder zu beseitigen bzw. soweit die natürlichen Bedingungen in Schuß zu halten, daß die Kapitalisten keine nennenswerten Produktionseinbußen hinnehmen müssen. So baut der Staat Kanalisations- und Kläranlagen, subventioniert Umweltschutzinvestitionen usw.

Da aber schon in den kapitalistischen Produktionsverfahren die nachfolgende Umweltbelastung begründet liegt, züchtet sich der Kapitalismus gleichzeitig die sogenannte Umweltschutzindustrie, die zwar selbst sehr
hohe Profite zu verzeichnen hat, aber
gleichzeitig die sogenannte Umweltschutzindustrie, die zwar selbst sehr hohe Profite zu verzeichnen hat, aber ausschließlich von den umweltbelastenden Technologien lebt. Diese Umweltschutzindustrie ist die Branche mit den momentan höchsten Zuwachsraten, und so verwundert es nicht, wenn man dort alle Firmen von Rang und Namen, vor allem die größten Verschmutzer wiederfindet: Deutsche Babcock und Wilcox AG, Frankfurter Metallgesellschaft AG, Krauss Maffei, MBB, Siemens und Bayer! („IPW", 1/77, S. 144)

Die Alternative, geschlossene Produktionsabläufe mit entsprechend abfallarmer oder abfalloser Technologie, würde die Produktivität einiger Branchen, vor allem der Chemieindustrie, derartig erhöhen, daß die jetzt bestehende Konkurrenz auf dem Weltmarkt sich ausweglos verschärfen würde. Beispielsweise produzieren chemische Betriebe in der VR China nach dem Prinzip „Schädliches in Nützliches verwandeln" in einer Fabrik nicht mehr nur fünf oder zehn Produkte, sondern durch Aufarbeitung und Umwandlung aller Abwässer 50 bis 100 Produkte. Hieran wird deutlich, daß der Kapitalismus nicht nur Raubbau an der Natur betreibt, sondern auch Rohstoffe ungeheuer vergeudet, indem alles, was nicht direkt in profitträchtige und absetzbare Produkte verwandelt werden kann, in die Flüsse gelassen oder aus dem Kamin geblasen wird.

Einen anderen Weg, diesem Dilemma zu entkommen, sieht das Kapital darin, besonders verschmutzende Produktionszweige in Länder der Dritten Welt zu verlegen. Aufgrund der in den imperialistischen Hochburgen auch für das Kapital kritisch gewordenen Umweltsituation (z.B. in Japan) wird zur Vermeidung von Umweltschutzauflagen dann in diesen Ländern die Natur rücksichtslos zugrunde gerichtet. Welche Profite dabei zu machen sind, zeigen Angaben von amerikanischen Firmen über ihre Umweltschutzaufwendungen in den USA und im Ausland. 1971 betrugen die Umweltschutzinvestitionen im Hüttenwesen in den USA 12,7 %, im Ausland 2,2 %. In der Zellstoff- und Papierindustrie waren es 20,3 % (USA) gegenüber 3,4 Prozent (Ausland)! („IPW", 1/77, S. 105).

Wie das dann aussieht, zeigt das Beispiel einer Stahlhütte in Indien, bei der praktisch keinerlei Filteranlagen existierten, wodurch sich auf einer Lagerhalle derart viel Staub ansammelte, daß diese zusammenbrach! Oder wenn in der Umgebung einer mexikanischen Zementfabrik die Menschen bis zu den Knien im Zementstaub waten müssen! Wie dann erst die Arbeitsbedingungen in den Betrieben aussehen müssen, kann man sich unschwer ausmalen!

Kein Wunder, daß der BDI in einem geheimen Papier erklärte, daß bei härteren Umweltschutzauflagen die westdeutsche Industrie „*in wachsendem Maße gezwungen sei, Betriebe in Regionen billigerer Arbeitskraft oder leichterer Umweltschutzbedingungen anzusiedeln, um gegenüber der multinational arbeitenden Konkurrenz nicht ins Hintertreffen zu geraten.*" Oder wie es der Chef einer japanischen Firma formulierte: „Die Entwicklungsländer müssen selbst entscheiden, ob sie die Umweltschäden als Preis für die Beseitigung der Armut (?) akzeptieren wollen..." (B. Gunnarson, „Japans ökologisches Harakiri", S. 12). So wird die Verschmutzung exportiert, um davon zu profitieren.

Weltuntergangspropheten und bürgerliche Ökologen

Seitdem gegen Ende der sechziger Jahre sich die Krisenhaftigkeit des Kapitalismus sowohl auf ökonomischem wie ökologischem Gebiet gezeigt hatte, traten eine ganze Reihe von bürgerlichen Ökologen auf den Plan, die alle diese Krisen mit klassenneutralen Erklärungen zu rechtfertigen versuchten. Sie warnten vor drohenden Katastrophen und wollte damit die Weitsichtigkeit und Fähigkeit des Kapitalismus, letztendlich mit solchen Krisen doch noch fertig zu werden, aufzeigen. Gleichzeitig deutet sich in diesen Weltuntergangsbüchern auch die Furcht an, daß vor allem die ökologischen Probleme zu einem Sprengsatz für das ganze System werden könnten. Und natürlich versucht die Bourgeoisie ihren sich abzeichnenden Untergang als den Untergang der Welt darzustellen!

Typische Theorien dieser Art sind: Der Mensch sei ein „*Fehlschlag der Natur*" (Löbsack), unfähig die „Technik" zu beherrschen, bzw. sei die „*Technologie Urheber allen Übels*" (Taylor). Eyre warnt in seinem Buch „*Der Mensch eine Seuche*" (!) vor drohender Überbevölkerung und nachfolgendem Zusammenbruch aller Kulturen. Bedenklich erscheint ihm vor allem, den Entwicklungsländern eine eigenständige industrielle Entwicklung zu ermöglichen, weil dann der Roh-
stoffverbrauch noch weiter ansteigen,
eigenständige industrielle Entwicklung zu ermöglichen, weil dann der Roh-
stoffverbrauch noch weiter ansteigen, und die Umweltverschmutzung noch weiter zunehmen würde. Ähnlich sieht es in dem Buch von Ehrlich („Bevölkerungskontrolle — Kontrolle der Bevölkerung?") aus. Das Entscheidende sei die Bevölkerungsexplosion, zu der er bestimmte „Zwangsmaßnahmen" vorschlägt, wie Versetzung des Trinkwassers mit sterilisierenden Mitteln oder Einpflanzung von Dauerpillen in Mädchen zu Beginn der Pubertät! Ehrlich, Leiter einer Gesellschaft der Rockefeller-Foundation für Bevölkerungskontrolle, brachte diese menschenverachtenden Vorschläge zur gleichen Zeit, als die USA „Entwicklungshilfe" nur noch an solche Länder gaben, die sich bereit erklärten, ihre Wirtschaft auf einem niedrigen landwirtschaftlichen Niveau zu halten und keinerlei Versuche machten, eine eigenständige Industrie aufzubauen.

Gleichzeitig wurde an bestimmte Getreide- und Lebensmittellieferungen die Bedingung geknüpft, Zwangsmaßnahmen zur Sterilisierung der Bevölkerung einzuleiten. Diese Art von »Entwicklungshilfe«, die in den USA per Gesetz abgesegnet ist, wurde in großem Stile an Indien praktiziert. (Steve Weissmann, »Die Bevölkerungsbombe ist ein Rockefellerbaby«, Kursbuch 33, S. 88 ff). Das heißt, der Imperialismus hält die Länder der Dritten Welt bewußt in Abhängigkeit und Unterentwicklung, um ihre Rohstoffe ausplündern zu können, und verlangt obendrein, daß auch noch Zwangsmaßnahmen zur Sterilisierung vorgenommen werden. Dabei hat sich bei der Entwicklung der einzelnen Länder bisher überall gezeigt, daß bei steigendem Wohlstand auch die Bevölkerungszahlen zurückgehen, da z. B. möglichst viele Kinder als Arbeitskräfte und für die Altersversorgung nicht mehr notwendig sind.

Die bekannte Studie des »Club of Rome«, finanziert von der Ford Foundation, Fiat, der Volkswagenstiftung und ca. 70 weiteren Konzernen, drohte mit unübersteigbaren »Grenzen des Wachstums« durch die Begrenztheit der Rohstoffe bei zunehmender Umweltverschmutzung, Industrialisierung und Bevölkerungsdichte.

Diese Studie, die das sogenannte »Nullwachstum« propagierte, wurde von den Kapitalisten in Bezug auf die ökonomischen Konsequenzen abgelehnt, aber zur Propagierung der »Grenzen des Wachstums« bei den Bedürfnissen der Massen dankbar aufgenommen und weiterentwickelt.

Bei dem dort verwandten Modell »Raumschiff Erde«, in dem »wir alle« sitzen — wobei der feine Unterschied zwischen Kommandobrücke und unteren Decks schlicht wegfällt — wird nach »weltumfassender Revolution der Solidarität« gerufen. Prioritäten und Weltvorstellungen sollen sich in Richtung »Partnerschaft« und »harmonische Entwicklung der Menschheit« wandeln. Hierzu werden Weltregierungen vorgeschlagen, in denen die Länderregierungen, multinationale Konzerne und internationale Organisationen sitzen sollen (Tinbergen und Lazlo in Zusammenarbeit mit dem »Club of Rome«).

Demagogisch wird die Befürchtung geäußert, daß der ganze hervorragende Plan an der »übermäßigen Souveränität« der Länder der Dritten Welt scheitern könnte. Daran wird die Stoßrichtung des ganzen Schwindels deutlich!

Ideologisch werden hier neue Überfälle auf die Länder der Dritten Welt vorbereitet, die entweder durch revolutionäre Entwicklungen oder auch nur durch eine eigenständigere Politik der nationalen Bourgeoisie dem Imperialismus die freie Verfügbarkeit über die Rohstoffe zu entziehen drohen. Einen kleinen Vorgeschmack hat das prompte Eingreifen des französischen Imperialismus in Zaire gegeben oder das Bekanntwerden der NATO-Pläne, die für ähnliche Überfälle schon in der Schublade liegen.

Ähnlich wie in der sogenannten Ölkrise, die zu einer ungeheuren Propagandakampagne für den Bau von Atomkraftwerken wegen der »Rohstoff-Verknappung« wurde, wird nun die Absicht des Imperialismus, die Ausplünderung der Rohstoffe der Dritten Welt nicht kampflos aufzugeben, »ökologisch« verbrämt.

So wundert es einen nicht, wenn solche Öko-Reaktionäre wie Gruhl von einer Weltregierung träumen, die mit allen Machtmitteln ausgestattet wäre.

„Sie müßte die gesamte Verteilung (?) von Rohstoff- und Energiequellen und besonders von Nahrungsmitteln auch gegen den Willen der einzelnen Länder regeln können. Ja, sie muß auch die erlaubte Kinderzahl für jedes Volk festsetzen und Verstöße ahnden können. Diese Diktatur müßte unter Umständen härter sein als die stalinistische es war" („Ein Planet wird geplündert", S. 298 - 302)!

Rohstoff- und Energiekrise

Rohstoff- und Energiekrise

Wenn man aber einmal das Gerede von der Rohstoff- und Energieverknappung genauer ansieht, fällt einem sofort die ungeheure Verschwendung auf, die der Kapitalismus praktiziert, um möglichst profitabel zu produzieren.

Allein in der BRD wird z.B. Abwärme aus Industriebetrieben in die Luft geblasen, aus der man knapp die Hälfte des gesamten Strombedarfs der BRD decken könnte. In den USA wurden Mitte der sechziger Jahre jährlich etwa 4 Mrd. Tonnen pflanzlichen, tierischen und mineralischen Rohstoffs verarbeitet. Davon waren etwa 2,3 Mrd. Tonnen, also mehr als die Hälfte, für die Kapitalisten Abfallprodukte, die man nutzbringend hätte umwandeln können. Die Abfälle der amerikanischen Industrie enthalten jährlich 3 Mio. Tonnen Eisen, 950 000 Tonnen Aluminium, 400 000 Tonnen Kupfer usw. („IPW", 1/77, S. 73.). Ebenso würde die Aufarbeitung aller in den USA anfallenden Schwefeldioxidmengen zu Schwefelsäure ungefähr das Doppelte des jährlichen Gesamtverbrauchs ergeben!

Doch ist die Produktion unter Nutzung der primären Rohstoffe in der Regel wesentlich profitträchtiger. Nur einige Zweige der Grundstoffindustrie haben sich schon frühzeitig nicht zuletzt unter militärischen und Autarkiegesichtspunkten auf die Nutzung von Altprodukten umgestellt und Recycling praktiziert.

Bisher wird dies in großem Umfang in der Stahl- und Papierindustrie praktiziert. Doch um auch hier wieder optimale Profitchancen zu verwirklichen, kamen die Kapitalisten auf infame Ideen. So stellt z.B. die Glasindustrie seit einiger Zeit in der ganzen BRD sogenannte Glascontainer auf, nicht nur im Dienste des „Umweltschutzes" (verlogenerweise wird des öfteren noch ein Rot-Kreuz-Zeichen draufgeklebt).

Unter schamloser Ausnutzung des richtigen Gedankens, die Müllhalden nicht mit unabbaubarem Glas zu belasten, liefert die Bevölkerung kostenlos der Glasindustrie ihren neuen Rohstoff, mit dem sie um 40 % billiger neues Glas produzieren kann. Doch wer hätte von den 40 %igen Preissenkungen in der Glasindustrie gehört?! Da dieses Verfahren sich für die Glasindustrie ungeheuer gut ausgezahlt hat, wollen nun in absehbarer Zeit die Aluminiumindustrie und andere Branchen einstiegen: alles unter dem Zeichen des Umweltschutzes, versteht sich!

Oft wird auch bei der Diskussion um die Rohstoffe so getan, als ob diese nach ihrer Nutzung unwiderruflich verloren seien. Bekanntlich lösen sie sich aber nicht in Luft auf, sondern bilden riesige Müllberge oder versinken mit der Abwasserfracht von Flüssen auf dem Meeresboden, wo sie teilweise gefährliche Wirkungen haben.

Zum anderen werden immer noch in Bezug auf mineralische Rohstoffe mehr Lagerstätten gefunden als abgebaut. Die eigentliche Schwierigkeit besteht mehr darin, daß durch den kapitalistischen Raubbau und die Vergeudung der Rohstoffe es im Sozialismus einige Anstrengungen kosten wird, diese aus den Meeren oder schwer zugänglichen Deponien wieder zurückzugewinnen.

Da es aber im Sozialismus immer wieder darauf ankommen wird, aus allen Rohstoffen den größtmöglichen Nutzen zu ziehen (s. a. Beispiel aus der VR China), wird sich die Nutzung dieser Rohstoffe einem Kreislauf immer mehr nähern, wobei die Frage der absoluten Reserven völlig in den Hintergrund treten wird. Insofern reduziert sich das ganze Gejammer der Imperialisten von der Rohstoffkrise eigentlich auf ihre zwangsläufige Vergeudung durch die Kapitalisten selbst und ihre Befürchtungen, durch revolutionäre Entwicklungen in der Dritten Welt bei der ungestörten Ausplünderung behindert zu werden.

Innenpolitisch dient die Propaganda des „Null-Wachstums" dazu, „Maßhalte"-Parolen auszugeben, und auch dies „ökologisch" zu rechtfertigen. In der vielsagenden Broschüre „Lebensstandard, Lebensqualität, Umweltschutz zwischen Wunsch und Wirklichkeit" vom Deutschen Industrieinstitut kann man entsprechend lesen: „*Die wichtigsten Aufgaben im Umweltschutz fallen nicht dem Staat, nicht der Industrie, sondern den Bürgern zu. Erfolg oder Mißerfolg jeder Umweltpolitik wird davon abhängen, wie sie sich in ihrer Umwelt verhalten, ob sie bereit sind, Opfer zu bringen und Einschränkungen auf sich zu nehmen*" (S. 10).

Um aber den Anschein zu erwekken, daß auch die Kapitalisten selbst nun etwas für den Umweltschutz tun wollten, propagierten sie das „Verursacher-Prinzip". Dieses führte zu zweierlei. Einmal wurde es ausgelegt als Mittel, um die Preise für Produkte, bei denen angeblich sehr viel
Kosten zum Schutz der Umwelt
als Mittel, um die Preise für Produkte, bei denen angeblich sehr viel
Kosten zum Schutz der Umwelt anfallen, zu erhöhen. Dies unter der Devise, daß schließlich der „Endkonsument" der eigentliche „Verursacher" sei, denn er wolle das Produkt ja schließlich haben.

Auf der anderen Seite wurden unter großem Propagandarummel einige Kläranlagen oder Luftreinigungsanlagen gebaut, bzw. von der Industrie Umweltschutzabgaben an den Staat entrichtet. Da diese Abgaben aber immer noch so niedrig sind, daß sie weit unter den Kosten zur Reinhaltung der Gewässer liegen, verschaffen sie den Firmen lediglich ein Alibi, um die Verschmutzung weiterzutreiben.

Was bleibt, ist die prinzipielle Unfähigkeit des Kapitalismus, die Umweltprobleme, die er selbst hervorgebracht hat, zu beseitigen.

Nicht nur, daß er Kosten für die Umweltzerstörung auf die arbeitende Bevölkerung abzuwälzen versucht, ohne die Situation grundlegend ändern zu können, er schafft zugleich auch die Ursachen für das Entstehen von Bewegungen wie der Anti-AKW- und Umweltschutzbewegung, die gerade in der BRD zu den größten Auseinandersetzungen der letzten Jahre geführt hat.

„Angesichts der nicht zu unterschätzenden Gefahr sollte deshalb jeder von uns noch einmal überdenken, ob er es sich überhaupt leisten kann, gegen sinnvolle Umweltschutzmaßnahmen zu opponieren. Gelingt die systemimmanente Lösung nicht oder nicht in absehbarer Zeit durch unseren überzeugenden Konsens, dann wird eine Regelung gegen unseren Willen unweigerlich im systemüberwindenden Rahmen stattfinden, in welchem für den freien Unternehmer kein Platz vorgesehen ist" **(Staatssekretär Hartkopf vor dem Bund Deutscher Industrieller (BDI) 1972).**

Zwar sieht die Bourgeoisie die Probleme, die sie selbst hervorbringt. Doch zu einer Lösung dieses Widerspruchs ist sie unfähig. Insofern zeigt die Umweltzerstörung drastisch nicht das kommende Ende der Menschheit, sondern das Ende und die Überlebtheit dieses menschen- und umweltzerstörerischen Systems.

AKW-Nein-Kommission

Betrieb und Gewerkschaft





ÖTV

Erzieher und Sozialarbeiter bespitzelt und denunziert!

Die lange Kette der Überprüfungen und Bespitzelungen von Tausenden von Bundesbürgern scheint nicht abzureißen. Nachdem in den letzten Wochen und Monaten einige der Überwachungsmethoden des Verfassungsschutzes, BGS etc. bekannt geworden sind, ist vor ein paar Tagen schon wieder ein weiteres Stück Wirklichkeit des Überwachungsstaates BRD aufgedeckt worden:

"Die Jugendämter und freien Wohlfahrtsverbände in der Bundesrepublik führen eine gemeinsame schwarze Liste über Sozialarbeiter, die ihrem Arbeitgeber einmal negativ aufgefallen sind... In den Jugendämtern von Stadt und Kreis Stade, aber auch beispielsweise beim Kreisverband der Arbeiterwohlfahrt stapeln (!) sich die vertraulichen Rundschreiben, in denen indirekt vor der Einstellung bestimmter Sozialarbeiter, Sozialpädagogen und Heimerzieher gewarnt wird." („Stader Tageblatt" vom 3.8.78).

Rückfrage halten.....

Inzwischen ist es kein Geheimnis mehr, daß diese "Schwarzen Listen" seit Jahren (!) von den Landesjugendämtern aller Bundesländer mehr oder weniger regelmäßig geführt werden.

Die Verteilung dieser Listen beschränkt sich aber nicht nur auf Landesjugendämter. Das bayerische Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung beispielsweise, verteilt die "Schwarzen Listen" u.a. auch an die Innere Mission (einer der größten Heimträger in der BRD) *"sowie in zehnfacher Ausfertigung an den Caritasverband, die Arbeiterwohlfahrt, das Bayerische Rote Kreuz sowie den Paritätischen Wohlfahrsverband"* (FR, vom 9.8.78). Bevor jemand auf der "Schwarzen Liste" landet, wird eine sogenannte "Warnmitteilung" mit der Bemerkung rumgeschickt: "...Vor einer etwaigen Einstellung des Obengenannten wird empfohlen, beim Landesjugendamt ... Rückfrage zu halten."

Zu einer "Rückfrage" kommt es aber gar nicht erst. Allein diese "Empfehlung" genügt in der Regel schon, einen Bewerber abzulehnen. Der Betroffene erfährt von diesem Verfahren natürlich nichts - das bundesweite Berufsverbot ist perfekt.

Genauere "Aufnahmebedingungen" existieren offenbar für diese Listen nicht. Dem Stader Tageblatt zufolge kann es z.B. jemand treffen, dem vorgeworfen wird, daß er *"homosexuell sei, eine Straftat begangen oder sonstwie Mißfallen erregt habe."*

Und, wie könnte es auch anders sein, die Landesjugendämter haben sich natürlich für ihre finsteren Methoden eine Legitimation zusammengebastelt. In einem Gesetzeskommentar zum Jugendwohlfahrtsgesetz (JWG), § 78, heißt es unter dem Stichwort „Warnmitteilungen":

„Die besondere Aufsichtsmaßnahme der Warnmitteilung bezieht sich auf einzelne Erzieher, die sich in hohem Maße als ungeeignet (?!) erwiesen haben. Da es häufig vorkommt, daß ein solcher Erzieher den Bezirk des Landesjugendamtes wechselt und in einem anderen Lande versucht, erneut in einer Einrichtung tätig zu werden, die der Heimaufsicht unterliegt, besteht ein berechtigtes Interresse der Landesjugendämter daran, über solche Personen unterrichtet zu werden, um ihre Heimaufsichtstätigkeit insofern mit besonderer Sorgfalt wahrnehmen zu können."

Diese "besondere Sorgfalt" hat denn auch bislang zu dem Ergebnis geführt, daß gegenwärtig mindestens 250 Sozialarbeiter, Sozialpädagogen und Heimerzieher auf der Abschußliste stehen!

Und wer einmal auf dieser "Schwarzen Liste" erfaßt ist, muß damit rechnen, daß er davon auch nicht so schnell wieder runterkommt. Das nebenstehend abgedruckte Dokument nebst Kommentar aus dem Stader Tageblatt vom 3.8.78 liefert den Beweis.

Verfassungsschutz reicht aus ...

Dies ist der durchgängige Tenor von Stellungnahmen verschiedener verantwortlicher Ämter, nachdem der Skandal aufgeflogen war.

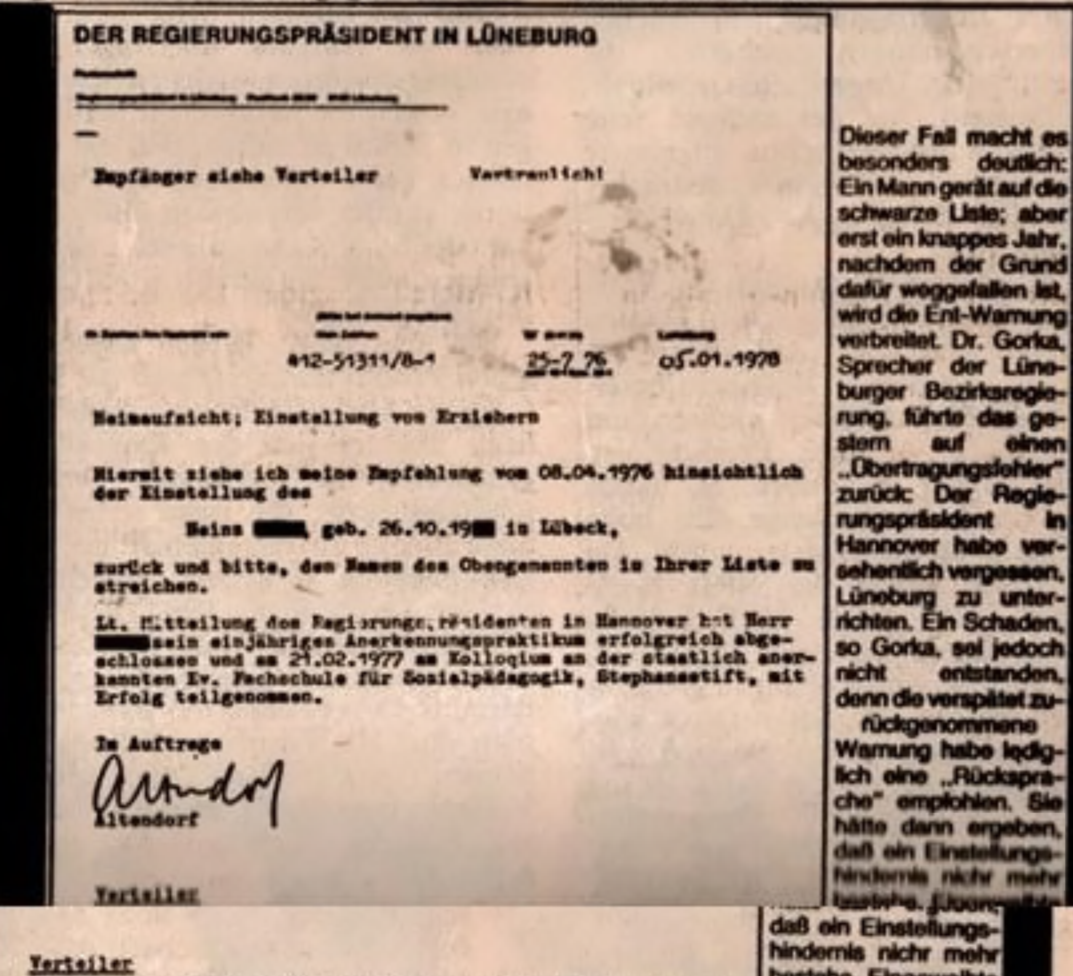
Mit diesen Kommentaren wird natürlich versucht, die Aufstellung der "Schwarzen Listen" nachträglich zu rechtfertigen, wobei sie aber auch gleichzeitig zugeben müssen, daß das bisherige Verfahren jeglicher rechtlichen Grundlage entbehrte.

Aus einer hausinternen Studie des Hamburger Landesjugendamtes (für Verfassungsschutz !) geht z.B. hervor, daß man, wenn das normale polizeiliche Führungszeugnis nicht genügend hergibt, sich *"ja notfalls über die jeweilige oberste Landesbehörde beim Bundeszentralregister eine unbeschränkte Auskunft"* einholen kann. Befriedigt wird dann noch festgestellt, daß es dort keine "Tilgungsfristen" gibt! (aus FR, vom 9.8.78). Das Karlsruher Landesjugendamt bemängelt an der gängigen Schnüffelpraxis lediglich: "Mit dem System der "Schwarzen Listen" werde das Bundeszentralregister - gesetz unterlaufen".

Diese Aussagen geben eine ganz klare Richtung an: „Schwarze Listen" ja – aber doch bitte nicht jeder für sich, sondern eine(r) (sprich VS) für alle.

Weg mit den "Schwarzen Listen" !

Inzwischen sind einige, aber noch sehr zaghafte Protestmaßnahmen gegen diese Überwachungsstaatspraktiken ergriffen worden. So hat z.B. der Betriebsrat der "Hamburger Vereinigung städt. Kinder- und Jugendheime" die Gewerkschaften ÖTV, GEW und DAG aufgefordert, geeignete Maßnahmen gegen die Verantwortlichen einzuleiten. Ob von dieser Seite wirkungsvolle Maßnahmen ergriffen werden, bleibt abzuwarten. Zumindest die ÖTV-Führung wird sich darin wohl schwertun, denn in ihren Reihen befinden sich nicht wenige gestandene Fürsten, die in Sachen "Schwarze Listen" oder Aufbau eines innergewerkschaftlichen Verfassungsschutzes einschlägige Erfahrungen haben, so z.B. H. Schwalbach, ÖTV-Sekretär des Bezirks Nordwest.



DER REGIERUNGSPRÄSIDENT IN LÜNEBURG

Empfänger siehe Verteiler — Vertraulich!

412-51311/8-1 — 25-7.76 — 05.01.1978

Heimaufsicht; Einstellung von Erziehern

Hiermit ziehe ich meine Empfehlung vom 08.04.1976 hinsichtlich der Einstellung des

Heinz ████, geb. 26.10.19██ in Lübeck,

zurück und bitte, den Namen des Obengenannten in Ihrer Liste zu streichen.

Lt. Mitteilung des Regierungspräsidenten in Hannover hat Herr ████ sein einjähriges Anerkennungspraktikum erfolgreich abgeschlossen und am 21.02.1977 am Kolloqium an der staatlich anerkannten Ev. Fachschule für Sozialpädagogik, Stephansstift, mit Erfolg teilgenommen.

Im Auftrage
Altendorf

Verteiler
Landkreise, kreisfreie Stadt Wolfsburg und Städte mit eigenem Jugendamt in den Bezirken Lüneburg und Stade
Mädchenheim Linerhaus,
berliner Landesjugendheim "Haus Druhwald",
Kinder- und Jugendheim "Immenhof",
Diakonische Heime - Jugendhort Rischborn - ,
Jugendhof Welpenmühle,
Jugenddorf Wolfsburg.

Dieser Fall macht es besonders deutlich: Ein Mann gerät auf die schwarze Liste; aber erst ein knappes Jahr, nachdem der Grund dafür weggefallen ist, wird die Ent-Warnung verbreitet. Dr. Gorka, Sprecher der Lüneburger Bezirksregierung, führte das gestern auf einen „Übertragungsfehler" zurück: Der Regierungspräsident in Hannover habe versehentlich vergessen, Lüneburg zu unterrichten. Ein Schaden, so Gorka, sei jedoch nicht entstanden, denn die verspätet zurückgenommene Warnung habe lediglich eine „Rücksprache" empfohlen. Sie hätte dann ergeben, daß ein Einstellungshindernis nichr mehr bestehe. Eingeweihte wissen jedoch: Einstellungsbehörden schauen auf die Liste – und wer darin verzeichnet ist, kommt nicht mehr in Betracht.

Stader Tageblatt, 3.8.78

Neues im Fall Schwanbeck: Der ÖTV-Hauptvorstand meldet sich zu Wort!

Wie wir berichteten, hatte die ÖTV-Kreisverwaltung Kiel am 13.3.78 beschlossen, gegen den ehemaligen hauptamtlichen Gewerkschaftssekretär Manfred Schwanbeck ein Ausschlußverfahren einzuleiten.

Als „Ausschlußgründe" führte die Kieler Kreisverwaltung im wesentlichen an,

1) daß sich gegen Manfreds Kündigung durch die ÖTV ein gewerkschaftlicher Unterstützungskreis gebildet hatte, der in einem Flugblatt eine persönliche Erklärung von Manfred nachgedruckt hatte, und in diesem Flugblatt auch zu einer Veranstaltung aufgerufen hatte;

2) daß das Flugblatt u.a. auch von einem Kollegen verteilt worden war, der wegen angeblicher Zugehörigkeit zu einer linken Organisation aus der ÖTV ausgeschlossen war (dieser Kollege ist seit längerem ordentliches HBV-Mitglied, was auch der Kieler ÖTV-Führung bekannt ist);

3) daß im AK Nr. 123 ein Artikel zu Manfreds Kündigung gestanden hat.

Daß man aus diesen Vorwürfen kein gewerkschaftsschädigendes Verhalten ableiten kann, liegt auf der Hand. So durfte man auch einigermaßen auf die Reaktion des Hauptvorstandes gespannt sein, nachdem Manfred in seiner Entgegnung Ende März klargemacht hatte, daß er die ihm zur Last gelegten Vorwürfe samt und sonders nicht zu vertreten hat.

Nach über einem Vierteljahr „Stillschweigen" hat sich nun der Hauptvorstand in einem weiteren Schreiben an den „sehr geehrten Herrn Schwanbeck" gewandt.

net hatte, eine Stellungnahme auf Manfreds Entgegnung zu bekommen, der sah sich bitter getäuscht. Mit keinem einzigen Wort wird hierauf inhaltlich eingegangen!

Lapidar heißt es in dem Brief des Hauptvorstandes: *„Wir möchten Sie hiermit ausdrücklich darauf hinweisen, daß sich die Beschlußfassung des Hauptvorstandes der Gewerkschaft ÖTV über den gegen Sie gerichteten Ausschlußantrag auch auf den Inhalt Ihrer persönlichen Erklärung stützen kann".*

Es folgt dann eine Benennung von sechs Punkten aus Manfreds Erklärung, die vom *„Hauptvorstand als gewerkschaftsschädigend betrachtet werden"* könnten.

So die Angabe Manfreds, daß seine Kündigung aufgrund einer Denunziation erfolgte, daß die Gewerkschaftsführung mit dem Verfassungsschutz zusammenarbeitet; daß sie sich im Vorgehen gegen fortschrittliche Kollegen auch auf Spitzel und Denunzianten stützt; daß Manfreds Kündigung und Arbeitsverbot politischen Charakter haben und einem Berufsverbot gleichkommen; daß einige hauptamtliche Funktionäre offensichtlich kein Interesse an konsequenter Gewerkschaftspolitik haben.

Augenscheinlich erscheinen selbst dem Hauptvorstand die ursprünglich erhobenen Vorwürfe als zu haltlos und zu willkürlich.

So läßt man sie stillschweigend wegfallen und sucht nach neuen Punkten, mit denen man den Ausschluß, der unbedingt durchgezogen werden soll, „überzeugender" begründen kann.

KB/Gruppe Kiel

Chemie

IG Chemie: Ausschluß gegen 48 Kollegen von Bayer-Leverkusen

Anfang August wurde bekannt, daß der Hauptvorstand der IG Chemie mit Wirkung vom 24.7.78 48 Bayer Kollegen aus der Gewerkschaft ausgeschlossen hat. Die 48 hatten bei den Betriebsratswahlen 78 auf einer eigenen Liste („Gewerkschafter für einen besseren Betriebsrat") kandidiert und ein Ausschlußverfahren wegen „gewerkschaftsschädigendem Verhalten" bekommen. Die Gruppe, die 13 von 49 Betriebsratssitzen erhielt, war der Gewerkschaftsführung lange ein Dorn im Auge.

Schon seit langem bemühen sich aktive Gewerkschaftler, bei Bayer einen gewerkschaftlichen Vertrauensleutekörper aufzubauen. Demgegenüber steht die Politik der IG Chemie Führung, die am Konzept der betrieblichen Vertrauensleute festhält und damit den Bayer-Kapitalisten im Sinne der „Sozialpartnerschaft" optimal entgegenkommt (seit 1970 gab es keinen Streik bei Bayer).

Nachdem im Kampf für einen gewerkschaftlichen Vertrauensleutekörper mehreren Betriebsräten die Freistellung entzogen wurde, sie aussichtslose Listenplätze bei der Kandidatenaufstellung für die Betriebsratswahlen bekamen, entschlossen sich 60 aktive Gewerkschafter auf eigenen Listen zu kandidieren (je eine Arbeiterliste für westdeutsche und ausländische Arbeiter, eine Angestelltenliste).

Obwohl die Gewerkschaftsführung gleich nach Bekanntgabe der Oppositionsliste mit Ausschluß drohte, konnte das den Erfolg der Liste (4400 Stimmen, 50 % der IG Chemie Stimmen) nicht verhindern. Nach der Wahl setzte die IG Chemie Verwaltungsstelle mit Hilfe ihrer rechten Betriebsratsmafia ihre undemokratische Politik im Betriebsrat fort.

Bei der Wahl der einzelnen Ausschüsse wurde keiner der 13 gewählten Kollegen gewählt. Keiner der oppositionellen Betriebsräte wurde freigestellt. Da die Politik in den einzelnen Ausschüssen bestimmt wird, können die 13 in der Gesamtversammlung nur ja oder nein sagen, da ihre Wortmeldungen durch „Antrag auf Schluß der Debatte" abgeschmettert werden.

Die ausgeschlossenen Kollegen haben bei der IG Chemie Widerspruch gegen ihren Ausschluß eingelegt. Kampf dem Ausschlußterror!

Chemiekomitee

Wahlbetrug bei Daimler-Benz IGM-Führer winden sich

Etwas früher als ein Ministerpräsident an gleicher Stelle hatte sich der Betriebsrat der Daimler-Benz AG in Stuttgart-Untertürkheim zum Rücktritt entschlossen. Ähnlich wie bei dem anderen Herrn geschah das allerdings nicht ganz freiwillig. Nachdem die Kollegen der oppositionellen Hoß/Mühleisen-Liste schon kurz nach den Betriebsratswahlen im April einen Wahlbetrug vermuteten, brauchten die Berufsbetriebsräte immerhin über ein Vierteljahr, um den erdrückenden Vorwürfen nachzugeben — sie kamen damit nur einer gerichtlichen Auflösung des BR zuvor.

Wie wir schon in AK 134 berichteten, waren etwa 1.500 der 7.600 IGM-Stimmen auf andersfarbigen Stimmzetteln abgegeben worden (bzw. in die Urnen gelegt worden).

Inzwischen versuchen die IGM-Führer vor den für Ende September angesetzten Neuwahlen die *»Konsequenzen aus den Erfahrungen«* zu ziehen. In einem langen Artikel in der Gewerkschaftszeitung »Metall« vom 9.8.78 kommen sie nicht umhin, die Stimmung der Kollegen als nicht gerade in ihrem Sinne zu beschreiben: *»Es gibt eine Leiche im Keller. In welchem ist nicht bekannt. Die Belegschaft glaubt mehr, in dem der IG Metall, weil die Stimmen uns zugute gekommen wären, wenn man sie nicht entdeckt hätte.«* Daß sie gleichzeitig alles unternommen haben, um eben diese Entdeckung zu verhindern, erfährt der »Metall«-Leser natürlich nicht! Welche Geschütze man gegen die oppositionellen Kollegen auffährt, ist schon enorm. So erwirkte die IGM gegen Willy Hoß *»ein Ordnungsgeld von 500.000 Mark, ersatzweise 6 Monate Haft«*, wenn seine Liste die Behauptung wiederholen würde, *»die Gewerkschaft habe die Wahl manipuliert und sie habe Beweise dafür«* (»FR«, 12.8.78). Weit davon entfernt, die Fälscher in den eigenen Reihen dingfest zu machen, werden die Tatsachen auf den Kopf gestellt. So heißt es in einem Interview der »Welt der Arbeit« (DGB-Zentralorgan) mit dem 2. Bevollmächtigten der IGM-Verwaltungsstelle Stuttgart: *»Streit im Betriebsrat ist ja nichts Neues. Stehen die jetzigen Vorkommnisse in einem Zusammenhang damit?*
Sicher, darüber gibt es keinen Zweifel. Die Gruppe um die Kollegen Hoß und Mühleisen, die 1972 aus der IG Metall mit einer eigenen Liste ausgebrochen und deshalb aus der IG Metall rechtskräftig ausgeschlossen worden sind, legt es darauf an, die Arbeit des Betriebsrates bei jeder sich bietenden Gelegenheit schlecht zu machen.« (»WdA«, 27.7.78).

Jetzt wissen wir immerhin aus berufenem Mund, daß Wahlfälschung in Untertürkheim bislang zur »Betriebsratsarbeit« gehörte ...

Als erste Konsequenz, auch um das schlechte Abschneiden der IGM bei den Wahlen im April wettzumachen, soll die IGM-Liste jetzt demokratischer aufgestellt werden. Damals hatte die Liste Hoß/Mühleisen 27 % (gegenüber 18 % 1975) und damit acht Sitze erhalten.

Es ist zu erwarten und zu hoffen, daß sie bei der Neuwahl im September dieses Ergebnis auf Kosten der IGM-Liste weiter ausbauen kann.

Die Ereignisse in Untertürkheim sollten auch oppositionelle Kollegen in anderen Betrieben ermutigen, in ihren Wahlvorständen die Augen offen zu halten und die Forderung durchzusetzen, daß im Wahlvorstand Mitglieder aller Gruppierungen sitzen, um ähnliche Manipulationen von vornherein zu unterbinden.

Metall-Kommission

BR-Wahlen

Bei den Wahlen bei Honey-Elac-Nautic in Kiel erreichte eine Liste »Kollegengruppe« 19,8 % der Stimmen und stellt damit einen Sitz im fünfköpfigen Betriebsrat. Weil ein Vertreter einer anderen Liste gekündigt hat, wird noch ein zweiter Kandidat der »Kollegengruppe« nachrücken.

***

OPPOSITIONELLE BETRIEBSRÄTE GEKÜNDIGT

Zwei Betriebsräte der oppositionellen Liste »Arbeitereinheit« bei AEG-Brunnenstraße in Westberlin, die bei der Wahl 21,3 % der Arbeiterstimmen erhielt, wurden jetzt mit Zustimmung der rechten Betriebsräte fristlos gekündigt. Die Kollegen hatten entgegen den Vorstellungen des BR-Vorsitzenden auch nach der Wahl auf Betriebsversammlungen auch die Politik der Berufsbetriebsräte angegriffen. Nach den Kündigungen verteilte die »Arbeitereinheit« Flugblätter vor dem Tor, um die Kollegen zu informieren. Ob auch gerichtliche Schritte unternommen werden, ist z.Zt. nicht bekannt.

Aussperrungsklagen: Erster Erfolg für die IG Metall

Die IG-Metall-Führer haben im Rahmen ihrer Aktion mit Massenklagen gegen die Aussperrung erstmals einen Prozeß gewonnen.

Das Stuttgarter Arbeitsgericht verurteilte einer Göppinger Metallfirma, einem Kollegen den Lohnausfall von 1259 Mark für 12 Aussperrungstage nachzuzahlen. Das Gericht vertrat die Auffassung, daß Aussperrung die arbeitsvertraglichen Pflichten, in diesem Fall die der Lohnfortzahlung, nicht habe suspendieren können.

Dies ist das erste von jetzt 22 in erster Instanz entschiedenen Verfahren, das zugunsten der klagenden IG-Metall ausging. Die anderen 21 gingen alle verloren. In diesen Fällen erkannten die Gerichte die Aussperrung als rechtmäßiges Arbeitskampfmittel an.

Zu der gerichtlichen Klageaktion war es während des diesjährigen Arbeitskampfes in der Metallindustrie von Nordwürttemberg/Nordbaden gekommen. Es war die Antwort der Gewerkschaftsführer auf den Willkürakt der Metallkapitalisten, die als Reaktion auf den Schwerpunktstreik von 80 000 Metallern 150 000 aussperrten. Insgesamt 34 500 IG Metall-Mitglieder hatten danach Klagen eingereicht.

Für die IG Metall-Führer ist das eine positive Urteil nicht nur eine Bestätigung ihrer Rechtsauffassung, sondern sie verbinden damit die Hoffnung, *»daß sich die Rechtssprechung an einem Wendepunkt befindet und die Aussperrung ähnlich der Wertung in den anderen westeuropäischen Ländern als Willkürmaßnahme der Arbeitgeber im Arbeitskampf angesehen werde«* (»FR«, 12.8.78).

Bei 21 Niederlagen und einem Sieg kann davon wohl kaum die Rede sein. Also wieder eine dieser für die Gewerkschaftsführer typische völlig überzogene und realitätsferne Sicht der Dinge, deren Ursprung aber nicht Dummheit sondern durchsichtige Gründe sind.

Das eine Urteil wird bewußt aufbzw. überbewertet, um davon abzulenken, daß die juristische Bekämpfung der Aussperrung eine ausgesprochen begrenzte Maßnahme ist. Zumal das Bundesarbeitsgericht bereits einmal und zwar 1971 die Aussperrung innerhalb gewisser rechtlicher Schranken für zulässig erklärt hat. Bestenfalls werden die rechtlichen Voraussetzungen enger eingegrenzt — ein grundsätzliches Aussperrungsverbot wird es mit Sicherheit unter der Klassenherrschaft der Bourgeoisie nicht geben.

Metall-Kommission

Hamburger Betriebsschließungen dauern an

Es scheint wie verhext zu sein: Wieder hat einer der Betriebe, die im diesjährigen Bürgerschaftswahlkampf als Musterbeispiel für eine Arbeitsplatzsicherungspolitik des SPD-Senats herhalten mußten, Konkurs angemeldet. Von den ganzen Musterbeispielen ist damit heute, kaum drei Monate nach der Wahl, kaum noch eins am Leben, und man kann als Hamburger Arbeiter fast schon froh sein, in einem Betrieb zu arbeiten, der von den SPD-Wahlkämpfern nicht erwähnt wurde....

Wie vorauszusehen war, wird mit der Verlegung der Werkstatt der **Noske GmbH** (s. AK 133/134) zu Kaeser Klimatechnik an Personaleinsparungen nicht gespart: von bisher 53 Beschäftigten sollen lediglich 27 Kollegen von Kaeser übernommen werden, und ohne, daß ihnen zumindest der gleiche Lohn garantiert ist. Den anderen 25 Kollegen, darunter alle 4 Schwerbehinderten, alle ausländischen Kollegen und 2 BR-Mitglieder wurde ein Arbeitsplatz in einem der anderen Betriebe des Blohm & Voss-Konzerns angeboten. Bisher jedoch weiß keiner etwas über die konkreten Arbeitsplatzbedingungen, Höhe des Lohns etc. ("Metall", 9.8.).

Nachdem sich ein 40 Mill.-Bundeswehrauftrag zum Bau von Fernmeldekabinen, den der Hamburger Senat der Firma zuschanzte, verzögerte, meldete **Bau- und Montage** am 24.7. Konkurs an. Der Senat hatte vorher noch mit einer 3,5 Mill. DM-Spritze gewunken, wenn die privaten Gesellschaften *"einen angemessenen Beitrag zur Stützung des Unternehmens"* leisten. Da diese sich hierzu jedoch "nicht in der Lage sehen, stehen in Kürze 260 Beschäftigte auf der Straße. Die IGM-Führung setzte sich 'mal wieder sehr stark für die Kollegen ein, indem sie mit der Bank für Gemeinwirtschaft und der Dresdner Bank verhandelte, die einen Vorschuß auf die Konkursausfallgeld-Zahlungen von 500 000 DM zahlen, so daß zumindest die fälligen Löhne und Gehälter gezahlt werden können.

Wie bereits in AK 133 berichtet, wird **Carl Spaeter** in Kürze den Stahlbau dichtmachen. Nachdem die IGM vor 3 Wochen noch großspurig Verhandlungen über einen Sozialplan ablehnte, ist diese mittlerweile abgeschlossen! Sie brüstet sich damit, daß er ein Volumen von ca. 6 Mill. DM erreicht, während es 1975, als schon einmal 360 Kollegen entlassen wurden, nur 2,2 Mill. DM waren. Laut Sozialplan erhalten ältere Kollegen, die keinen Arbeitsplatz mehr finden, 1 Jahr ihren bisherigen Nettolohn; außerdem sollen schwerbehinderte eine zusätzliche Abfindung erhalten ("Metall", 9.8.).

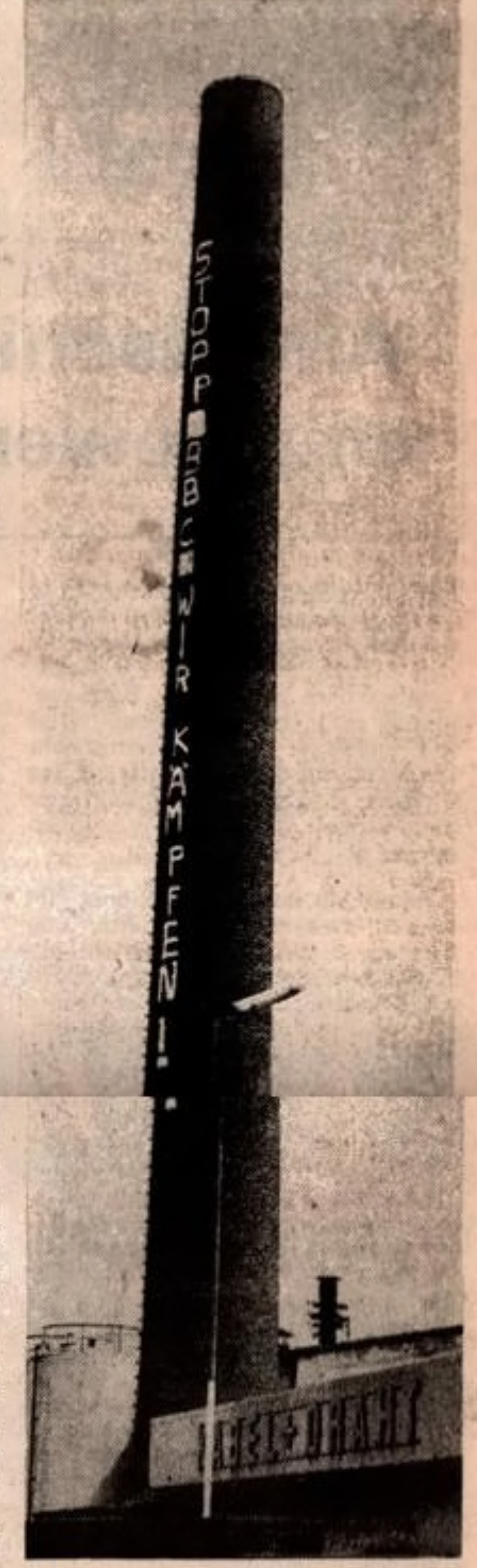
Lt. Hamburger Morgenpost (28.7.)

Lt. Hamburger Morgenpost (28.7.) sind bei der Firma **Blauhammer-Abpack** (Klöckner-Konzern) 80 Arbeitsplätze in Gefahr: Zum 1.10 soll die Produktion eingestellt werden, wovon hauptsächlich Frauen betroffen sind. Bisher gibt es keine konkreteren Angaben über die geplanten Maßnahmen. Ein Klöckner-Konzern-Sprecher schloß eine Schließung des Werkes aus und sprach von Rationalisierungen aufgrund schlechter Auftragslage, und evtl. Verlegung anderer Produktionszweige des Konzerns nach Reinbek. Der Verband der Südholsteinischen Wirtschaft jedoch erklärte, die Produktion solle von Reinbek nach Klöckner-Pentapack, Ranstatt (Hessen) verlegt werden.

sichtlich also genügend Aufträge vorhanden sind!

Anfang '78 spendierte Siemens noch der CSU für ihr Berufsbildungsgesetz 20 Mill. DM!

100 Beschäftigte der gegenwärtig noch 1 200 Kollegen der **Zinser Textilmaschinenfabrik GmbH**, Göppingen, sollen in den nächsten Monaten entlassen werden. Damit werden zum 3. Mal in den letzten Jahren Entlassungen durchgeführt, und das, obwohl lt. HB *"Zinsers Marktanteil weltweit gesteigert wurde und der Grund für Entlassungen nicht in der Ertragslage läge"*.



Weithin sichtbar haben die Kollegen des Kabel & Draht-Werks Gustavsburg ihren Protest gegen die Schließung dieses Betriebes zum Ausdruck gebracht. Schon im vergangenen Monat hatten sie eine Protestdemonstration vor der Mannheimer Zentrale des BBC-Mutterkonzerns durchgeführt. Allerdings scheint der Kampf nunmehr in sein letztes Stadium zu treten: Am 1.September sollen erste Verhandlungen über einen Sozialplan geführt werden. Damit wäre den BBC-Kapitalisten der Weg frei zur Durchsetzung ihrer Schließungsabsichten.

... Und auch anderswo .... Entlassungen

Die Kollegen des **AEG Telefunken**-Konzerns sind weiterhin von Kurzarbeit und Entlassungen bedroht. Seit Ende 1977 wurden bereits 1 200 Kollegen "abgebaut". Wieviele Arbeitsplätze insgesamt bis Ende 1978 draufgehen, ist noch nicht bekannt...

Seit 8 Monaten bereits werden bei **Siemens, Regensburg** monatlich Entlassungen von kaum weniger als 50 Kollegen vorgenommen, womit genehmigungspflichtige Massenentlassungen umgangen werden. Bis Januar '79 sollen mit der Verlagerung der Leuchtdiodenfertigung nach Malaysia 400 Arbeitsplätze verschwinden (s. AK 133). Die Werksleitung spricht von "120 echten Freisetzungen" und "380 natürlichen Abgängen", obwohl gerade in dieser Fertigung ständig neue Leute mit befristeten 3-Monatsverträgen eingestellt werden, offen-

Auf einer Belegschaftsversammlung wurde den 85 Beschäftigten der **Eldur Elektro-Apparatebau** plötzlich die Schließung der Firma angekündigt. Bei den Betroffenen handelt es sich überwiegend um Frauen, darunter 20 Schwerbehinderte! Nicht einmal ein Sozialplan kann ausgehandelt werden, weil der Geschäftsführer verschwunden zu sein scheint, wie die UZ vom 10.8. berichtet.

Metall-Kommission

»Warum darüber jammern?«

Angesichts der jüngsten Enthüllungen über die immer perfektere Überwachung in Betrieben und Schulen, in Bibliotheken und an Grenzübergängen schreibt der Journalist Anton-Andreas Guha in der Titel-Geschichte für die jüngste Ausgabe der Gewerkschaftszeitung »Metall« (9.8.78): *»Für den Staat und seine Sicherheitsbehörden ist jeder Bürger ein potentieller Staatsfeind geworden, jeder ist verdächtig, der Staat traut niemandem mehr, und am allerwenigsten den Jüngeren.«* Und in der gleichen Ausgabe der »Metall« heißt es in einem Artikel von Prof. Wilhelm Steinmüller, Experte für juristische Informatik: *»Der gegenwärtige Innenminister sagte kürzlich voller Stolz, die kriminalistische Informationstechnologie in der Bundesrepublik Deutschland suche ihresgleichen in Europa. Man darf anfügen: Sie sucht ihresgleichen in West und Ost, wahrscheinlich in der ganzen Welt.«* Und als Beleg für diese Einschätzung führt Prof. Steinmüller u.a. den Vergleich an, daß beim amerikanischen FBI etwa 30.000 Daten über Bürger gesammelt seien, beim Bundeskriminalamt in Wiesbaden sind es dagegen schon nach offiziellen Angaben eine Million.

In den vergangenen Monaten erschien kaum ein ARBEITERKAMPF, ohne neue Fälle von Bespitzelungen von Belegschaften zu enthüllen. Erst jüngst in AK 133 berichteten wir über die Ausspähung einer DGB-Studentengruppe, die von der DGB-Führung selbst ins Leben gerufen war. Wie zu erwarten, macht der Verfassungsschutz auch vor den Gewerkschaften nicht halt.

In dieser Situation bekommen die staatlichen Schnüffler Schützenhilfe von einem prominenten DGB-Führer. Das DGB-Organ »Welt der Arbeit«, gerade noch empört über die Studenten-Überprüfung, veröffentlichte am 27.7. einen Artikel des DGB-Vorstandsmitglieds Gerhard Schmidt, der sich voll für den Verfassungsschutz in die Bresche wirft. Unter der Überschrift *»Immer mehr Spione unter uns — auch in den Betrieben«* wird in diesem Artikel — wie es der Verfassungsschutz selber auch nicht anders macht — das Märchen verbreitet, daß es in den Betrieben nur so wimmelt von Spionen und der Verfassungsschutz alles nur zur Abwehr dieser Gefahr unternimmt — selbstverständlich streng im Rahmen seiner gesetzlichen Befugnisse.

Was den »sachlichen« Teil des Artikels betrifft, ist er völlig undiskutabel und durch die Enthüllungen nicht nur der linken, sondern auch der liberalen Presse (»Stern«, »Frankfurter Rundschau« usw.) völlig widerlegt. Jedoch wollen wir unseren Lesern anhand einiger Zitate die T e n d e n z verdeutlichen, die dieser maßgebliche Gewerkschaftsführer im Kopf hat.

Vergeblich sucht man in Schmidts Artikel nach dem kleinsten Hinweis auf die Zusammenarbeit von Verfassungsschutz und Personalchefs gegen politisch mißliebige oder gewerkschaftlich aktive Gewerkschafter. Stattdessen hat es *»Kampagnen aus durchsichtigen politischen Gründen gegen den Verfassungsschutz«*, *»diese Institution unserer Sicherheit«* gegeben. In Rüstungsbetrieben gehe es um Spionageabwehr, gehe es bei anderen *»lebens- und verteidigungswichtigen Betrieben (um) Schutz vor Sabotage, der natürlich auch eine Aussperrung im Sinne von Spionage voraussehen kann. Die Spionage wird immer schlimmer.«* Deshalb: *»Der Verfassungsschutz (handelt) gesetzlich und im Interesse aller Bürger unseres Landes und damit auch im Interesse der Mitglieder der Gewerkschaften, wenn er seine Aufgaben streng wahrnimmt.*

Warum darüber jammern? Es genügt nicht, wortreich Klage oder Verdammung zu äußern über eine Welt, die nun mal so ist, wie sie ist.

Notwendig dagegen ist: ein Höchstmaß an Sauberkeit der Verfahren für den einzelnen Arbeitnehmer zu erreichen, wenn man sie nicht herumkommt.«

»Was wir nicht ertragen können, ist eine durch Unkenntnis ausgelöste allgemeine und darüber hinaus später politisch gesteuerte Aktion gegen unsere Sicherheit.«

Soweit die Worte eines wichtigen Gewerkschaftsführers, der innerhalb des DGB immerhin für die Beamten-Politik zuständig ist. Wenn es auch nichts Neues ist, daß Gewerkschaftsführer die Interessen der Staatsschutz-Organe wahrnehmen (erinnert sei hier nur an die — konzertierte — Hetzaktion gegen das Russell-Tribunal), ist die Dreistigkeit der Gewerkschaftsführer doch immer wieder verblüffend.

Die Gewerkschafts-Linke ist aufgefordert, diesen Leuten mit massivem Protest entgegenzutreten.

Metall-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

21 % für Gesamtschule

Hamburg: 21% aller Eltern der Drittklässler entschieden sich in einer von der Hamburger Schulbehörde vom 7. bis 17. Juli durchgeführten Umfrage dafür, ihr Kind nach Beendigung der 4. Klasse auf eine Gesamtschule zu schicken. Damit müssen laut Aussage von Bildungssenator Grolle *„mindestens 10 bis 15 neue Gesamtschulen eingerichtet"* werden („Hamburger Abendblatt", 22./23.7.78). Nachdem die SPD von ihren Versprechungen, in Hamburg die Gesamtschule als Regelschule einzuführen, abgerückt war, schob sie den Eltern die Entscheidung für oder gegen die Gesamtschule zu und setzte sie der vornehmlich von der CDU und rechten Eltern- und Lehrerverbänden betriebenen Propaganda gegen ein integriertes Schulsystem aus.

Daß vor allem Eltern aus der arbeitenden Bevölkerung in der Gesamtschule eine größere Chance für die Schulausbildung ihres Kindes sehen, zeigen Vergleichszahlen aus dem Vorjahr: 1978 meldeten 50,4% der Eltern ihr Kind für die Beobachtungsstufe der Haupt- und Realschule an – jetzt sind es nur noch 33,8%. Die Zahl der Anmeldungen für die Beobachtungsstufe des Gymnasiums hat sich dagegen kaum verringert: 1978 waren es 37,6%, jetzt 33,5%. Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß sich schon 9,2% der Eltern in diesem Jahr für eine integrierte Beobachtungsstufe entschieden haben, in der erst nach der 6. Klasse darüber bestimmt wird, ob der Schüler auf die Haupt- und Realschule oder das Gymnasium überwechselt.

Welche Eltern hauptsächlich ein Interesse an einer besseren Ausbildung ihrer Kinder haben, zeigt sich auch an den Abstimmungsergebnissen in den verschiedenen Bezirken.

So liegt Wilhelmsburg mit vorwiegend Arbeiterbevölkerung mit 33,3% an der Spitze der Bezirke. Danach folgt Billstedt-Horn mit 28,8% und Eilbek-Hohenfelde-Jenfeld mit 28,6%. In Eimsbüttel stimmten 21,7% für eine Gesamtschule. Die höchste Anmeldungsquote für die Beobachtungsstufe des Gymnasiums liegt in den Villenorten Bergstedt-Hummelsbüttel-Volksdorf: 54,9%. Für die Gesamtschule entschieden sich dort nur 11,4% der Eltern.

Als nächsten Schritt sieht der Senat die Planung der Standortbestimmung der neuen Gesamtschulen vor.

Im Februar soll dann die endgültige Anmeldung der Schüler für die Gesamtschule erfolgen. Schon heute „rechnet" der Senat mit einem Absinken der Anmeldungen: *„Bis zum 16. Februar können die Eltern dann ihre jetzt getroffene Entscheidung überprüfen und evtl. abändern, wenn ihnen beispielsweise der Schulweg zu lang ist oder wenn die Leistungserwartungen ihres Kindes sich geändert haben"* („Hamburger Abendblatt", 22./23.7.78). Offenkundig ist der Senat von diesem Ergebnis überrascht worden, weshalb sonst diese Demobilisierung? Das Konzept der SPD, auf diesem Wege das schon leidig gewordene Problem der Gesamtschule loszuwerden, ist nicht aufgegangen.

Lehrerkomitee
KB/Gruppe Hamburg

Kurzmeldungen

GEW Bayern – erfolgreich bei den Personalratswahlen

Bei den Personalratswahlen 78 konnte die GEW Bayern ihren Stimmenanteil um z.T. 45-49% steigern. Zum erstenmal ist sie mit einem Sitz im Hauptpersonalrat Volksschulen vertreten, sowie mit je einem Sitz in fünf von sieben Bezirkspersonalräten; bisher war sie nur in zwei Bezirkspersonalräten vertreten. An Gymnasien steigerte sich der Stimmenanteil von 15,3% auf 22,3% – lediglich ihr Stimmenanteil an Sonderschulen ging zurück: von 12,1% auf 11,8%.

Hauptgewinner der Personalratswahlen ist wie bisher der in Bayern starke, ständische „Bayerische Lehrer- und Lehrerinnen Verband" (BLLV) mit 72,5% im Hauptpersonalrat Volksschulen.

Verfassungsschutz an Schulen aktiv

Auf Anfrage der FDP gab der bayerische Innenminister Seidl zu, daß auch an Schulen der Verfassungsschutz aktiv ist („Hamburger Morgenpost", 26.7.78). Dabei ist zu vermuten, daß nicht nur, was z.B. von Mitgliedern der JU bekannt ist, Schüler Lehrer bespitzeln, sondern auch Lehrer zur Bespitzelung von Schülern vom Verfassungsschutz angeworben werden („Welt", 28.7.78). Damit wird nicht nur die staatliche Überwachung auf Minderjährige ausgedehnt, sondern zu fragen ist auch, was das für Lehrer sein müssen, die sich dafür hergeben, die Gesinnung der ihnen anvertrauten Schüler an die Staatsschutzbehörden weiterzugeben!



BDA will noch weniger Behinderte einstellen

„Jeder Arbeitgeber mit mehr als 15 Arbeitsplätzen ist verpflichtet, auf wenigstens 6% seiner Arbeitsplätze Schwerbehinderte zu beschäftigen. Ist er hierzu nicht bereit, oder nicht in der Lage, hat er als Ausgleich
Ist er hierzu nicht bereit, oder nicht in der Lage, hat er als Ausgleich
einen Geldbetrag in Höhe von 1oo DM monatlich für jeden nicht besetzten Pflichtplatz zu zahlen" (Schwerbehindertengesetz; 1. Mai 74).

Anfang August 1978 wurde vom BDA (Bund Deutscher Arbeitgeber) gefordert, die 6% einzustellende Behinderte auf 3% zu reduzieren. Ihr „Argument": es gäbe nicht so viele Schwerbehinderte, wie Arbeitsplätze nach dem Gesetz für sie freigehalten werden müßten. Die von den Behindertenverbänden seit Jahren geforderte Erhöhung der Pflichtquote auf 1o% der Betriebsstärke wurde schon mehrfach strikt abgelehnt!

Ernstzunehmende Statistiken über die wirkliche Anzahl von Behinderten in der BRD gibt es nicht. Es gibt kaum einen Bereich unserer Gesellschaft mit so hohen Dunkelziffern.

Wie stark das „Interesse" ist, die Behinderten einzugliedern, sieht man z.B. an der Schlamperei, die bei den Versorgungsämtern abläuft: So wurden beim Versorgungsamt Hamburg 4o% der zwischen 1974 und 1978 eingegangenen Anträge noch nicht bearbeitet. Nach offiziellen Angaben ist die Gesamtzahl der Arbeitslosen von Oktober'74 bis Oktober'75 um 5,7% gestiegen, bei den Behinderten dagegen um 18,1%.

Im Oktober'75 gab es 3o.ooo Arbeitslose Schwerbehinderte, im Januar 1977 bereits 5o.ooo. Noch deutlicher wird das Verhältnis beim Vergleich mit dem Monat Mai'77: Damals sank die allgemeine Arbeitslosigkeit um 3,5% während sie bei den Schwerbehinderten um 18% stieg.

- Natürlich haben die Kapitalisten keinerlei Interesse daran, Behinderte einzustellen, da dies mit einigen „Unannehmlichkeiten" verbunden ist:

-Behinderte haben den Anspruch auf 6 Tage bezahlten Urlaub mehr im Jahr;

- es besteht Kündigungsschutz (auch außerordentliche Kündigungen bedürfen der vorherigen Zustimmung der Hauptfürsoregstelle, des Betriebsrates und des Vertrauensmannes der Schwerbehinderten);

- ab 5 Behinderte muß ein Ver-

- ab 5 Behinderte muß ein Vertrauensmann gewählt werden, der automatisch einen Sitz im Betriebsrat hat;

- die Einstellung von Behinderten ist meistens mit Umbauten am Arbeitsplatz und im sanitären Bereich verbunden, obwohl die Kosten dafür der Rehabilitationsträger bezahlt.

Um „Unbequemlichkeiten" aus dem Weg zu gehen, haben die Kapitalisten einige Tricks auf Lager:

So lassen sich Betriebe z.B. kurzerhand auf einen eingestellten Behinderten zwei Pflichtplätze anrehnen, wodurch sich ihre Pflichtquote automatisch halbiert. Andere Unternehmen veranlassen, zur Hauptfürsorge zu gehen, um sich dort einmal gründlich untersuchen zu lassen.

Es könnte ja sein, daß sich jemand Diabetis (Zucker) oder altes Kriegleiden als Behinderung anrechnen lassen könnte, was dem Betrieb als Beschäftigung Behinderter angerechnet wird. Betriebe könen 3o% des Rechnungsbetrages von den Ausgleichsabgaben für nichtbesetzte Schwerbehindertenarbeitsplätze absetzen, wenn sie Aufträge an Behindertenwerkstätten abgeben, (billige Arbeitskräfte: 6o DM im Monat für jeden Behinderten im Durchschnitt!). Da die Kapitalisten keinerlei Interesse haben, die Behinderten aus ihrem Ghetto (Heim, Elternhaus, Behindertenwerkstätten) herauszuholen, versucht es der Staat mit finanziellen Lockmitteln: Es wurden 1oo Mio. DM aus dem Fond der Ausgleichsabgabe genommen und bestimmt, daß jeder Unternehmer, der einen Behinderten einstellt, bis zu 18.ooo DM geschenkt bekommt.

Außerdem besteht die Möglichkeit, ein Jahr lang die Lohnkosten für den Behinderten zu 80 % ersetzt zu erhalten. Dieses Geld wird den Behinderten geklaut, denn die Ausgleichsabgaben dienen (laut Gesetz) der Förderung der beruflichen Rehabilitation Behinderter.

Ba. und Be. aus Münster

Antifaschistischer Unterricht – eine gewerkschaftliche Aufgabe

Die Aktivitäten der Neofaschisten in der BRD können heute selbst von der Bundesregierung nicht mehr verheimlicht werden. So erklärte z.B. Regierungssprecher Bölling, die Bundesregierung wolle nun gegen gewalttätige und militante rechtsextremistische Gruppen *„mit schärfsten gesetzlichen Mitteln vorgehen"* („Frankfurter Neue Presse", 20.4.78). Wie halbherzig dies geschieht, ist bekannt.

Innerhalb der GEW-Hamburg gibt es seit etwa einem dreiviertel Jahr Ansätze, auch gewerkschaftsöffentlich zum Thema Neofaschismus und zum Unterricht über den Nazifaschismus an den Schulen Stellung zu nehmen. Ein erster Anlaß für die Behandlung dieses Themas war der Fest-Film „Hitler – Eine Karriere" im Sommer 77, der von vielen Schulklassen besucht wurde. Dazu heißt es in der Resolution einer Betriebsgruppe: *„Als gewerkschaftlich organisierte Lehrer sind wir verpflichtet, solcher Art faschistischer Propaganda mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln entgegenzutreten. Wir können nicht zulassen, daß dieser Film in die Schulen kommt und unsere Schüler verhetzt."* („Hamburger Lehrerzeitung" – „HLZ" – Nr. 13, Oktober 77, Seite 7). Sie fordern die „Aberkennung der Auszeichnung 'Prädikat besonders wertvoll'" sowie das Verbot des Films.

Hellhörig reagierten die Lehrer ebenfalls auf die Empfehlung Landesschulrat Neckels vom 20.12.77, in den Schulen künftig mit den Schülern die Nationalhymne einzuüben. *„Angesichts der verstärkten Aktivitäten neonazistischer und antisemitischer Organisationen auch an Hamburger Schulen wäre die Einübung demokratischer Verhaltensformen und Bildungsinhalte einem deutschen Nationalbewußtsein eher dienlich als das Einstudieren der Nationalhymne"* („HLZ" Nr.2, Februar 78, S.41).

Als die Schülerkammer im Frühjahr 1978 zunächst vom Hamburger Senat verbotene „antifaschistische Tage" an den Schulen plante, erschien in der „HLZ" ein vom zweiten Vorsitzenden der GEW unterzeichneter Aufruf „Schüler unterstützen", in dem es hieß: *„Die GEW ruft die Kollegen auf, die Initiative der Schüler aufzugreifen und sie bei der Durchführung der Aktivitäten zu unterstützen, auch über den 28. April hinaus"* („HLZ", Nr. 5, April 78, S.34). In den folgenden Nummern der „HLZ" wurden dann Berichte aus drei verschiedenen Schulen abgedruckt, die über die Durchführung der „antifaschistischen Tage" informierten. Sie geben ausführlich die Erfahrungen der Kollegen mit verschiedenen Materialien, Photoausstellungen, Filmen, Lesungen, Vorträgen antifaschistischer Widerstandskämpfer u.a. wieder, sowie konkrete Empfehlungen bestimmter Bücher, Theaterstücke und Filme. Durchgängig stellten die Kollegen fest, daß die Schüler, auch gerade die jüngeren, an den Angeboten stark interessiert waren und nach weiteren Informationen verlangten.

Ausführlich wurde in der „HLZ" über die im Rahmen der „antifaschistischen Tage" mit 700 Zuhörern erfolgreich durchgeführte Veranstaltung des „Antifaschistischen Schülerkreises" im Kinderhaus Heinrichstraße berichtet. Der 2. Vorsitzende der GEW, Peter Daschner, machte Schülern den Vorschlag, *„gemeinsam mit der GEW eine Veranstaltung zum Gedenken an die Reichskristallnacht im Herbst vorzubereiten und dafür rechtzeitig zu mobilisieren"* („HLZ", Nr. 6/7, Mai 78, S. 44).

Die 1. Nummer der von der Hamburger GEW geplanten Reihe „Unterrichts-Materialien" befaßt sich ebenfalls mit dem Thema Neofaschismus. In der Vorbemerkung heißt es: *„Die GEW unterstützt mit dieser Publikation auch den Wunsch vieler Schüler, der Schülerkammer und des Landesjugendringes nach Materialien für einen demokratischen, antifaschistischen Unterricht. Nicht zuletzt soll dieses Broschüre Hilfe und Ermunterung für die Kollegen sein, die bei der Behandlung 'heißer' Themen in wachsendem Maße Angriffen von außen ausgesetzt sind."* Freilich beziehen sich die Autoren im gleichen Vorwort uneingeschränkt auf den Beschluß des 11. DGB-Bundeskongresses vom Mai 78, verstärkt gegen neofaschistische Aktivitäten vorzugehen und einen Beschluß der Hamburger Bürgerschaft vom April 1978, in dem diese den Senat auffordert, *„die politische Auseinandersetzung mit dem Rechtsextrimismus"* zu verstärken. Dabei dürfte auch ihnen bekannt sein, daß die Aktivitäten des Hamburger Senats sich eher gegen Antifaschisten richten und die DGB-Führung z.B. ihren Mitgliedern die Teilnahme an der „Internationalen Kundgebung für die Auflösung von SS-Verbänden ... am 22.4.78 in Köln" verboten hat (vgl. AK 131). Dies bleibt jedoch der einzige Wermutstropfen.

Mit dem Beginn einer gewerkschaftsöffentlichen Diskussion um einen antifaschistischen Unterricht an den Schulen kommt die GEW-Hamburg einer Aufgabe nach, die eigentlich für eine Lehrergewerkschaft selbstverständlich sein sollte: Probleme und Fragen aufzugreifen, die die Tätigkeit des Lehrers vor seiner Klasse betreffen. Bisher ist dies so gut wir gar nicht geschehen. Betrachtet man z.B. den Rechenschaftsbericht des Vorstandes für die Jahre 75-78 („HLZ", Nr. 3, Februar 78), so stehen im Vordergrund Aktivitäten gegen Besoldungskürzungen, Lehrerarbeitslosigkeit, die Umstrukturierung der Hamburger Schulen (SEPL) u.a., ausnahmslos Gebiete, die die unmittelbaren Interessen der Lehrer gegenüber ihrem Dienstherrn betreffen.

Die Arbeit der Lehrer an den Schulen – ihr Verhalten gegenüber den Schülern, die Auswahl und Darbietung des Unterrichtsstoffes, die Leistungsbewertung u.a.m. – ein Feld, was sich eigentlich für eine Lehrergewerkschaft anbietet, taucht als gewerkschaftspolitisches Thema nicht auf. Eine Ausnahme bilden die auch von der GEW öffentlich zurückgewiesenen Angriffe auf Lehrer, die bei der Behandlung z.B. des Themas „Terrorismus" Disziplinierungen der Behörde ausgesetzt waren.

Die GEW-Hamburg bildet in dieser Hinsicht keine Besonderheit. Betrachtet man die GEW-offizielle überregionale Zeitung „Erziehung und Wissenschaft", so füllen dort Themen wie Besoldung, Arbeitszeitverkürzung, Lehrerarbeitslosigkeit u.a. die Seiten. Es ist in diesem Zusammenhang auch nicht erstaunlich, daß in einzelnen Städten die Aktivitäten fortschrittlicher Kollegen eher auf eine Arbeit in Lehrerzentren, die sich mit der Praxis in der Schule beschäftigen, gerichtet sind, als auf eine Arbeit in der GEW.

Die in der Hamburger GEW begonnene Diskussion um einen antifaschistischen Unterricht an den Schulen sollte von den fortschrittlichen Kollegen nicht nur verstärkt aufgegriffen werden, sondern auch dazu ermutigen, andere, die Schule und den Unterricht betreffende Themen in die GEW hineinzutragen und dazu politische Stellungnahmen und Diskussionen zu erreichen.

Lehrerkomitee
K B/Gruppe Hamburg

Mietwucher im »sozialen« Wohnungsbau

Inzwischen wird immer klarer, daß fast alle Sozialmieter zuviel Miete bezahlen, denn innerhalb der letzten zwei Jahre sind die Hypothekenzinsen beträchtlich gesunken, und zwar zwischen 3 und 5 %.

In der Vergangenheit sah es nun so aus, daß *„mit der Begründung, die Hypothekenzinsen seien gestiegen, (. . .) vielfach die Mieten im sozialen Wohnungsbau erhöht worden sind. Seit 1974, als die Hypothekenzinsen mit durchschnittlich 1o,5% ihren Höchststand erreicht hatten, sanken jedoch die Zinsen unaufhörlich. Die Deutsche Bundesbank ermittelte (. .) für den Juni 78 eine durchschnittliche Effektiv-Verzinsung von 6,o8% für Hypotheken. Die niedrigste festgestellte Verzinsung lag sogar bei nur 5,41 %* (lt.ed., 25.7.78).

Auch der Deutsche Mieterbund hat darauf hingewiesen, daß *„schätzungsweise 3 Millionen (!) Mieter selbst nach den bestehenden ungünstigen gesetzlichen Vorschriften zuviel Miete bezahlen!"* (lt. „UZ" 16.6.78)

Wohnungskommission



Hamburger Behörde genehmigt Demonstration der »Hansa«-Bande

Am 4. August wurde Michael Kühnen, Chef der Hamburger ANS (bekannter unter dem Namen „Hansa"-Bande, nach ihrem früheren Tarnnamen „Freizeitverein Hansa"), verhaftet. Die Bundesanwaltschaft wirft ihm vor, eine terroristische Vereinigung gegründet und geleitet zu haben.

Zum 19. August, 11 Uhr, hatten die verbliebenen ANS'ler kurzfristig eine Demonstration angekündigt, die unter dem Motto „Freiheit für Michael Kühnen" stehen sollte. Für die ursprünglich am „Kriegerdenkmal" (Dammtor) vorgesehene Abschlußkundgebung waren verschiedene Reden angekündigt:

- Christian Worch, tritt bei der „Hansa"-Bande meist als Redner auf; gehört zum harten Kern der von Kühnen gebildeten terroristischen Vereinigung;
- Edgar Geiss, älterer Sympathisant der Bande. Er wurde kürz-
- Edgar Geiss, älterer Sympathisant der Bande. Er wurde kürzlich zu einer Geldstrafe verurteilt, weil er bei der Beerdigung des Kriegsverbrechers Kappler in Soltau den „Hitler-Gruß" gemacht hatte;
- ein „Ehrengast" (möglicherweise W.D. Eckart, Alt-Aktivist, kürzlich zu 2 Jahren wegen NS-Propaganda verurteilt);
- ein Gast von der faschistischen „Nationalen Front" aus Großbritannien;
- ein „Kamerad" aus Flandern.

Diese unverschämte Provokation wurde von der Innenbehörde ganz offiziell genehmigt! Einzige Auflage: Verlegung auf die Moorweide, da die Nazis dort besser zu schützen seien!

Dieser angekündigte Polizeischutz für die „NSDAP" war ernst gemeint: 60 Bullen standen an der Moorweide bereit!

Noch vor 14 Tagen hatte Generalbundesanwalt Rebmann erklärt, er halte die ANS für einen „Zusammenschluß von Terroristen" („FR", 5.8.). Der Führer M. Kühnen und eine Reihe weiterer Mitglieder sitzen wegen „Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung" in U-Haft. Die von Kühnen organisierte „Saalschlacht von Lentförden" (bei der die „Hansa"-Bande sich eine Prügelei mit den Bullen geliefert hatte) sie ist gerade einen Monat her. Und zu diesem Zeitpunkt erlaubt der Hamburger Senat **zum ersten Mal** eine öffentliche Veranstaltung der „Hansa"-Bande! Alle bisherigen Kundgebungen und Versammlungen wurden zumindest formell verboten (fanden allerdings meist an einem wurden zumindest formell verboten (fanden allerdings meist an einem Ausweichort ungestört statt). Damit ist der Hamburger SPD-Senat wieder einen Schritt weiter auf dem Weg gegangen, auf dem er sich seit 1 1/2 Jahren befindet: **Die Pionierrolle zu spielen bei der Wiederzulassung der „NSDAP" in der Bundesrepublik!** Daß am 19.8. daraus nichts wurde, ist kein Verdienst des Senats: Aus „organisatorisch-technischen Gründen" verschoben die Nazis die Durchführung ihres Auftritts. Angekündigt ist sie jetzt Samstag, d. 26.8. Eine Woche Bedenkzeit für den Senat!

Antifa-Kommission Hamburg

NPD: Die „Revanche" ging gründlich daneben

Mit großem verbalen Getöse hatte die NPD für den 13.8. erneut eine „zentrale Kundgebung" in Frankfurt angesetzt, um ihren Wahlkampf in Hessen zu eröffnen. Natürlich ging es der NPD vor allem darum, sich für ihr am 17. Juni von 10 000 Antifaschisten verhindertes „Deutschlandtreffen" zu revanchieren. Deshalb rief das NPD-Organ „Deutsche Stimme" (VIII/78) auch „jeden Nationaldemokrat von Flensburg bis Passau" und „insbesondere auch die Jungen Nationaldemokraten" auf, am 13.8. nach Frankfurt in das *„Bürgerkriegsland"* zu kommen, um es dem *„roten Terror"*, den *„autonomen Frauen und Schwulen"*, den *„hysterischen kommunistischen Weibern"* und dem *„kommunistischen Verbrecherabschaum aus ganz Deutschland"* zu zeigen („Deutsche Stimme" VII/78 über die antifaschistischen Proteste vom 17.6.). Ein großes Echo hatte dieser Aufruf nicht: Es erschienen schließlich rund 200 NPD'ler, die damit zufrieden sein mußten, daß es ihnen überhaupt gelang, unter massivem Polizeischutz eine kleine Kundgebung in einem Frankfurter Stadtteil abzuhalten. Der von ihnen wiederum beantragte Römerberg wurde ihnen diesmal gerichtlich verwehrt.

Von der NPD wäre *„ohne den Einsatz mehrerer Hundertschaften womöglich ,nicht viel übriggeblieben'"*, meinte die Frankfurter Polizeiführung in einer ersten Stellungnahme („Frankfurter Neue Presse", 14.8.) und verwies damit auf ihre „Verdienste". Tatsächlich erlebte die Stadt an diesem Sonntag das größte Polizeiaufgebot seit Jahren.

Gleich am Morgen des 13.8. nahm die Polizei Antifaschisten, die sie für „militant" hielt, in Vorbeugehaft, darunter einen bekannten SAG-Genossen, da er vier Knüppel bei sich gehabt habe (die „Bild" machte daraus in ihrer Ausgabe vom 14.8. prompt „30 Schlagstöcke").

Ähnlich wie bei den großen Anti-AKW-Demonstrationen wurden Leute aus polizeibekannten linken Wohngemeinschaften gleich beim Verlassen des Hauses gefilzt. Der gesamte Innenstadtbereich wurde von Zivilen kontrolliert, um „gewalttätige Demonstranten" sofort dingfest machen zu können. So gab es insgesamt 41 Festnahmen; ob darunter überhaupt ein Nazi war, ist unbekannt.

Eine Stunde vor dem Beginn der Nazi-Kundgebung fand in der Innenstadt (Paulskirche) die beinahe schon traditionelle Gegenkundgebung eines von der DKP dominierten Bündnisses (VVN, Jusos, Gewerkschaftsfunktionäre u.a.) statt. Da alle anderen antifaschistischen Kundgebungen nicht zugelassen wurden, wurde auch von den Linken hierzu mobilisiert. Lange freilich hielt es die rund 800 Antifaschisten nicht auf dem Platz, wo man sich zudem noch Sprüche gegen *„Ultralinke, Spontis und Spinner"* (!) anhören mußte (diese Ausfälle galten immerhin denen, die am 17.6. die Besetzung des Römerbergs initiiert hatten, der dann Tausende folgten, während das „antifaschistische Bündnis" mit wenigen hundert vor der Paulskirche geblieben war!).

Immer mehr Kundgebungsteilnehmer zogen in kleinen Gruppen zum Friedberger Platz, wo die NPD-Kundgebung stattfinden sollte. Mit der Zeit sammelten sich dort 400 bis 500 Antifaschisten, die durch eine doppelte Polizeikette von den Nazis getrennt – lautstark gegen die NPD protestierten. Daß diese Aktion überhaupt zustandekam, ist angesichts der Einschüchterung durch das riesige Polizeiaufgebot als Erfolg zu werten. Denn dadurch wurde dokumentiert, daß mit dem Verbot der NPD-Kundgebung auf dem Römer die Forderungen der Antifaschisten in keinster Weise erfüllt sind, sondern daß es darum geht, die Nazis ganz aus der Stadt rauszuhalten.

Als die Nazis nach Beendigung ihres eher kläglichen Auftritts abzogen, kam es zu einem Zwischenfall. Eine Gruppe von ca. 30 JN-Faschisten, die von einigen wenigen Linken verfolgt wurden, machte plötzlich kehrt, ging mit ihren Fahnenstangen auf die Antifaschisten los und warf Pflastersteine. Dabei wurde ein Pressefotograf am Kopf getroffen und verletzt, so daß er ins Krankenhaus eingeliefert werden mußte. Dies bestätigt noch einmal die enge Nähe der JN zu den NSDAP-Banden, von deren Praxis sich sich kaum mehr unterscheiden.



Ein von Faschisten geworfener Pflasterstein trifft den Pressefotografen R.Boehm, der mit einer schweren Gehirnerschütterung ins Krankenhaus eingeliefert wird.

VS: Schützenhilfe für die NPD

Einen miesen Coup landete die Polizei im Vorfeld des 13.8. gegen die Antifaschisten. Am 10.8. erschienen in der Lokalpresse sensationell aufgemachte Berichte (vor allem FAZ) über ein angebliches *„Geheimtreffen"* von *„Politfunktionären"*, auf dem *„die radikale Linke die Strategie für die Schlacht des Jahres"* mit der Polizei festgelegt habe. Angeblich hätten die „K-Gruppen" einen regelrechten „Schlachtplan" beschlossen. In Wirklichkeit handelte es sich bei dem sog. Geheimtreffen um eine Aktionseinheits-Sitzung im Studentenhaus (SAG, KB u.a.), die zudem lange vorher öffentlich angekündigt war (per Flugblatt und in einer Notiz im Lokalteil der „FR" v. 1.8.). Offensichtlich hatte der VS einen Spitzel auf die von gut 30 Leuten besuchte Diskussion eingeschleust, der davon ein wild zusammenphantasiertes „Gesprächsprotokoll" anfertigte, das der Presse zugespielt wurde – über das Wie mochten die Redaktionen von „FR" und „FAZ" keine Auskunft geben...

Diese Methoden lassen auf die Lehren schließen, die der Staatsapparat aus dem 17. Juni gezogen hat. Unter allen Umständen wollte man eine Spaltung („Entmischung") zwischen „gewalttätigen" und „friedlichen" Antifaschisten herbeiführen, um die Linke zu kriminalisieren. In diesem Sinn ist auch die Entscheidung des Verwaltungsgerichts zu interpretieren, das der NPD eine Kundgebung diesmal nur außerhalb des Innenstadtbereichs und in mindestens 1 km Entfernung von der Paulskirchen-Veranstaltung erlaubte. Das DKP-Bündnis sollte seine Kundgebung, die ohnehin keine Probleme aufwarf, haben, während es die „Gewalttäter" mit der gesamten Polizeimacht zu tun gehabt hätten, wenn sie eine aktive Verhinderung des NPD-Auftritts versucht hätten. Zwar muß die NPD bei diesem Vorgehen ggf. auf den von ihr gewählten Kundgebungsort verzichten – umso mehr fährt der Staatsapparat dafür auf, ihre Auftritte überhaupt zu ermöglichen und maximal abzusichern.

Umso übler ist es daher, daß sich die Paulskirchenveranstalter von der Römerberg-Besetzung am 17.6. ausdrücklich distanzierten und auf einer Pressekonferenz erklärten, sie seien bereit, mit ihren Ordnern und in Zusammenarbeit mit der Polizei (!!) ihre Kundgebung von militanten Antifaschisten freizuhalten. Die Tatsache, daß sich DKP und Co. auf diese Weise in die Polizeistrategie einfügen, läßt befürchten, daß sich diese Kräfte demnächst selbst aktiv gegen Versuche stellen werden, NPD-Kundgebungen wie am 17.6. durch Besetzungen o.ä. zu verhindern.

KB/Gruppe Frankfurt



Frankfurt, 13.8. JN-Faschisten machen auf ihrem Rückmarsch kehrt und greifen mit Fahnenstangen und Knüppeln Antifaschisten an.

Nazi-Röder auf der „Terroristen"-Fahndungsliste

„Wie ernst die Bundesanwaltschaft die zunehmende Radikalisierung rechter Splittergruppen nimmt, beweist auch die Tatsache, daß die Bundesanwaltschaft die Namen rechtsradikaler Gewalttäter zusammen mit linken Anarchisten auf einer gemeinsamen Terroristen-Fahndungsliste führt. So steht der Name des offenbar nach Südamerika abgetauchten ehemaligen RA Roeder auf der Liste neben dem international gesuchten Terroristen Carlos."

Soweit die „Welt" vom 5.8.78. Offenbar dient diese Maßnahme lediglich dazu, wieder einmal am beliebten Schema „rechts = links" zu drehen und gleichzeitig Ernsthaftigkeit bei der Verfolgung von Nazi-Verbrechern vorzutäuschen.

Wie ernst es die Bundesanwaltschaft tatsächlich meint, läßt sich an den Tatsachen beweisen:

Ende April nahm Röder an einer „Führergeburtstagsfeier" in Brasilien teil, sein Bild ging durch die Presse. In einem seiner „Rundbriefe" vom Juli gab Roeder sogar seine Adresse bekannt: Hotel Tyll, Itatiaia, Est. do Rio, Brasilien. Inzwischen hat er noch einen mehrwöchigen Abstecher ins benachbarte Chile unternommen und dort öffentliche Presse-Interviews gegeben. Von „abgetaucht" kann also tatsächlich gar keine Rede sein! Angeblich wird Röder über Interpol gesucht. Auf die Anfrage, ob denn ein Auslieferungsantrag an Brasilien gestellt sei, hieß es im Bundesjustizministerium: Das gehe nicht, solange der Betreffende nicht in Haft sei („ed", 28.7.78). Es ist schon merkwürdig, daß solche Schwierigkeiten bei Linken nie irgendwelche Probleme bereiten, bei Nazis aber anscheinend unüberwindbar sind ...

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

CDU-Abgeordneter greift DGB an

Nach den Vorfällen vom 17. Juni in Frankfurt raffte sich auch der DGB zu einer Stellungnahme auf, in der er zwar nicht das Vorgehen der Polizei gegen Antifaschisten (darunter zahlreiche gewerkschaftliche Gruppen) verurteilte, sich aber für die *„Bekämpfung rechtsradikaler Aufmärsche"* aussprach und *„verstärkte Aufklärungsarbeit über die Gefahren von rechts"* forderte. Dies nahm der CDU-Stadtverordnete Schönberger zum Anlaß, der NPD hilfreich zur Seite zu springen. In einem Leserbrief („FR", 7.8.) wirft er dem DGB *„blauäugige Volksfrontmentalität"* vor, da dieser sich nicht auch gleichzeitig von *„Jauchewerfenden und stahlkugelschießenden KP-Chaoten"* (!) distanziert habe. Abschließend stellte Schönberger die Frage, ob der DGB (aufgrund seiner antifaschistischen Stellungnahme!!) *„nicht selbst bereits zu einer Gefahr für diesen Staat geworden ist"*.

In einer Antwort forderte der Frankfurter ÖTV-Vorsitzende Jungmann die CDU auf, sich von diesen Angriffen zu distanzieren (dies ist bis heute noch n i c h t geschehen). Gleichzeitig kann Jungmann sich nicht verkneifen, den DGB von *„radikalen Kräften jeglicher Art, ob sie nun von rechts oder links kommen"* abzugrenzen und in diesem Zusammenhang auf die Unvereinbarkeitsbeschlüsse hinzuweisen.

Nazi-Verbrecher in der CDU

Filbinger ist kein Einzelfall

Filbingers Rücktritt hat einen vorläufigen Schlußstrich unter diesen Skandal gezogen. **Vergessen wird dabei meist, daß dieser Blutrichter s c h o n v o r J a h r e n von der DDR jener Verbrechen beschuldigt wurde, die er jetzt Zug um Zug eingestehen mußte.** Jahrelang wurde dies von allen bürgerlichen Parteien, allen bürgerlichen Medien als „östliche Verleumdung" abgetan. Schon vor Jahren wäre es den westdeutschen Politikern und Gerichten möglich gewesen, die dokumentierten Vorwürfe der DDR gegen Filbinger zu prüfen und ihn der im Gesetz vorgesehenen Strafe zuzuführen.

Filbinger ist in der CDU kein Einzelfall . Die DDR hat in den letzten drei Jahrzehnten D u t z e n d e von Nazi-Verbrechern dokumentiert namhaft gemacht, die einst Verbrechen im Dienste der Nazi-Diktatur begingen und die später auf wichtige Posten in der CDU und im Staatsapparat gelangten. Hier ein paar Namen zur Erinnerung:

Kurt Georg Kiesinger

Er brachte es im Dezember 1966 mit den Stimmen der SPD bis zum Bundeskanzler der „Großen Koalition".

Kiesinger wurde am 1. März 1933 Mitglied der NSDAP. Nach dem Beginn des 2. Weltkrieges wurde er Mitarbeiter in der Rundfunkpolitischen Abteilung des Außenministeriums. 1942 hatte er es bis zum Hauptverbindungsmann zwischen Außen- und Propaganda-Ministerium (Goebbels) für die Auslands-Rundfunkpropaganda gebracht. Im „Braunbuch" der DDR heißt es über ihn: *„Kiesinger organisierte die faschistische und antisemitische Rundfunkhetze zur Unterdrückung des antifaschistischen Widerstandskampfes anderer Völker Europas. ... Nachgewiesenermaßen leistete er der Gestapo Zutreiberdienste" (S. 35).*

Heinrich Lübke

Lübke brachte es bis zum Bundespräsidenten und sorgte in diesem Amt für viel Heiterkeit.

Über ihn heißt es im „Braunbuch" der DDR: *„.... V-Mann der Gestapo; entwarf KZ-Baupläne; leitete 1944 den Aufbau von Außenlagern des Konzentrationslagers Buchenwald..."* (S. 56).

Obwohl die DDR für diese schwerwiegenden Vorwürfe Beweismaterial in Form von Bauplänen usw. vorlegte, hat Lübke die Vorwürfe stets bestritten und alles Beweismaterial gegen ihn als „ostzonale Fälschung" bezeichnet. Aber so hat Filbinger ja auch schon mal argumentiert...

Hans Maria Globke

Einer der schrecklichsten Schreibtischtäter der Juden-Verfolgung. Er war lange Jahre Staatssekretär im Bundeskanzleramt und einer der engsten Vertrauten des Bundeskanzlers Adenauer. 1963 mußte er unter der Last der gegen ihn erhobenen Vorwürfe schließlich zurücktreten.

Globke war Funktionär im Innenministerium der Nazi-Diktatur und mit dem Abfassen nazistischer Gesetze befaßt; laut „Braunbuch" der DDR ist Globke u.a. der Verfasser mehrerer Gesetze, mit denen sich die Nazis im Verlauf des Jahres 1933 die totale Herrschaft sicherten.

Globkes größte Verbrechen aber waren:

- **Mitarbeit bei der Abfassung der Nürnberger „Rassengesetze" (1935), die die jüdischen Bürger praktisch ausserhalb der „Volksgemeinschaft" und damit jedes noch so formalen Rechtsschutzes stellten.** Im israelischen Prozeß gegen Eichmann (Hauptverantwortlicher für die „Endlösung") wurden die „Rassengesetze" als „Grundgesetze für die ‚Endlösung' der Judenfrage' " bezeichnet (laut „Braunbuch").
- Beteiligt war Globke außerdem an der Ausarbeitung der 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz (1941). **„Diese Verordnung schuf die gesetzliche Grundlage für die rücksichtslose Verfolgung und Vernichtung aller jüdischen Menschen"** („Braunbuch", S. 326/327).

Wen trifft der nächste Stein?

Nun ist er doch zurückgetreten (worden). Ministerpräsident Filbinger, begeisterter Bergsteiger, endete wie ein Bergsteiger in überhängender Wand. Er konnte sich nicht mehr halten. Das eigene Gewicht riß ihn in den politischen Tod.

Konnte oder wollte sich Filbinger an die Todesurteile nicht mehr erinnern?

Müßige Fragen. Die Leidenszeit ist vorbei.

Am Anfang und am Ende stand eine gnadenlose Kampagne. Sie wurde von einer kleinen Gruppe linker Intellektueller geführt, die dieses Land und seine Führer nicht mögen.

Wir müssen die Ereignisse um Filbinger richtig bewerten: Zerstörer sind am Werk. Daß Filbinger, wie ein Stück Wild gehetzt, Fehler auf Fehler machte, ändert daran nichts. Die Frage lautet: Wen trifft der nächste Stein?

Bericht Seite 1

Aus ' Bild

Theodor Oberländer

Er war bis mindestens 1965 Bundestagsabgeordneter der CDU und von 1953 bis 1960 Vertriebenenminister. Das Bekanntwerden seiner Verbrechen (seit Sommer 1959) führte zwar schließlich zu seinem Rücktritt als Minister, nicht aber zum Verlust seines Bundestagsmandats.

Theodor Oberländer war schon in den Anfängen der Nazi-Partei dabei. 1923 beteiligte er sich an Hitlers „Marsch auf die Feldherrnhalle" (gescheiterter Versuch eines faschistischen Putsches).

Als „alter Kämpfer" stieg Oberländer seit 1933 rasch in der Nazi-Hierarchie auf.

„Der fürchterlichste Abschnitt in Oberländers Laufbahn" („Braunbuch", S. 293/94) begann mit dem Überfall auf die Sowjetunion (Juni 1941). Insbesondere soll Oberländer verantwortlich sein für Massenmorde, die von Nazi-Sondereinheiten in der besetzten sowjetischen Stadt Lemberg/Llow begangen wurden. Zwischen 3000 und5000 Menschen sollen ermordet worden sein.

In der DDR wurde dem Kriegsverbrecher Oberländer 1960 – natürlich in Abwesenheit – wegen dieser Taten der Prozeß gemacht. Das Urteil lautete auf lebenslanges Zuchthaus.

Hans Krüger

„Ein Blutrichter Hitlers" („Braunbuch", S.290), also ein Kollege Filbingers. Er war Nachfolger von Oberländer im Vertriebenenministerium und bis mindestens 1965 Bundestagsabgeordneter der CDU.

Auch Krüger gehörte bereits zu den Teilnehmern des „Marsches auf die Feldherrenhalle" 1923. 1939 nach dem Überfall auf Polen wurde Krüger Richter in der besetzten polnischen Stadt Konitz, 1942 wurde er stellvertretender Vorsitzender eines „Sondergerichtes" in Konitz. Viele langjährige Zuchthausstrafen und mehrere Todesurteile gegen polnische Bürger stehen auf seinem Schuldkonto.

Soweit dieser kleine Blick in die Reihen jener Partei, die kein schöneres Ziel kennt als den Schutz der „freiheitlich-demokratischen Grundordnung".

Kriegsverbrecher vor Gericht

Endlich Anklage gegen Lischka

Wegen des Verdachts auf Beihilfe zum Mord in mindestens 33.000 Fällen ist jetzt endlich der frühere SS-Obersturmbannführer und Kommandeur des Sicherheitsdienstes und der Sicherheitspolizei im besetzten Paris, Kurt Lischka, in Köln angeklagt worden. Lischka hatte bis zu seiner Pensionierung als Prokurist in einer Kölner Firma gearbeitet. 1950 war Lischka wegen seiner Verbrechen im Zusammenhang mit Judendeportationen in Frankreich zu lebenslanger Zwangsarbeit verurteilt worden, allerdings in Abwesenheit, denn er hielt sich schon in der BRD auf. Mitangeklagt in diesem Verfahren sind zwei weitere in Frankreich verurteilte Kriegsverbrecher: der ehemalige SS-Sturmbannführer Herbert Hagen, ehemaliger Referent des SS-Generals Karl Oberg („Schlächter von Paris") und der frühere SS-Unterscharführer Ernst Heinrichsohn. Heinrichsohn war während des Krieges Mitarbeiter in Eichmanns „Judenreferat" und lebte bis jetzt als „ehrenwerter Bürger" in Miltenberg, wo er eine Anwaltspraxis betreibt; die CSU sorgte sogar dafür, daß er Bürgermeister in Bürgstadt werden konnte.

Heinrichsohn und Hagen bestreiten bisher, im Rahmen der „Endlösung der Judenfrage" gearbeitet zu haben; Lischka schweigt.

Daß es nach vielen Jahren doch noch zu dieser Anklage gekommen ist, ist vor allen Dingen dem Einsatz des jüdischen antifaschistischen Ehepaares Beate und Serge Klarsfeld zu verdanken. Sie haben immer wieder Dokumente, die die Schuld Lischkas und anderer beweisen, vorgelegt und in der Öffentlichkeit Aktionen gestartet, wofür sie mehrfach festgenommen und verurteilt worden sind. So zuletzt in Miltenberg, wo sie vor Heinrichsohns Haus Informationsmaterial über Heinrichsohn verteilten und sein Anwaltsschild mit Hakenkreuzen versahen. Dabei wurde Serge Klarsfeld festgenommen. Am Ende des letzten Jahres legten die Klarsfelds jedem Bundestagsabgeordneten eine Dokumentation vor, in der die in Frankreich verurteilten Kriegsverbrecher aufgeführt sind, die heute in der BRD unbehelligt leben können. **Und das sind außer den jetzt Angeklagten etwa weitere zweihundert Personen.**

Lebenslang für SS-Mörder Heinen

Im Juli ging nach 108 Verhandlungstagen gegen den früheren Aufseher des Zwangsarbeitslagers Janowskastraße in Lemberg (von den Häftlingen „Schule für Mörder" genannt) der Prozeß mit einer Verurteilung „lebenslang" zuende. Zunächst war Heinen, früherer Scharführer der Waffen-SS-Division „Leibstandarte Adolf Hitler", angeklagt worden, 80 jüdische Häftlinge ermordet zu haben. Während des Prozesses konnten ihm „nur" noch drei Morde und fünfmal Beihilfe zum Mord nachgewiesen werden, da sehr viele Zeugen heute nicht mehr leben. Aussagen über die Verbrechen dieser Nazi-Bestie:

„Das war der schlimmste Folterknecht. ... Bevor Heinen sein nächstes Opfer erschoß, trieb er es durch Mißhandlungen zum Wahnsinn. Diese Ausgeburt der Grausamkeit war auf ihre Erfindung sehr stolz: Er ließ die Menschen nicht einzeln, sondern paarweise hängen. Die Verurteilten mußten sich Schulter an Schulter auf einen Stuhl stellen. Ihre Köpfe wurden in eine Schlinge gesteckt. Dann stieß der grinsende Heinen den Stuhl unter den Füßen der Opfer weg." „Scharführer Heinen, der die Funktion eines Stellvertreters des Lagerkommandanten für Wirtschaftsfragen ausübte, schoß sich einmal aus Versehen ins Bein. Aus diesem Anlaß schwor er, mindestens tausend Häftlinge umzubringen. Diesen Schwur hat er im Laufe von zwei Wochen erfüllt. Dabei ging er auf folgende Weise vor: Bei der Brotverteilung am Morgen und zu Mittag erschoß er täglich vor aller Augen einige Dutzend Menschen" („Statistik über NS-Prozesse", 8/78).

Weitere Kriegsverbrecher in der BRD entdeckt

Nach Siert Bruins, der inzwischen in Hagen verhaftet wurde, entdeckten niederländische Journalisten zwei weitere in Holland verurteilte Kriegsverbrecher in der BRD: Aloys Bos aus Hattingen (Ruhrgebiet), der dort unter seinem richtigen Namen wohnte und seit neun Jahren sogar eine Rente aus den Niederlanden bezog. Während des Krieges war Bos Chef des Arbeitskontrolldienstes in Emmen, wo er hunderte von Leuten in deutsche KZs brachte. Dafür wurde er in Abwesenheit zum Tode verurteilt. Inzwischen hat sich Bos abgesetzt, die Niederlande haben die deutschen Behörden um seine Festnahme und Auslieferung ersucht. Der zweite aufgespürte Kriegsverbrecher ist Jan Klimp, der im Krieg Mitarbeiter des berüchtigten SS-Mannes Philippa war, der sich besonders grausame Methoden ausgedacht hatte, um von Gefangenen Geständnisse zu erpressen. Klimp wurde dafür zu elf Jahren Gefängnis verurteilt, floh jedoch in die BRD. Das niederländische Justizministerium hat um Klimps Verhaftung gebeten.

Naziverbrecher Vialon geht's jetzt an den Kragen

17 Jahre lang konnte **Karl Friedrich Vialon** sich als Professor für Haushaltsrecht im Vorlesungsverzeichnis der Universität Saarbrücken bewundern. Damit machte jetzt Simon Wiesenthal, der Leiter des jüdischen Dokumentationszentrums in Wien, durch einen Brief an den Rektor der Uni Schluß. Wiesenthals Brief beinhaltet die braune Vergangenheit Vialons.

Begonnen hat Vialon bei der faschistischen Justiz, wechselte später zum Reichsfinanzministerium über, wo er schließlich Regierungsdirektor und Leiter der Finanzabteilung des Reichskommissariats für das besetzte Riga wurde. Vialon hatte keine Skrupel, neben der Ausplünderung der Ermordeten sogar jüdische Grabsteine zu verkaufen, um so noch mehr Geld für neue Mordtaten zu gewinnen. Auch an der „Endlösung der Judenfrage" war der Professor beteiligt. Am 31. Juni 1943 ordnete er an: „Die Leitung dieses zu errichtenden Konzentrationslagers soll nach meinem Wunsch vom Generalkommissar Riga übernommen werden. ...Der finanzielle Ertrag soll, wie bisher, meinem Haushalt zufließen." 1963 bei dem Prozeß gegen den Massenmörder Hausser konnte sich Vialon dann an nichts mehr erinnern: „Ich verneine ausdrücklich die Frage nach meinem Wissen von Judenvernichtungsaktionen." Offensichtlich hatte Vialon mächtige Freunde, denn in den sechziger Jahren fungierte er als Ministerialdirektor im Bundeskanzleramt und als Berater Adenauers in Wirtschafts- und Finanzfragen. Später bekleidete er den Posten eines Bonner Staatssekretärs im Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit. (Zitate: „Braunbuch")

Daß dieser Mann Professor für „Haushaltsrecht" war, zeigt, daß er eine ganze Menge über Zahlen gelernt hat. Allein im estnischen, lettischen und litauischen Raum sind 118.430 jüdische Menschen ermordet worden. Hinzu kommen noch fast eine halbe Million Opfer aus bjelorussischem Gebiet.

Justiz schont Jungnazis

Am 26. Juli bewies das Hamburger Jugendgericht, welcher unglaublichen „Nachsicht" sch die Nazis hierzulande erfreuen.

Je 4 Wochen Jugendarrest erhielten die Nazis *Tibor Schwarz* („Hansa"-Bande) und *Hermann Georg Voit* („Wehrsportgruppe Hoffmann") dafür:

- daß sie gemeinsam mit mindestens drei weiteren am 1.11.78 einen AK-Verkäufer am Hamburger Hauptbahnhof überfielen;
- Voit den Genossen mit der Faust ins Gesicht schlug (und dieser nur durch den Umstand, daß eine Zivilstreife eingriff, vor weiteren Mißhandlungen geschützt wurde);
- und Schwarz zusätzlich am 1.9.77 in Hamburg-Langenhorn beim Schmieren von NSDAP-Parolen erwischt worden war.

Dritter Angeklagter war *Lutz Wegener*, dessen Verfahren in dieser Sache allerdings eingestellt wurde, da er wegen diverser Nazi-Terroranschlägen, Banküberfällen etc. sowieso mit einer weit größeren Strafe zu rechnen hat.

Bei den Angeklagten handelt es sich um Mitglieder des „harten Kerns" der Nazi-scene: Tibor SCHWARZ: Ständiger „Hansa"-Aktivist und seit der Verhaftung von Lutz Wegener die Nr. 2 in der Bande; mindestens zweimal vorbestraft. In seinem Fall gab das Gericht sich damit zufrieden, daß eine überholte Akte der Jugendgerichtshilfe beigezogen wurde; eine angeforderte neue Akte, die mehr Aufschluß über Schwarz gegeben hätte, war angeblich „nicht rechtzeitig eingetroffen".

Hermann Georg VOIT: Mitglied der „WSG Hoffmann" seit Februar 1975; mindestens einmal im Zusammenhang mit der „WSG" festgenommen. Voit – so stellte es sich im Verlauf der Ermittlungen heraus – war schon in den Nazi-Untergrund „abgetaucht" und wurde erst aufgrund eines Haftbefehls am 1.6.78 festgenommen.

All diese Dinge waren dem Gericht bekannt.

Dennoch entschied das Gericht, daß diese Taten nach dem Jugendstrafrecht behandelt werden. Insbesondere hielt das Gericht den Angeklagten zugute, daß sie beide aus völlig zerrütteten Familienverhältnissen kommen.

Am 26. Juli stand Gerhard Töpfer – Mitglied der „Nationalrevolutionären Arbeiterfront" (NRAF) vor dem Bremer Jugendgericht.

Die NRAF hat enge Beziehungen zur Hamburger „Hansa"-Bande.

Der erste Anklagepunkt war Sachbeschädigung. Mit dem Überkleben von Straßenschildern wollte die NRAF im Februar 78 gemeinsam mit Röders „Deutscher Bürgerinitiative" gegen die Umbenennung der Hindenburgallee in Adenauerallee protestieren.

Im zweiten Anklagepunkt ging es um Körperverletzung. Ein über 70-jähriger Mann war am 1. April von Töpfer verprügelt worden. Damals verteilte Töpfer in der Bremer Innenstadt Flugblätter mit der Aufschrift: „Stoppt die VVN!" (laut NRAF-Rundschreiben *„die größte Verbrecherorganisation Deutschlands"*). Als der alte Mann, selber Verfolgter des Naziregimes, eine abwehrende Handbewegung machte, fühlte sich Töpfer angeblich „bedroht" und schlug sofort zu.

Die Befragung Töpfers vor Gericht brachte einige interessante Daten seines Lebenslaufs ans Licht: Mit 14 Jahren schloß er sich in Goslar der NPD an. Nach seinem Umzug nach Bremen hatte er hier Kontakte zur NPD und zur JN. Mit einigen weiteren mit der NPD unzufriedenen JNlern hatte er sich dann der „nationalrevolutionären Schülerschaft" angeschlossen und die ging später geschlossen in die NRAF über.

Das Schon-Urteil: Vier Tage Jugendarrest und 14 Tage Dienst in einem Altenpflegeheim – als „erzieherische Maßnahme" gegen seine „geistige Unreife".

Daß kriminelle Jung-Nazis vor Gericht mit Samthandschuhen angefaßt werden, wird gern mit ihrer Jugend, mit kaputten Familienverhältnissen usw. gerechtfertigt.

Freilich handelt es sich bei diesen Jung-Nazis keineswegs um einmalig „gestrauchelte Jugendliche", sondern um Gewohnheitstäter. Die Urteile würden auch sicher ganz anders ausfallen, wenn diese Jugendlichen ihre Taten beispielsweise als ‚Rocker' begangen hätten.

Zudem liegt das Argument mit der Jugend etc. der Nazi-Kriminellen, selbst wenn es ehrlich gemein sein sollte, völlig schief. **Die Tatsache, daß man sich als Nazi hierzulande ziemlich alles erlauben kann, ohne bestraft zu werden, macht doch ganz wesentlich die Attraktivität dieser Banden für Jugendliche aus. Hinzu kommt die Tatsache, daß die Begeisterung solcher Jugendlichen für den Nazismus sich in hohem Maß aus Quellen speist, die hierzulande unter dem Tarnschild „Dokumentation" frei erhältlich sind und gegen die überhaupt nicht gerichtlich vorgegangen wird.** Tatsache ist ebenso, daß die durchaus nicht mehr jugendlichen Hintermänner der Nazi-Banden (wie Hoffmann, Schönborn usw.) vor Gericht ganz genauso schonend behandelt werden wie die „verführten Jugendlichen".

Die Schonbehandlung für Jung-Nazis, verbunden mit der allgemeinen „Liberalität" des Staates gegenüber nazistischer Propaganda, treibt den Nazi-Banden ihr „Menschenmaterial" in die Arme. Wenn man schon von den Interessen kaputter Jugendlicher aus argumentiert: **Manchem der Nazi-Jugendlichen, die jetzt wegen Raubüberfällen usw. im Knast sitzen, wäre diese kriminelle Laufbahn vielleicht erspart geblieben, wenn kriminelle Gruppen wie die „Hansa"-Bande schon im Frühstadium z e r s c h l a g e n worden wären, als sie „nur" Hakenkreuze an die Wände schmierten und widerliche judenfeindliche „Witze" rissen.** In den selbst jetzt noch vom Staat tolerierten Banden wie der „Hansa"-Bande („ANS"), der „Wiking-Jugend" oder der Hoffmann-Bande wachsen die Nazi-Terroristen von morgen heran!

Nochmals zur „Saalschlacht von Lentförden"

Zum Artikel „Blutige Saalschlacht zwischen Nazis und Polizei" (AK 134) hat ein Genosse der AK-Redaktion folgende Kritik geschrieben:

„Über einige Stellen des Artikels ... habe ich mich ziemlich gewundert. Da liest man, wie die Polizei zwecks Auflösung eines Nazi-Treffens „*Verstärkung aus der ganzen Umgebung und aus Hamburg*" herbeigeholt habe; wie dann trotzdem ihr Angriff zunächst „*am wütenden Widerstand der Nazis*" gescheitert sei; wie es schließlich zur „Saalschlacht" kam. Und dort liest man nun: „*In SA-Manier droschen die ... Nazis los ... U.a. erhielt der Einsatzleiter der Polizei einen Schlag mit dem Stuhlbein über den Kopf*". Und als abschliessende Einschätzung des Vorfalls heißt es in dem Artikel: „*Die ‚Saalschlacht von Lentförden' hat deutlich gemacht, wie weit die Verhetzung in diesen Nazi-Banden heute schon gediehen ist*".

Mir scheint hier allzu viel sozialdemokratische Empörung und zu wenig revolutionärer Standpunkt im Spiel zu sein:

– Wieso ist es typische „SA-Manier" wenn sich jemand gegen die Polizei wehrt? Was spricht gegebenenfalls dagegen, einem Einsatzleiter der Polizei ein Stuhlbein über den Kopf zu hauen? Ich beispielsweise würde bei SA-Manier eher an das brutale (auch von der Polizei oft praktizierte) brutale Zusammendreschen Wehrloser bzw. Schwächerer denken, an das gezielte Beibringen lebensgefährlicher Körperverletzungen und ähnliches. Dinge also, für die auch diese neonazistischen Banden schon Beispiele genug geliefert haben. Im Gegenteil dazu weckt allerdings die „Saalschlacht" der Nazis mit der Polizei bei mir ebenso wenig Empörung wie eine Schlägerei zwischen Zuhältern und Polizei auf St. Pauli.

Auf die Spitze getrieben wird die falsche sozialdemokratische Empörung meiner Meinung nach in der zitierten abschließenden Einschätzung, die so klingt, als sei die „Saalschlacht" mit der Polizei geradezu der H ö h e p u n k t der bisherigen Verbrechen der „Hansa"- und sonstigen Nazi-Banden. Ich denke, daß die „*Verhetzung in diesen Nazi-Banden*" längst durch andere Dinge (beispielsweise die von ihnen geschmierte Mordparole „Klarsfeld in die Gaskammer", ihren Überfall auf einen AK-Verkäufer, die widerlichen antisemitischen Ergüsse in ihren Schriften ...) viel „*deutlicher gemacht*"
kammer", ihren Überfall auf einen AK-Verkäufer, die widerlichen antisemitischen Ergüsse in ihren Schriften ...) viel „*deutlicher gemacht*"
worden ist als ausgerechnet durch die Schlägerei mit der Polizei.

Nun noch einige weitere Überlegungen, die an den Vorfall zu knüpfen sind:

Die NSDAP hatte die Parole geprägt „Was uns nicht umbringt, macht uns stärker". Dies trifft m.E. die nazistische Mentalität voll. Um es verständlicher zu sagen: Die „Saalschalcht von Lentförden" wird mit Sicherheit als ganz großer Tag in die „Geschichte" der westdeutschen Nazi-Banden eingehen. Dies um so mehr, weil sie nicht bloß der Polizei eine 40minütige „Saalschlacht" geliefert haben (was allein schon, objektiv betrachtet, beachtlich erscheint), sondern weil sie danach sogar ihr Treffen f o r t s e t z e n konnten! Also in nazistischer Sicht ein S i e g auf der ganzen Linie! Ein Sieg wohlgemerkt, den die Nazis nicht ihrer „Tapferkeit" zu verdanken haben, sondern einer entweder idiotischen, oder aber direkt den Nazis zuarbeitenden Polizeiführung. Denn welche Logik liegt sonst in dem Polizei-Einsatz und einer 40minütigen Prügelei (offenbar doch auch noch mit ein paar verletzten Polizisten), wenn anschließend die Nazis ihre Versammlung fortführen können?! Hätte es sich beispielsweise um eine Schlägerei mit Zuhältern gehandelt, so wäre doch wohl eher so verfahren worden, daß man alle Beteiligten erst einmal festgenommen hätte, Beweise gesichert hätte, gleich Verhöre gemacht hätte usw.

Daß sich die Vorgänge von Lentförden in der nazistischen Mentalität als großer Sieg und einschneidender Punkt in ihrer „Geschichte" darstellen werden, wird noch verstärkt dadurch, daß es sich überhaupt um einen qualitativ neuen Schritt in der Vorgehensweise der Nazi-Banden handelt. Die „Hansa"-Bande und ähnlichen Nazi-Trupps sind bisher durchweg dem Kampf mit der Polizei ausgewichen. Sie folgen darin einem alten Leitfaden Jürgen Riegers – früher selbst aktiver Nazi-Schläger in der „Aktion Widerstand" u.a. heute als Rechtsanwalt juristischer Betreuer der NPD (und damit, zumindest indirekt, auch der Nazi-Banden). Meiner Einschätzung nach sind für diese Richtlinie (Vermeidung von Auseinandersetzungen mit der Polizei) u.a. folgende Überlegungen maßgeblich gewesen:

- Kräfteverhältnis (Nazis ziehen gegen die Polizei auf jeden Fall den Kürzeren);
- Risiko von Gefängnisstrafen, da vor Gericht erfahrungsgemäß der blaue Fleck eines Polizisten erheblich schwerer wiegt als beispielsweise ein zum Krüppel geschlagener Linker;
- Image der eigenen, im wesentlichen staatstreuen und polizeifreundlichen Anhängerschaft (damals auch wahltaktische Überlegungen der NPD);

freundlichen Anhängerschaft (damals auch wahltaktische Überlegungen der NPD);

- bündnispolitische Rücksichten auf die pro-nazistischen, zumindest ebenso wie die Nazis militant antikommunistischen Kräfte in der Polizei.

Mit der Entscheidung, in Lentförde den Saal gegen die Polizei zu verteidigen, haben die Nazi-Banden also einen wichtigen Schritt für ihre weitere kriminelle Entwicklung getan. Das ist ein wichtiger Punkt, über den man nachdenken sollte. Immerhin scheint es sich doch um eine bewußte, vorher gefaßte, von verschiedenen Nazi-Banden gemeinsam getragenen Entscheidung zu handeln!

Über die letztlich ausschlaggebende Überlegungen der Nazi-Gangster für diese Entscheidung möchte ich hier nicht spekulieren. Festzustehen scheint mir jedoch: Die Nazis haben diesen Schritt nur deshalb wagen können, weil sie sich inzwischen s e h r sicher sind, daß sie selbst nach diesem Vorfall von Polizei und Justiz nicht behandelt werden wie jemand X-Beliebiger, der sich mit der Polizei eine „Saalschlacht" liefert. Gerade hier, wo alle Beteiligten faßbar waren, wo reichlich bildmaterial vorliegen dürfte usw., würde normalerweise kaum einer der an der Schlägerei Beteiligten damit rechnen können, daß er mit weniger als einem


Einige der „vorläufig festgenommenen" Nazis.

Jahr Gefängnis davonkommt. Da offenbar in Lentförden fast die gesamte Führung der verschiedenen Nazi-Banden zusammengekommen war, würde dies normalerweise bedeuten, daß die Banden durch langmonatige Gefängnisstrafen ihrer sämtlichen Führungskader gelähmt würden.

Selbst w e n n die Nazis eine Schlägerei mit der Polizei wollten, so hätte dies ja nicht unbedingt bei einer Gelegenheit zu sein brauchen, wo sämtliche Führungskräfte der Banden versammelt sind. Das heißt: Die Nazis müssen sich wirklich s e h r sicher fühlen. Und da fragt sich allmählich doch: Was

heißt: Die Nazis müssen sich wirklich s e h r sicher fühlen. Und da fragt sich allmählich doch: Was

macht die eigentlich s o sicher?!

Abschließend noch eine weitere Überlegung: Ich finde es gefährlich – gerade auch mit Blick auf die nazistische Mentalität – wenn im Artikel des AK 134 in übertriebener Weise hervorgehoben wird, wie die Nazis gegen angeblich aus der ganzen Umgebung und aus Hamburg herangeschaffte Polizei 40 Minuten lang „wütenden Widerstand" leisteten. Muß da der normale Linke, selbst an den beeindruckenden Anblick knüppelnder Polizei-Formationen gewohnt, nicht direkt neidisch werden bzw. die Nazis für halbe Supermänner halten? Alle bisherige Erfahrung zeigt jedoch, daß bei früheren Anlässen die Polizei – wenn sie gerade mal wollte – mit den Nazis immer sehr rasch fertig geworden ist. Übertriebene Vorstellungen sollte man sich da nicht machen. Eine Hundertschaft der Hamburger Polizei in voller Ausrüstung hätte bestimmt keine 40 Minuten gebraucht, um 100 Nazis (darunter auch Opas wie Th. Christophersen) unter die Tische zu prügeln. Wenn das in Lentförden anders war, habe ich doch sehr stark den Verdacht, daß die Polizei-Führung nicht voll zugelangt hat – was ja im Endeffekt auch dadurch bestätigt wird, daß man die Nazis nachher weitertagen ließ.

Kommentar der Antifa-Kommission

Die Kritik des Redaktions-Genossen können wir nur voll bejahen. Zur Untermauerung seien noch einige konkrete Einzelheiten aufgeführt:

1. Die Veranstaltung „Gerechtigkeit für Adolf Hitler" sollte nicht verhindert werden.

Am 18.7. erteilte die Hamburger Polizei ein Verbot der Veranstaltung – allerdings bezog sich das natürlich nur auf den Hamburger Raum. Sie kündigte an, am 21.7. eine gemeinsame Einsatzbesprechung mit der niedersächsischen und der schles-

Sie kündigte an, am 21.7. eine gemeinsame Einsatzbesprechung mit der niedersächsischen und der schles-

wig-holsteinischen Polizei zu machen, da die Nazis eventuell in diese Bundesländer ausweichen würden. Ein Verbot in diesen Bundesländern wurde nicht erteilt. Begründung: das könne nur von den einzelnen Kreisen gemacht werden, und da man nicht wisse, wo die Veranstaltung stattfinden sollte, gehe das nicht. Schon dieses Argument ist merkwürdig – warum könnte nicht j e d e r Landkreis ein Präventivverbot aussprechen?

Aber auch die Behauptung, die Polizei kenne den geplanten Versammlungsort nicht, ist falsch: Schon am Freitagabend wurden bei Lentförden von der Polizei Personen- und Autokontrollen durchgeführt. Spätestens seit Samstag früh stand der „Tannenhof" selber unter Beobachtung.

Die Begründung mit der die Bullen dann in die Veranstaltung wollten, war: Ermittlungsverfahren gegen einzelne Teilnehmer wegen Verdachts der Verbreitung von NS-Propaganda, nicht jedoch Verbot und Auflösung der Versammlung! Dementsprechend wurden nur 20 der Schläger festgenommen, bei denen offenbar lediglich die Pesonalien festgestellt wurden.

Die ersten waren schon nach 1 1/2 Stunden wieder im „Tannenhof"!

Zum Polizeieinsatz selber läßt sich den Dingen, die in der Kritik stehen, nur noch hinzufügen: Angesichts der Tatsache, daß der Versammlungsort lange genug bekannt war, fragt man sich natürlich, was auf der „Einsatzbesprechung" vom Freitag eigentlich besprochen wurde? Tatsächlich standen zunächst nicht einmal im „Hintergrund" (wie bei der popeligsten Demo von Linken) irgendwelche stärkeren Polizeikräfte bereit.

Auffällig ist auch, daß gegen die Nazis kein Chemical-Mace angewendet wurde – wo die Bullen damit doch sonst immer so schnell bei der Hand sind, selbst gegen Kinder! Vielleicht wurde d a s auf der Einsatzbesprechung besprochen ...?

2. Und nachher? Schwamm drüber!

Die Staatsanwaltschaft Kiel erließ am 24.7. einen Haftbefehl gegen Michael Kühnen wegen „schweren Landfriedensbruch" und Verbreitung von NS-Propaganda. Nebulös wurde auch von „anderen" gesprochen, gegen die wegen derselben Delikte „ermittelt" werde („Welt", 29.7.78). Schon am Donnerstag, am 27.7., allerdings war Kühnen wieder frei, der Haftbefehl wurde a u f g e h o b e n!

Daß Kühnen inzwischen wegen einer ganz anderen Sache (Haftbefehl der Bundesanwaltschaft wegen Gründung einer terroristischen Vereinigung!) wieder in Haft ist, macht den Skandal auch nicht besser.

Und noch ein Skandal:

Und noch ein Skandal:

Die SPD-Fraktion im Lentfördener Gemeinderat stellte nach der „Saalschlacht" den Antrag, künftig keine Gemeinderatssitzungen mehr im „Tannenhof" stattfinden zu lassen. Der Wirt, Katzer, hatte die „Gedenkfeier" voll unterstützt. Offenbar hängt im „Tannenhof" auch des öfteren eine „Reichskriegsflagge" aus. **Gemeinsam stimmten die CDU- und die FDP-Fraktion g e g e n diesen Antrag („tat", 11.8.78)!**

Überfall der „Wiking-Jugend" auf Journalisten und Antifaschisten

Am 9.8. fuhren ein Journalist und ein Soltauer Antifaschist nach Töpingen/Munster, um Informationen und Fotos über die dort seit dem 5.8. lagernde rechtsradikale „Wiking-Jugend" zu sammeln. Als sie das Lager fotografierten, kam der stellvertretende NPD-Kreisvorsitzende KLAUS HOFFMANN in Wiking-Uniform (so jugendlich wirkt der ca. 50-jährige gar nicht mehr!) angelaufen und forderte pro Foto 1000 DM. Als die beiden sich weigerten, fing Hoffmann fürchterlich an zu pöbeln und drohte: „Reportern gehört der Knüppel auf den Kopf!"

Der Journalist und der Antifaschist zogen sich daraufhin zurück und fuhren einige Male die Straße am Lager entlang, wobei sie wieder fotografierten.

Plötzlich sahen sie sich gezwungen, auf einen Seitenweg auszuweichen, da die Wiking-Faschisten sich offenbar zu einer Straßensperre aufbauten und gleichzeitig HOFFMANN mit einem schweren Hammer wurfbereit am Straßenrand erschien. HOFFMANN folgte ihnen und schleuderte die Waffe nach ihnen, verfehlte sie jedoch.

Gegen HOFFMANN wird Anzeige wegen versuchter Körperverletzung, versuchter Sachbeschädigung und Nötigung erstattet.

Die frechsten Nazis im Landkreis Soltau/Fallingbostel

HOFFMANNs Gewaltaktion ist in gewissem Sinne verständlich: muß er doch seinen guten Ruf(!) im Landkreis durch die offengelegte Verbindung zur paramilitärisch übenden „Wiking -Jugend" gefährdet sehen. Klaus HOFFMANN ist nicht nur stellvertretender Kreisvorstitzender der NPD, er ist auch Ortsgruppenvorsitzender der Schlesischen Landsmannschaften Munster, sowie Kreisjugendreferent des Bundes der Vertriebenen.

Eine ebenfalls interessante Figur ist Bauer **Friedrich Jahns**, auf dessen Hof (Töpingen Nr. 7) die „Wiking-Jugend" lagert. Jahns hat 1977 bei den Kreistags-Wahlen für die NPD kandidiert und hat sich einmal zu einem Mitglied des Antifa-Kreises sehr positiv über Judenverbrennungen und bewaffnete Jagd auf Kommunisten geäußert.

Der Antifaschistische Arbeitskreis plant für die 3.Septemberwoche eine Veranstaltung, in der über diese zwielichtige Gesellschaft und über ihre Querverbindungen zu kriminellen Nazibanden informiert werden soll und in der auch der antifaschistische Fernsehfilm „Wotans Erben" gezeigt wird.

Antifaschistischer Arbeits-Kreis Soltau


Links im Bild: NPD-Nazi Klaus Hoffmann

Hamburg: MEK-Einsatz gegen Behinderten

Am 31.7.78 wollten zwei Wärter des „Zuführerdienstes" der Hamburger Gesundheitsbehörde den kranken 29-jährigen Peter B. aus seiner Wohnung holen, weil er von einem Urlaub aus einer Behinderten-Anstalt nicht zurückgekehrt war. Als sie hinter der Wohnungstür Schüsse hörten, war das für die Hamburger Polizei Anlaß zu einem großaufgezogenen MEK-Einsatz(MEK=Mobiles Einsatzkommando). Ergebnis dieser Großaktion (40 Polizisten waren im Einsatz): Beim Eindringen in die Wohnung fanden die mit MP's bewaffneten MEK'ler den kranken Peter B. zitternd unter dem Bett liegen - „bewaffnet" mit einer Schreckschußpistole (nach „Bild" und „Morgenpost" vom 1.8.78).

Peter B. kann von Glück sagen, daß er noch lebt! Es wäre nicht das erste Mal gewesen, daß polizeiliche Sonderkommandos einen Menschen gezielt erschossen hätten.

Die Krankenwärter wußten - und die Polizei hätte unbedingt wissen müssen - daß es sich um einen Kranken, einen Behinderten handelte, der Angst vor der Rückkehr in die Anstalt hatte. Die Zuziehung eines Arztes, Pfarrers oder Psychologen wäre einzig angemessen, billiger und vor allem nicht lebensbedrohlich gewesen. Der MEK-Einsatz kann nur aus Übungszwecken stattgefunden haben, der zudem während der Einkaufszeit in einem Wohnviertel sehr publikumswirksam vorgeführt werden konnte, wie es aus dem Augenzeugenbericht einer Passantin hervorgeht:

„Am 30.7., so gegen 10 Uhr morgens, ging ich die Weidenallee entlang, um noch einige Besorgungen zu machen. Als ich an Haus 27 vorbeikam, liefen dort 3 Typen mit kugelsicheren Westen und Maschinenpistolen herum. Einer von ihnen hielt die MP hochgestreckt in der rechten Hand und deutete mit der Mündung auf eine Wohnung im 2.Stock. Inzwischen waren mehrere Bullenwagen angekommen. Mir zitterten ganz schön die Knie und ich hatte ein flaues Gefühl in der Magengegend.

Um nicht allein zwischen diesen, offensichtlich schießwütigen Leuten herunzulaufen, ging ich auf die andere Straßenseite. Dort hatten sich schon mehrere Menschen versammelt, um zu beobachten, was dort passiert. Niemand wußte dort genau, was eigentlich geschehen war. Irgendjemand erzählte mir, dort würden „Terroristen" wohnen, die nun festgenommen werden sollten. Ein anderer sagte, daß ein Verrückter sich in der Wohnung verbarrikadiert habe und aus dem Fenster schießen würde.

Wärend ich mit den Leuten sprach, forderten die Bullen über Lautsprecher die Bewohner der gegenüberliegenden Häuser auf, die Fenster zu schließen, von den Balkons ins Haus zurückzugehen und sich nicht in der Nähe der Fenster aufzuhalten. Dann wurde die Straße für den Autoverkehr gesperrt und kurz darauf auch für Fußgänger. Die Menschengruppe, in der ich mich befand, wurde zurückgedrängt, sodaß ich nicht genau verfolgen konnte, was die Bullen weiter machten. Ich konnte etwa 7 Typen mit diesen kugelsicheren Westen erkennen, die mit anderen, offensichtlich „Zivilen", berieten. Wärend dieser Beratung kam bereits ein Unfallwagen und hielt direkt vor dem Haus. Kurz darauf gingen die bewaffneten Bullen in das Haus. Wenige Minuten später folgten die Krankenpfleger und trugen nach weiteren wenigen Minuten jemanden auf einer Trage in den Unfallwagen und fuhren sofort ab. Das ganze hat ca. 15-20 Min. gedauert. Offensichtlich war von den Bullen auch die Feuerwehr angefordert worden, die allerdings erst kam, als der Unfallwagen schon startete."



MEK-Schützen im Einsatz diesmal gegen einen Behinderten



Gericht verlangt von Beamten Antikommunismus

Hamburg: Als im Januar dieses Jahres das Verwaltungsgericht Ansbach die Klage des DFG/VK-Vorsitzenden Häberlein auf Einstellung als Lehrer abwies, wurde dieses Urteil überall und g e r a d e auch aus den Reihen der SPD als ein besonders schlimmer A u s w u c h s des Radikalenerlasses bezeichnet. Das Gericht warf Häberlein im wesentlichen vor, *„eine nicht genügend klare Abgrenzung"* gegenüber der DKP, die in diesem Verband mitarbeitet, vollzogen zu haben.

Daß diese Forderung nach aktivem Antikommunismus jedoch nicht auf das schwarze Bayern beschränkt ist, bewies jetzt ein Gericht im SPD-regierten Hamburg.

1975 bewarb sich die Lehrerin Sabine B. für ein Lehramt mit den Fächern Englisch und Französisch. Die vom damaligen SPD/FDP-Senat eingesetzte Senatskommission lehnte die Bewerbung aus politischen Gründen ab. Konkrete Vorwürfe bezogen sich auf die Teilnahme der Lehrerin an verschiedenen öffentlichen Informationsveranstaltungen des KB und der Teilnahme an Demonstrationen gegen die „Sparpolitik" des Senats im Bildungsbereich, zu denen ebenfalls der KB m i t aufgerufen hatte. Das Arbeitsgericht Hamburg wies die Klage der Lehrerin im Februar 1976 ab: die Teilnahme an den Veranstaltungen könnten Zweifel an der Verfassungstreue der Lehrerin zwar nicht begründen, aber sie sei im Prozeß der Behauptung des Senatsamtes entgegengetreten, der KB verfolge verfassungsfeindliche Ziele. D a m i t habe sie sich mit dem KB i d e n t i f i z i e r t. Allein aus dieser Begründung geht schon hervor, daß Beamten keine andere Auffassung über Kommunismus und kommunistische Organisationen erlaubt sein soll, als die staatlich vorgeschriebene. In der Berufungsverhandlung ging das Gericht jedoch noch einen Schritt weiter. Im Urteil, das der Lehrerin im Juli 78 zugestellt wurde, heißt es: *„Entscheidend ist vielmehr, daß die Klägerin (die Lehrerin, Anm. AK) in ihrer persönlichen Erklärung (die sie nach der ersten Ablehnung verbreitete, Anm. AK) sich für eine Beteiligung des Kommunistischen Bundes in der Aktionseinheit(ein Zusammenschluß gegen die „Sparmaßnahmen" des Senats im Bildungsbereich, Anm. AK) uneingeschränkt eingesetzt hat. Der Kommunistische Bund ist...als verfassungsfeindlich anzusehen.* Es ist nicht zu beanstanden..., wenn die Beklagte(der Senat, anm. AK) aus dem Eintreten der Klägerin für die Mitarbeit des KB in der Aktionseinheit die Befürchtung herleitete, die Klägerin identifiziere sich mit den verfassungsfeindlichen Zielen des KB, wenn sie dessen Beteiligung an der Aktionseinheit für notwendig erklärte. *Die Beklagte konnte erwarten, daß sich die Klägerin von den verfassungsfeindlichen Bestrebungen des KB auch bei ihrem Eintreten für die Aktionseinheit abgrenzte und distanzierte."* Worin jedoch die verfassungsfeindlichen Ziele des KB in der Beteiligung an der Aktionseinheit lagen, darüber schwieg sich das Gericht lieber aus, würde das doch ein bezeichnendes Licht auf die Verhältnisse in diesem Land werfen.

Die Lehrerin hatte in ihrer Erklärung geschrieben: *„Allerdings war und bin ich nicht bereit, die Beteiligung kommunistischer Gruppen an Protestaktionen pauschal abzulehnen und sehe auch nicht, was das mit meinem Diensteid, der Erfüllung meines Arbeitsauftrags und meiner Qualifikation als Lehrerin zu tun haben könnte."*

Unabhängig von der konkreten Tätigkeit der Lehrerin in der Aktionseinheit wird von ihr also eine Abgrenzung von allgemeinen Zielen des KB verlangt. Dies wirft die Parallele zum Ansbacher Urteil auf, in dem es heißt: *„Wenn der Kläger (Häberlein, Anm.. AK) nun auf wiederholte Befragung sowohl bei der Regierung von Mittelfranken als auch vor dem erkennenden Gericht eindeutig die Antwort gegeben hat, er halte Kommunisten für Demokraten, so wird es ihm schwerfallen, kommunistische Bestrebungen, die auf die freiheitlich-demokratische Grundordnung abzielen, als gegen das Grundgesetz gerichtet zu erkennen und als Beamter entsprechend darauf zu reagieren."*

War das Ansbacher Urteil für weite Kreise der SPD noch Anlaß, die „auswuchernde" Berufsverbotepraxis in den Unionsregierten Ländern anzuprangern, beweist der Hamburger Fall die prinzipielle Übereinstimmung aller bürgerlichen Parteien in Sachen Berufsverbote. **Den offenkundigen Widerspruch zwischen den wortradikalen Erklärungen von SPD-Politikern und dem Hamburger Urteil können wir auch keinesweg mit der „Unabhängigkeit" des Gerichts erklären. Vielmehr gehen hier politische Unterdrückung und Abbau demokratischer Rechte Hand in Hand mit der systematischen Irreführung von oben.**

(Nach einer Presseerklärung des Rechtsanwaltsbüros Mäffert/ Scharmer)

Bullen Kurzmeldungen

Am 4.8. überfiel Klaus Müller (34) eine Bank in der Hamburger Innenstadt. Eine viertel Stunde später war er tot.

Zugetragen hatte sich Folgendes: Gegen 15.30 Uhr betrat Müller die Bank, gab einen Warnschuß in die Decke ab und forderte die Herausgabe von Geld. Mit einer Beute von 26.000,– DM flüchtete er zunächst zu Fuß, bestieg eine Taxe und forderte den Fahrer auf, in Richtung St. Pauli zu fahren.

Unmittelbar nachdem Müller die Taxe bestiegen hatte, tauchte ein Fahrzeug des „Sonderkommandos Bankenschutz" neben der Taxe auf. Angeblich aus „Sicherheitsgründen" verzichteten die Bullen auf eine Festnahme, verfolgten die Taxe aber weiter. eine in St. Pauli aufgebaute Sperre wurde, angeblich um den Taxenfahrer nicht zu gefährden, wieder abgebaut (NDR, Umschau am Abend, 4.8.). Erst als in der Königsstraße Polizeifahrzeuge über die gesamte Straßenbreite der Taxe entgegenkamen, mußte der Fahrer halten. Im selben Augenblick eröffnete die Polizei von mehreren Seiten das Feuer auf die Taxe. Insgesamt acht von zwölf Schüssen sollen Müller getroffen haben; er war sofort tot. Der Taxenfahrer mußte mit einem Schock ins Krankenhaus eingeliefert werden (Welt, 5.8.). Was sich k o n k r e t im Einzelnen abgespielt hat, darüber gibt es ziemlich viel Widersprüchliches. So berichtete die BILD am 5.8., Müller habe den Taxenfahrer mit der Waffe an der Stirn bedroht. Springers „Hamburger Abendblatt" hingegen behauptet, daß er ihm die Pistole an den Bauch gehalten habe (5.8.). Erste Meldungen berichteten auch, Müller habe zuerst das Feuer auf die Polizisten eröffnet.

Westberlin: Eine „GSG-9" für den Knast

Als zweites Bundesland plant Westberlin die Aufstellung spezieller „Sicherheitsgruppen" in Gefängnissen. Sie sollen eng mit der Polizei zusammenarbeiten und eine Ausbildung nach dem Vorbild der GSG-9 erhalten. Mit zur Ausbildung sollen „Verhörtechnik", Fahndung und das „Auffinden verbotener Gegenstände" gehören(Hamb.Abendblatt, 31.7.78). Baden-Würtemberg hatte im November letzten Jahres (nach den Stammheimer „Selbstmorden") zuerst die Bildung derartiger Sondereinheiten angekündigt.

„Wildwest" in Niedersachsen?

Das niedersächsische Innenministerium hat einen Erlaß veröffentlicht, wonach Polizeibeamte in der Freizeit und sogar im Urlaub ihre Faustfeuerwaffen tragen dürfen. Dabei gibt es auch Tragenehmigungen für Privatwaffen samt Munition.

Einschränkungen machte das Innenministerium, wenn die Freizeit mit Alkoholgenuß oder Medikamentengebrauch verbunden ist. In solchen Fällen bedarf es einer schriftlichen Zustimmung der für ihn zuständigen Polizeibehörde. Ein Polizist muß in dieser Situation schon „persönlich erheblich gefährdet" sein(Nach „Landeszeitung",9.8.). Dann darf er sogar mit *„geladener Pistole zum Drink an die Bar oder zum Tanz gehen"* (LZ.9.8.).

Der Sinn des Erlasses ist laut Innenministerium, *„die polizeiliche Präsenz zu erweitern, also nicht im Dienst befindliche Beamte nicht durch Trageverbote der Dienstwaffe von Amthandlungen fernzuhalten"* (LZ, 9.8.).

Kritik am Staat für Polizistenverboten

Trier : Gegen den Polizeiobermeister Ulrich Röder verhängte der Trierer Polizeipräsident Frech(CDU) eine Dienstordnungsverfügung(eine Geldstrafe und die Versetzung aus dem Außen- in den Innendienst), weil dieser in seiner Eigenschaft als Juso-Vorsitzender ein Flugblatt unterzeichnet hatte, in dem die Praxis der Berufsverbote kritisiert wird. D a m i t habe sich Röder *„offen gegen die verfassungsmäßige Grundordnung der Bundesrepublik gestellt"*, er habe sich v e r d ä c h t i g gemacht, *„schuldhaft gegen die ihm nach dem Landesbeamtengesetz obliegenden Pflichten verstoßen und sich damit eines Dienstvergehens schuldig gemacht zu haben"* („FAZ",19.8.). Der rheinlandpfälzische Innenminister Böcker rechtfertig diese Strafe, da **„ein Polizist, der selbst gegen Gesetze verstoße, ...die Einhaltung der Gesetze von anderen Bürgern nicht glaubhaft und überzeugend fordern könne"** (ebenda). Damit hat der Innenminister einen neuen Straftatbestand(denn nichts anderes ist der Verstoß gegen Gesetze) formuliert: Kritik an staatlichen Maßnahmen, die als „Schutz der freiheitlich-demokratischen Grundordnung" ausgegeben werden. **Ohne Prophet zu sein, kann man jetzt schon den Tag voraussagen, an dem dem ersten Kritiker der Berufverbotepraxis ein Verfahren wegen Staatsverleumdung oder ähnlichem angehängt wird.**

Besonders laute Töne sind auch jetzt wieder von der SPD-Führung zu hören. Koschnik sieht *„die Meinungsfreiheit in Gefahr"*. Das Verfahren gegen den Polizisten sei ein Zeichen dafür, *„daß die Befürchtungen der Jungsozialisten über einen Abbau von Grundrechten doch ernsthafter seien, als es gutwillige Staatsbürger hätten annehmen dürfen"*. **Aber wer geht denn Land auf Land ab mit der Behauptung hausieren, es gäbe keine Berufsverbote? Wer bezeichnet die Berufsverbote als kommunistische „Propagandaerfindung"? Wer diffamiert das Russel-Tribunal, daß genau diese ernsthaften Grundrechtsverletzungen untersucht, als Verleumdungsinstrument gegen die BRD und ihre Bürger? Das sind die gleichen SPD-Führer, die angesichts besonders krasser Fälle ihre gespaltene Zunge herausstrecken, um mit doppelzüngierischen Reden die kritischen Menschen irrezuführen.**

Erpressung gegen Röder und Repp Gscheidle fordert Austritt aus der DKP

Vor Jahr und Tag haben die „Fälle" des Würzburger Lokomotivführers Röder und des Frankfurter Briefträgers Repp, denen wegen ihrer DKP-Mitgliedschaft die Verbeamtung verweigert wurde, das Interesse der bundesdeutschen und der internationalen Öffentlichkeit auf sich gezogen. Denn deutlicher als in diesen Fällen konnte der westdeutsche Staat gar nicht machen, daß es ihm mit dem Radikalenerlaß absolut nicht um sogenannte „Sicherheitsinteressen" geht, sondern um die Ausschaltung von Kommunisten oder des Kommunismus Verdächtige aus allen Bereichen des des öffentlichen Lebens. Erst durch eine breite Protestbewegung, die in allen westeuropäischen Ländern Anhänger fand, konnte die Verbeamtung dieser DKP-Mitglieder erreicht werden.

Doch es hieße den Drang der westdeutschen Bourgeoisie und ihres Staatsapparates zur Reaktion unterschätzen, wenn man angenommen hätte, daß diese diese Niederlage „anerkennen" würden. Jetzt ca. 1 Jahr nach der Verbeamtung wurde gegen Röder von der Bundesbahn ein Vorermittlungsverfahren für ein Diziplinarverfahren eingeleitet; Ziel ist seine Entlassung. Die Begründung für das Verfahren ist seine DKP-Mitgliedschaft, also das gleiche „Delikt" mit dem die Verbeamtung verweigert wurde. Gegen Repp will Bundesminister Gscheidle ein Disziplinarverfahren einleiten, *„wenn dieser sich nicht bis zum 20.August bereit erklärt, seine Ämter und sonstige Aktivitäten in der DKP aufzugeben."* („FR", 19.8.). Beide Aktivitäten gehen von dem SPD-Bundesminister Gscheidle aus, was ein bezeichnendes Licht auf den Zynismus der SPD-Führung wirft, die gleichzeitig mit der Phrase von der Abschaffung des Radikalenerlasses durch die Lande zieht. **Damit erweist sich im Konkreten (leider) wieder unsere Einschätzung, daß das Geschrei führender SPD-Politiker über eine „Liberalisierung" allein der Nebelbildung dient, um hinter diesem Scheier eine Verschärfung der Berufsverbotepraxis durchzusetzen.**



Bertelsmann löst Autoren Edition auf

Man hat sich schon lange bei der bekannten Haifischpraxis des Bertelsmann Verlages — jüngstes Beispiel war die Bissinger-Entfernung aus der STERN-Redaktion — gewundert, daß sich die „Autoren Edition", Sammelbecken linksdemokratischer Autoren, unter der Führung des rechten bundesdeutschen Medienriesen so lange halten konnte. Seitz 1972 bestand dieses Renomierprojekt des Verlages und hat ihm seidem so einiges eingebracht. Doch nun hat's geknallt: Anlaß war der Roman des neu angeworbenen Peter O. Chotjewitz „Die Herren des Morgengrauens", — die „Autoren Edition" gibt es nicht mehr!

Noch im Herbstprogramm hatte Gerhard Beckmann — konzernentsandter Leiter der „Autoren Edition" — den neuen Chotjewitz-Roman emphatisch angekündigt *„Peter O. Chotjewitz im Programm zu haben, macht uns stolz."* Doch Chotjewitz mußte erstmal im Verlauf der Entstehung des Buches auf Wunsch des Verlages an die hundert Änderungen vornehmen. Zum Zeitpunkt der letztlich dann einstimmigen Annahme des Buches lagen dem Konzern zwei Drittel des Manuskriptes — darunter auch das später beanstandete Kapitel — vor. Im März dieses Jahres wurde denn auch der Vertrag zwischen Autor und Verlag geschlossen. Im Juli kamen dem anfangs so begeisterten Beckmann plötzlich Bedenken politischer Art: Chotjewitz sollte auf seinen Vorschlag hin das sich mit der gegenwärtigen Terroristenhysterie auseinandersetzende Buch etwas „ausgewogener" gestalten, sprich einige antikommunistische Passagen reinarbeiten. Außerdem wurde nun der Rechtsanwalt Albert Gerhardt mit einem Gutachten beauftragt. Derselbe Anwalt, der als Justitiar des Schriftstellerverbandes schon im Frühjahr dem Buch absolute Unbedenklichkeit bescheinigt hatte, fand plötzlich „Anstößigkeiten" hoher Potenz. Denn inzwischen gab es ein BGH-Urteil, das sich mit Häuserwandparolen zur „RAF" befaßt hatte — dieses bezog er nun auf die Darstellung Andreas Baaders in Chotjewitz' Roman.

Das Manuskript wurde damit vom Verlag abgelehnt. Die Herausgeber der Edition sowie der Autorenvertreter Bernt Engelmann benachrichtigten die anderen Autoren und die Öffentlichkeit von dem Vorfall. Dieser Schritt wurde am 2. August postwendend mit einer Auflösung der Edition durch den Konzern beantwortet. *„Dies war eine vorgeschobene Aktion, um einerseits den Autoren politisches Wohlverhalten abzufordern und andererseits zu zeigen, wer der starke Mann im Hause ist. Damit ist die Verlagsbranche in eine neue Ära eingetreten. Ein Autor, der nicht denkt und schreibt wie sein Verlagsleiter, fliegt! Mit ihm gleich die ganze Verlagsmannschaft!"* so schätzt Peter O. Chotjewitz den Vorgang selbst ein. Er steht zum Glück nicht allein da: die anderen Schriftsteller der Edition lassen sich unter keinerlei Bedingungen vom Konzern wieder einkaufen, sie bekommen Solidarität vom Schriftstellerverband, und die IG Druck will sich in einem Rechtsstreit für sie stark machen. Chotjewitz berichtete uns, daß sein Buch nun schon beim Rotbuch-Verlag angenommen ist, und daß die ehemalige Autoren Edition-Crew einen neuen Verlag sucht. Sie würden allerdings keine Bedingungen mehr akzeptieren, die dem Verlag ein Vetorecht einräumen.

Dies sei als Kompromiß mit Bertelsmann im vorigen Jahr noch ausgehandelt worden, als es mit dem Verlag schon mal Schwierigkeiten wegen des Engelmann-Romans „Hotel Bilderberg" gab. Damals wurde ein Exra-Copyright „Engelmann + Hsg." im Buch vermerkt. Seitdem gab es die Regelung, daß die beiden Verlagsvertreter Beckmann und Paeschke zusammen fünf Stimmen bei Abstimmungen hatten. Sie konnten in jedem Fall eine Patt-Situation herbeiführen, bei der dann ein Manuskript als abgelehnt gilt: Das viel gerühmte Mitbestimmungsmodell a la Bertelsmann! Übrigens war der Engelmann-Fall im vorigen Jahr so gut wie überhaupt nicht an die Öffentlichkeit gelangt. Vielleicht hatten die Autoren damals noch die Illusion über die Möglichkeit verlagsinterner Regelungen zu ihren Gunsten. Diese Haltung hatte bis dahin auch meist der Autorenvertreter Engelmann, zugleich Vorsitzender des Schriftstellerverbandes, vorgezogen. Mittlerweile befürwortet aber auch er den Schritt an die Öffentlichkeit.

Chotjewitz, der sich eventuell noch auf einen Prozeß mit dem Gigantenkonzern einstellen muß, weil der von ihm noch die Vorschüsse zurückverlangen kann, schätzt seinen Fall so ein: *„Diese Art von Ablehnungs-Zensur gibt es ja überall, das ist nichts Besonderes. Wogegen man sich aber berechtigt wenden muß, ist die Aufkündigung einer vertraglich festgelegten Zusage."*

Es wird also demnächst wahrscheinlich zwei wichtige Prozesse geben: Autoren Edition gegen Bertelsmann und Chotjewitz gegen Bertelsmann.

Auf alle Fälle aber, und das könnte das Glück im Unglück sein mit dem auch der viel zensierte Heinrich Heine im vorigen Jahrhundert seine Erfahrungen machte — auf alle Fälle, hat das Buch „Die Herren des Morgengrauens" heute schon eine dicke Vorschuß-Publizität.

Ein Mitglied der Kulturkommission

Ein Tag im Leben des Genossen X Anmerkungen zum Dylan-Artikel in AK 133

Meinem Kollegen X aus der Kulturkommission hat das Dylan-Konzert also gefallen. Ihm tut es auch nicht leid um die 40 DM Eintrittsgeld, und zum nächsten Konzert geht er wieder. Wie schön für ihn!

Aber eigentlich lese ich doch einen AK-Artikel, weil ich mir etwas davon verspreche. Information oder Klarheit über Dinge, die ich bisher nicht kannte oder verstand. Weiß ich jetzt mehr über Dylan, über seine heutige Musik? *„Er hat sein Handwerk gelernt und er ist immer noch in der Lage, 11 000 Leute zu begeistern".* Das ist Peter Alexander sicher auch. Wie und womit begeistert Bob Dylan die Leute denn, wie ist denn seine Musik ? („*Sie ist einfach in Ordnung . . .* "). Und warum *„glaubt man ihm immer noch, was er singt, auch wenn er einige Millionen auf dem Konto hat"*?

Mit keinem Wort werden diese persönlichen Eindrücke des Genossen belegt und allgemein verständlich gemacht. Meiner Meinung nach wird hierbei der AK einfach ein wenig dazu mißbraucht, ein ganz persönliches nettes Erlebnis des Genossen X zu beschreiben. Mit dem gleichen Recht berichte ich dann das nächste Mal – mit ein paar politischen Worten drumherum – über das letzte Zusammensein mit meinem Freund. Und das wird doch nicht wirklich 15 500 AK-Leser interessieren?!

E., Kulturkommission
KB/Gruppe Hamburg



»Retortenbaby« — »Schlimmer als die Atombombe»

Wie nicht anders zu erwarten, meldeten sich die katholischen Würdenträger zu Wort, angesichts der Befruchtung einer Eizelle außerhalb des Mutterleibes. Josef Stimpfle, Bischof von Augsburg meinte, *„die technische Manipulation mit menschlichen Ei- und Samenzellen sei ‚schlimmer als die Atombombe'* " („FR", 4.8.78). Er halte nicht jedes Mittel für recht, die Sterilität der Frauen zu überwinden. Gegenüber wissenschaftlichen Entdeckungen und Erkenntnissen, die dazu dienen können, dem Menschen mehr Gesundheit und Eigenverantwortung für sein Leben zukommen zu lassen und die ihn in die Lage versetzen zu verstehen, daß er selbst die Geschichte machen muß, ist die katholische Kirche schon immer auf die Barrikaden gegangen (im Mittelalter wurden Bruno, Kopernikus und Gallilei gefoltert, weil sie entdeckten, daß die Erde nicht Mittelpunkt des Universums ist, damit fühlten sich Papst und die ganze Kirchenhierarchie ebenfalls an die Seite gedrängt; Paul IV verwarf die Pille usw.).

Gegen die Entwicklung immer mörderischerer Waffen und anderer Mittel, die Macht der Imperialisten zu sichern, hat sich die katholische Kirche nicht geäußert, sondern sich vornehm zurückgehalten, weil da plötzlich die Kirche mit Politik nichts zu tun hat. Scheinheilig erklärte der Vorsitzende der katholischen deutschen Bischofskonferenz, Josef Höffner, daß sich die katholische Kirche gegen die Befruchtung außerhalb des Mutterleibes wende, weil sie der möglichen Manipulation mit menschlichem Leben vorbeugen wolle. Wenn das sein wirkliches Interesse wäre, sollte er besser gegen das System opponieren, das solche Gedanken (Manipulation) überhaupt erst entstehen läßt und das daran ein Interesse haben könnte und jetzt schon mit etwas konventionelleren Mitteln ungeheure Manipulation von Menschen betreibt.

Kirchen-Kommission

Polizeikirche gegen Evangelische Studentengemeinde

Am 19. und 20. Juli 78 hatte die Nordelbische Kirchenführung die Hamburger Evangelische Studentengemeinde (Martin Luther-King-Haus) mit zwei Polizeieinsätzen gewaltsam geschlossen – wir berichteten in AK 134 darüber.

Über diese brutale Maßnahme der Kieler Kirchenleitung und ihrer Behörde sind selbst solche Christen empört, die in den letzten Jahren immer vieles an der inhaltlichen Arbeit der Hamburger ESG auszusetzen hatten. In einem Offenen Brief kritisieren 50 Pastoren *„daß das Kieler Krichenamt dieses Hamburger Problem ohne wirkliche Not und überzeugende Vermittlungsversuche mit Polizei, Strafanträgen und Verhaftungen zu lösen versuchte...* Obwohl diese Pastoren durchaus Eingriffe in die Arbeit der ESG für richtig hielten, erscheinen ihnen derartige Methoden nicht geeignet. *„Hier wurden durch die Nordelbische Verwaltungsbehörde Maßstäbe gesetzt, die dem öffentlichen Ansehen und der theologischen Glaubwürdigkeit der gesamten Kirche geschadet haben".* Das Argument der prinzipiellen Gewaltlosigkeit der Christen, das stets denjenigen vorgehalten wird, die sich im Bereich der Kirche für die Unterstützung von Befreiungsbewegungen in den unterdrückt gehaltenen Ländern einsetzen – insbesondere auch der ESG – wird natürlich unbrauchbar und entlarvt sich als Zwecklüge, wenn die Kirchenleitung zur Durchsetzung ihrer Beschlüsse eine schwerbewaffnete Polizeitruppe herbeiruft.

Eine Gruppe von etwa 40 kirchlichen Mitarbeitern hob in einer Erklärung hervor, daß durch die Maßnahme der Kirchenführung das kirchliche „Asylrecht gebeugt" sei. Da heute demokratische und linke politische Gruppen schon weitgehend durch diesen Staat kriminalisiert seien, sei es ein besonderer christlicher Dienst, solchen Gruppierungen für ihre Arbeit räumliche Möglichkeiten zur Verfügung zu stellen. Ein solcher kirchlicher Schutz für Menschen sei nach dieser Polizeiaktion in kirchlichen Räumen nicht mehr gegeben. Dadurch sei die eigene kirchliche Arbeit der Unterzeichner dieser Erklärung grundsätzlich in Frage gestellt.

Am letzten Wochenende war an einigen Hamburger Kirchen ein Plakat zu sehen, auf dem das „Nordelbische Kirchenkommissariat" davor warnt, wegen der Gefahr der Verhaftung, kirchliche Räume zu betreten. Auf Nachfragen wurde uns mitgeteilt, daß dies keine offizielle Erklärung sei und daß es auch kein „Nordelbisches Kirchenkommissariat" gebe.

Viele Menschen – vor allem aus dem Bereich der Kirche – waren der Meinung, bei der Polizeiaktion handele es sich um einen Ausrutscher eines übereifrigen Kirchenbürokraten – Hauptakteur: Göschen, ein ehemaliger Staatsanwalt. Inzwischen haben sich aber alle kirchenführenden Organe zu dieser Polizeiaktion bekannt, es sei eine *„Notmaßnahme in einer schwierigen Situation"* gewesen (Presseerklärung der Kirchenleitung vom 1.8.78). Außerdem wurde eine Schrift in Umlauf gebracht, die mit Falschinformationen und Daten des Verfassungsschutzes den wenig informierten Leser irreführen soll. Die festgenommenen Personen sind nach dieser „Dokumentation": *„a) nur zu einem geringen Teil Studenten, b) zum Teil als notorische Hausbesetzer bekannt, c) hatten bereits früher öffentlich zur Gewalt gegen Sachen und zum Rechtsbruch aufgerufen"* (aus: Schließung des MLK-Hauses, Information und Hintergrund, hrsg. vom Nordelbiscl·en Kirchenamt am 31.7.78). Angeblich hat die Kirchenführung inzwischen die Strafanträge gegen die 41 festgenommenen Personen zurückgezogen. Damit sind die Betroffenen jedoch nicht unbedingt aus dem Schneider: 1. ist noch nicht bekannt, ob nicht etwa die Staatsanwaltschaft in einzelnen Fällen wegen schweren Hausfriedensbruchs weiter ermittelt, 2. sind die Daten in den berüchtigten Computern des BKA gespeichert, jeder einzelne muß einen Antrag auf Löschung stellen, 3. hat die Kirchenleitung gegen die beteiligten 4 Pastoren die Ermittlungen für ein „Amtszuchtverfahren" eingeleitet.

Nach 1945 haben viele Christen festgestellt, daß es für die Kirche notwendig ist, eine kritische Distanz gegenüber dem Staat zu wahren, weil nämlich die „Deutschen Christen" (DC) sich den Nazis angeschlossen hatten und so die Verbrechen der Faschisten kirchlich segneten. Heute heißt es in der schon oben zitierten Schrift des Kirchenamtes: *„Sie (die Kirche) erkennt grundsätzlich die Ordnungsmacht des Staates dankbar an als einen von Gott gegebenen Schutz des Rechtes und des Eigentums aller Bürger und Institutuionen ...".*

Kirchen-Kommission

Unter den Talaren — Muff von 1.000 Jahren!

Die Kirche, wesentliche Agentur der zwangsheterosexuellen Klassengesellschaft zur Durchsetzung der herrschenden bürgerlichen Doppelmoral, hat wieder gegen Schwule zugeschlagen. Hermann Greifenstein, Oberhalleluja- Rat in München, setzte sich jetzt an die Spitze der antischwulen Kirchenkräfte, als er forderte, homosexuelle Gruppen – offenbar handelt es sich hier um die 1977 entstandene AG „Homosexuelle und Kirche" – von der Teilnahme am Evangelischen Kirchentag auszuschließen: *„Seelsorgerlich müsse die Kirche zwar alles tun, diesen Menschen zu helfen, aber sie könne keine Selbstdarstellung derartiger Gruppen im Sinne einer Alternative zur heterosexuellen Lebensweise akzeptieren,* meinte Greifenstein. *Das könne nur auf eigene Verantwortung außerhalb des Kirchentages – im Konfliktbereich mit der Polizei – geschehen "* (Frankfurter Rundschau", 17.7.78). Womit sich zeigt, daß die „heterosexuelle Lebensweise" Schwule entweder zu bedauernswerten Geschöpfen degradiert, denen man dann großzügig eine „Seelsorge" verpaßt oder die – falls sie dies nicht wollen – dem „Konfliktbereich mit der Polizei" zugeschoben werden. Wir hoffen, daß es der AG „Homosexuelle und Kirche" gelingt, Herrn Greifenstein mal kräftig an die Eier zu greifen. Bestimmt gibt's da nur Steine!

Zwei schwule Genossinnen aus Hamburg

Noch einmal: „Ein Christ muß Kommunist sein"

Jesus – Revolutionär und weltgeschichtliche Alternative

Der Ausgangspunkt der Auseinandersetzungen, die jetzt schon 3 Nummern lang unter der Überschrift „Jesus – ein Revolutionär?" laufen, war ein zweispaltiger Artikel, in dem es direkt nicht so sehr um diese Frage ging, sondern um den Unterschied zwischen Glaube und Religion. Zu diesem Unterschied ist in den folgenden Artikeln noch nicht ausdrücklich Bezug genommen worden, auch nicht von seiten der Theologen. Dem Gang der bisherigen Diskussion nach zu urteilen, besteht eine allseitige und unabgesprochene Übereinstimmung darin, daß die erwähnte Unterscheidung nur dann sinnvoll ist, wenn Jesus ein Revolutionär oder ähnliches war. Das halte ich aber nicht für richtig. Sollte Jesus ein Revolutionär gewesen sein – und das war er, wie ich unten zu zeigen versuchen werde – so besteht allein in dieser Tatsache doch kein ausreichender Grund dafür, nun gerade an ihm und nicht an irgendeinem anderen Revolutionär in der menschlichen Geschichte in der besonderen Weise festzuhalten, wie es im christlichen Glauben geschieht. Und genau aus diesem Grunde habe ich zur Begründung des Unterschiedes zwischen christlichem Glauben und Religion eine solche Formulierung nicht gewählt. Vielmehr habe ich geschrieben: *„Die Revolution stellt Jesus von Nazareth deshalb dar, weil in seiner Person innerhalb der Weltgeschichte eine neue menschliche Qualität Wirklichkeit wurde: die bedingungslose Liebe"* (AK 132, S. 23). Darin besteht m.E. ein erheblicher Unterschied. Ich versuche diesen Unterschied zu verdeutlichen: Jesus hat nicht nur nach geschichtlichen Alternativen gesucht, sondern in ihm personifiziert sich die Alternative zu aller damaligen und bis heute gelaufenen menschlichen Geschichte; er hat nicht nur nach einer neuen Qualität des Lebens gesucht, sondern er selber ist die neue Qualität des Lebens; er ist der neue und wahre Mensch mitten unter uns Menschen, die das Neue noch nicht kennen oder davon nichts wissen wollen und die Wahrheit noch suchen; er ist die Alternative zu aller bisherigen Geschichte mitten in der Geschichte. In ihm hat das Ziel aller Befreiungsversuche schon konkrete Gestalt angenommen, bevor die menschliche Geschichte als ganzes dieses Ziel erreicht hat. Deshalb habe ich geschrieben: *„Die Revolution stellt Jesus von Nazareth dar"* und nicht: er war ein Revolutionär.

Alle Zeitgenossen, die in Jesus d i e s e Alternative erkannten, be-

Alle Zeitgenossen, die in Jesus d i e s e Alternative erkannten, bezeichneten ihn d e s h a l b als Sohn Gottes, Messias, König usw. Es bezieht sich also auch die Reich Gottes-Hoffnung der Christen nicht auf ein metaphysisches Himmelreich, sondern auf ein irdisches (!) Himmelreich, das deshalb eben als h i m m l i s c h bezeichnet wird, weil es zu aller bisherigen irdisch-politischen Unterdrückungsgeschichte eine konkrete, politische aber q u a l i t a t i v n e u e Alternative ist, die in Jesus von Nazareth Gestalt angenommen hat und in der christlichen Gemeinde praktiziert wird.

„Und Jesus ruft sie zu sich und sagt zu ihnen: Ihr wißt, daß die, welche als Fürsten der Völker gelten, sie knechten und ihre Großen über sie Gewalt haben. Unter euch ist es aber nicht so, sondern wer unter euch groß sein will, sei euer Diener, und wer unter euch der Erste sein will, sei der Knecht aller" (Markus 10.42-44). Zweifellos ist diese Anweisung politisch konkret gemeint – eben im Gegensatz zur allgemein üblichen Herrschaft von Menschen über Menschen.

Hat aber dieser Gegensatz seinen Ursprung in Jesus, dann ist es natürlich konsequent und richtig nach seinem Lebensweg, nach seinem konkreten Wirken in den sozialen Gegensätzen des damaligen vom römischen Imperialismus beherrschten Israel zu fragen. Ich möchte diesen Weg beispielhaft an der Überlieferung des Markusevangeliums Kap. 10-12 verdeutlichen. Hier wird Jesus geschildert als in ständigem Konflikt mit den ökonomischen, politischen und ideologischen Säulen der israelitischen Gesellschaft: Ehe/Ehescheidung (10.1-12, 12.18-27), Reichtum (10.17-27), politische Macht (10.35-45, zu V. 41-45 s.o.), Tempel als politökonomische und symbolische Mitte Israels (11.12-25, 12.1-12), römische Steuer (12.13-17), Gesetz (12.28-34), Tempelschatz (12.41-44).

Freie Liebe statt Ehe...

Nach seinem Standpunkt zu der auch für die Aufrechterhaltung der damaligen gesellschaftlichen Arbeitsteilung und Ausbeutungsverhältnisse wichtigen Institution der Ehe provokatorisch befragt, antwortet Jesus mit der totalen Denunziation dieser Institution und ihres rechtlichen Rahmens. *„Denn wenn sie von den Toten auferstehen, heiraten sie nicht und werden nicht verheiratet, sondern sie sind wie die Engel in den Himmeln"* (Mark. 12.25), d.h. in der neuen Gesellschaft (biblisch: Reich Gottes oder Auferstehung) gibt es keine Heirat.

Reichtum oder Reich Gottes

Die Stellung Jesu zum Reichtum ist in der letzten AK-Nr. 134 erwähnt worden. An Markus 10.17-27 ist beachtenswert, daß nach Jesu Worten nicht der sog. Lebenswandel (Einhaltung der Gebote) über die Nähe



eines Menschen zum Reiche Gottes entscheidet, sondern seine objektive Stellung in der gesellschaftlichen Ökonomie (Reichtum). Der Genosse der AK-Redaktion irrt sich m.E. gründlich, wenn er in V.27 eine Relativierung des Nadelöhrspruches (V. 25) zu erkennen meint. Ein solcher relativierender Bruch liegt nicht in der Logik des Gedankenganges. Vielmehr würde er die Nadelöhraussage überflüssig machen, weil ihre Relati-
der Logik des Gedankenganges. Vielmehr würde er die Nadelöhraussage überflüssig machen, weil ihre Relati-
vierung nur Widerspruch dazu sein kann. Also müßte der AK-Genosse die Frage beantworten, warum der Verfasser (Markus) diesen Widerspruch nicht selber bemerkt hat oder zumindest Matthäus oder Lukas, die diese Erzählung von Markus ja übernommen haben.

Es ist vielmehr so, daß Vers 27 eine Zuspitzung der Aussage darstellt, insofern als in V. 26 nach einer oder der positiven Alternative für den reichen Menschen gefragt wird. Darauf antwortet Jesus in V. 27: nach aller menschlichen Erfahrung oder: nach unseren gesellschaftlichen Gesetzmäßigkeiten gibt es für den reichen Menschen keine Alternative, weil ein reicher von sich aus eine Alternative zu seinem Reichtum nicht wählen wird. Es gibt nur eine Hoffnung. Das ist die totale Umstrukturierung des gesamten menschlichen Seins durch den, der alles ändern kann: Gott. In der biblischen Überlieferung ist „Gott" das Subjekt solchen revolutionären Tuns. Es ist eine Verkennung dieses biblischen Kontextes, in der Erwähnung des Wortes „Gott" die Relativierung irgendeiner anderen Aussage ohne „Gott" zu vermuten.

Zur Frage der religiösen Symbole

Eine andere Frage ist es, ob die Menschen der damaligen Zeit politische Inhalte nicht anders begreifen oder ausdrücken konnten als durch „religiöse Symbole" vom Gottesreich usw. Richtig! Manche „konnten" es. Bloß, w a s sie konnten und w e l c h e politischen Inhalte sie vermittelten, d a s können wir nur durch eine sorgfältige Prüfung der Überlieferung aufzeigen, indem wir konkret aufspüren, welche Wirklichkeit mit welchem Wort bezeichnet wird und welche Funktion es innerhalb der Textabfolge und innerhalb des gesellschaftspolitischen Zusammenhanges hat. Eine idealistische Herangehensweise dagegen praktiziert der Genosse aus der Redaktion, der z.B. die kirchentreue, metaphysisch-jenseitige Reich-Gottes-Lehre einfach aufnimmt und mit dem Vorverständnis dieser frommen Verfälschung an den biblischen Text herangeht. Der Blick auf die Textabschnitte über Ehe und Reichtum und auch auf Mark. 10.41-44 hat m.E. gezeigt, daß Jesus nicht auf ein unpolitisches Jenseits, sondern auf eine politische Utopie (insofern allerdings sehr jenseits der gesellschaftlichen Gegebenheiten) der vollkommen menschlichen Freiheit.

Ablehnung der Geldwirtschaft statt Kollaboration oder Reform

In der Jesus-Kontroverse ist auch mit dem Hinweis auf Mark. 12.13-17 behauptet worden, Jesus habe zur Kollaboration mit den Römern ermuntert. Nun ist die Aufforderung, die Steuern nicht zu verweigern, gewiß kein Beleg dafür. Eher im Gegenteil! Wir würden uns dagegen verwahren, als Kollaborateure mit der HEW angeprangert zu werden, nur weil wir am Stromzahlungsboykott nicht teilnehmen. Angesichts des Geldstückes, das sowohl die römische Besatzung symbolisiert als auch die Macht der herrschenden mit den Rö-
Geldstückes, das sowohl die römische Besatzung symbolisiert als auch die Macht der herrschenden mit den Rö-
mern kollaborierenden Klassen, fordert Jesus dazu auf, dem Kaiser sein Geld zu geben. Er distanziert sich damit gleichzeitig von der zelotischen Strategie (Nationaler Befreiungskampf) der Steuerverweigerung und von der Kollaboration mit den römischen Besatzern. Ihm geht es um eine ganz andere Alternative als um die Verfügung über Steuern = Geld = Tauschmittel. Auf den Kampf darum läßt er sich demonstrativ gar nicht ein. Die Alternative, die er im Auge hat, wird in der Erzählung dadurch angedeutet, daß Jesus kein Geld bei sich hat: als Zeichen dafür, daß Jesus die Gesamtheit des ökonomischen Warensystems negiert und das Geld-Tauschsystem in toto als Kollaboration mit dem im Bild des Kaisers auf der Münze sich darstellenden römischen Imperialismus ablehnt. Jesus konkrete Alternative verbirgt sich für den Leser hinter der Aufforderung: „Gebt... Gott, was Gottes ist." In anderen Überlieferungsstükken von Markus, in denen es auch um das Geldsystem geht, wird von dieser Alternative erzählt. Eigenartigerweise in den Geschichten, die traditionellerweise „Brotvermehrung" (Mark. 6.30-44, 8.1-10) genannt werden. Der Wendepunkt in der Erzählung (6.30ff) kommt nach dem Vorschlag der Jünger, das hungernde Volk dadurch zu sättigen, daß Leute weggeschickt werden, „damit sie sich etwas zu essen kaufen." (6.36). Sie sprechen von „200 Denaren". Jesus antwortet: „Wie viele Brote h a b t ihr?" (6.38,8.5). „G e b t ihnen" (6.37). Das Brot wird einfach ausgeteilt: die Volksmenge ist gesättigt. Nur eine klerikal geblendete, unmaterialistische Leseweise kann die reale Bewegung übersehen, die in dem Übergang von: mit Geld k a u f e n zu: g e b e n, was man hat, geschildert wird. Es geht nicht um eine „wunderbare" Brotvermehrung, sondern um die Negierung des Warensystems, in dem der Güterstand durch Geld geregelt wird, und um die Förderung des altisraelitischen Systems der Schenkung, in dem alles allen gehört. Diese Erzählung läuft auf eine subversive Realalternative zum herrschenden Klassen- und Geldsystem hinaus. Die nationalistische Strategie der Steuerverweigerung ist für den Kommunisten Jesus keine wirkliche Alternative für das ausgepreßte und hungernde Volk (Mark. 8.2): Nur die Abschaffung des Geld-Tauschsystems garantiert, daß alle satt werden (6.44).

Als Gegener von Herrschaft im Konflikt mit den Herrschenden

Kein Wunder, daß das Wirken Jesu auf einen Konflikt mit den im Lande Herrschenden hinausläuft. Nach der Darstellung der Evangelien findet dieser Konflikt in Jesu Zug nach Jerusalem, seiner Gefangennahme und schließlich seiner Kreuzigung den entscheidenden Höhepunkt. Anstoßpunkte sind die gesellschaftliche Funktion des Tempels (Mark. 11.15-19) und die gesellschaftliche Funktion der Priesterkaste (Mark. 12.38-44). Insgesamt kritisiert Jesus die ökonomische und ideologische Machtposition der jüdischen Priester, die ihre Stellung schamlos zur eigenen Bereicherung und zur Verdummung des Volkes ausnutzen. In dem Gegensatz zwischen dem, was Jerusa-
nen Bereicherung und zur Verdummung des Volkes ausnutzen. In dem Gegensatz zwischen dem, was Jerusa-
lem und Israel nach jüdischer Überlieferung sein sollten (Freiheitslicht der Völker) und dem, was sie faktisch darstellen (Unterdrückung und Kollaboration) sowie in dem Antagonismus der gesellschaftlichen Interessen in Israel ist für Jesus jede sozialreformerische Programmatik zwecklos. Solche Reformer waren die Pharisäer. Sie sind für ihn zusammen mit den herrschenden Sadduzäern und ihren Ideologen gleichermaßen Heuchler. *„Wehe euch, ihr Schriftgelehrten und Pharisäer, ihr Heuchler, das ihr das Reich der Himmel vor den Menschen zuschließt. Denn ihr kommt nicht hinein und die, welche hinein wollen, laßt ihr nicht hinein"* (Matthäus 23.13). Damit ist korrekt die gesellschaftspolitische Aktion der herrschenden Klasse und der reformerischen Bemühungen in einem (!) für die Verhältnisse der ökonomischen Despotie beschrieben.

Das Reich Gottes steht mit Jesus also in unversöhnlichem Gegensatz zu der Gesamtheit dieser Verhältnisse. *„Und während er aus dem Tempel ging, sagte einer seiner Jünger zu ihm: Meister, siehe, was für Steine, was für Bauten! Und Jesus sprach zu ihm: Siehst du diese großen Bauten? Kein Stein wird auf dem anderen bleiben, der nicht zerstört würde"* (Mark. 13.1,2).

In welche Richtung die Verwirklichung des Reiches Gottes nach Jesus geht, haben wir am Beispiel der Abschnitte über Ehe, Reichtum und Steuer gesehen. Die dort sichtbar gewordene, von Jesus vertretene gesellschaftliche Alternative (freie Beziehungen, ökonomisches System der Schenkung) erschöpft sich aber nicht in einem von der damaligen geschichtlichen Konstellation begrenzten Gegensatz, sondern diese Alternative (Reich Gottes) läuft auf den Gegensatz zu dieser Konstellation insgesamt und schließlich auf den Gegensatz zu gesellschaftlichen Herrschaftsordnungen überhaupt hinaus (Mark. 10.41-44). Weil es Jesus um diese grundsätzliche Alternative ging, konnte er sich weder den Nationalisten noch den Reformern anschließen, also auch keine Programmatik in deren Richtung entwickeln.

„Niemand näht ein Stück ungewalktes Tuch auf ein altes Kleid; sonst reißt das Flickstück einen Teil von ihm ab, das neue von dem alten, und der Riß wird schlimmer. Und niemand füllt neuen Wein in alte Schläuche; sonst wird der Wein die Schläuche zerreißen und der Wein geht zugrunde samt den Schläuchen. Sondern neuen Wein füllt man in neue Schläuche" (Mark. 2.21-22).

„Die menschlichen Ordnungen insgesamt waren für Jesus und von ihm aus gesehen zweifellos jenes alte Kleid, jene alten Schläuche, ihr Gegensatz zu dem neuen Tuch und dem neuen Wein des Reiches Gottes erstlich und letztlich unversöhnlich: wie das neue Tuch auf dem alten Kleid dieses nur ganz zerstören kann, so kann der neue Wein des Reiches Gottes, in die alten Schläuche geschüttet, nur zugrunde gehen" (Karl Barth, Theologieprofessor).

Christen und Kommunisten

Jesus sieht im Reiche Gottes diesen unversöhnlichen und befreienden Gegensatz zu den alten (Un)Ordnungen. Deshalb trat er auch für die geschilderten politischen Alternativen ein. Daß er und das von ihm verkündete Reich Gottes nicht in einem historisch bedingten und definierbaren Gegensatz sich erschöpfen (sicherlich als solcher Gestalt gewinnen), sondern daß er und das von ihm verkündete Reich Gottes d i e positive Alternative und d e n befreienden zu aller bisherigen Geschichte überhaupt konkret darstellen, das ist die Meinung der biblischen Schriftsteller und auch meine Meinung. Angedeutet und sichtbar wird diese Alternative in den Verhaltensanweisungen für die christliche Gemeinde, in der Richtung der gesellschaftspolitischen Alternativen und in der unversöhnlichen Radikalität der Kritik Jesu an den Herrschenden.

Daß er diese Alternative wirklich war, ist natürlich letztlich nicht beweisbar. Seine Jünger und die biblischen Schriftsteller könnten sich ja geirrt haben. Die Unbeweisbarkeit entscheidet aber nicht über die Unmöglichkeit. In Anbetracht dieser Differenz habe ich nicht geschrieben, daß Jesus ein Revolutionär gewesen sei. Das ist in Anbetracht der historischen Dokumente allemal beweisbar. Nicht beweisbar dagegen ist die entscheidende Aussage des Neuen Testamentes, daß er die Revolution, d.h. das Reich Gottes in Person, darstellt. Das kann allenfalls für möglich
Testamentes, daß er die Revolution, d.h. das Reich Gottes in Person, darstellt. Das kann allenfalls für möglich
oder unmöglich erachtet werden. „Beweisbar" im praktischen Sinne wird die Möglichkeit jener Alternative allenfalls durch Menschen, die unter allen historischen Bedingungen an ihrer Verwirklichung festhalten. Das ist die Aufgabe der Christen in unserer Welt. In Anbetracht der konkreten politischen Konstellationen müssen sie deshalb Kommunisten werden. Den Kommunisten bleibt es damit allemal freigestellt, auch Christen werden zu können.

Ein Pastor

P.S. In der Kommission haben wir über Wert und Nutzen der „Jesus-Diskussion" nachgedacht und auch darüber, wie die Diskussion am besten fortgeführt werden könnte. Wir bitten die Leser in Leserbriefen an uns dazu Stellung zu nehmen.

IMPRESSUM

Herausgeber – Druck – Verlag
ARBEITERKAMPF
J. Reents Verlag
Lerchenstr. 75, 2 Hamburg 50
V.i.S.d.P.: Kai Ehlers, Verlagsadr.
Auflage: 12.000
Erscheinungsweise: 14 tägig
Verkaufspreis: DM 2,00
Jahresabonnement: DM 47,50
Förderabonnement: DM 60,00

Verlagskonten:
Dresdner Bank
451 8378, J. Reents und
Postscheckkonto Hamburg
240 595, J. Reents



frauen



Klage gegen den „stern" abgeschmettert:

Frauen dürfen beleidigt werden!

Am 26. Juli wurde vom Hamburger Landgericht das Urteil in dem Prozeß gesprochen, den Alice Schwarzer, Inge Meysel und acht weitere Frauen gegen den "Stern" angestrengt hat. Die Frauen hatten erreichen wollen, daß dem "Stern" verboten wird, „sie dadurch zu beleidigen, daß auf den Titelseiten des 'Stern' ... 'Frauen als bloßes Sexualobjekt dargestellt werden".

Die Klage wurde abgewiesen, die Frauen müssen die Prozeßkosten zahlen. Die Urteilsbegründung besteht aus zwei Hauptpunkten:



I. *„Es bestehen bereits Bedenken gegen die Zulässigkeit der gestellten Klaganträge unter dem Gesichtspunkt ihrer hinreichenden Bestimmtheit ... Ein gerichtliches Verbot muß derart bestimmt sein, daß ... der Schuldner jederzeit ohne Schwierigkeit feststellen kann, was zu tun und zu unterlassen ihm verboten bzw. geboten ist"*. Gemeint ist, daß der Begrieff „Sexualobjekt" juristisch nicht hinrei-

ihm verboten bzw. geboten ist". Gemeint ist, daß der Begrieff „Sexualobjekt" juristisch nicht hinrei-

chend definierbar sei. *„Es ist eine Frage des wertenden Ermessens, genauer des jeweiligen Geschmacks und der persönlichen Einstellung zu den Erscheinungsformen des täglichen Lebens, ob eine bildliche Darstellung einer Frau diese als bloßes Sexualobjekt, dem Manne beliebig verfügbar und beherrschbar, kennzeichnet ..."*. Es bestünden *„über diese so komplexe Frage ... unterschiedliche Meinungen nebeneinander ..., von denen keine für sich allein den Anspruch auf Richtigkeit erheben könnte"*. Dies ist in der Tat ein wunder Punkt der Klage, und nicht zufällig hatten die Klägerinnen in ihren Ausführungen darauf verwiesen, daß es doch sonst auch Gummi-Paragraphen im geltenden Recht gibt, wofür sie ausgerechnet den § 131 StGB (Verherrlichung oder Verharmlosung von Gewalttaten) als Beweis anführten.

II. Die Frauen seien zu der Klage gar nicht berechtigt, denn *„die Klagebefugnis ist allgemein auf die Geltendmachung der Verletzung e i g e n e r Rechte beschränkt"*. Dies liege aber nicht vor, denn keine der auf den "STERN" -Titeln abgebildeten Frauen sehe den Klägerinnen ähnlich. *„Ein direkter Angriff auf die Persönlichkeitsrechte der Klägerinnen liegt so betrachtet unzweifelhaft nicht vor"*. (Soll man da nun lachen oder sich ärgern?).

betrachtet unzweifelhaft nicht vor". (Soll man da nun lachen oder sich ärgern?).

Die Klägerinnen würden also nicht wegen verletzter individueller Rechte klagen können, sondern nur wegen der Verletzung von Rechten der G r u p p e, der sie angehören, d.h. der Frauen. Dies sei aber nur bedingt zulässig.

Wie es scheint, wurde bisher von der bundesdeutschen Rechtssprechung ausschließlich „den" Juden das Recht zugestanden, sich nicht nur individuell, sondern auch kollektiv beleidigt fühlen zu können. Dies ist, wenn man der Urteilsbegründung des Hamburger Landgerichts gegen die 10 Frauen folgt, nur als ein Produkt der scheinheiligen „Wiedergutmachung" zu interpretieren, und keinesfalls als ein juristisch logischer Schritt. Denn „die" Juden sind ebensowenig wie „die" Frauen eine einheitlich denkende Gruppe. Der eine fühlt sich vielleicht durch Polemik gegen Israel beleidigt, während ein anderer sich im Gegenteil d a d u r c h beleidigt fühlt, daß die pro-zionistische Propaganda jeden Juden automatisch mit Israel identifiziert.

Im Falle der Frauen jedoch lehnte das Gericht die Klage ab, *„da bei den Frauen insgesamt ... ein einigermaßen übereinstimmender Bewußtseinsstand im Sinne der politischen Prämisse der Klägerinnen nicht vorausgesetzt werden kann"*. Viele Frauen würden sich nämlich durch solche Titelbilder gar nicht beleidigt fühlen...

den kann". Viele Frauen würden sich nämlich durch solche Titelbilder gar nicht beleidigt fühlen...

Unabhängig, wie man ansonsten die Klage der 10 Frauen beurteilen mag, bedeutet dieser Teil der Urteilsbegründung, daß Frauen als Gesamtheit ungestraft beschimpft und beleidigt werden dürfen. Dasselbe gilt offenbar auch beispielsweise für Schwule, Krüppel, Antifaschisten, Arbeiter usw. usf. Ein bemerkenswertes Urteil, das allerdings nur weitverbreitete Praktiken der bürgerlichen Medien absegnet.

ZÜ: Warum So schreibfaul, Genossinnen?

Im AK 133 (S.24) wurde ein ‚Offener Brief' der AG Frauen des KB/Hamburg an die 10 Klägerinnen abgedruckt. In diesem Brief wurde zwar prinzipiell eine Aktion gegen diese Art von Darstellung der Frau begrüßt, jedoch die F o r m des Vorgehens in Frage gestellt, da der Prozeß letztlich auf die Forderung nach Einführung einer generellen Zensur hinauslaufen würde. Denn gerade weil der Begriff des „Sexualobjekts" in der Tat nicht exakt definierbar ist, k ö n n t e eine Entscheidung in jedem Einzelfall überhaupt nur von den Gerichten kommen.

Was wäre passiert, wenn die zehn Frauen den Prozeß gegen den »Stern« gewonnen hätten? Dann hätte es mit 100%iger Sicherheit eine wahre Flut von Klagen gegen alle möglichen sonstigen Zeitungen (deren Titelbilder z.T. viel drastischer sind als die des „Stern") gegeben, aber auch gegen Filme, Plakate usw. usf. — Klagen wohlgemerkt, die in erster Linie nicht von fortschrittlichen, selbstbewußten Frauen gekommen wären, sondern von all den Kirchen-Schraten, CDU/CSU-Leuten, Reaktionären, Faschisten usw., die ihren „Anti-Porno" -Kreuzzug aus den 60er Jahren gern wieder aufnehmen würden.

Wegen unserer Kritik an der F o r m der Aktion der 10 Frauen (nicht am Inhalt) hat es weithin Protest bei den KB-Genossinnen gegeben. Angeführt wurde beispielsweise:

— Gegen AKW-Bauten würden wir doch auch die bürgerlichen Gerichte benutzen, was wir denn plötzlich im Fall des „Stern" dagegen hätten? Gar nichts, denn um die Frage, prinzipiell auch bürgerlich Gerichte und bürgerliches Recht zu fortschrittlichen Zwekken zu nutzen, ging es überhaupt nicht.

— Man könne die 10 Klägerinnen nicht dafür verantwortlich machen, wenn wieder schärfere Zensurmaßnahmen im Bereich sexueller Darstellungen eingeführt würden. Richtig. Trotzdem scheint es uns falsch, For-

lungen eingeführt würden. Richtig. Trotzdem scheint es uns falsch, For-

derungen aufzustellen, die letztlich in Richtung Zensur gehen.

— Wir hätten doch auch nichts dagegen, wenn beispielsweise 10 Leute gegen Nazis wegen Verherrlichung von Gewalt etc. klagen würden, obwohl wir wissen, daß derartige Gesetze in erster Linie gegen Linke angewendet werden. Falsch! Wir würden es keineswegs für gut halten, wenn jemand gegen die Nazis eine Klage anstrengt, die objektiv darauf hinauslaufen würde, dem Staatsapparat mehr Eingriffsmöglichkeiten gegen u n s zu liefern.

Hinzu kommt, daß es um den Prozeß „Stern" contra „Emma" zwar eine riesige Publicity gegeben hat, deren Hauptergebnis indessen nur eine gewisse Auflagensteigerung für beide Zeitungen gewesen sein dürfte. Tatsächlich blieb der Wirbel um den Prozeß fast nur auf der Ebene eines sehr oberflächlichen Streits stehen, ob man nun f ü r „die nackten Weiber" auf den Illustrierten ist, oder dagegen. **Der eigentliche Kern des Vorstosses der 10 Frauen, die allgemeine Behandlung der Frau als „Sexualobjekt", stand fast nirgendwo zur Debatte.** Geht es dabei doch auch auch um ein tiefverwurzeltes gesellschaftliches Problem, das mit den Illustrierten-Titel zwar seinen sichtbarsten, aber doch wohl keineswegs schlimmsten Ausdruck fndet. **Eine Änderung der Titelbilder würde g a r n i c h t s bewirken.** Oder will man behaupten, die Frau sei früher, als die Titelbilder noch nicht so viel Fleisch zeigten (die erste, damals noch sehr sparsame, „Nackte" wurde immerhin erst 1964 auf einem „Stern"-Titel gezeigt), w e n i g e r als „Sexualobjekt" behandelt worden? Und für die meisten Frauen ist sicher ihre reale, praktisch erlittene Rolle als ungleichberechtigte Person (auf den verschiedensten Gebieten) in der Familie und am Arbeitsplatz viel demütigender und drückender als die Titelseiten des „Stern". An dieser Stelle kommt vielleicht das Argument, daß Darstellungen der Frauenrolle wie beispielsweise auf solchen Illustrierten eben mit die V o r a u s s e t z u n g e n schüfen für die reale Unterdrückung der Frau im täglichen Leben. Das stimmt. Indessen bedürfte es dazu nicht unbedingt dieser Titelbilder, wie ein Blick zurück uns zeigt. Die bürgerliche Ideologie stellt eben unter allen gesellschaftlichen Bedingungen z.B. d a s Frauenbild her, an dem s i e interessiert ist. Bei den Nazis gab es – wie jetzt von mancher Seite unter Hinweis auf die „Würde der deutschen Frau.. in die Debatte geworfen wurde – gar keine nackten Frauen auf Illustrierten-Titeln.

Leider ist von den teilweise sehr

Leider ist von den teilweise sehr engagierten und empörten Diskussionen über den ‚Offenen Brief' der Hamburger AG Frauen nicht mehr in schriftlicher Form an uns gelangt als ein Leserbrief und später noch eine stellungnahme einer Genossin. Wenn derartige Widersprüche zu einem Thema des Ak toben, sollten wir es uns zur Gewohnheit machen, daß schriftliche Stellungnahmen, Diskussions-Protokolle usw. an die redaktion gehen.

Bremen:

1. Abtreibungsklinik in der BRD

Am 1. Oktober wird Pro Familia Bremen ein Beratungs- und Behandlungszentrum aufmachen, in dem auch Abtreibungen durchgeführt werden sollen (s. auch AK 133). Dieses Projekt des Vorstands von Pro Familia ist schon seit fast einem Jahr geplant — ausgehend von den schlechten Erfahrungen, die die meisten Frauen mit dem neuen § 218 machen mußten.

Das Behandlungszentrum soll ein Modell für andere Bundesländer werden, speziell auch deshalb, weil die Abtreibungen nach der Absaugmethode durchgeführt werden sollen, statt wie in allen Bremer Krankenhäusern durch Ausschabung und meistens auch Prostaglandine. Die Einrichtung des Zentrums wird erstmal von der Stimezo-Nederland getragen, das ist ein Non-Profit-Verband holländischer Abtreibungskliniken. Pro Familia hat aber beim Bund und beim Bremer Senat Gelder beantragt (75 % beim Bund und 25 % in Bremen) und der Bremer Senat hat auch schon zugesagt für den Fall, daß die Bundesregierung einwilligt. Die Verhandlungen mit der Kassenärztlichen Vereinigung — damit die Abtreibung auf Krankenschein läuft — sind noch nicht abgeschlossen.

Die Ärzte sollen in der Anwendung der Absaugmethode von Stimezo ausgebildet werden. Es sollen 2 Ärzte halbtags angestellt werden, damit sie nicht abstumpfen — Pro Familia hat an Ärztinnen mit Kindern oder Krankenhausärzte gedacht. Außerdem sollen die Ärzte auch an der Beratung, die durch Sozialpädagogen, Psychologen usw. gemacht wird, beteiligt werden, damit sie so die Probleme der Frauen besser kennenlernen.

Pro Tag sollen 5 Abtreibungen gemacht werden, außerdem werden evt. einige niedergelassene Gynäkologen ihre Patientinnen hier behandeln. Es sollen nur Abtreibungen bis zur 8. Woche gemacht werden, da — zumindest nach der 10. Woche - die Komplikationsrate angeblich stark ansteigen würde. Dadurch würde so ein Projekt gefährdet. Frauen mit älteren Schwangerschaften würde wie bisher geholfen (Vermittlung nach Holland). Frauen aus anderen Bundesländern könnten leider nicht berücksichtigt werden. Auch der Bedarf von Bremen könnte mit 5 Abtreibungen pro Tag längst nicht gedeckt werden. Das Zentrum soll aber hauptsächlich ein Modell sein, das von anderen Bundesländern nachgeahmt werden kann. Zusätzlich soll durch die zeitweise Beschäftigung der Ärzte (die dann wieder in ihre Praxen und Krankenhäuser zurückgehen) die Qualifikation der Ärzte in der Absaugmethode verbessert werden.

Als besonders wichtig sehen Gerhard Amendt und andere Mitarbeiter von Pro Familia an, daß die Abtreibung keine Massenabfertigung ist und im Zusammenhang mit einer Beratung steht, die sich tatsächlich an den Problemen der Frauen orientiert. Die vom Gesetz vorgeschriebene Zwangsberatung lehnen sie ab. Stattdessen soll den Frauen das traumatische Erlebnis des entwürdigenden Ganges von Arzt zu Arzt erspart bleiben und so die Möglichkeit gegeben werden, sich hinterher noch über Probleme der Verhütung beraten zu lassen.

Insgesamt ist das Vorhaben von Pro Familia zu begrüßen, weil es für viele Frauen eine ziemliche Erleichterung bedeuten wird. Für uns sind aber auch einige Unklarheiten und Bedenken aufgetaucht:

— 5 Abtreibungen pro Tag — das ist viel zu wenig! Wie werden die Frauen „ausgesucht", die dann tatsächlich drankommen — nach welchen Kriterien?

— Wie werden die Ärzte ausgesucht? Wer beurteilt sie?

— Da die Ärzte nur halbtags arbeiten sollen, wird es schwer sein, überhaupt jemanden zu finden.

— Warum sind bisher keine Bremer Frauengruppen angesprochen worden (speziell auch die §-218-Beratungsgruppe nicht), obwohl in dem von Pro Familia Bremen herausgegebenen Buch: »Wir wollen nicht mehr nach Holland fahren« die Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit Frauengruppen betont wird?

— Wie wird sich Pro Familia in besonders schwierigen Fällen verhalten — z. B. wenn die Schwangerschaft schon weiter fortgeschritten ist!?

Inwieweit diese Fragen gelöst werden können und diese Bedenken auszuräumen sind, bleibt abzuwarten.

AG/Frauen
KB/Gruppe Bremen

Bei einem Gespräch am 18.8.78 dementierte G. Amendt die Information, daß in der Klinik nur fünf Frauen am Tag, und dann auch nur Bremer Frauen, behandelt werden sollen. Die beiden Informationen stehen sich erst mal so entgegen, wir konnten vor Redaktionsschluß ihre Richtigkeit nicht mehr weiter überprüfen.

Achtung! Ab 1. September heißt

Duogynon „Cumorit"

Bereits seit 1971 wird in der BRD vor Schwangerschafts"tests" mit bestimmten Hormonen (bekanntestes Mittel „Duogynon" von Schering) gewarnt (arznei-telgramm 6/71). Anlaß waren Beobachtungen der Londoner Ärztin Isabel Gal, der schon vor 1967 aufgefallen war, „*daß Mütter, die mit Duogynon ihre Schwangerschaft getestet hatten, häufiger Kinder mit sogenanntem offenen Rücken (Spina bifida) oder Wasserkopf (Hydrozephalus) zur Welt brachten, als Mütter, die das Test-Hormon nicht eingenommen hatten*" (Stern, 33/78). Doch auch Herzfehler und Mißbildungen an Armen und Beinen können bei „Duogynon-Kindern" entstehen (Stern, ebenda).

In England, wo 1975 trotz aller Warnhinweise die Ärzte das Mittel noch 40.000 mal verschrieben, haben sich bereits 580 Eltern bei einer Selbsthilfe-Organisation gemeldet, um einen Prozeß gegen die Schering AG vorzubereiten.

Einige andere Länder reagierten mit einem Verbot der Hormonsubstanz, wie z. B. Australien (arznei-telegr. 4/75).

In der BRD jedoch, wo angeborene Mißbildungen überhaupt nicht statistisch erfaßt werden, wurden „**seit 1974 jährlich konstant 1,2 Millionen „Duogynon"-Dragees und Ampullen verkauft**" („Spiegel" 14.8.78). Jetzt, am 27.7.78, veröffentlicht die Bundesärztekammer den ersten ernsthaften Warnhinweis, nachdem sie vorher (1975) den Herstellern eine freiwillige Bekanntgabe „nahegelegt" hatte (Dtsch. Ärzteblatt, 30/78). Ganz nebenbei wird auch darauf hingewiesen, daß die gleichen Mißbildungsgefahren auch drohen, wenn frau die Pille versehentlich weiter nimmt und trotzdem schwanger wird oder ist.

Aber ganz will man Schering das Geschäft nicht versauen: die Duogynon-Spritzampulle (mit ähnlicher Zusammensetzung) „*wird von der Schering AG weiterhin zur Frühdiagnose der Schwangerschaft empfohlen*" (arznei-telegr. 4/75, vgl. auch „Rote Liste" vom Bundesverband der Pharmaindustrie 77/78).

In einem Kommentar zu den Warnhinweisen im dtsch. Ärzteblatt versucht ein Prof. Hammerstein die Gefahren herunterzuspielen: es bleibe „*häufig unklar, welche Steroide (= Hormone) im Einzelfalle eingenommen worden sind*", „*begrenzte Fallzahlen*", usw. Offensichtlich möchte er noch mehr - unbegrenzte - Mißbildungen sehen, um einem Verbot des Medikaments zustimmen zu können. Doch dem Professor liegt noch etwas ganz anderes auf dem Herzen: Weil das Mißbildungsrisiko seiner Ansicht nach soooo unheimlich gering sei, „**läßt sich ein Schwangerschaftsabbruch nach § 218 a 2/1** (eugenische Indikation = Gefahr für das Leben des Kindes, Anm. d. Verf.) **nicht rechtfertigen.**" (Dtsch. Ärzteblatt, ebenda, S. 1752). Dieser Zynismus ist kaum noch zu überbieten!

Herr Prof. Hammerstein ist natürlich kein Unbekannter. Als vor 2 Wochen ein Schering-Vertreter in der Tagesschau zum Duogynon-Fall nach der Begründung für die zu späten Warnhinweise seiner Firma in der BRD gefragt wurde, sagte er, man habe ein Gutachten der dtsch. Gesellschaft für Endokrinologie abwarten wollen: Zuständiger Vorsitzender ist Prof. Hammerstein! Er ist dem Schering-Konzern aber noch auf andere Weise verbunden. Er erforschte Anwendungsmöglichkeiten für die Firmenneuheit ‚Androcur', ein Antiandrogen, mit dem man unter anderem die chemische Kastration an „Sexualstraftätern" durchführt (in „Contraception" 14/76.)

Für die Zukunft hat Schering schon vorgesorgt; als – völlig sinnloses – Mittel gegen Menstruationsstörungen soll Duogynon in Cumorit umgetauft und der ganze Skandal vertuscht werden.

Wir fordern:

- **Sofortiges Verbot von Duogynon und Cumorit!**
- **Statistische Registrierung sämtlicher Mißbildungen!**
- **Rückhaltlose Aufklärung von schädlichen Arzneimittelnebenwirkungen!**

Eine Genossin und ein Genosse aus dem Gesundheitsbereich

Bayrische Bevölkerungspolitik

Der bayerische Landtag (CSU-Mehrheit) hat gegen die Stimmen der SPD-FDP-Opposition einen Gesetzesentwurf der SPD abgelehnt, der ambulante Schwangerschaftsabbrüche auch in anderen Einrichtungen als Krankenhäusern zulassen wollte. Die SPD warf der CSU vor, sie wolle den Frauen nicht helfen, die jetzt immer noch ins Ausland getrieben würden, weil es in Bayern nicht genug Krankenhaus-Betten gebe. (Bayern ist, laut Untersuchung des Statistischen Bundesamts, nach Baden-Württemberg das Bundesland mit den wenigsten Abtreibungen).

Die CSU versuchte, sich in der Ablehnung des Gesetzes als größter Kinder- und Frauenfreund herauszuputzen: durch das Gesetz solle die Tötung des ungeborenen Lebens zu einem alltäglichen Vorgang gemacht werden, außerdem sei der Schutz der Frauen in den Krankenhäusern auch besser.

Damit ist die miserable Situation in Bayern, wo die meisten (katholischen) Krankenhäuser Schwangerschaftsabbrüche prinzipiell ablehnen, weiter zementiert worden.

Nachdem Anfang des Jahres in der bayerischen Presse eine massive Kampagne unter dem Motto „Bayern stirbt aus" von der CSU angezettelt worden war, hat der bayerische Landtag jetzt eine entscheidende Maßnahme gegen diese Entwicklung ergriffen: die Einführung eines Familiendarlehens!

Bei der Eheschließung kann ein sogenanntes Heiratsdarlehn von 5000 DM beantragt werden. Der gleiche Betrag wird noch einmal bei der Geburt des ersten Kindes zur Verfügung gestellt.

Die Darlehnsschuld verringert sich beim 1. Kind um 1500 DM, beim 2. Kind um 2000 DM, beim 3. Kind und bei jedem weiteren um 2500 DM. Zu gut deutsch heißt das: mit dem Zeugen von 5 Kindern kann man diesen Kredit vollständig „abbezahlen".

Das ist zugleich eine gezielte Maßnahme, um die „Keimzelle Familie" wieder aufzupolieren. Folgende Bedingungen nämlich sind an die Vergabe dieses Kredits geknüpft:

— das Heiratsdarlehn und die vollen Beträge für die Kinder stehen nur verheirateten Paaren zu, die beide nicht älter als 35 Jahre sein dürfen.

— Wenigstens einer der Ehepartner muß DEUTSCHER sein — eine klare Diskriminierung der ausländischen Kolleginnen und Kollegen.

— unverheiratete Mütter sind nur bei ihrem ersten Kind antragsberechtigt.

Ledige Mütter mit mehreren Kindern, Mütter, die von ihrem Mann geschieden sind oder von ihm getrennt leben, haben nichts zu erwarten.

Der bayrische Minister für Arbeit und Sozialordnung, Pirkl, hatte bereits im April bei einer Feier des ‚Familienbundes der deutschen Katholiken' festgestellt, daß die Familie „gefährdet wie niemals zuvor" sei. Dies liege seiner Meinung nach sehr stark auch an der „politischen und ideologisch bewußt verbreiteten Meinung, daß anstelle der Familie das menschliche Zusammenleben auch in ehe- und familienähnlichen Formen erfolgen kann" („Nürnberger Nachrichten", 10.4.).

Unter diesen Voraussetzungen dürften auch die mageren 5000 DM, die der bayerische „Frei"staat ledigen Müttern zur Verfügung stellen will, vor allem dazu da sein, diese Frauen von einer Abtreibung abzuhalten.



KB/Gruppe Nürnberg

Ergänzung zu Angelika Ebbinghaus' „Offenen Brief an die Courage"
Von P.P. Zahl
Leider ist die Hetze von Meo Hellriegel-Rentzel im Juni-Heft der (Sans-) „Courage" noch schlimmer gewesen, als von Angelika angenommen:
1. Hintermann der „Geschichte vom schweinischen Revoluzzer im Knast mit den barfüßigen Kindern"
3. Grotesk wird die Geschichte, wenn sie in völlig verlogener Weise Dinge kolportiert, die s i e b e n Jahre zurückliegen (seit mehr als fünfeinhalb Jahren sind Urte Zahl-Wienen und P.P.Z. geschieden); wird sie, wenn nicht erzählt wird, daß die Trennung von U r t e ausging. Im Herbst 1971. P.P. aber wurde erst im Sommer 1972 in den „Untergrund"
aufgefordert, „Kaffee zu kochen"; da gibt es keine barfüßigen Revoluzzerkinder, sondern eine Frau, die so gut verdient wie in all den Jahren mit P.P. Zahl nicht – und mehr als DM 500,– Klimpergeld im Monat hat, daß sie, nach eigenem Bekunden, „gar nicht weiß, wohin damit" –
Da wird, in einem Wort, n i c h t „beschrieben und kommentiert",

frau die Pille versehentlich weiter nimmt und trotzdem schwanger wird oder ist.
Aber ganz will man Schering das Geschäft nicht versauen: die Duogynon-Spritzampulle (mit ähnlicher Zusammensetzung) „wird von der Schering AG weiterhin zur Frühdiagnose der Schwangerschaft empfohlen" (arznei-telegr. 4/75, vgl. auch „Rote Liste" vom Bundesverband der Pharmaindustrie 77/78).
In einem Kommentar zu den Warnhinweisen im dtsch. Ärzteblatt
umgetauft und der ganze Skandal vertuscht werden.
Wir fordern:
– Sofortiges Verbot von Duogynon und Cumorit!
– Statistische Registrierung sämtlicher Mißbildungen!
– Rückhaltlose Aufklärung von schädlichen Arzneimittelnebenwirkungen!
Eine Genossin und ein Genosse aus dem Gesundheitsbereich



Janine Waterworth (8 Jahre) wurde mit einem Fuß geboren, der wie eine Hand aussah. In drei Operationen haben die Ärzte ihr zwar wieder einen Fuß modelliert, aber er ist drei Schuhnummern kleiner. Janine ist eines der Opfer des Schehring-Konzerns!

Ergänzung zu Angelika Ebbinghaus' „Offenen Brief an die Courage"

Von P.P. Zahl

Leider ist die Hetze von Meo Hellriegel-Rentzel im Juni-Heft der (Sans-) „Courage" noch schlimmer gewesen, als von Angelika angenommen:

1. Hintermann der „Geschichte vom schweinischen Revoluzzer im Knast mit den barfüßigen Kindern" ist – Klaus E s c h e n , P.P. Zahls geschaßter Ex-Anwalt. Geschaßt, weil er schlecht bzw. überhaupt nicht verteidigt, jahrelang nichts gegen Isolationshaft, Terror, Zensur gemacht hatte. Selbst der Titel des Artikels stammt von Eschen.

2. Als Aufhänger der angeblichen PPZ-Geschichte dient eine Alimentensache. Die nicht stimmt, gezinkt ist. P.P. Zahl „verdiente" nachweislich DM 9.532,– in viereinhalb Jahren – d.h., DM 188,– im Monat. Davon erhielt seine geschiedene Frau DM 2.000,–. Der Rest wurde mit Einkauf in vier Jahren U-Haft, für Brillen, Ärzte, Schreibwaren etc. „verpraßt". Dazu schoß seine Mutter ca. 2.000,– DM zu ...

Erst ab 1977 begann PPZ – z. Teil aufgrund der guten PR durch den Staatsschutz – zu verdienen. Pünktlich wird die von Urtes Anwalt, Urte und P.P.'s Anwalt vereinbarte Unterhaltssumme überwiesen ...

3. Grotesk wird die Geschichte, wenn sie in völlig verlogener Weise Dinge kolportiert, die s i e b e n Jahre zurückliegen (seit mehr als fünfeinhalb Jahren sind Urte Zahl-Wienen und P.P.Z. geschieden); wird sie, wenn nicht erzählt wird, daß die Trennung von U r t e ausging. Im Herbst 1971. P.P. aber wurde erst im Sommer 1972 in den „Untergrund" gezwungen. Als die Trennung schon längst vollzogen war.

4. Verbrecherisch wird die Geschichte in „Courage", wenn kolportiert wird, die Kinder seien für Zahl „nicht vorhanden" gewesen. Er hatte bei der Trennung die Kinder mitnehmen wollen. Weil dies für die Kinder besser gewesen wäre. Urtes und P.P.'s Freunde, Genossinnen etc. darauf hin: „Dann flippt Urte aus". (Sie war schon 1966 zum ersten Mal „ausgeflippt" – und keineswegs aus Eifersucht oder „wegen P.P."). Urte: „Dann bringe ich mich um".

P.P. „ließ" ihr die Kinder. Und die Druckerei, die größtenteils er aufgebaut hatte. Und die Wohnung.

Urte „flippte" dennoch aus. Und versuchte, „sich umzubringen". Jahre später.

5. Da wurde keine „schwangere Frau verlassen"; da wurde keine Offenlegung der Einkünfte verweigert; da wurde keine Frau vom Brutalo aufgefordert, „Kaffee zu kochen"; da gibt es keine barfüßigen Revoluzzerkinder, sondern eine Frau, die so gut verdient wie in all den Jahren mit P.P. Zahl nicht – und mehr als DM 500,– Klimpergeld im Monat hat, daß sie, nach eigenem Bekunden, „gar nicht weiß, wohin damit" –

Da wird, in einem Wort, n i c h t „beschrieben und kommentiert", sondern schlicht gelogen, gehetzt, verblödet. Da dient der im linken Getto einigermaßen bekannte Name PPZ's nur dazu, den Popanz von „Männerpolitik" herzustellen, um ihn umso besser abschießen zu können.

Ein Artikel wie der in der „Courage" über die „linke Ehe mit zwei Kindern" (die sieben Jahre zuvor in d e r Form nicht einmal zuendeging) könnte aus Herolds Stab stammen. Vielleicht war er's auch. Dumm genug gestrickt war er jedenfalls – Wie jener, der Ende Juli 1978 auf einmal berichtet, in einem Berlin-Kreuzberger Keller seien „falsche Papiere aufgetaucht, die auf den Schriftsteller P.P. Zahl h i n d e u t e n". W e r deutet denn da? Und wer legte die Papiere dorthin? P.P. Zahl jedenfalls nicht ...

8.8.78

ppz

Leserbrief zum »Interview mit einer schwulen Frau«

Ich möchte vorweg sagen, daß ich sehr erfreut war, endlich auch mal im „Arbeiterkampf" etwas zu diesem Thema zu lesen. Leider ist diese Frage (schwule Frauen) bislang lediglich Diskussionsthema in der feministischen Frauenbewegung, während es bei uns scheinbar keine schwulen Frauen gibt. Da stellt sich natürlich die Frage, ob es tatsächlich so ist (z.B. sind ja damals bei der Auseinandersetzung um Alice Schwarzer viele schwule Frauen ins feministische Lager übergewechselt), oder ob es nicht auch bei uns schwule Frauen gibt, die das aber bisher mit sich alleine abgemacht haben, bzw. in einem sehr begrenzten und privaten Rahmen. Letzteres trifft z.B. für mich zu.

Aber warum? Mann/Frau muß sich erstmal, glaube ich, klar machen, was es für eine Frau heißt, zu erkennen und zu akzeptieren, daß sie schwul ist. Zum ersten befindet sich die Frau in einer Situation, wo sie fast überall, ständig und auf allen Ebenen um ihre Rechte und für ihre Gleichberechtigung kämpfen muß, sei es der § 218, am Arbeitsplatz, um einen gerechten Lohn, oder sei es auch ganz privat erstmal, z.B. in der Beziehung. Das ist Fakt, und es bedeutet schon sehr viel, wenn die Frauen hier ihre Ängste ablegen, offensiv auftreten und anfangen zu kämpfen. Dies gilt für alle Frauen. Aber für die schwule Frau kommt noch hinzu, daß sie sich gegen zusätzliche Repression und Vorurteile wehren muß. Das fängt damit an, daß die schwule Frau für sich selber erstmal ihr Schwulsein akzeptieren muß, und das, obwohl ihr ganz andere Sachen anerzogen worden sind: Normal sei eine Beziehung zwischen Mann und Frau, unnormal sei eine Beziehung zwischen Frau und Frau oder Mann und Mann; also ist Frau, wenn sie schwul ist, unnormal oder krank. Dies ist der erste Schritt, daß Frau eben für sich selber die Homosexualität akzeptiert, als was Normales ansieht. Das zweite ist: was fängt Frau jetzt damit an? (Das gleiche gilt m.E. für einen schwulen Mann). Der Kreis, wo sie andere schwule Frauen kennenlernen kann, ist sehr begrenzt. Entweder sie geht in die Subkultur oder aber, wenn sie das nicht will, stellt sie ihre Bedürfnisse und Wünsche in die ‚Ecke'. Eine andere Alternative hat die schwule Frau bisher nicht.

Leider gibt es hier in der BRD keine Lesbenbewegung; und die Lesbengruppen, die es gibt, fahren ziemlich auf Selbsterfahrung ab; die, die Öffentlichkeitsarbeit machen, vertreten politische Standpunkte, die ich nicht richtig finde. (...)

Eine Frau, die Feminismus als Theorie und Lesbischsein als Praxis inhaltlich nicht richtig findet, steht in der Tat erstmal alleine da. Ich glaube, wir müssen uns da auch ganz einfach die Frage stellen, ob wir bislang hier nicht die politische Auseinandersetzung haben unter den Tisch fallen lassen und somit auch radikal-feministischen Standpunkten und Strömungen freien Lauf gelassen haben.

Ich mein schon, daß schwule Frauen auch eine andere politische Alternative haben, als sich ins feministische Lager abzusetzen. Nur setzt das voraus, daß wir in die Diskussion einsteigen, und das will ich eigentlich mit diesem Leserbrief erreichen. Und dazu noch eine Frage: gibt es im KB eigentlich keine schwulen Genossinnen? Vielleicht sollten die sich erstmal treffen!

Eine Genossin aus Hamburg-Altona

Neue Frauenfilme

Wir wollen mit der heutigen Besprechung dreier, ziemlich unterschiedlicher Frauenfilme den Anfang machen, regelmäßig neu erschienene Filme zum Frauenthema vorzustellen. Frauenfilme sind für uns nicht nur Filme von weiblichen Regisseuren, sie können auch von Männern zum Thema gedreht worden sein. Weiterhin ist es uns durchaus bewußt, daß unsere Kritiken, auch wenn sie kollektiven Diskussionsprozessen entstammen, subjektiv und parteilich sind. Die bürgerlichen Feuilleton-Beiträge sind es auch. Sie tun nur so, als stünden sie im objektiven Raum. Wir wollen uns bemühen, im Gegensatz zur bürgerlichen Kulturkritik, die sich nach dem Schriftsteller Martin Walser (im „Stern" Nr. 29/78) immer mehr im „reinen Kunstraum" abspielt, die gesehenen Filme mit unseren Erfahrungen und politischen Auffassungen zu konfrontieren. D.h. unsere Kritik soll überprüfbar und beantwortbar werden. Dies verstehen wir auch als Aufforderung, uns Stellungnahmen bzw. eigene Filmbesprechungen zu schicken!

Redupers – Die allseitig reduzierte Persönlichkeit von Helke Sander aus Westberlin und **Das zweite Erwachen** nach der Autobiographie Margit Czenkis, von Margarete von Trotta und Luisa Francia gedreht, sind zwei Filme, die schon seit längerem in den Kinos immer wieder gezeigt werden. Beide wurden auf den diesjährigen Berliner Filmfestspielen uraufgeführt, und haben in der Presse ein vielfältiges und sehr kontroverses Echo gefunden. **Eine entheiratete Frau** läuft in den meisten Städten jetzt erst an.

Das zweite Erwachen

Die Kindergärtnerin Christa Klages überfällt mit einem Freund eine Bank, um den Kinderladen, in dem sie arbeiten, weiter finanzieren zu können. Also ein soziales Motiv, das nachvollzogen werden kann, und eine starke Frau, die man in ihrer Unbekümmertheit zu Anfang ein wenig bewundert. „*Aber sie hat ein falsches Verständnis davon, was Stärke ist, wo und wie sie notwendig ist*" (Trotta). Das ist das Leitmotiv eines Erkenntnis- und Handlungsprozesses, der Gegenstand des Films ist. Christa befindet sich mit Werner auf der Flucht vor der Polizei, als der dazu auserkorene linksliberale Landpastor das gestohlene Geld nicht durch die Kirche an den Kinderladen überweisen will, wie sie es sich so schön ausgedacht hatten. Von nun an gehetzt durch die Bundesrepublik, immer auf der Suche nach einer Möglichkeit, wie das Geld doch noch an die richtige Adresse kommen könnte, verändert sich das Leben Christas und Werners zusehends. Bei alten Freunden und Bekannten können sie sich nur kurz aufhalten, um sie nicht zu gefährden. Als die Polizei bei einem vermeintlichen Autodiebstahl Werner auf der Straße erschießt, beginnt für Christa auch noch die Einsamkeit im Ausgeschlossensein.



Das zweite Erwachen

Die Weigerung der anderen im Kinderladen, ihr Geld anzunehmen, läßt sie nahezu verzweifeln. Dazu kommt die zwangsweise immer länger währende Trennung von ihrer Tochter, an der sie sehr hängt. Fast völlig entmutigt fährt sie nach Portugal, um dort auf einer Landkooperative zu arbeiten — das Geld in der Reisetasche immer bei sich. Sie fühlt sich zum ersten Mal wieder wohl und blüht auf. Aber als die Leute dort entdecken, was sie für eine Geschichte gedreht hat, wird sie rausgeworfen. Sie kehrt allein in ein total kahles Appartement in München zurück, darf sich ja nirgendwo sehen lassen, hält es aber nicht aus und wird vor dem Kinderladen geschnappt. Und nun kommt das leider unrealistische, aber ermutigende Ende: Bei der gegenüberstellung erkennt die Bankangestellte, die als Geisel kurze Zeit in der Hand der „Banklady" war, absichtlich Christa nicht wieder. Sie hat inzwischen, zunächst voller Neugier auf der Spur der Bankräuberin, deren Lebensverhältnisse und Arbeitsstelle (Kinderladen) kennengelernt und einen Entwicklungsprozeß durchgemacht, der es ihr verbietet, Christa auszuliefern. Aber nicht nur sie, auch andere Personen, die mit der jungen Frau auf der Flucht in Kontakt kamen, haben ihr Leben infrage gestellt und ansatzweise verändert. So hat sich der junge Pastor in Christa verliebt und kümmert sich wenigstens um ihre Tochter. Eine alte Schulfreundin erkennt durch Christas und Werners Besuch, daß ihr Leben mit einem Bundeswehroffizier eine ziemliche Lüge ist und bricht mit ihm. Sie hilft Christa bei der Flucht und besucht sie später in Portugal.

„*Die optimistischen Zwischentöne, die 'Mut machen für das eigene Handeln am nächsten Tag, entstehen durch die Beschreibung von Menschen, die aus vorgestanzten Verhaltensregeln ausbrechen, weil sie sich in ihnen nicht mehr wohlfühlen. Die Stärke, die sie dabei entwickeln, das ist nicht die Faust mit der sich Humphrey Bogart durch den kapitalistischen Dschungel schlägt, und doch ist sie ihm überlegen. Und dieses Interesse am Menschen, die sich ändern in einer kurzen, für uns alle wahrnehmbaren Zeit, bestimmt die Proportionen des Films.* [...] *Daß der Prozeß des Veränderns in Wirklichkeit vielschichtiger und schwieriger ist, kann das verheißende Moment nicht reduzieren. Der Film lebt aus der Wahrnehmung, daß der Wunsch nach Menschlichkeit und die kraft, die dieser Wunsch freisetzt, sich verbindet mit dem Erwachen zu politischer Vernunft, und daß beides voneinander nicht zu trennen ist. Trotz und weil diese Erfahrung in der Realität nur so selten gelingt.*" („radikal" Nr. 39/78, S. 7). Dem ist nichts hinzuzufügen!

Redupers

Helke Sanders ist in der Westberliner Frauenbewegung aktiv und Herausgeberin der feministischen Zeitschrift „Frauen und Film" im Rotbuch-Verlag. Ihr erster eigener Kinofilm — sie hat schon viele gedreht, die nicht angenommen wurden — befaßt sich mit der Wirklichkeit einer Frau in Westberlin, die Fotografin und Mutter einer kleinen Tochter ist. Bestimmt wird ihr Leben durch die unverschämt schlecht bezahlte und meist uninteressante Arbeit, am Rande durch die nicht stillbaren Wünsche des Kindes, die sich für sie nur als Anforderung niederschlagen, und durch eine Frauengruppe von Fotografinnen, die sich niederschlagen, und durch eine Frauengruppe von Fotografinnen, die sich als Teilnehmerinnen eines Fotowettbewerbs über Westberlin versuchen. Die Geschichte ist augenscheinlich ein Stück Autobiographie von Helke Sander, ein Stück Realität von berufstätigen Müttern im tristesten Teil von Westberlin. Aber sie ist nur ein Stück davon. Nur die Gehetztheit, Verhärtung, Glücklosigkeit und Nicht-Bestätigung, die erfahren wird. Der andere Teil, den viele Frauen erwartet haben — die Wünsche, Hoffnungen, Vorstellungen vom Eigentlichen, und die Ansätze von Verständnis in einer Frauengruppe, oder Zärtlichkeit zwischen ihr und der Tochter bleiben völlig ausgespart.

Und das macht das unangenehm Dogmatische des Inhalts aus, das sich auch in der Form niederschlägt: Wir sollen nur Trostloses in den Handlungen und die Stadt nur grau und feindlich sehen, damit ja keiner auf falsche Gedanken kommt! Das ist trostloser als die Wirklichkeit und führt zu der Reaktion, daß man nicht auf die Umstände, sondern auf die Darstellerin und Filmerin sauer wird. Für viele Frauen sind die Erfahrungen und Stimmungen von Edda, der Hauptfigur, überhaupt nicht nachvollziehbar, sie lösen keine Betroffenheit aus. Konsequenzlosigkeit und Unabänderlichkeit sind die Hauptkennzeichen der abgefilmten Wirklichkeit in diesem Film. Hier wird eine geschlossene Theorie in Filmmaterial umgesetzt, hat man den Eindruck. Die Lebendigkeit, die in Trottas Film zum Nachdenken und drüber Reden anregt, fehlt diesem Film total. Nun, man kann sagen, das war auch nicht sein Ziel, aber was denn dann?

Es ist richtig, uns nützen keine immer nur optimistischen Frauenfilme, wir schreien 'nicht nach der „richtigen Perspektive" wie oftmals in der DDR oder unter einigen Feministinnen — aber selbst bei tragischen, harte Erfahrungen schildernden Frauenfilmen (wie etwa „Julia") gibt es eine sich gegen die Verhältnisse sperrende Frauensolidrität, gibt es eine nicht klebrige Zärtlichkeit, den Hoffnungsschimmer eines besseren Lebens, den wir manchmal spüren und auch als Realität in Filmen schon jetzt verlangen können.

Fazit: Der Film nützt niemand außer denen, die es so treffend finden wie die Westberliner und Berliner Realitäten sich gleichen. Auf diesen Punkt heben denn auch Feuilletonschreiber einschließlich der „KPD"-nahen „Spuren.. voll des Lobes ab!

Eine entheiratete Frau

ist von der Mache her ein typisches Hollywood-Produkt. Er spielt im gesättigten Milieu New Yorks: Börsenmakler, Galeristin, Kunstmaler und ein nettes Appartement im 15. Stock. Er fängt an wie eine übliche oberflächliche Hollywood-Story, entwikkelt sich jedoch zu einer (wenn auch individuellen und privilegierten) Emanzipationsgeschichte einer etwa 40jährigen Ehefrau und Mutter.

Ihr Mann eröffnet Erica eines Tages unter Tränen auf der Straße (etwas hergeholt!), daß er nun schon seit einem Jahr eine andere Frau liebe und mit dieser auch leben wolle. Schlagartig folgt die Trennung, kein großes Zögern, Erica entledigt sich der Erinnerungsstücke und versucht, ohne ihn klarzukommen. Zuerst ist sie völlig am Boden, auch das Damenkränzchen kann ihr da nicht helfen mit den Abenteuergeschichten der anderen Midlife-Frauen. Erica geht, wie in den USA sehr üblich, zu einer Psychiaterin. Diese, selbst geschieden, rät ihr zu verstärktem Umgang mit anderen Menschen, auf keinen Fall sich zurückzuziehen. Sie muntert sie zudem auf, es doch noch einmal mit einem Mann zu versuchen. Erica schluckt bei dem Gedanken und verzieht angeekelt das Gesicht, stürzt sich dann aber in zwei kurze, von ihrer Seite auch lieblose Bettabenteuer. Hierbei legt sie gleich zu Anfang ihr rein sexuelles Interesse offen. Die Männer sind ganz schön perplex, denn — wie so oft andersherum im Leben — empfinden sie mehr für die sehr jung gebliebene, natürliche Frau. Und das ist wohl auch der Moment, wo empörte Männer das Kino verlassen, und, wenn sie zu den galanteren gehören, ihre Frauen nach der Vorstellung im Foyer wieder einsammeln. „Na, heute kannst du dann ja mal die Rechnung bezahlen", so oder ähnlich lautet öfter deutlich vernehmbar und sichtlich verstimmt der Kommentar auf dem Weg zum nächsten Restaurant. Anstatt über die Verunsicherung zu reden! So kommt es denn auch, daß man bei diesem Film mehr ältere Frauen in Gruppen sieht als sonst. Ein ganzer Frauenkegelclub saß sogar vor uns!

ganzer Frauenkegelclub saß sogar vor uns!

Doch zurück zum Inhalt: Das Rumbumsen als scheinbare Befreiung nimmt schnell sein Ende. Erica fühlt sich leer und beschissen. Der Maler, mit dem sie schlief, hat sich ernsthaft in sie verliebt — und jetzt beginnt erst der eigentliche Teil der Geschichte. (Männer sollten unbedingt versuchen, bis hierher auszuharren, denn jetzt fängt der Lernprozeß für beide Teile an!) Erica entwickelt trotz steigender Zuneigung zu dem Mann Selbstbewußtsein und Eigenständigkeit. Die Arbeit in einer Galerie und das gute Verhältnis zur Tochter tragen dazu mehr bei als die „Damenrunde", die eher hinderlich ist. Es wird gezeigt, wie die alten Selbstverständlichkeiten in der Mann-Frau-Beziehung infrage gestellt werden — und zwar durch sie: Warum soll gerade sie ihren Job aufgeben, nur weil er im Sommer in seinem Landhaus nicht ohne sie sein kann? Sie liebt ihn, und gibt trotzdem nicht wie früher ihr eigenes Leben für einen Mann auf. Er schluckt's nach anfänglichem Wutausbruch und schenkt ihr bei der Abreise zur Überbrückung einen seinen gemalten Abstrakt-Schinken.

Der Film ist, obwohl im etwas glimmerigen Milieu spielend, wichtig für Frauen in, vor und aus Ehen. Vielleicht ist er sogar deshalb für viele Frauen ansprechend, weil er den Sehgewohnheiten (Hollywood im Fernsehen) entspricht, und trotzdem über die hervorgerufene Identifikation Sichtweisen außerhalb des Kinos verändern kann. Der Film macht durchaus Mut für Frauen, die in plötzlichen Umbruchsituationen auf eigenen Füßen stehen müssen und solche, die mit Männern neue Beziehungen erproben. Deshalb gibt es auch ein anderes Happyend, als der Anfang vermuten läßt.

Eine Genossin der Kulturkommission

Kontaktadressen des KB

Redaktion und Verlag
Lerchenstraße 75
2000 Hamburg 50
Telefon Verlag: 43 53 06
Telefon Redaktion: 439 59 02

Sozialistischer Studentenbund
Büro
Schlüterstraße 4
2000 Hamburg 13
Telefon: 44 98 14

Schleswig/Holstein

Flensburg
Peter Petersen
Postlagerkarte 098245 A
239 Flensburg

Geestacht
Postlagerkarte 02/2054 Geestacht
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr vor Herti

Kappeln
Dagmar Schneider
Postlagernd
234 Kappeln

Kiel
H. Lankau
Postlagerkarte 09 88 93 A
2300 Kiel 1
Jeden Mittwoch von 11 bis 14 Uhr Büchertisch Universität/Mensa
Jeden Freitrag von 16 bis 18 Uhr und jeden Samstag von 10 bis 12 Uhr Holstenstraße zwischen „Kieler Nachrichten" und Buchladen „Montanus"

Lübeck
ARBEITERKAMPF -Vertriebsbüro
Mühlenstraße 39
24 Lübeck 1

Mölln/Ratzeburg
M. Below
Postfach 1111
241 Mölln

Ost-Holstein (Eutin, Plön, Malente)
H. Lankau
Postlagerkarte A 022 854
242 Eutin
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr am Markt/ Peterstraße in Eutin

Pinneberg/Steinburg
Postlagerkarte A 022 926
208 Pinneberg

Reinbek
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
Kaufzentrum Reinbek/West

Bremen

Bremerhaven
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
Poststr. 14
285 Bremerhaven
Bürostunde nur noch Freitag 16.30 bis 19.00 Uhr (nicht mehr Mittwochs)

Wilhelmshaven
Samstags in der Marktstraße
AK-Verkauf zwischen 11.00 und 13.00 Uhr

Bremen

Bremen
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
Am Schwarzen Meer 162
2800 Bremen 1
Tel.: 44 36 74

Niedersachsen

Braunschweig
Postlagerkarte 081 378
33 Braunschweig
Verkauf jeden Sonnabend 11 - 13 Uhr, Kohlmarkt

Cuxhaven
Verkauf jeden Sonnabend 10 bis 12 Uhr vor Karstadt
Nordersteinstraße

Emden
Postlagerkarte 0 674 58 A
297 Emden

Göttingen
Buchladen Rote Straße
Rote Straße 10 z.Hd. KB
34 Göttingen

Hannover
V. Campen
Postfach 1262
3 Hannover 1

Hildesheim
Postlagerkarte A 019 084
32 Hildesheim
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr Fußgängerzone/Hoher Weg

Lüneburg
Postlagerkarte A 017 890
314 Lüneburg
Sonnabend Bächerstr.
11 bis 13 Uhr

Stade
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr am Pferdemarkt

Weser-Ems-Gebiet
Postlagerkarte 070 178 A
29 Oldenburg

Wolfsburg
Verkauf jeden Sonnabend
11 bis 13 Uhr, Kaufhofpassage

Rheinland-Pfalz

Südpfalz
G. Wißmeier
Postfach 22
6748 Bad Bergzabern

Nordrhein-Westfalen

Bielefeld
J. Reents-Vertriebsbüro
Buddestr. 19 (Ecke Maybachstr.)
48 Bielefeld
Öffentl. Bürostunden Fr. von 17 bis 19 Uhr

Bochum
Postlagerkarte A 056 011
463 Bochum
Jeden Sonnabend von 10 bis 13 Uhr Kortumstr./Innenstadt
Jeden Di/Mi/Do von 12 bis 14 Uhr Uni/Mensa

Bonn
Dienstag 12 bis 14 Uhr
Mensa Nasserstraße
Sonnabends 10.30 bis 12.30 Uhr
Münsterplatz

Duisburg
Postlagerkarte 080 190 A
41 Duisburg

Essen
jeden Donnerstag von 11 bis 14 Uhr
Gesamthochschule Essen

Kamen
Jeden Samstag von 10 bis 13 Uhr
Mittwochs von 16.30 bis 18 Uhr in der Einkaufsstraße

Mönchengladbach 2
Postlagerkarte A 0067 45
4050 Mönchengladbach
Verkauf jeden Sonnabend von 11 bis 13 Uhr im Rheydt (Fußgängerzone)

Köln
Jeden Dienstag und Mittwoch von 12 bis 14 Uhr Büchertisch in der Zentralmensa der Uni Köln, Zülpicherstraße

Hessen

Darmstadt
Edwin Herrmann
Am Eichbaumeck 52
61 Darmstadt

Frankfurt
J. Reents-Vertriebsbüro
S. Lissner
Koselstr. 37
6 Frankfurt
Tel.: 0611/599 701

Kassel
R. Gehring
Kirchweg 64
3500 Kassel

Baden-Württemberg

Freiburg
Buchladen Jos. Fritz (c/o KB)
Wilhelmstraße 15
78 Freiburg
Tel.: 26 877
Dienstags von 17 bis 18 Uhr

Heidelberg
AK-Lesekreis jeden Montag und Büchertisch jeden Mittwoch (Altstadt/Mensa) Kontakt über Postlagerkarte 080845B

Karlsruhe
Heidi Zorn

Karlsruhe
Heidi Zorn
Humboldtstr. 13
75 Karlsruhe

Pforzheim
Zentrum Salierstr. 59
Jeden Freitag von 16 bis 17.30 Uhr Leopoldplatz

Stuttgart
Postlagerkarte 924 B
7000 Stuttgart 1

Bayern

Bamberg
Verkauf jeden Sonnabend
11 bis 12,30 Uhr
Einkaufszentrum vor Herti

Erlangen
Verkauf jeden Mittwoch
12 bis 13.30 Uhr Uni/Mensa
Langemarck-Platz 4

Fürth
Verkauf jeden Sonnabend
10 bis 12 Uhr/Fußgängerzone

Landshut
Postlagerkarte A 04 11 81
83 Landshut
Verkauf jeden Sonnabend 10 bis 12 Uhr
Altstadt vorm Oberpaur

München
Postlagerkarte 07 19 10 A
jeden Mi 11 bis 13 Uhr Mensa

Nürnberg
P. Tröstler
Postfach 150 472
8500 Nürnberg
Verkauf jeden Sonnabend 11 bis 12 Uhr
Breite Gasse, Kaufhof

Regensburg
Verkauf jeden Donnerstag
11.30 bis 13.30 Uhr Uni/Mensa

Westberlin

Andy Radke
1 Berlin 12
Postlagerkarte 006 120 E



Kinder



Erziehen wir unsere Kinder zur Solidarität mit ihren ausländischen Freunden!

„Man könnte den Zuzug ja von einer Kastration oder Sterilisation abhängig machen" („Zeit", 12.5.78).

Diese Überlegungen sind nicht — wie zu vermuten — über 40 Jahre alt, als „Fremdarbeiter" ins Nazi-Reich verschleppt wurden. Sie stammen aus dem Jahr 1978 von einem Bürokraten des Bonner Arbeitsministeriums und gelten den *„überwiegend im gebärfähigen Alter stehenden Frauen"* ausländischer Arbeiter, die mit ihren Familien in der BRD zusammenleben wollen.

Der westdeutsche Imperialismus hat ausländische Arbeiter ins Land geholt, um ihre Arbeitskraft auszubeuten. Gekommen sind nicht nur Arbeitskräfte, sondern Menschen, die mit ihren Familien zusammenleben wollen, die Kinder haben . . .

Die Situation der Familien und insbesondere der Kinder ausländischer Arbeiter macht deutlich, wie der westdeutsche Imperialismus seine „Untermenschen" — die in seiner Logik genauso existieren wie in der des Nazifaschismus — behandelt.

„Zustände wie in Indien vermeiden ..." (Bonner Ausländerexperte in „Zeit" s.o.)

(Bonner Ausländerexperte in „Zeit" s.o.)

Die meisten der mehr als 1 Million ausländischer Kinder in der Bundesrepublik sind hier aufgewachsen oder gar hier geboren.

42 % dieser jungen Ausländer sind bis zu 6 Jahren alt, 22 % bis zu 11 Jahre, 16 % bis 16 Jahre, 21 % bis 21 Jahre. (Zahlen nach Päd. ex. 18/76 und „Musik für Junge Leute", 13.7.78)

Diese Zahlen sind in den letzten vier Jahren trotz Anwerbestopp und Erschwerung bei der Verlängerung von Aufenthaltsgenehmigungen für ausländische Arbeiter bei einer in etwa konstant gebliebenen Rückwanderungsquote von ca. 15 % gestiegen. Und sie werden weiter steigen. (nach päd. ex. s. o.)

Von den verheirateten Ausländern, die legal in der BRD arbeiten, hat noch fast jeder zweite seine Familie in der Heimat — insgesamt 1,4 Mio. Mütter und Kinder warten darauf, zusammenzuleben.

Die weitaus stärkste Gruppe unter den Ausländerkindern sind die 350.000 türkischen Kinder; gefolgt von italienischen, griechischen, jugoslavischen und spanischen Kindern. Jährlich werden etwa 130.000 Kinder ausländischer Familien geboren. Schon jetzt ist jedes dritte neugeborene Kind in der BRD ein Ausländer kind (nach „Musik . . .").

60 % der ausländischen Kinder leben in den Ballungsgebieten München, Stuttgart, Nürnberg, Rhein-Main, Rhein Neckar, Rhein-Ruhr, Hannover, Bremen, Hamburg und Westberlin. In diesen Gebieten sind etwa 30—40 % der Schulanfänger Ausländer. (nach „Frankf. Rundschau"/FR, 15.6.78).

Und ihre Lage ist noch schlimmer als die der westdeutschen Arbeiterkinder: Als ausländische Arbeiterkinder werden sie nicht nur wegen ihrer Klassenzugehörigkeit im alltäglichen Leben, in der Schule unterdrückt; auf ihnen lastet auch die besonders große Ausländerfeindlichkeit und Ausländerhetze dieses Landes, die Unterdrückung ihrer Kultur und Lebensgewohnheiten.

Hunde haben es da besser

Die übergroße Mehrzahl ausländischer Arbeiterkinder wächst auf in menschenunwürdigen Wohnverhältnissen. Sie trifft die Feindlichkeit der Kapitalistischen Gesellschaft gegen kinderreiche Familien besonders hart.

80 Prozent der Familien hausen in Unterkünften von weniger als fünfzig Quadratmeter.

Eine Ende letzten Jahres veröffentlichte Umfrage unter türkischen Jugendlichen aus Frankfurt förderte bedrückende Ergebnisse zu Tage:

„Jede dritte Familie hat danach kein Bad und jede fünfte keine Küche. Obwohl die meisten Haushalte auch ohne Warmwasser auskommen müssen, beträgt die Miete durchschnittlich acht Mark pro Quadratmeter".

An diesen Wohnverhältnissen störte sich jahrelang niemand, es sei denn die Hausbesitzer, die noch mehr aus den Familien herauspressen wollten. Jetzt plötzlich messen immer häufiger Beamte mit dem Zollstock die Unterkünfte durch, ob auch das gesetzliche Mindestmaß an Wohnraum vorhanden ist: 8 qm pro Person.

Aber nicht etwa Menschlichkeit oder Fürsorge um Kinder und Eltern treibt die Beamten in die tristen Quartiere:

„Ist die Wohnung zu klein, muß die Familie damit rechnen, daß ihr der weitere Aufenthalt in der Bundesrepublik verweigert wird" („Zeit", 12 5.78).

Und in der Familie?

In der Familie werden die auslän-

In der Familie werden die ausländischen Kinder noch mehr gefordert als in deutschen Arbeiterfamilien.

Nach Ergebnissen einer Mainzer Untersuchung müssen z.B. viele spanische Kinder für ihre Familien Übersetzung machen, oft den gesamten Schriftverkehr führen (Nach „Mainzer Sozialreport" 3/78).

Vor allem die Mütter, die zu Hause isoliert sind und am schlechtesten Deutsch sprechen, sind sogar beim Einkauf auf ihre Kinder angewiesen. Außerdem werden die Kinder als Aufsicht für ihre jüngeren Geschwister eingesetzt, vor allem wenn die meisten Eltern abwechselnd Schicht arbeiten müssen. Viele Kinder müssen außerdem „zuverdienen".

Die Kinder leiden am meisten unter der zwangsweisen Emigration ihrer Eltern. Oft wachsen sie in den ersten Lebensjahren bei Großeltern oder Verwandten im Heimatland auf. Ihre Eltern kennen sie nur aus den Ferien. Dieser Bruch in wichtigen Entwicklungsjahren geht oft bei Eltern und Kindern nicht ohne psychische Belastung und Nachwirkung ab.

Kein Recht auf Gesundheit

Überdurchschnittlich viel ausländische Kinder leiden heute noch an Krankheiten, die schon längst als „ausgerottet" gelten: Kinderlähmung (da nicht oder nicht vollkommen geimpft), Malaria, Rachitis, Kopfläuse und Würmer. Weit stärker als westdeutsche Kinder haben sie unter Infektionskrankheiten, unter Krankheiten der Atemwege und Darminfektionen zu leiden. Ihr Morbiditätsrisiko (Sterblichkeitsrisiko) ist dreimal so hoch. Die engen, überbelegten Wohnungen begünstigen noch die Ansteckungsgefahren.

Die eh schon schlechte ärztliche Versorgung in Arbeitervierteln wirkt sich in Stadtteilen mit hohem Ausländeranteil noch schlimmer aus. Mit ausländischen Kindern und Eltern ist kein großes Geld zu verdienen. Arztpraxen sind dort also rar gesät. Weiterhin scheuen viele Eltern sich wegen bereits erfahrener Diskriminierung, mangels Wissen und Information, wegen Sprachschwierigkeiten oder Angst vor Mißverständnissen, rechtzeitig mit ihren Kindern zum Arzt zu gehen. So sind die ausländischen Familien auch auf dem Gebiet der Gesundheit besonders benachteiligt, obwohl sie genauso für dieses Gesundheitssystem Steuern und Abgaben zahlen, krankenversichert sind usw.

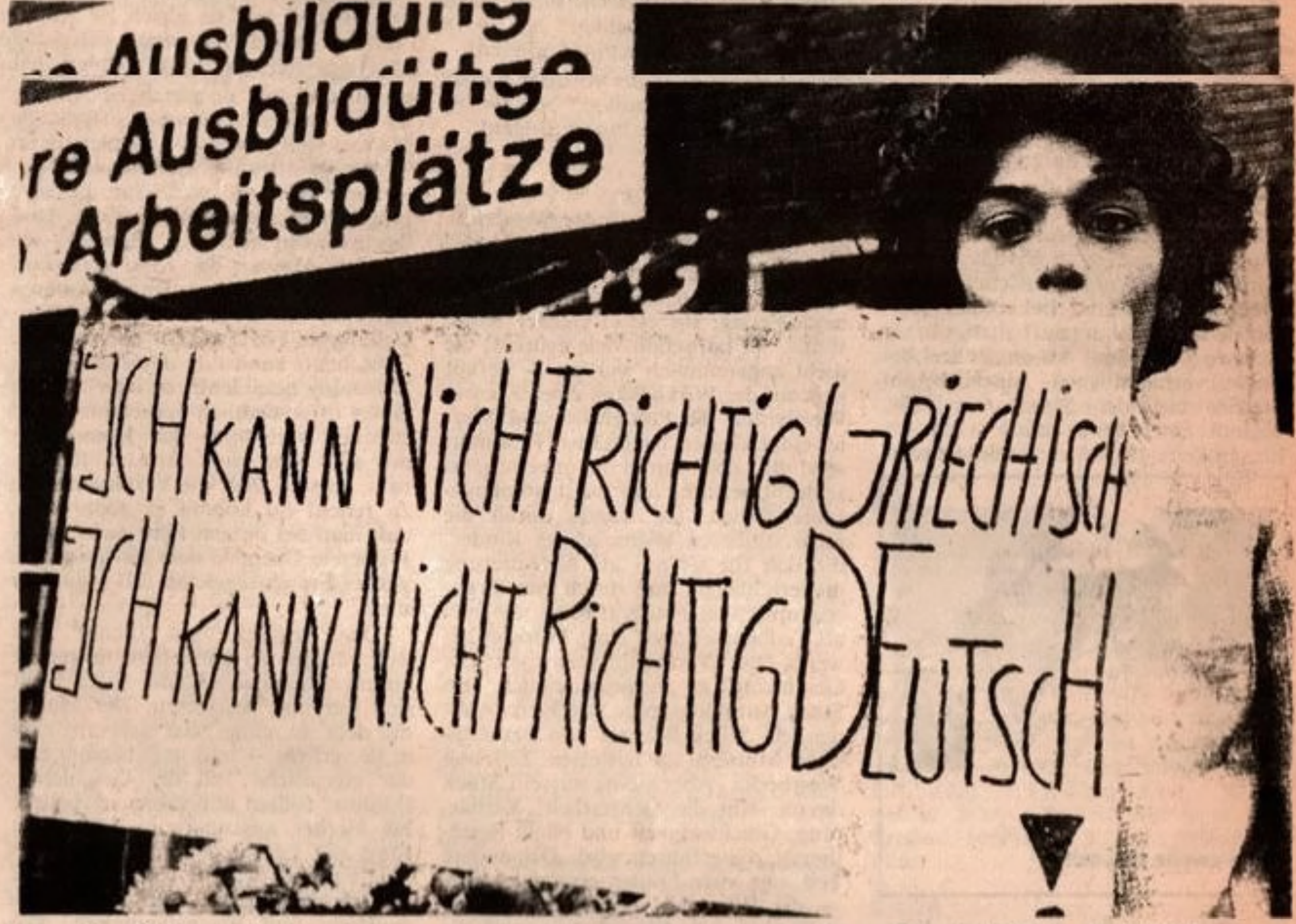
Kindergartenplätze? Zu viel Aufwand und Arbeit!

Haben es deutsche Arbeiterfamilien schon schwer, einen Platz für ihr Kind in einer Kindertagesstätte zu bekommen, so ist dies für ausländische Familien noch erheblich schwieriger.

In Bayern z.B. hatten 1976 nur 29% der ausländischen 3-5jährigen Kinder einen Kindergartenplatz; bei den deutschen Kindern betrug diese Quote immerhin 50 %.

Die CDU-nahe Konrad-Adenauer Stiftung berichtet, daß nur 26,7 % der Ausländerkinder im Vorschulalter einen Kindergarten besuchen; bei den türkischen Kindern sind es gar nur 14,5 %.

In welch menschenverachtender Weise Ausländerbehörde und Arbeitsamt die kinderfeindliche Sparpolitik nutzen, um ausländische Familien abzuschieben, wird an einem Beispiel aus Hamburg deutlich. In einem Beratungsbüro suchten zwei türkische Frauen dringend Hilfe: In der Behörde habe man sie aufgefordert, die BRD schleunigst zu verlassen. Begründung: Ihre Söhne und Töchter hätten keinen Platz im Kindergarten! („Zeit", 14.5.78).



Analphabeten heute, Hilfsarbeiter morgen?

Von den 500.000 schulpflichtigen ausländischen Kindern besuchen lediglich 210.000 überhaupt eine Schule. Damit nehmen mehr als ein Drittel aller ausländischen Kinder überhaupt nicht am Schulunterricht teil. Die BRD-Behörden sehen's offenbar gar nicht ungern: *„Das Untertauchen Tausender von Kindern ‚illegal' in der BRD gilt . . . lediglich als ein kostensparender Fauxpas des Ausländergesetzes"* („Forum", 1.4.76).

Mit gutem Grund:

1. Sparmaßnahmen.

„Für 1000 ausländische Schüler muß man ungefähr 40 Lehrer rechnen. Ein Lehrer kostet heute mindestens 50.000 DM, so daß für tausend ausländische Schüler jährlich alleine an Lehrerkosten ca. 2 Million DM anzusetzen sind. Wenn also 1976/77 etwa 50.000 ausländische Schüler in NRW der Schulpflicht vorenthalten wurden, hat das Land ca. 100 Mio. DM in einem Jahr allein an diesen Schülern eingespart" (FIDEF, „Bericht zur Bildungssituation türkischer Kinder in der BRD").

2. *„Die Folgen jedoch sind weitaus gewichtiger: Verbaute Bildungschancen legen diese Kinder fest auf die Rolle der Hilfsarbeiter von morgen"* („Forum", s.o.).

Etwa 80 Prozent davon verlassen die Hauptschule ohne einen Abschluß, **und nur 30.000 ausländische Arbeiterkinder — kaum mehr als 14% also — machen eine Lehre oder durchlaufen eine sonstige Ausbildung („Päd. Extra", 18/76).**

Im bevölkerungsstärksten Bundesland Nordrhein-Westfalen ist das Mißverhältnis noch krasser:

Dort gehen von 148.000 ausländischen Arbeiterkindern zwischen 6 und 15 Jahren ganze 31.000 zur Schule, also nur rund 20 %!

1975 verließen 60 % dieser Kinder die Hauptschule ohne ein Abschlußzeugnis. (FR,15.10.75).

„Nur jedem hundertsten ausländischen Kind gelingt der Sprung auf eine weiterführende Schule. Eine Untersuchung in Baden-Württemberg ergab, daß jedes dritte schulpflichtige Ausländerkind erst gar nicht zur Schule geht" („Zeit", 12.5.78).

Viele ausländische Familien melden ihre (z.T. „illegal" in der BRD befindlichen) Kinder nicht zur Schule an, aus Angst, sonst wegen den überbelegten Wohnungen etc. ausgewiesen zu werden.

Ausländerklassen: Gettos innerhalb der Schulen

„Das Kind hat Anspruch auf unentgeltlichen Pflichtunterricht, . . . ihm wird eine Erziehung zuteil, die seine allgemeine Bildung fördert und es auf der Grundlage gleicher Möglichkeiten in den Stand setzt, seine Anlagen, seine Urteilskraft sein Verständnis für moralische und soziale Verantwortung zu entwickeln".

So heißt es in den „Rechten des Kindes", am 20. November 1959 von der UNO verabschiedet.

Davon merken die ausländischen Arbeiterkinder besonders wenig:

Nach den Schulerlassen in den Bundesländern ist vorgesehen, daß ausländische Kinder Vorbereitungsklassen besuchen, bis sie nach etwa einem Jahr den Anschluß an deutsche Jahrgangsklassen erreicht haben. In diesen Klassen sollen z.B. in Hessen wöchentlich zwölf Stunden Deutsch erteilt werden. In der Praxis stehen jedoch höchstens drei bis vier Wochenstunden auf dem Lehrplan! In anderen Bundesländern ist die Lage ähnlich (nach „Materialien zum Projektbereich Ausländischer Arbeiter", Nr. 8).

Und selbst diese wenigen Stunden werden den Kindern kaum nutzen. Im Gegenteil:

„Diese Praxis der Vorbereitungsklassen, in denen der muttersprachliche und heimatkundliche Unterricht erteilt, aber auch die deutschsprachige Vorbereitung auf den Besuch der deutschen Schule vorgenommen werden soll, dürfte repräsentativ sein. Die quasi nationalen Zwergschulen, die es bis zu 5,6 oder 7 Klassenstufen bringen und dauernd überfüllt sind, weil sie von den jungen Ausländern weit über die vorgesehene Zeit von 2 Jahren hinaus besucht werden, führen de facto zum Analphabetismus in zwei Sprachen. Denn daß sie weder die deutsche noch die Muttersprache gründlich vermittelt, daß sie weder auf die deutschen Klassen vorbereitet, noch die Reintegration in die Schulen des Heimatlandes gewährleistet, liegt wohl auf der Hand. Hier wird vielmehr eine ‚verlorene Generation' produziert, die in der BRD weder integriert noch zufrieden, geschweige denn GLÜCKLICH ist" („Päd. ex.", 18/1976).

Chauvinistische Lehrbücher

Heute gibt es zunehmende Tendenzen, unter den verschiedensten Vorwänden Sondereinrichtungen wie „muttersprachliche Klassen", „Langformklassen", „besondere Klassen" oder auch „Nationalschulen für ausländische Arbeiterkinder" einzurichten, die am Rande des Schulwesens und ohne öffentliche Kontrolle ihr Dasein fristen. Beabsichtigt ist damit, die Regelklassen „ausländerfrei" zu halten. Im Hintergrund all dieser Überlegungen steht immer auch, möglichst wenig Geld bei der Ausbildung der ausländischen Kinder aufzuwenden.

Wen wundert's, daß an solchen „nationalen Zwergschulen" reaktionäre und faschistische Schulbücher anzutreffen sind? Und die Behörden, die sonst schnell mit Reglementierungen, Erlassen, Verboten und allen möglichen Eingriffen in das Leben von Arbeitsemigranten zur Hand, sehen keinen Anlaß einzugreifen bei Schulbüchern, die *„Krieg und Nationalismus, Chauvinismus und Rassismus, Antikommunismus und Faschismus"* glorifizieren („Päd extra 18/76)

So heißt es z.B. in einem türkischen Schulbuch: *„Außer den heimtückischen Feinden versuchen einerseits Kommunisten und Freimaurer,*

Fortsetzung auf Seite 25

Fortsetzung von Seite 24

andererseits christliche Missionare und jüdische Zionisten durch neue Methoden die Kinder der Gläubigen zu täuschen...".

Hilfe für ausländische Kinder? Natürlich nicht!

Gegenwärtig läuft, auf Veranlassung der FDP-Vizevorsitzenden Liselotte Funcke, eine Aktion zur Überprüfung der „*tatsächlichen Anwesenheit der für den Kindergeldbezug in der Bundesrepublik gemeldeten Gastarbeiterkinder*" durch die Schulbehörden. „*Dabei ging es mir,*" erklärte die Vizepräsidentin des Bundestages, „*nicht einmal vorrangig um die Kontrolle eines berechtigten oder mißbräuchlichen Kindergeldbezuges, sondern mindestens ebenso um den geordneten Schulbesuch der Gastarbeiterkinder. Denn wenn überprüft wird, ob gemeldete Gastarbeiterkinder über sechs Jahre die Schule besuchen oder nicht, stellt sich heraus, ob sie überhaupt im Lande sind und ob sie tatsächlich eine Schule besuchen [...] Ich begrüße die Bereitschaft der Länder zu einer solchen Überprüfung. Sie wird ihnen sicherlich (!) zusätzlich Schüler mit mancherlei schulorganisatorischen Schwierigkeiten bringen, wenn bei der Aktion schulisch nicht erfaßte Kinder auftauchen. Doch wird damit manchem Gastarbeiterkind geholfen, eine geordnete Bildung und Ausbildung zu erhalten, und zugleich können unberechtigte Anträge auf Kindergeld zurückgewiesen werden.*" (Nach „Kämpfende Jugend").

Zynisch wird diese Maßnahme als im Interesse der ausländischen Kinder und Familien liegend hingestellt. Offenbar geht es dabei jedoch a l l e i n um die Einspannung der Schulbehörden zur Überprüfung der Kindergeld-Berechtigungen. Denn die bloße E r f a s s u n g schulpflichtiger Kinder sagt ja noch nichts aus über die tatsächliche Durchsetzung der Schulpflicht und v o r a l l e m über die Gewährleistung eines sinnvollen Unterrichts, der die ausländischen Kinder nicht von vornherein zu zukünftigen Hilfsarbeitern degradiert. Im übrigen hängt das Problem des Schulbesuchs ausländischer Kinder ja auch damit zusammen, daß eben viele dieser Kinder „illegal" hier sind, weil die ausländischen Familien es nicht wagen können, diese Kinder zu melden (Angst vor Ausweisung wegen zu kleiner Wohnungen etc.). Diese Kinder werden durch die ungeheuer menschenfreundliche Maßnahme der Frau Funcke ohnehin nicht erfaßt und es wird auch nichts getan, um ihnen zu helfen.

Und nach der Schule...

Zur Zeit kommen in der BRD jährlich etwa 50.000 bis 60.000 ausländische Jugendliche ins erwerbsfähige Alter (nach „Süddeutsche Zeitung", 19.9.77). Ihre Aussichten, einen Arbeits- oder Ausbildungsplatz zu erhalten, sind fast immer gleich null. Vielen fehlen die schulischen Voraussetzungen. Zahlen gibt es nur unzureichend: Offiziell sind 8,7% der ausländischen Arbeiterjugend arbeitslos. Nicht enthalten sind darin alle „Illegalen" (ca. 40.000). Diese Situation wird sich noch zuspitzen: 1,2 Mio. Jugendliche warten auf eine Einreiseerlaubnis, um endlich mit ihren Eltern zusammenleben zu können.



Wenn Sie diesem Ausländer in fünfzehn Jahren begegnen sollten, werden Sie sich dann noch erinnern, daß Sie ihn heute »süß« fanden?

Aber dieses Problem wurde „praktisch" gelöst: Ein neues Gesetz regelt, daß Jugendliche, die nach dem 1.1.77 eingereist sind, keine Arbeitserlaubnis erhalten dürfen. Dazu der Pressesprecher des Bundesministeriums für Arbeit- und Sozialordnung, Alexander Lang, demagogisch in der bereits erwähnten Sendung „Musik für Junge Leute":

„*800.000 Kinder unter 16 Jahren. Wenn wir denen helfen wollen, können wir nicht unkontrolliert weitere Kinder einreisen lassen. Das Kind eines ausländischen Arbeitnehmers beispielsweise, der fünf Jahre hier in der Bundesrepublik lebt, kriegt heute in aller Regel eine sogenannte qualifizierte Arbeitserlaubnis erteilt und kann ein Ausbildungsverhältnis beginnen __ ... Die Eltern, ausländische Eltern, die ihre Kinder im Alter von 16 und älter nach dem 31.12.1976 in die Bundesrepublik holten, mußten wissen, daß es für diese Kinder keine Arbeitserlaubnis gibt. Wir können nicht auf Umwegen das auch mit auf Rücksicht auf die deutschen Arbeitnehmer erlassene Anwerbeverbot für ausländische Arbeitnehmer dadurch lockern, daß wir nun plötzlich lauter jugendliche Ausländer einreisen lassen und denen eine Arbeit vermitteln.*"

Die grundsätzliche Vorenthaltung der Arbeitsplatzerlaubnis bedeutet für diese Jugendlichen auch, daß sie nicht an berufsfördernden Maßnahmen der Arbeitsämter teilnehmen können, obwohl sie gerade auf Grund mandelnder Sprachkenntnisse und fehlender Schulabschlüsse diese Förderung dringend notwendig hätten. Es bleibt ihnen letztlich nichts anderes übrig, als den Gang in die Illegalität oder Kriminalität und Verwahrlosung, womit wiederum Ausweisung droht. Stellen sie etwa Anträge auf Sozialhilfe oder ähnliche Unterstützung, so sind sie ebenfalls so gut wie ausgewiesen.

Erziehen wir unsere Kinder zur Solidarität mit ihren ausländischen Freunden!

Neben Kampfschritten gegen die besondere Unterdrückung ausländischer Familien, scheint uns wichtig zu sein, die Probleme der ausländischen Kinder auch zum Problem der westdeutschen Kinder zu machen. Was die ausländischen Kinder brauchen, ist Hilfe und Solidarität gerade von unseren Kindern, ob in der Schule, beim Spielen oder sonstwo. Heute treffen wir schon bei kleinen Schulkindern auf Vorurteile. Sprachschwierigkeiten und fremde Kultur vergrößern diese. Von daher müßten unsere Kinder erst einmal lernen, daß die ausländischen Kinder Menschen sind wie wir, genau so schlau, nett, die genau so spielen wollen und gerne Freunde haben.

Das geht am besten, wenn wir bei unseren Kindern Interesse wecken für die Heimatländer, andersartigen Kulturen, Sprachen, Kleidung, Essen — und Lebensgewohnheiten der ausländischen Kinder. Notwendig ist, ihnen auch klar zu machen, daß ausländische Kinder besondere Schwierigkeiten mit unserer Sprache und unseren Lebensgewohnheiten haben, und daß diese Kinder deswegen eben auch besondere Unterstützung brauchen.

Kinderkommission
KB/Gruppe Hamburg

Leserbrief
Kinder sind auch geliebte Wesen!

Nicht um das Beispiel der Mutter von Tanja im AK 131 abzuschwächen, sondern um ein nachahmenswertes Beispiel zu zeigen, möchte ich von unserer Tochter Sylvia und ihren „Ersatzeltern" berichten. Dazu ist aber doch noch einige vorauszuschicken.

Wir hatten uns immer sehr ein Kind gewünscht, aber nie den Mut, das auch in die Tat umzusetzen. Uns erschien die Welt zu schlecht für Kinder und wir mochten es nicht verantworten, einem Kind eine so wenig heile Welt zu bieten. Vor allen Dingen hatten wir Angst, so ganz alleine plötzlich Vater und Mutter mit einem Kind zu sein. Wir wollten auch mit einem Kind noch einigermaßen unabhängig bleiben.

Durch fortschrittliche Kindergärten wie das Kinderhaus Heinrichstr. und Kleinkindergarten Rombergstr. sind wir darauf gekommen, daß es auch Alternativen gibt zum üblichen Kleinfamiliendasein, daß Kinder durchaus auch in Gruppen aufwachsen können. Vor allen Dingen haben wir erst einmal umgedacht, nämlich daß es nicht darauf ankommt, Kindern eine heile Welt vorzugaukeln, sondern daß man ihnen die Fähigkeit vermitteln muß, ihre Umwelt so kritisch wie möglich zu sehen, wie sie wirklich ist, damit sie sich gegen Unterdrückung zu wehren lernen.

Als ich „endlich" schwanger wurde, haben wir uns gleich mit anderen werdenden Eltern zusammengetan, die dieselben Vorstellungen hatten wie wir. Wir wollten schon für unsere Babys eine Gruppenerziehung organisieren. Bis dahin hatten wir das Ganze mit viel Schwung und Freude gesehen. Als es aber um das praktische

Als ich „endlich" schwanger wurde, haben wir uns gleich mit anderen werdenden Eltern zusammengetan, die dieselben Vorstellungen hatten wie wir. Wir wollten schon für unsere Babys eine Gruppenerziehung organisieren. Bis dahin hatten wir das Ganze mit viel Schwung und Freude gesehen. Als es aber um das praktische

Anpacken ging, merkten wir ziemlich schnell, mit welchem politischem Neuland wir es zu tun hatten. Wir mußten feststellen, daß unsere Umwelt sehr negativ auf unser Vorhaben reagierte, unser Baby „einfach wegzugeben". Allein der Aufbau einer Babygruppe brachte Arbeit und Auseinandersetzungen mit sich, die wir vorher gar nicht abgeschätzt hatten.

Um es kurz zu machen, wir sahen uns ziemlich schnell überfordert, sahen aber trotzdem immer mehr das Ausmaß der Kinderfeindlichkeit und der schlechten Situation der Kinder und Familien in diesem Lande. Vor allen Dingen wurde die Tatsache, Kinder zu erziehen, als Privatproblem gesehen. Wir hatten den Anspruch, unseren Genossen im Bezirk die Lage der Kinder zu verklickern. Einmal, weil wir selbst Hilfe und Unterstützung suchten, denn die Probleme beim Aufbau einer Babygruppe wuchsen uns über den Kopf. Zum anderen, weil wir die Situation der Kinder genauso als ein gesellschaftliches Problem sahen, wie der Bau von AKWs und andere Schweinereien.

Aber nun ging es erst richtig los. Da mußten wir uns doch anhören, daß bei der Kinderfrage keine Massenbewegung anliegt und sie deswegen im Augenblick nicht so wichtig ist. Wir mußten sogar mit dem Mißtrauen kämpfen, wir würden uns mittels Kind aus der politischen Arbeit in das Privatleben zurückziehen. Zugegeben, wir waren tatsächlich voll und ganz mit Schwangerschaft, Kinderläden und sonstwas beschäftigt — na und? Wir wurden immer unsicherer, und unglücklicherweise wirbelten wir auch noch in zwei verschiedenen Elterninitativen herum. Irgendwann hatten wir auch den Überblick verloren. Am schlimmsten empfand ich es, daß wir offensichtlich von den meisten Genossen unseres Bezirkes mit unseren Problemen nicht akzeptiert wurden.

Ich hatte mir die ganze Schwangerschaft etwas gemütlicher vorgestellt. Ich wurde immer unsicherer. So kurz vor der Entbindung klickte ich auch laufend aus, mir wurden schon die Auseinandersetzungen in den Elterngruppen zuviel. Wie sollte das bloß werden, wenn unser Kind erst einmal da ist?

Zum Glück kannten wir einzelne Freunde und Genossen, die uns von Anfang an unterstützt haben. Schließlich erklärten sie sich sogar bereit, sich um unser Kind mit zu kümmern. Ja, sie freuten sich sogar auf diese Aufgabe. Das bedeutete für uns eine sehr große Entlastung.

Es hat sich ein Kreis von 3 Paten - bzw. „Ersatzelternpaare" für Sylvia entwickelt, der von Anfang an regelmäßig Sylvia zu sich nach Hause nimmt. Meine Angst, daß Sylvia so viele Bezugspersonen nicht vertragen könnte, weil sie auch in einer Babygruppe aufwächst, hat sich zunehmend gelegt. Einerseits liegt das an der Art und Weise, wie ernst ihre Ersatzeltern ihre Verantwortung nehmen. Sie sehen Sylvia nicht als Aufbewahrungsobjekt, sondern als einen Menschen, zu dem man eine Beziehung entwickeln kann. Sie haben in ihren Wohnungen Plätze für sie gefunden und improvisiert, damit sich sich überall zu Hause fühlt. Andererseits kann man auch bei Sylvia sehr deutlich merken, daß sie zunehmend eine enge und teilweise richtig liebevolle Beziehung zu ihren Bezugspersonen entwickelt. Das merkt man an der Art, wie riesig sie sich freut, wenn sie abgeholt wird.

Inzwischen haben wir auch den Eindruck, daß Sylvia sehr genau zwischen ihren Paten unterscheidet, denn sie reagiert unterschiedlich. Eine Ersatzmutter liebt sie offensichtlich ganz besonders heiß und innig, denn Sylvi flippt regelrecht aus vor Freude, wenn sie sie nur von weitem sieht. Das mag ein Zeichen dafür sein, daß Kinder trotz mehreren Bezugspersonen sehr wohl in der Lage sind, intensive Beziehungen zu einzelnen Menschen zu entwikkeln und alles andere als „bindungsarm"

liebt sie offensichtlich ganz besonders heiß und innig, denn Sylvi flippt regelrecht aus vor Freude, wenn sie sie nur von weitem sieht. Das mag ein Zeichen dafür sein, daß Kinder trotz mehreren Bezugspersonen sehr wohl in der Lage sind, intensive Beziehungen zu einzelnen Menschen zu entwikkeln und alles andere als „bindungsarm"

werden. Aber trotz unserer bisherigen guten Erfahrungen ist die Sache mit den Bezugspersonen nicht auf die leichte Schulter zu nehmen. Bisher wurden die Tage, an denen Sylvia nicht nach Hause kommt, von den Erwachsenen festgelegt. Wir wollten es nicht glauben, aber mit ihren nicht ganz 1 1/2 Jahren weiß sie ganz genau, ob sie lieber nach Hause oder ob sie gerne mit ihren Ersatzeltern nach Hause geht, wenn sie abgeholt wird. Wenn wir sie fragen, äußert sie sich ganz klar mit ja oder nein. Wenn wir auf ihre Bedürfnisse eingehen, wird es nicht lange dauern, und Sylvia bestimmt, wann sie wen besuchen möchte oder nicht.

So haben wir uns das auch vorgestellt. Etwas besseres könnte uns gar nicht passieren. Ich habe im Laufe der Zeit festgestellt, daß Sylvia bei ihren Ersatzeltern und in der Babygruppe Dinge lernt, auf die ich selbst gar nicht gekommen wäre. Ich erinnere mich jetzt auch daran, daß ich selbst als kleines Kind unheimlich gerne bei meinem Großvater und bei meiner Tante zu Besuch war, weil sie viel freier und vorurteilsfreier auf mich eingehen konnten als meine Eltern. Bei all unseren Ansprüchen, so gut wir können auf Sylvias Bedürfnisse einzugehen, kann ich mir inzwischen vorstellen, daß sie trotzdem froh ist, wenn sie andere besuchen kann (und nicht muß), die sie kennt. Vielleicht ist es so, daß sie später, wenn sie groß ist, mehr Auswahl an Menschen hat, mit denen sie ihre Probleme besprechen kann, als wir es hatten.

Das heißt natürlich noch lange nicht, daß wir der Verantwortung um Sylvia enthoben sein wollen. Im Gegenteil. Wir stehen in ständigem Kontakt mit den Ersatzeltern und treffen uns regelmäßig alle zusammen, um unsere Erfahrungen und Vorschläge über Sylvia auszutauschen. Wir sprechen auch über die Babygruppe. Ich habe mir auch schon so einiges von der Art und Weise, wie die Paten mit Sylvia umgehen, abgeguckt und auch durch die Auseinandersetzung mit den Eltern unserer Gruppe mehr über das Eingehen auf Kinder gelernt.

Der Anspruch von Sylvias Paten, uns als Eltern nicht unserem „privaten Glück" zu überlassen, bezieht sich nicht nur auf eine gute Beziehung zu Sylvia. Offensichtlich setzen sie auch in ihrer Organisation „ihren Termin mit Sylvia" durch und überzeugen auch die Genossen von der Notwendigkeit. Jedenfalls ist es bis auf Anfangsschwierigkeiten selten vorgekommen, daß sie Sylvia wegen anderen wichtigen Sachen nicht abholen konnten. Für uns bedeutet das natürlich eine Entlastung, aber durch Sylvias eigene Bedürfnisse gewinnt die Ersatzelternschaft noch eine ganz andere Qualität.

Wir werden auch bei unseren organisatorischen Aufgaben in der Babyinitiative unterstützt. Ein Ersatzvater hilft uns z.B. regelmäßig beim Putzen, Kochen usw.

Daß wir mit unserem Kind nicht ganz allein vor allen Problemen stehen, ist inzwischen sicherlich keine Ausnahme mehr. Aber die Erfahrung, die Tanjas Mutter machen mußte, scheint häufiger verbreitet zu sein. Es gibt neben verbalen Ansprüchen, Kindererziehung als gesellschaftliche Aufgabe zu sehen, Möglichkeiten, diesen auch ganz praktisch umzusetzen.

An dieser Stelle möchten wir auch Sylvias Ersatzeltern unseren Dank aussprechen.

Sylvias Mutter

Anmerkungen von einer Genossin der AG Frauen/Hamburg

Anmerkungen von einer Genossin der AG Frauen/Hamburg

Zu diesem Modell „Ersatzeltern" habe ich doch einige Bedenken, die ich hiermit gleichfalls zur Diskussion stellen möchte. Vielleicht mag es für manchen fortschrittlichen Pädagogen gar zu konservativ klingen, aber ich meine, daß ein Elternpaar und noch drei weitere „Ersatzelternpaare" einfach zu viel für ein Kind sind. Die kleine Sylvia muß sich mit 4 Elternpaaren, also 8 Personen auseinandersetzen, dann kommen noch 3 oder 4 Personen aus der Babyinitiative dazu und schließlich noch 10 oder mehr Kinder. Die Genossin bringt den Vergleich, daß sie als Kind auch gern bei ihrer Tante oder beim Opa zu Besuch war. Ich glaube, solche Erfahrungen kann wohl jeder Erwachsene heute aus seiner Kindheit bestätigen. Die Genossin schreibt selbst den Grund: **„weil sie viel freier und vorurteilfreier auf mich eingehen konnten"**. Aber noch ein anderer Grund kommt hinzu, nämlich, daß das Kind bei Oma und Opa, bei Tante und Onkel einfach mehr machen durfte. Ob nun länger aufbleiben, etc. Einfach wurde man als Kind dort mehr verwöhnt, was wohl auch heute noch der Fall ist. Jeder, der solche Erfahrungen gemacht hat, wird heute wohl bestätigen können, daß wir als Kind diese Situation oft genug ausgenutzt haben. Ob so ein Verwöhnt-werden durch Verwandte gleichzeitig auch eine feste emotionale Beziehung bedeutet, zweifele ich allerdings an.

Insofern akzeptiere ich den Vergleich der Genossin nicht, denn sie geht ja von einer festen Beziehung Sylvias zu den Ersatzeltern aus, was eben auch Sorgen und Alltagskram beinhaltet.

Wir in der Frauengruppe sind dafür, daß Kinder schon von Anfang an in Kindergruppen aufwachsen. Das zeigen die vielseitigen positiven Erfahrungen der Kleinkinder - und Babyinitiativen. Diese kleinen Kinder aus Initiativen, selbst Säuglinge, sind im Verhältnis zu gleichaltrigen Kindern viel weiter und allseitiger entwickelt. Besonders deutlich wird es, wenn man Kinder gleicher Altersgruppe auf dem Spielplatz spielen sieht, die mehr oder weniger vor sich hinspielen, wo bei Konflikten gleich die Mutter hinzueilt und eingreift. Und auf der anderen Seite, wenn man/frau als Erwachsener beobachtet, wie Initiativen-Kinder m i t e i n a n d e r spielen, umgehen und kommunizieren. Soziale Fähigkeiten sind bei diesen Kindern durch die tagtägliche Erfahrung viel ausgeprägter.

In den Erfahrungsberichten aus diesen Initiativen können Interessierte nachlesen, daß sich selbst bei den ganz Kleinen freiwillige und über längere Zeit dauernde feste freundschaftliche Beziehungen entwickeln. Das äußert sich bei Krabbelkindern schon durch öfteres Zusammenspielen, Teilen, Abgeben, freundschaftliches Begrüßen.

Wenn ein Kind auf der einen Seite mit vielen ungefähr gleichaltrigen Kindern zusammenleben kann und hier auch vielseitige Beziehungen entwickelt, dann bezweifele ich aber auf der anderen Seite, daß ein Kind zu so vielen Menschen – 8 Personen mindestens, wenn man nur die „Eltern" sieht – festen Kontakt aufbauen kann. Die Befürworter dieser Theorie sollten sich selbst doch einmal ehrlich prüfen und fragen, ob sie zu 8 Männern und / oder Frauen gleichzeitig ein enges Verhältnis haben könnten und ob sie dann in der Lage wären, mit allen ihre Probleme und Sorgen zu diskutieren? Allein der ständige räumliche Wechsel scheint uns schon problematisch. Nun können wir aber gar nicht sagen, zwei Elternteile oder vier sind besser als acht. Ich kann mit sehr wohl vorstellen, daß ein Kind, das in einer Wohngemeinschaft aufwächst, durchaus zu mehr als zwei Personen eine Beziehung entwikkeln kann. Aber auch hier wird sich zeigen, wie viele vorangegangene Erfahrungen zeigen, daß die Art der Beziehung Kind/

stellen, daß ein Kind, das in einer Wohngemeinschaft aufwächst, durchaus zu mehr als zwei Personen eine Beziehung entwikkeln kann. Aber auch hier wird sich zeigen, wie viele vorangegangene Erfahrungen zeigen, daß die Art der Beziehung Kind/

Erwachsener sehr unterschiedlich sein kann. In diesem besonderen Fall schreibt die Genossin, daß das Kind sich selbst entscheiden soll, zu wem es will. Das hört sich erst einmal recht fortschrittlich an, nur kann ich mir den Ablauf gar nicht so recht vorstellen.

Also, alle 8 Elternteile stehen bereit und das Kind entscheidet? Wird dadurch das Kind nicht gerade zu willkürlichem Verhalten erzogen? Außerdem steht auch die Frage, wie sich die Erwachsenen verhalten. Was sagt die Mutter, wenn das Kind an 7 Tagen hintereinander zu den anderen „Elternteilen" will? Verhält sie sich dann nicht unbewußt anders zu dem Kind?Vielleicht macht die Mutter dem Kind denn besonders schöne Angebote? Die Gefahr, daß auch Konkurenz unter den Erwachsenen entsteht, ist bei dieser Willkür gegeben.

Bei all diesen Überlegungen sind wir zu der Meinung gekommen, daß ein Kind eine relativ kleine Zahl von festen Bezugspersonen braucht, die sich verantwortlich um das Kind kümmern. Außerdem braucht unserer Meinung nach das Kind auch eine feste Umgebung, von der aus es sich entscheiden kann, wohin es will. Diese feste Umgebung ist sowohl räumlich wie auch emotional gemeint. Wenn diese vorhanden ist, sollte man dem Kind alle Möglichkeiten geben, zu anderen Menschen Beziehungen zu entwickeln, ja dieses sogar fördern. Dieser Kontakt zu anderen Erwachsenen darf unserer Meinung nach aber nicht nur einseitig vom Kind ausgehen. Sondern er sollte sich auch nach den Bedürfnissen und der Arbeit der anderen Erwachsenen richten.

Die Erwachsenen sollten dabei eine gleichberechtigte Position einnehmen und von ihrer Seite aus auch Angebote machen.

Es scheint uns in diesem Fall sehr unglücklich zu sein, daß Sylvie sich anscheinend nur zwischen Erwachsenen entscheiden kann. Ist dieses Recht nicht im Nachhinein entstanden mit der Begründung „ im Interesse des Kindes"? Läuft es nicht eher darauf hinaus, daß die Eltern, aus verständlichen Gründen, sich nicht jeden Abend um ihr Kind kümmern wollen?

Meiner Meinung nach wächst ein Kind am sinnvollsten in einer Kindergruppe auf und auch am liebsten.

Es gibt aber eine ganze Menge Dinge, die ein Kind wegen seines Alters nicht alleine und auch nicht mit anderen Kindern gemeinsam lösen kann. Essen, anziehen, Wohnen etc. Hierzu müssen Erwachsene zur Verfügung stehen. Aber wenn man/frau nur mal so vom Interesse des Kindes ausgehen, dann kann ich mir vorstellen, daß das Kind sehr gern mit anderen Kindern – nicht unbedingt nur gleichaltrigen Kindern – spielt und auch zusammenlebt. Sicherlich sieht es ein Kind erst einmal gar nicht ein, wenn es bis 16 Uhr mit einem oder mehreren anderen Kindern gespielt hat und auf einmal die Erwachsenen kommen und es abholen. Da ist auch eine Auswahl von Erwachsenen – Ersatzeltern kein Ersatz. Oftmals will doch ein Kind viel lieber mit diesem Kind weiter spielen, ob nun bei sich Zuhause oder beim anderen Kind.

Und warum soll das Kind jeden Abend allein einschlafen, das tut doch keiner gern allein. (Ich gehe davon aus, daß bei Sylvias Ersatzeltern keine weiteren „eigenen" Kinder sind.)

Ich bin dafür, daß ein Kind in erster Linie mit anderen Kindern aufwächst, zu anderen Kindern Kontakt hat, Beziehungen und Freundschaften zu diesen entwikkeln lernt. Die Erwachsenen werden dann von dem Kind, je nach Alter, nur für Hilfeleistungen gebraucht, und diese sicherlich nicht nur in pflegerischer Art, sondern auch in Fragen wie Ratholen. Also im Gegensatz zu diesem Leserbrief und dem Modell „Ersatzeltern", finde ich es

von dem Kind, je nach Alter, nur für Hilfeleistungen gebraucht, und diese sicherlich nicht nur in pflegerischer Art, sondern auch in Fragen wie Ratholen. Also im Gegensatz zu diesem Leserbrief und dem Modell „Ersatzeltern", finde ich es

viel sinnvoller und wirklich im Interesse des Kindes, wenn es zu vielen Kindern Kontakt aufbaut und darüber auch zu den jeweiligen Eltern bzw. Erwachsenen, als nun „Ersatzeltern" zu suchen.

In Familien, wo viele Kinder sind, in Arbeiterfamilien, wo beide Eltern arbeiten müssen, da läuft das doch auch so. Die Kinder sorgen mehr und mehr für sich selber. Es gibt hinlänglich Erfahrungen, daß Kinder, die Geschwister hatten und/oder gute Freunde, so manches Problem lieber mit dem Bruder/Schwester/Freund/in angesprochen haben als mit der Mutter. Der Erwachsene ist für das Kind immer mehr oder weniger Autorität und damit Befehls- und Strafperson. Auch wenn viele Eltern heute versuchen, ihr Kind gleichberechtigt zu behandeln, freundschaftlich miteinander umzugehen, so bleibt doch eine gewisse Erhabenheit der Erwachsenen dem Kind gegenüber bestehen. So manches Elternteil mag sich heute nicht eingestehen, daß letztendlich Kinder unter Kindern besser und sinnvoller aufwachsen und sich entwickeln, als im Umgang mit der Mutter oder nur mit Erwachsenen. Den Eltern käme so eine Regelung natürlich auch sehr zu Nutzen. Da hat man an einem Tag noch zwei „fremde" Kinder am Abend und noch zum Schlafen, und am nächsten Tag geht das Kind zum jeweiligen Freund oder Freundin. Revolutionär finde ich es, wenn Kinder überhaupt nur in Kinderkollektiven aufwachsen und leben. Aber das wird sicherlich nur in einer späteren Gesellschaft möglich sein. Da werden wir Kinderhäuser rund um die Uhr haben. Die Eltern sollten dann so eine Rolle übernehmen, wie früher bei uns der Besuch bei Oma und Opa. Da hat man die Eltern dann wirklich in guter Erinnerung. Ausgebildete Erzieher müßten sich dann um die Versorgung der Kinder kümmern.

Wirkliche Freundschaften zwischen Kindern zu entwickeln, wird heute meiner Meinung nach zu sehr unterschätzt. Ja, Kinderfreundschaften halten nicht so lange wie zwischen Erwachsenen und sind halt auch nicht so wichtig, das hört man oft ... Sicherlich ist ein Grund dafür, daß viele Erwachsenen ihre Rolle den Kindern gegenüber viel zu wichtig nehmen.



Portugal

Portugal: Regierungs-Sturz läutet letzte Phase der kapitalistischen Restauration ein

Der portugiesische Staatspräsident Eanes hat am 9. August den keiner Partei angehörenden, aber der Rechten verpflichteten Alfredo Nobre da Costa mit der Bildung einer neuen Regierung beauftragt, nachdem er zuvor Regierungschef Soares abgesetzt hatte. Allein schon die Person des zukünftigen Regierungschefs ist charakteristisch für die politische Situation, in der Portugal sich heutzutage befindet und für die Perspektiven der weiteren Entwicklung: Nobre da Costa ist der Typ des „unpolitischen" Technokraten und effizienten Industriemanagers. Als solcher hat er jahrzehntelang dem faschistischen Salazar- bzw. Caetano-Regime gedient. Lange Zeit war er ein wichtiger Mitarbeiter des bis zum Sturz des Faschismus am 25. April 1974 zweitgrößten portugiesischen Kapitalisten, Antônio Champalimaud. Außerdem hatte er bis 1974 den Posten des Direktors des Portugiesischen Industrieverbandes. 1976 wurde er Staatssekretär für die Schwerindustrie in der Regierung von Pinheiro de Azevedo, die die fortschrittliche Regierung von Vasco Goncalves abgelöst hatte. Im März 1977 löste er den sozialdemokratischen Minister für Industrie und Technologie in der Regierung Soares, Walter Roša, ab. Dabei trat er vor allem als Verfechter einer Politik hervor, die auf die Beendigung der staatlichen Interventionen in bestimmten, zum Teil unter staatliche Leitung gestellten Betrieben zielte (alle Angaben nach „O Jornal", 11.8.78).

Bedeutsamer jedoch als die Person des zukünftigen Ministerpräsidenten ist die Vorgeschichte der jetzigen Situation, da an ihr einige wesentliche Motivationen und Zielsetzungen der portugiesischen Bourgeoisie und der sie stützenden ausländischen Kapitalinteressen deutlich werden. Im folgenden soll daher aufgezeigt werden, unter welchen Bedingungen die jüngste Krise entstanden ist und mit welchen Absichten sie der vorläufigen „Lösung", in Form der Beauftragung Nobre da Costas mit der Bildung einer neuen Regierung, entgegengetrieben wurde.

Den allgemeinen Hintergrund für die gegenwärtige politische Situation

entgegengetrieben wurde.

Den allgemeinen Hintergrund für die gegenwärtige politische Situation

bilden die nach insgesamt achtzehnmonatiger Dauer durch Soares abgeschlossenen Verhandlungen mit dem internationalen Währungsfonds (IWF). Die dabei ausgehandelten Bedingungen bringen für die portugiesische Wirtschaft und die sowieso schon miserable soziale Lage der Bevölkerung weitere Verschlechterungen mit sich (siehe AK 130 und 131).

Wenn die Regierung Soares noch dafür herhalten konnte, die IWF-Abschlüsse zu t ä t i g e n, so mußte dagegen ihre Fähigkeit, sie in politische Praxis u m z u s e t z e n, gering eingeschätzt werden.

Denn die PS kann als tragende Regierungspartei nur solange für die in- und ausländischen Kapitalinteressen von Bedeutung sein, wie es der prokapitalistischen Soares-Fraktion innerhalb der PS gelingt, die Partei zusammenzuhalten und dadurch die Möglichkeit zu erhalten, den Ausverkauf der nach dem 25. April 1974 erkämpften Fortschritte (Agrarreform,



Mario Soares

Arbeiterselbst- bzw. Mitverwaltung in den Betrieben, Kündigungsschutz etc.) als „sozialistische Politik zu verkaufen. Daß die Belastbarkeit der Partei in diesem Sinne längst ihre Grenze erreicht hat, ist augenfällig: Die Partei-Basis wandert ab, der Einfluß der PS in der Gewerkschaftsbewegung – trotz wiederholter Spaltungsversuche durch Gründung „demokratischer" Parallel-Gewerkschaften – ist weiterhin im Schwinden begriffen, sozialistische Strömungen in der Partei setzen sich ab (so die Gruppe um Lopes Cardoso, der im Januar eine neue linkssozia-

(so die Gruppe um Lopes Cardoso, der im Januar eine neue linkssozia-

listische Partei gründete). Der Versuch, in der Regierungsverantwortung die gegen breiteste Schichten der Bevölkerung gerichteten Bedingungen des IWF-Kreditabschlusses durchzudrücken (was zudem im Parlament nur mit den Stimmen der Rechten, CDS und PPD möglich gewesen wäre), hätte Partei und Fraktion in kürzester Frist auseinanderbrechen lassen.

Daraus ergab sich für Bourgeoisie und Imperialismus die Notwendigkeit, sich nach einer Alternative umzusehen.

Dabei lassen sich zwei Hauptgesichtspunkte ausmachen: Weg von der PS als tragendem Pfeiler der Politik, und Stärkung der Macht des Staatspräsidenten.

Die Tendenz, die PS auszubooten, wurde bereits bei der Regierungsumbildung Anfang dieses Jahres deutlich, als Soares gezwungen wurde, drei Minister aus der christdemokratisch-reaktionären CDS in die Regierung aufzunehmen.

Jetzt sollen noch während der laufenden Legislaturperiode (bis 1980) im institutionellen Bereich Tatsachen geschaffen werden, die es gestatten, die anstehende Rekapitalisierungspolitik auch unter für die Bourgeoisie ungünstigeren Umständen fortzusetzen.

Die Hebelpunkte hierfür liegen in bestimmten Passagen der portugiesischen Verfassung, die die Stellung und Machtbefugnisse des Staatspräsidenten betreffen und die sehr allgemein formuliert und daher sehr interpretationsfähig sind. Eanes hat sich diese Eigenheiten der Verfassung seit geraumer Zeit systematisch zunutze gemacht. Flankierende Maßnahmen hierzu waren seine Umbesetzungen von militärischen Schlüsselpositionen mit Leuten seines Vertrauens. Die Streitkräfte müssen heute als weitestgehend Eanes-treu gelten, so daß seine Manövrierfähigkeit im politisch-verfassungsmäßigen Bereich als militärisch abgesichert gilt.

Die Gelegenheit zum Regierungssturz bot sich Eanes, als die CDS-Minister am 24.7. zurücktraten. Vorgeschobener Anlaß war die Politik des Agrarministers Luis Saias, der der CDS und der Rechten nicht so kompromißbereit gegenüberstand wie sein Vorgänger Antônio Barreto. Die wirklichen Gründe für den Rückzug der CDS aus der Soares-Regierung sind aber andere: Auf dem vor kurzem abgehaltenen Parteitag der rechtsstehenden PPD gelang es dem früheren Parteichef Sá Carneiro, nachdem er durch monatelange in-

früheren Parteichef Sá Carneiro, nachdem er durch monatelange in-

nerparteiliche Wühlarbeit den liberalen Parteiflügel um Sousa Franco in die Isolation getrieben hatte, sich in die Funktion des Parteichefs zurückwählen zu lassen. Damit verbunden ist ein extremer Rechtsschwenk der Partei.

Die CDS, mitverantwortlich für die von Sá Carneiro als prokommunistisch angegriffene Regierungspolitik, wurde dadurch derart in Zugzwang versetzt, daß sie durch den Rückzug ihrer Minister sogar die sonst hochheiligen Parlamentsferien störte. Die Sorge, bis zum neuerlichen Zusammentreten des Parlaments im Oktober dem unermüdlich agitierenden Sá Carneiro zuviel Vorsprung lassen zu müssen (beide Parteien machen sich teilweise dieselbe Wählerbasis streitig), war der eigentliche Grund für den Schritt der CDS.

Eanes faßte die Gelegenheit beim Schopf und entließ am 27. Juli Soares aus dem Amte des Ministerpräsidenten. Schon dieser Schritt bewegt sich in der verfassungsrechtlichen „Grauzone", da die Verfassung zwar sagt, daß die „Funktionen des Premierministers mit seiner Entpflichtung durch den Präsidenten der Republik enden", aber keine näheren Angaben dazu macht, in welchen Fällen (außer dem freiwilligen Rücktritt des Ministerpräsidenten) der Präsident zu einem solchen Schritt berechtigt ist. Eanes hat hiermit einen Präzedenzfall geschaffen: Die Abhängigkeit des Regierungschefs gegenüber dem Parlament wird tendenziell durch eine solche vom Präsidenten der Republik ersetzt. Das parlamentarische System wird also durch eine starke präsidiale Akzentuierung „erweitert".

Die nächsten Pflöcke auf dem Weg des Präsidentialismus schlug Eanes mit seiner Rede vom 1.8. ein, in der er praktisch als einzige Möglichkeit einer neuen Regierung eine durch „präsidentiale Vermittlung" zustande gekommene darstellte; dabei machte er sich wiederum durch geschickte Akzentverlagerung zweideutige Formulierungen der Verfassung dienstbar, wo es im § 193 heißt: „Die Regierung ist politisch vor dem Präsidenten der Republik und der Nationalversammlung verantwortlich". Auch hier schuf Eanes einen Präzedenzfall, der für die zukünftige politische Praxis bedeutet, daß der Staatspräsident bei der Regierungsbildung das entscheidende Gewicht mit Vetovollmacht bekommt. Bei der Beauftragung von Nobre da Costa mit der Regierungsbildung wurde der Revolutionsrat zwar verfassungsgemäß konsultiert, aber bis zum letzten Moment darüber im Unklaren gelassen, wen Eanes mit der Regierungsbildung beauftragen würde; dasselbe gilt für die Konsultationen der im Parlament vertretenen Parteien, die ebenfalls von der Verfassung vorgeschrieben sind. Der wichtigste Punkt bei der Einsetzung Nobre da Costas ist jedoch, daß Eanes dem § 190 der Verfassung zu eindeutiger Auslegung in Richtung auf ein Präsidialsystem verholfen hat. Der erste Absatz dieses Paragraphen lautet: „Der Premierminister wird vom Präsidenten der Republik ernannt, nach Anhörung des Revolutionsrates und der in der Nationalversammlung vertretenen Parteien **und unter Berücksichtigung der Wahlergebnisse**". Dieser letzte Passus wird allgemein dahingehend interpretiert, daß der Staatspräsident einen Vertreter der stärksten Parlamentsfraktion mit der Regierungsbildung zu beauftragen habe. PS, PCP und sogar CDS haben sich vor der Ernennung Nobre da Costas eindeutig in diesem Sinne geäußert (nur die PPD Sa Carneiros vertritt bezeichnenderweise die Linie von Eanes).

Damit ist das Ziel von Eanes, das Parlament zu einem zweitrangigen Faktor zu machen und eine Regierung zu bilden, die hauptsächlich vom Vertrauen des Staatspräsidenten abhängig ist, erreicht. Die Aufgabe der so zustande gekommenen Regierung wird in erster Linie darin bestehen, ein neues Wahlgesetz durch das Parlament zu pauken (das Modell dürfte dabei in etwa das französische sein, das die Linke massiv benachteiligt). Der Weg für eine noch schärfere Rechtsentwicklung stünde dann offen.

(Alle Angaben über die Umstände im Zusammenhang mit der Regierungskrise und der Beauftragung Nobre da Costas nach: „O Jornal" vom 4.8. und 11.8.).

Portugal-Kommission



„Wer eine von mir bestimmte Regierung will, soll einen Schritt vortreten. Wer vorgezogene Neuwahlen will, soll einen Schritt zurücktreten!"

Karikatur aus „Voz do Povo", Zeitung der UDP. Die Karikatur zeigt von links: Staatspräsident Eanes, Cunhal (PCP), Sa Carneiro (PPD), Soares (PS), Freitas do Amaral (CDS) und das portugiesische Volk.



Flüchtig verscharrte Faschisten treiben wieder ihre Blüten...



Faschisten bei einer Demonstration in Lissabon.

europa

Dänemark und Schweden: Großdemonstration gegen Atomkraftwerke Ende August

Bisher gibt es in Dänemark außer der Risö-Versuchsstation keine Atomkraftwerke oder AKW-Baustellen. Nach den dänischen Gesetzen ist die Einführung von Atomkraft nur mit einer prinzipiellen Zustimmung durch das Parlament möglich. Diese Abstimmung ist wegen des breiten Widerstandes in der Bevölkerung schon einige Male verschoben worden. Doch die AKW-Betreiber lassen nicht locker. Das Parlament wird demnächst den Investitionsplan der dänischen Regierung für die nächsten 20 Jahre behandeln, in dem nun auch der Bau von Atomkraftwerken enthalten ist. Nach den Plänen der Elektrizitätswerke sollen die ersten dänischen AKWs bei Gyllingnäs (südlich von Aarhus) und bei Stevns (auf Seeland) liegen.

Um die Bevölkerung auf diesen erneuten Angriff aufmerksam zu machen und um den Widerstand breit zu demonstrieren, finden an beiden Orten gleichzeitig zwei große Anti-AKW-Märsche statt, die von der OOA (Organisation zur Aufklärung über Atomkraft in Dänemark) organisiert werden und breite Unterstützung finden.

Die eine Demonstration beginnt am Samstag, dem 26. August um 10,30 Uhr, auf dem Sportplatz von Odder. Um ca. 12,30 Uhr wird bei Malling Pause gemacht und dann geht's weiter bis Moesgaard. Am Sonntagvormittag geht's nach Aarhus, wo ab 14 Uhr ein Riesenprogramm mit Ansprachen, Musikgruppen, Gesang, Theater und Ausstellungen über andere Energiequellen abläuft. Für Übernachtungsmöglichkeiten ist gesorgt. Auch sollen Busse dem Zug folgen, um ermüdete Marschierer aufzunehmen.

Nach Angaben der OOA werden die Demonstrationen die größten Anti-AKW-Aktionen Dänemarks werden. Die schwedischen AKW-Gegner rufen gleichzeitig wieder zu einer Demonstration gegen das AKW Barsebäck auf. Genauere Informationen über den Ablauf aller drei Märsche geben die OOA-Büros in Aarhus, Tel. 0045/6/124544 und Kopenhagen, Tel.0045/1/110673.

Kein Kernkraftwerk in Dänemark und auch nicht anderswo!!

Skandinavienkommission



Aufteilung der Antarktis beginnt

„Die Politik wurde eingefroren", so konnte noch 1976 ein Artikel über die Antarktis in den „Kieler Nachrichten" überschrieben werden. Im Text konnte es heißen: „die Entspannung funktioniert reibungslos" (KN, 26.6.76).

Heute, nachdem in der Antarktis riesige Rohstoffvorkommen entdeckt wurden, beginnt das Gerangel der 13 Antarktis-Vertragsstaaten um die Aufteilung des Kuchens, um den 6.Kontinent, der immerhin anderthalb mal größer ist als Europa. In der BRD laufen fieberhafte Überlegungen an, wie man gut 15.000 km von der „Heimat" entfernt ins Geschäft kommen kann.

Der Antarktisvertrag:

Nach mehrjährigen Verhandlungen wurde 1961 von 12 Staaten der Antarktisvertrag unterzeichnet (USA, UdSSR, Großbritannien, Frankreich, Belgien, Norwegen, Japan, Australien, Argentinien, Chile, Südafrika und Neuseeland). Danach soll die Antarktis bis 1991 neutralisiert bleiben. Alle territorialen Ansprüche bleiben eingefroren, verboten ist jegliche militärische Nutzung (u.a. keine Kernwaffenversuche und keine Atommülllagerung). Jeder Staat der Vereinten Nationen darf dort wissenschaftliche Forschung betreiben. Wirtschaftliche Erkundung ist zwar nicht ausdrücklich erlaubt, aber auch nicht verboten. In diesem illustren Antarktisklub darf formal jeder Staat Mitglied werden, der durch den Unterhalt einer Forschungsstation sein „Interesse an der Erforschung des Kontinents" nachweist.

Zustandegekommen ist der Vertrag nach über 50 Jahren Rangelei, wo jede Expedition am Landungspunkt ihre Nationalflagge in den Boden rammte. So kam es dazu, daß z.B. Graham Land von Chile, Argentinien und Großbritannien gleichzeitig beansprucht wird. 1952 kam es dort sogar zu einer Schießerei zwischen argentinischen und britischen Soldaten. Während des internationalen Geophysikalischen Jahres 1957 erreichten die Rivalitäten durch die vielen Expeditionen ihren Höhepunkt. Als Folge kam dann der Vertrag – quasi als eine Art „Burgfrieden" – zustande. Alle beteiligten Staaten gingen damals davon aus, daß in der Antarktis ohnehin nicht viel zu holen sei. So entstand die Situation, daß die beiden heute am stärksten in der Antarktis engagierten Staaten, USA und UdSSR, dort keine Territorialansprüche angemeldet haben.

ansprüche angemeldet haben.

Ungeahnte Reichtümer: Krill und Rohstoffe

Krill heißt das Zauberwort, von dem heute in der Presse so viel zu lesen ist. In den äußerst nährstoffreichen antarktischen Gewässern leben 200 - 500 Mio. t dieses kleinen, einer Garneele ähnlichen Krebses. Das ist die bei weitem größte Biomasse einer Tierart auf der Erde. Ohne die Bestände zu überfischen, könnten dort im Jahr 50 - 100 Mio. t gefangen werden. Der augenblickliche Weltfischereiertrag von 65 - 70 Mio. t pro Jahr könnte also ungefähr verdoppelt werden. Auf der 2. Krillexpedition der BRD konnten trotz unausgereifter Technologie bis zu 50 t pro Fangstunde eingebracht werden. Die größten Krillvorkommen liegen, für die BRD relativ günstig, im atlantischen Sektor der Antarktis.

Unklarheit besteht über die ökologischen Folgen einer solchen Fischerei: die optimistische Einschätzung, daß der Krill unbedenklich in großen Mengen gefangen werden kann, weil wegen der radikalen Dezimierung der Wale, deren Hauptnahrung Krill ist, ein Überfluß besteht, teilen die Fachleute nicht. Weil der Krill eine zentrale Stellung in allen Nahrungsketten der antarktischen See hat, sind schwerwiegende Folgen für die Lebensgemeinschaften zu befürchten.

Kommerziell wird Krillfang bisher von Japan und der Sowjetunion betrieben. Sie fangen *„nur einige 20.000 t im Jahr"* (KN, 3.6.78). Die BRD, VR Polen, Taiwan und andere Staaten erkunden derzeit die Fangmöglichkeiten. Großbritannien hat die Pläne dazu kürzlich vorübergehend aufgegeben. Denn: weil es derzeit an rentablen Verarbeitungstechniken fehlt, ist der Krillfang kommerziell noch nicht lohnend – aber das ist sicherlich nur eine Frage der Zeit.

Der Fischwirtschaft, die in ihrem Zentralorgan „AFZ" vom 9.6.76 deshalb eine „Mäßigung der Krillforschung" forderte, anwortete die Bundesforschungsanstalt für Fischerei: Die Untersuchungen am Krill dürfen *„nicht allein aus fischereirechtlicher Sicht gesehen werden", „sie sind vielmehr Teil des Bestrebens, die Grundlage zum Beitritt in den Antarktisvertrag zu schaffen. Eine solche Mitgliedschaft kann gerade im Zusammenhang mit der Seerechtsentwicklung zukünftig für unser Land von großer Bedeutung – und zwar nicht allein für die Fischerei – sein"* (AFZ, 18.8.76).

Von ungleich größerer Bedeutung als der Krill – ohnehin hauptsächlich als Fischmehlersatz für die Viehzucht vorgesehen – sind für den BRD-Imperialismus die Rohstoffe. Es geht um größere Ölvorkommen im Schelf von Marie Byrd Land, um 3 Billionen Kubikmeter Erdgas, um Kohle, Eisen, Uran, Kupfer, Nickel, Mangan und weitere wertvolle Mineralien (SZ, 13.2.78). Diese Rohstoffe wurden erst in den 70er Jahren durch die USA, UdSSR und Japan entdeckt. Diese Staaten behandeln die Funde *„wie ein militärisches Geheimnis", „streng unter Verschluß"* (SZ, 13.2.78). *„Es fällt auf, daß von den USA das Rohstoffpotential gezielt heruntergespielt wird"* (Ex-Forschungsminister Matthöfer, nach SZ, 13.2.78).

Zwar ist die Technologie, diese Rohstoffe unter den Bedingungen in der Antarktis auszubeuten, noch nicht entwickelt (bei Erdöl rechnet man mit den 80er Jahren), aber die profitable Aussicht macht nicht nur den „Klub" kribbelig. Im September 1977 kam es in London auf der 3-wöchigen Geheimsitzung der mitt-

1977 kam es in London auf der 3-wöchigen Geheimsitzung der mitt-

lerweile 13 „Klub"-Staaten (die VR Polen wurde 1977 aufgenommen, nachdem man sie seit 1961 warten ließ) zu hitzigen Auseinandersetzungen über die Aufteilung der Reichtümer.

Zuerst, noch 1978, soll ein Fischereiabkommen – weil es nicht so brisant ist – ausgehandelt werden. Daran sollen keine Staaten außerhalb des „Klubs" beteiligt werden. Ein Abkommen über die Nutzung der Rohstoffe will der „Klub" in den nächsten 2 Jahren unter Dach und Fach bringen. Hier gibt es aber heiße Differenzen im „Klub": auf der einen Seite die Staaten, die Territorien beanspruchen, auf der anderen Seite die ohne solche Ansprüche (u.a. USA und UdSSR). Sie versprechen sich von einer internationalen „Klub"-Behörde, die die Nutzungsrechte verteilt, die größeren Vorteile. Eine baldige Einigung erscheint unwahrscheinlich. Diese Verzögerung kommt dem BRD-Imperialismus und den anderen Staaten, die in der Antarktis mitmischen wollen (CSSR, Niederlande, Dänemark, Brasilien, Rumänien und die DDR) gut zu pass.

BRD mischt mit

Die Nase vorn hat, wie so oft, der BRD-Imperialismus. Durch 2 große Krillexpeditionen 1975/76 und 77/78 mit jeweils 2 Schiffen über 7 und 8 Monate (Kosten 60 Mio.DM) und den Beitritt zum Internationalen Komitee für Antarktisforschung (SCAR) hat die BRD einen Fuß in der antarktischen Tür. Sie beteiligt sich am neuen 10jährigen Krill-Projekt des SCAR, „Biomass", und konnte sogar die „Biomass"-Vorbereitung nach Kiel legen.

Eine weitere günstige Position hat der BRD-Imperialismus durch das neue Fischereiabkommen mit Argentinien. Argentinien liegt am dichtesten an der Antarktis und bietet sich als Operationsbasis an. Gleichzeitig beansprucht es einen Teil der krillreichen Scotia Sea.

Ein energischer Anlauf war eine von Matthöfers letzten Taten als Forschungsminister: Er forderte im Februar 78 die Bundesregierung auf, unverzüglich die Voraussetzungen für einen Beitritt zum „Klub" zu schaffen. Er schlug die Errichtung einer Antarktisstation und die Anschaffung eines eisgehenden Schiffes vor (Investition: 90 Mio.DM, jährlicher Unterhalt: 30 Mio.DM). Dazu solle ein „rohstofforientiertes Forschungsprogramm" entwickelt werden (SZ, 13.2.78). Der Bundesrat schloß sich im Juni dieser Forderung an. Die Bundesregierung antwortete, sie werde die notwendigen Voraussetzungen für einen Beitritt schaffen. Neueste Berichte sprechen davon, daß die Station schon 1979/80 in Betrieb genommen werden soll (KN,

Neueste Berichte sprechen davon, daß die Station schon 1979/80 in Betrieb genommen werden soll (KN,

13.7.78).

Die imperialistische Aufteilung der Antarktis hat gerade erst begonnen. In welche Richtung sich das entwickeln kann, zeigt eine „Kanonenbootshow", die sich Argentinien und Chile 1977/78 um 3 kleinste Inseln am Kap Hoorn lieferten: Der Staat, der sich diese Inseln einverleibt, darf einen etwas größeren Sektor in der Antarktis beanspruchen!

Ein Genosse
KB/Gruppe Kiel

US-Waffenembargo gegen die Türkei aufgehoben

Ende Juli, Anfang August haben sowohl der amerikanische Senat als auch das Repräsentantenhaus der Aufhebung des seit 1974 bestehenden Waffenembargos gegen die Türkei zugestimmt.

Damit hat die USA jetzt auch nach außen hin der Zypern-Teilung ihre Zustimmung erteilt. Zur Erinnerung: Das Embargo wurde nach der türkischen Invasion verhängt und sollte so lange gelten, bis sich die Türkei mit ihren Truppen aus Zypern zurückgezogen hat. Jetzt allerdings ist davon nicht mehr die Rede. Im Gegenteil wird hervorgehoben, daß die Türkei akzeptable „Friedensvorschläge" unterbreitet habe. Die türkischen Vorschläge gehen von einer Teilung der Insel mit zwei selbständigen Staaten aus.

Die Aufhebung des Embargos stellt für die griechisch-zyprische Seite eine wesentliche Verschlechterung ihrer Verhandlungsposition dar und hat mit einem Schlag alle noch so kleinen Hoffnungen auf Widervereinigung zerstört. (So war bei der Wahl Carters die zyprische Presse voll von Erwartungen an ihn, er würde dafür sorgen, die Türken zum Einlenken zu bewegen.)

Die Aufhebung des Embargos macht deutlich, daß für die NATO Zypern nichts von seiner strategischen hervorragenden Position im östlichen Mittelmeer verloren hat, die es mit dem Mittel der Abtrennung eines Teils (der türkischen) zu erhalten und auszubauen gilt.

Griechenland/Türkei/Zypern-Kommission

StrauSS — auch Drahtzieher in Zypern?

Zu einem ernsten diplomatischen Konflikt zwischen der BRD und Zypern kam es im Juli, als die zyprische Regierung die Ausweisung des ehemaligen Botschaftsrates der BRD-Vertretung in Zypern, Kurbjuhn, verfügte.

Hintergrund dieser zyprischen Maßnahme waren Berichte in der „Ta Nea" (Tageszeitung der sozialistischen Partei EDEK), in denen behauptet wurde, daß Berichte vorlägen, wonach faschistische Gruppen in Zypern finanziert und angeleitet werden von westdeutschen Faschistenorganisationen des Josef Strauß. Kurbjuhn soll als Mittelsmann beste Verbindungen zu diesen Gruppen (EOKA B) unterhalten und an Umsturzvorbereitungen beteiligt gewesen sein (siehe hierzu auch dasda-avanti, Juli 78).

Einzelheiten der erhobenen Vorwürfe wurden allerdings von Seiten der zyprischen Regierung nicht genannt, es wurde lediglich mitgeteilt, Kurbjuhn hätte sich bei der gescheiterten ägyptischen Aktion gegen ein von Palästinensern auf den zyprischen Flugplatz Larnaka festgehaltenen Flugzeugen vom Tower aus eingemischt.

Was StrauSS betrifft, so wird von der „Ta Nea" behauptet, er hätte sich zweimal inkognito auf Zypern aufgehalten und sich dort mit Leuten getroffen.

Offensichtlich war jedoch der Zyprischen Regierung die Angelegenheit doch zu heiß geworden: so wurde erklärt, die Vorwürfe gegen Kurbjuhn richten sich nicht gegen die BRD-Regierung oder die Botschaft, auch die Vorwürfe gegen StrauSS wurden dementiert.

Dieser zyprische Rückzieher erfolgte offensichtlich, nachdem sie sowohl von BRD-Seite als auch von griechischer Seite (die ja gerade Verhandlungen wegen des EG-Eintrittes führt) unter Druck gesetzt und der zyprische Außenminister nach Bonn zitiert worden war („FAZ", 25.7. 1978). Anders dagegen stellt sich die Sache in Zypern selbst dar. Dort haben die imperialistischen Gelüste der BRD schon seit langer Zeit zu sich regelmäßig widerholenden Angriffen auf die Botschaft geführt. Bereits im Sommer vergangenen Jahres wurde im Parlament (noch zu Makarios' Zeiten) über einen Antrag zur Ausweisung des damaligen Botschafters Pagenstert diskutiert, den Makarios aber ablehnte.

Und nach Bekanntwerden der StrauSS-Verbindungen fand eine antiimperialistische Demonstration statt, an der sich 20.000 Zyprioten beteiligten. StrauSS und Co. haben anscheinend die Wachsamkeit und das antiimperialistische Bewußtsein der zyprischen Bevölkerung unterschätzt, für die der Fall sicher noch nicht abgeschlossen ist.

Griechenland/Türkei/Zypern-Kommission

Niederlande: 25.000 Beamte im Streik — 70.000 auf der Demonstration

Zur Bewältigung der kapitalistischen Krise ist der christdemokratisch-rechtsliberalen Regierung der Niederlande bisher auch nichts Gescheiteres eingefallen, als den Werktätigen in die Tasche zu greifen und den Unternehmern (noch mehr) zu geben. In der Hoffnung, die Widersprüche zwischen den Beamten und den anderen Werktätigen ausnutzen zu können, wollte die Regierung zuerst den Beamten ans Leder. Klappt dieses Manöver, wäre dann der Rest der Berufstätigen dran ...
Weniger gerechnet hatte die Regierung allerdings damit, daß auch die Loyalität der Staatsbediensteten ihre Grenzen hat: Trotz Streikverbots legten am 23.6. rund 25.000 Beamte die Arbeit nieder, drei Tage später demonstrierten in Den Haag 70.000 Beamte gegen die „Sparpläne" der Regierung.



Demonstration der 70.000 am 26.61978 in Den Haag: Beamte in ihrer Dienstuniform tragen die „Verhandlung" (overleg) zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeber Staat zu Grabe.

Schon beim sozial-christdemokratischen Verband zur Wahrung der Unternehmerinteressen (Traditionalisten sagen immer noch: Parlament) und erst recht bei der nun amtierenden christdemokratisch-rechtsliberalen Variante besteht grundsätzliche Einigkeit darüber, daß die Krise des Kapitalismus nur durch die allgemeine „Null-Linie", Lohnsenkungen, Verminderung der öffentlichen Sozialausgaben einerseits und die Subventionierung der kapitalistischen Wirtschaft andererseits zu bewältigen sei. Probleme hatte die Regierung nur noch mit der Verpackung dieses „Sparprogramms". Die Veröffentlichung des Haushaltsplans (schamhaft „Kostenvoranschlag '81" genannt) wurde wieder und wieder zugesagt, erfolgte dann aber erst Ende Juni, wenige Tage vor den Parlamentsferien. Die rechte Spannung auf die *„Heilspläne von* (Premier) *Van Agt"* („Haagse Post") war jedoch vorher verpufft, hatte Van Agt doch schon im Mai einen wesentlichen Bestandteil dieses „Kostenvoranschlages" ausgeplaudert.

Beamte — eine privilegierte Schicht?

Bei einer Veranstaltung zu den Gemeinderatswahlen am 8. Mai in Harderwijk erklärte Van Agt seinen rund tausend Zuhörern, daß bei den „notwendigen Lohnmäßigungen" die Beamten zuerst zur Kasse gebeten werden müßten: *„Beamte haben es in bestimmter Hinsicht besser als andere Arbeitnehmer. Von ihnen wird darum ein fühlbarer Beitrag zu den Einsparungen gefordert und erwartet werden."*

Unter den Begriff Beamte bzw. die für die Beamten verbindliche Lohnregelung fallen in den Niederlanden rund 1,1 Mio – von insgesamt 3,8 Mio – Werktätige; hierzu gehört die kleine Gruppe der Spitzenbeamten wie auch die Masse der Busfahrer, Krankenschwestern, Sozialarbeiter, Müllwerker, Schreibkräfte in den Ämtern und Ministerien, Lehrer, Briefträger usw. usf. Sechzig Prozent dieser Beamten haben gerade das „durchschnittliche Einkommen" oder liegen noch darunter (im Be-
dieser Beamten haben gerade das „durchschnittliche Einkommen" oder liegen noch darunter (im Be-
reich der Post sind es sogar 75 %). Ihr Lohn orientiert sich an den Grundlöhnen (ohne Zuschläge!) in der Industrie, d.h. daß die Beamtenlöhne halbjährlich entsprechend den Lohnsteigerungen in der Industrie angehoben werden.

Die „Einsparungen" bei den Beamteneinkommen sahen im einzelnen vor, daß ihre Löhne bis 1981 um drei Prozent gesenkt werden sollen, und zwar halbjährlich um je ein halbes Prozent.

Die Beamtengewerkschaften

„Auch der ‚Beamtenstand' hat sich im Laufe der Jahre in seiner Zusammensetzung tiefgreifend verändert ... Die Proletarisierung von breiten Schichten der früheren Mittelklassen hat, auch bei dieser Gruppe, nicht wenig zum Entstehen eines elementaren Klassenbewußtseins beigetragen. Das hat mit zu dem Empfinden geführt, Teil der ganzen Arbeiterklasse zu sein" (Rein ter Horst in „De Nieuwe Linie", 5.7.).

Entsprechend hoch ist der gewerkschaftliche Organisierungsgrad: 700.000 der 1,1 Mio Werktätigen, die als Beamte gelten bzw. deren Lohn nach dem für die Beamten geltenden Trend berechnet wird, sind in den fünf Beamtengewerkschaftszentralen (mit insgesamt rund 60 Einzelgewerkschaften) organisiert. Die fortschrittlichste dieser Gewerkschaften, die zur sozialdemokratischen Gewerkschaftszentrale NVV gehörende ABVA konnte ihren Mitgliederstand in den letzten zehn Jahren von 100.000 auf fast 200.000 nahezu verdoppeln (seit Ende Juni ist die ABVA – noch vor dem Industriebond NVV – größte Einzelgewerkschaft der Niederlande).

Die Gewerkschaftsführungen orientierten nach dem Bekanntwerden des geplanten Angriffes auf die Beamtenlöhne stark auf Verhandlungen mit Innenminister Wiegel, dem „Dienstherren" der Beamten. Die Verhandlungen kamen im Juni jedoch nicht über Formalien hinaus, „inhältliche" Beratungen wurden auf Mitte August vertagt. Gleichzeitig wurden, insbesondere auf den Druck der radikalisierten Teile der einzelnen Beamtengewerkschaften hin, Streikaktionen und eine Kundgebung vorbereitet – unabhängig davon, ob zum Zeitpunkt der geplanten Aktionen die „Sparpläne" der Regierung veröffentlicht sein würden oder nicht.

Streikverbot und Spaltung

Nach dem großen Eisenbahnerstreik 1903 wurde für alle bei den Behörden Beschäftigten und die Eisenbahnarbeiter ein Streikverbot, die sog. Knebel-Gesetze, erlassen. Dieses Streikverbot wurde zwar 1974 von der Zweiten Kammer aus dem Strafgesetzbuch herausgenommen und in seiner Reichweite relativiert, die veränderte Gesetzesfassung ist jedoch bis heute noch nicht in der Ersten Kammer behandelt worden, so daß de jure für Beamte weiterhin absolutes Streikverbot besteht.

Die drei kleineren der insgesamt fünf Beamtengewerkschaftszentralen – die zur protestantischen Gewerkschaftszentrale CNV gehörende CCOOP sowie die stark ständisch orientierten Zentralen Ambtenarencentrum und CHA – nahmen an dem Streik nicht teil. CCOOP-Boß Wieringa ließ wissen, man wolle sich nicht der Teilnahme an *„ungesetzlichen Handlungen"* schuldig machen.

Die Auseinandersetzungen um den Streik setzen sich derzeit noch fort und scheinen zur Aufkündigung der Zusammenarbeit der verschiedenen Gewerkschaftszentralen bzw. Einzelgewerkschaften der Beamten zu führen.

Streik!

Streik!

Am 23.6. wurde in Amsterdam, Rotterdam, Utrecht und Groningen ein 24stündiger Streik durchgeführt.

In allen vier Städten war der öffentliche Verkehr lahmgelegt worden. In Amsterdam wurden zusätzlich die Stadtreinigung, die Ämter und die Hauptpost bestreikt, so daß auf den Stadtteilpostämtern – ohne daß diese direkt in den Streik einbezogen waren – auch nicht mehr viel lief. In Groningen wurde zusätzlich zum öffentlichen Verkehr die Telefonzentrale der Reichsuniversität bestreikt, in Rotterdam Postsortierung und -zustellung. Schon am Abend zuvor und für die Dauer von 24 Stunden war in Utrecht die Verteilungsstelle, wo die Post für das ganze Land umgeschlagen wird, lahmgelegt worden, so daß die Postzüge einen Tag lang annähernd leer fahren mußten.

In Amsterdam wurde am Streiktag mittags im Zentrum eine Kundgebung mit annähernd 10.000 Teilnehmern durchgeführt. Durch ein Versehen (?) begann die Kundgebung jedoch fast eine Stunde früher als bekanntgegeben, so daß noch Tausende auf den Platz strömten, als die Kundgebung schon beendet war.

Kleinere Demonstrationen bzw. Kundgebungen fanden auch in Utrecht, Rotterdam und Groningen statt. Fromme Wünsche galten besonders in Groningen der Regierung und ihren Häuptlingen: *„Wiegel und Van Agt/in die Gracht"* hieß es dort.

Insgesamt schien die Kampfbereitschaft bei weitem noch nicht ausgeschöpft gewesen zu sein: ABVA-Kollegen des Rotterdamer Elektrizitätswerkes schlugen vor, die Stromversorgung einiger Stadtteile zu unterbrechen. Um sicherzustellen, daß die „Arbeitsunterbrechung" auch wirklich eingehalten wird, wurden vielerorts die Zugänge zu den Arbeitsplätzen verbarrikadiert.

In Rotterdam wurde gar – aufgeregt vermerkt es das „NRC Handelsblad" – *„von streikenden Beamten ausgiebig die Internationale gesungen"* ...!

Die Amsterdamer Abteilungen der Sozialdemokraten (PvdA), der revisionistischen KP (CPN), der Pazifisten-sozialisten (PSP) wie der Radikaldemokraten (PPR) erklärten sich mit dem Streik der Beamten solidarisch.

Von den Führungen der anderen Gewerkschaften waren diesmal von vornherein keine Versuche zur Organisierung von – in Holland sonst üblichen – Solidaritätsstreiks aus anderen Arbeitsbereichen gemacht worden.

70.000 in Den Haag

Es war die größte Demonstration, die Den Haag je gesehen hatte; drei Stunden lang zogen etwa 70.000 Beamte am Parlament vorbei, wo eine von allen Beamtengewerkschaften der sozialdemokratischen Gewerkschaftszentrale NVV und einem Teil der katholischen NKV unterzeichnete Petition übergeben wurde. In der Petition wurde hauptsächlich gefordert, daß erst Verhandlungen zwischen Gewerkschaften und Staat (als Arbeitgeber) geführt werden müssen,
dert, daß erst Verhandlungen zwischen Gewerkschaften und Staat (als Arbeitgeber) geführt werden müssen,
bevor das Parlament seine Beschlüsse über die die Beamten betreffenden projektierten Einsparungen faßt. Weiter wurde gefordert, daß die Arbeitsplätze im Bereich der Behörden, Schulen, Sozialwesen usw. nicht angetastet werden dürfen.

Neben der Größe der Demonstration war die bemerkenswerteste Erscheinung des Tages der Frauenblock, zu dem die Kolleginnen aus der Unterrichts- und Beamtengewerkschaft (ABOP und ABVA) der NVV aufgerufen hatten. Weibliche Beamte, so hatten sie festgestellt, haben noch besonders unter den Sparplänen der Regierung zu leiden. So werden verheiratete Beamtinnen, besonders im Schuldienst, zuerst entlassen oder gar nicht erst eingestellt, da die Familie in dem Ehemann ja einen „Versorger" habe. Die Gewerkschaftsführungen hatten bei den Aktions-Vorbereitungen den Frauen keinerlei Beachtung geschenkt; ein Aufruf zum Frauenblock über den zentralen Lautsprecher wurde ihnen verweigert. Der Block der Frauen wuchs trotz aller Behinderungen im Laufe der Demonstration auf 1.000 Frauen an, der durch Aktivität und Kampfgeist entsprechende Aufmerksamkeit auf sich zog.

Ein „heißer Herbst"?

Obwohl die Beamtengewerkschaften aus ihrer Tradition heraus nicht gerade zu den fortschrittlichsten der gewerkschaftlichen Organisationen zählen und gegen die von Regierung und rechter Presse breitgetretene Demagogie von ihrer „bevorrechteten Stellung", haben die Beamten ihren Gewerkschaftsführungen gegenüber – gemessen am „Standard" dieser Gewerkschaften und den nieder-
ihren Gewerkschaftsführungen gegenüber – gemessen am „Standard" dieser Gewerkschaften und den nieder-
ländischen Verhältnissen – relativ weitgehende Aktionen durchsetzen können.

Die Streikversammlungen waren in allen Städten überdurchschnittlich gut besucht.

Die Aktionen selbst haben viele bisher Unorganisierte zum Eintritt in die Gewerkschaft veranlaßt: Die sozialdemokratische ABVA (deutlich führende Kraft in den Streiks) gewann im Juni 4.000 neue Mitglieder (sonst pro Monat durchschnittlich 250), am Tag nach der Kundgebung in Den Haag konnte die ABVA 576 Neueintritte verzeichnen.

Die Aktionen der Beamten können somit, über den Tag hinaus, als **„deutlicher Höhepunkt einer zunehmenden Kampfbereitschaft an der Basis der großen Gewerkschaften, namentlich der ABVA"** („Klassenstrijd") angesehen werden.

Andererseits hatten die Gewerkschaftsführungen, wenn auch von der Basis überhaupt erst zur Durchführung der Aktionen veranlaßt, den Verlauf dieser Aktionen noch voll in der Hand.

Die bisher öffentlich wirksam vorgetragene „unversöhnliche" Haltung der Gewerkschaftsführungen gegenüber der dreiprozentigen Lohnkürzung hat ihnen sicherlich Kredit an der Basis eingetragen, es sind aber auch Erwartungen geweckt worden, was spätere und härtere Aktionen angeht.

Den Lohnklauern in der Regierung kann ein „heißer Herbst" bevorstehen, wenn es den aktiven Gewerkschaftern gelingt, die anstehenden Auseinandersetzungen nicht den Berufsunterhändlern zu überlassen ...

Niederlande-Kommission

rufsunterhändlern zu überlassen ...
Niederlande-Kommission

(Der Artikel stützt sich auf: „de Volkskrant", 5.6.-8.7. u. 12.8.; „NRC Handelsblad", „Het Parool", „Trouw", alle vom 24.6.; „Haagse Post", Nr. 25, 24.6.; „De Nieuwe Linie", Nr. 27, 5.7.; „Klassenstrijd" – IKB –, Nr. 6, 24.6. u. Nr. 7, 8.7.; „Bevrijding" – PSP –, Nr. 11/12, 15.7.; „de tribune" – SP –, Nr. 13; „Politiek Overzicht", Nr. 4, April u. Nr. 5, Mai 1978.)



Ein Teil des Frauenblocks, der während der Demonstration auf rund 1.000 Frauen anwuchs.



nahost

Nieder mit dem Schah-Regime! Massenkämpfe im Iran

Der Damm ist gebrochen

Die Welle von Protesten gegen das Schah-Regime in Iran hat in den vergangenen Wochen einen neuen Höhepunkt erreicht. Obwohl inzwischen über 4 Städte das Kriegsrecht verhängt wurde, gehen die Demonstrationen weiter. Das Schah-Regime wird von den iranischen Massen nun ernsthaft in Bedrängnis gebracht.

Seit dem Aufstand von Qom im Januar dieses Jahres haben die Massen dem Regime keine Ruhe mehr gelassen. Im Februar beherrschten 60.000 Demonstranten zwei Tage lang die Straßen von Täbriz, wogegen das iranische Regime die Armee mit Maschinengewehren und Panzern einsetzte und hunderte Menschen ermordete. Von März bis Juli fanden in 80 iranischen Städten Massenaktionen gegen das Schah-Regime statt. Die Terrormethoden des Regimes greifen nicht mehr.

Vom 22. bis zum 24. Juli entwickelte sich ein regelrechter Aufstand in **Meschéd**, der dann von der Armee im Blut von 250 Toten zu ersticken versucht wurde. In den darauf folgenden Tagen protestierten die Massen in allen größeren Städten Irans gegen das Vorgehen des Regimes. Sie zerstörten Büros der faschistischen Einheitspartei Rastachiz und griffen Banken und Gebäude der Verwaltung an. In der iranischen Hauptstadt **Teheran** lieferten die Menschen der Polizei und den Soldaten blutige Straßenschlachten. Clubs und Hotels, in denen sich die US-Militär- und Geheimdienst-Berater aufzuhalten pflegten, gingen in Flammen auf („SZ", 1.8.).

Das Eingreifen der Armee und Polizei in dem jeweiligen Zentrum der Unruhen rief noch stärkere Proteste in anderen iranischen Städten hervor. Nach Teheran wurde **Isfahan** zum Zentrum des Aufruhrs, wo Massendemonstrationen von 100.000 Menschen stattfanden. Sämtliche Filialen der iranischen Staatsbank gingen in Flammen auf. Nach einer Woche Kampf wurde am 11.8. über Isfahan das Kriegsrecht verhängt („SZ", 12./13.8.). Dies bedeutet die Einsetzung eines Militärgouverneurs als unbeschränkten Machthaber, das Recht der Armee, ohne weiteres von der Schußwaffe Gebrauch zu machen, Ausgangssperren und die Einrichtung von Militär-Schnellgerichten. Mehr als 100 Menschen wurden ermordet. Obwohl Versammlungen von mehr als 3 Menschen verboten sind, kamen trotzdem noch einmal 100.000 zusammen.

Daraufhin ging der Aufruhr in 12 weiteren iranischen Städten weiter. Über 3 Städte in der Region von Isfahan (Homajunschahr, Najafabad und die Industriestadt Schah Reza) wurde ebenfalls das Kriegsrecht verhängt. Um alle größeren iranischen Städte wurde Armee zusammengezogen („NZZ", 15.8.). In Täbriz demonstrierten die Studenten gegen die Morde von Isfahan, woraufhin das Regime die iranischen Universitäten von der Armee besetzen ließ („Le Monde", 15.8.).

Die Zustände schreien nach Aufruhr

Die sogenannte „weiße Revolution" des Schahregimes war in Wirklichkeit eine Machtübernahme der einheimischen Spekulanten und ausländischen Konzerne. Die iranische Landwirtschaft wurde systematisch zugrunde gerichtet, so daß heute mehr als die Hälfte der Lebensmittel importiert wird, woran die Zwischenhändler milliardenschwer werden, während das Volk hungert. Die staatlich festgesetzten Abnahmepreise für landwirtschaftliche Produkte ruinieren die Bauern, die dann vom Dorf in die Städte flüchten und ständig wachsende Slums bevölkern. Sie arbeiten als Tagelöhner noch unter dem festgesetzten Mindestlohn von 5 DM am Tag (für 12 Stunden Arbeit), womit wiederum einige wenige Reichtum scheffeln. Das ganze staatliche System ist völlig korrupt und wird von den reichen Ausbeutern

Städte unter Kriegsrecht

TEHERAN
Homayunshahr
Isfahan
Najafabad
Schah Reza
IRAN
300 km

gelenkt. Aufgrund der Verfilzung von Spekulanten und Regime ist Iran mit dem Ölmilliarden nicht einmal in der Lage, eine funktionierende kapitalistische Wirtschaft aufzubauen. Über die Hälfte der Ölmilliarden fließen sowieso direkt wieder in die Taschen der Imperialisten zurück, da das iranische Regime für jährlich 16 Mrd DM aufrüstet. 35000 US-Berater sollen dafür sorgen, daß die Waffen und Soldaten bereit sind, um für die Imperialisten in Oman und Afrika die Dreckarbeit zu besorgen.

Auf allen Ebenen des Staatsapparates herrscht für die Bevölkerung totale Willkür. Um das ganze verfaulte System zu kontrollieren, hat das Regime gleich mehrere Geheimdienste eingerichtet, die auch aufeinander aufpassen. Über allen trohnt das „2. Büro". Die SAVAK beschäftigt 50.000 Angestellte und hat das Land mit einem Netz von über 1 Million Spitzeln überzogen. Eine weitere Kontrolle wird dadurch ausgeübt, daß jeder Iraner von Geburt an Mitglied der faschistischen Partei Rastachiz ist und jederzeit zu Ergebenheitsdemonstrationen für den Schah befohlen werden kann. Hunderttausende Menschen sind schon in den Folterkellern der SAVAK verschwunden. Trotz dieses Terrorsystems hat sich in den vergangenen Jahren der Widerstand entwickelt.

gen in Flammen auf. Nach einer Wo- wird von den reichen Ausbeutern
sich in den vergangenen Jahren der Widerstand entwickelt.

Schon die Tatsache, daß 60 % der Iraner unter dem Existenzminimum leben, daß 70 % Analphabeten sind und daß die jährliche Inflationsrate 24 % beträgt, widerlegt schlagend alle Theorien, der jetzige Aufstand sei von außen geschürt und die Menschen würden von „islamisch-marxistischen Agenten" aufgewiegelt.

Die Lüge von den „fortschrittsfeindlichen" religiösen Anführern

Das Schah-Regime hatte das gesamte Informationswesen des Landes einer totalen Zensur unterworfen. Jede Zeitungsredaktion und jede Druckerei war verpflichtet, Agenten der SAVAK als Mitarbeiter einzustellen, über deren Tisch alles gehen mußte. Dieses System ist im Verlauf der Unruhen löchrig geworden. Das Regime sah sich deshalb gezwungen, Erklärungen für die Massendemonstrationen zu fabrizieren, die von der bürgerlichen Presse in der ganzen Welt bereitwillig weiterverbreitet werden.

Danach seien die gegenwärtigen Unruhen von religiösen Führern geschürt worden, die gegen die „Rationalität" und „Moderne" des Schah-Regimes und gegen seine „Reformen" vorgehen, weil sie dadurch an Macht verlören. Diese „fortschrittsfeindlichen" Kräfte würden von Gruppen aus dem Untergrund und aus dem Ausland ausgenutzt.

Die „Reformen" des Schahs haben jedoch, wie wir oben gezeigt haben, in Wirklichkeit Chaos, Verschwendung und Korruption auf Seiten der Reichen und zunehmende Armut und Elend des Volkes zur Folge. In Wirklichkeit stehen in Iran die armen Massen gegen die reichen Ausbeuter und Kompradoren.

Die Bewegung in Iran geht auch nicht von irgendwelchen Führern aus, sondern ist in ihrem Kern eine spontane Bewegung der armen Massen. Auf der Basis dieser Bewegung spielt die islamische Priesterschaft eine durchaus zwiespältige Rolle. Die Mehrheit von ihnen vertritt jedoch auf jeden Fall fortschrittliche Forderungen wie z.B. Wiederinkraftsetzung der bürgerlich-demokratischen Verfassung, Einhaltung der Menschenrechte, wirklich freie Wahlen und die Abschaffung der Rastachiz und der SAVAK („Le Monde", 16.8.).

Diese religiösen Führer haben in der Tat eine große Mobilisierungskraft, doch beruht diese darauf, daß sie mindestens teilweise die Forderungen des Volkes vertreten. Die linken Gruppen versuchen, die Situation zu nutzen, um die Bewegung bewußter zu machen und über ihre jetzigen Führer hianus zu entwickeln.

Der Schah verspricht „Liberalisierung"

Das Schah-Regime versucht, die Bewegung durch eine Mischung von Terror und Versprechungen in den Griff zu bekommen. Es ist klar, daß unter dem Druck der Massen das Spitzel- und Parteisystem großteils zusammengebrochen ist. Das Regime muß sich Sorgen machen, ob wenigstens die Armee weiterhin dem Schah treu bleiben wird. *„An mehreren Orten liefen selbst Gendarmen und Soldaten samt Waffen zu den Demonstranten oder sogar zu den bewaffneten Untergrundkämpfern der sogenannten ‚Volksfedajin' über... Letzten Freitag starb ein pensionierter Armeegeneral, der während der Unruhen im März als ‚kommunistischer Agent' verhaftet worden war, im Gefängnis"* („Spiegel", 10.4.78).

Die Anwendung von Zuckerbrot und Peitsche wird, wohl unter der direkten Anleitung der CIA, konsequent durchgehalten:

- Das neugegründete „iranische Komitee für Menschenrechte" darf zwar vor ausländischen Journalisten eine Pressekonferenz abhalten und über die Folterungen berichten. Vor den Häusern dreier wichtiger Mitglieder des Komitees legen jedoch faschistische Terrorbanden Bomben („Le Monde", 11.4. und „SZ", 13.7.).
- In einer Fernsehrede am 11.8. verspricht der Schah, er werde trotz der Unruhen seinen Kurs der „Liberalisierung" beibehalten. Am nächsten Tag wird über Isfahan das Kriegsrecht verhängt.
- Die angebliche „politische Öffnung" wird gleich dadurch widerlegt, daß am 15.8. allen Zeitungen verboten wird, über die Unruhen zu berichten.
- Ein guter Freund des Schah gründet im Juli einen „3. Flügel" der Rastachiz. Während sich nun die Abgeordneten im Parlament Redeschlachten liefern, um ein „Demonstrationsgesetz" vorzubereiten, werden im Land hunderte erschossen.
- Der Schah kündigt „100 % freie Wahlen" an, allerdings erst für 1979 und dann soll auch nur die Rastachiz mit drei Flügeln zur Wahl stehen.
- Da der Protest des Volkes sich gegen den Ausverkauf des Landes und seiner Schätze an die Imperialisten richtet, hat der Schah eine Erhöhung des Ölpreises angekündigt („SZ", 12./13.8.). In der Praxis aber gehört Iran wie Saudi-Arabien zu den Ländern, die in der OPEC gegen eine Ölpreiserhöhung arbeiten.

Bürgerliche Verführer am Werk

Die Kombination von Kriegsrecht und Liberalisierungsverprechen soll der demokratischen Massenbewegung die Spitze abbrechen. Es haben sich auch schon eine Reihe bürgerlicher Politiker aus der Versenkung erhoben, um dem Volk ihre Dienste anzubieten.

Es ist klar, daß es nach der 25jährigen Herrschaft des Faschismus im Iran für die Massen schwer ist, sich von ihren bürgerlichen Verführern zu lösen und zu einer wirklichen demokratischen Revolution zu schreiten. Ähnlich wie seinerzeit in Portugal sind die revolutionären linken Kräfte noch schwach und sektiererisch und das Regime unternimmt alles, um diese Kräfte zu zerschlagen.

Dennoch kann diese Bewegung auf jeden Fall eine große Wende einleiten. Die Massen haben die Angst vor dem Terrorapparat des Schah abgeworfen. Die „NZZ" spricht von einem *„Dammbruch, den man sich in den Grundzügen ähnlich vorzustellen hat wie jenen, der sich in Äthiopien ereignete."* In Äthiopien half dem kaiserlichen Regime kein Mittel, um die Flut der Volksbewegung aufzuhalten. Der Dammbruch im Iran wird jedoch ungleich größere Auswirkungen auf die politische Landschaft haben als der in Äthiopien, da der Iran für die imperialistische Politik eine wesentlich wichtigere Rolle spielt als z.B. Äthiopien. Weiter ist auch in Ägypten mit einem ähnlichen Dammbruch zu rechnen, wenn die Massen dort, wie heute im Iran, aufhören, an die Versprechungen des Regimes zu glauben.

Dem antifaschistischen Kampf der armen iranischen Massen gehört unsere unbedingte Solidarität.

Nieder mit dem Schah-Regime!
Nieder mit dem Faschismus!

Nahostkommission



Massenhaft und in zahlreichen Städten des Iran gingen in den letzten Wochen die Gegner des Schah-Regimes auf die Straße, um ihren Protest gegen das Terror-Regime vorzutragen — der iranische Staatsschutz schlug brutal zu.



Iranische, antifaschistische Studenten im Ausland demonstrieren (wie hier in den USA) seit Jahren gegen das despotische Regime in ihrem Heimatland — ein wichtiger Beitrag zur Einheitsfront gegen den Schah.

Einheit des palästinensischen Widerstands gegen Provokationen verteidigen!

Die kurzfristig aussichtslose Lage der palästinensischen Revolution hat zu tiefen Differenzen zwischen den verschiedenen Strömungen des Widerstands geführt. Insbesondere haben sich auch Gruppen gebildet, die mit Hilfe von Terroraktionen eine Kompromißpolitik verhindern wollen, so u.a. die Gruppe von Abu Nidal (vgl. Kasten), die von der Fatah herkommt, und die Gruppe um Walid Haddad, die aus der PFLP hervorgegangen ist. Beide Gruppen residieren in Irak und werden von Irak unterstützt.

Diese Gruppierungen sind ein ideales Operationsgebiet für die verschiedensten Interessen, die in den Widerstand hineinwirken wollen, wie Irak, Syrien und Libyen, oder ihm direkt schaden wollen, wie der zionistische Geheimdienst. Es drängt sich der Vergleich auf mit der westdeutschen RAF und der Rolle der V-Männer des Verfassungsschutzes in der RAF.

PFLP-Generalsekretär Genosse Habasch hatte schon im vergangenen Jahr gesagt, *„daß es viele Palästinenser, Grüppchen, Einzelpersonen gibt, die die Ansicht vertreten: In Jordanien sind wir gemordet worden, in Libanon hat man Palästinenser umgebracht, und jetzt will man uns endgültig vernichten. Also werden wir alles unternehmen, um dem Feind zu schaden egal wo. Das ist ein ganz natürliches Phänomen."* Die PFLP lehnt jedoch für sich diese Politik ab: *„Wir wollen ja eine wirkliche Befreiung, und deshalb wollen wir nicht nur mal hier und dort zuschlagen. Das führt zu nichts"* („Stern" 9/77).

Ablenkungsmanöver

Die PLO-Führung ist tief verwickelt in die Bemühungen der Imperialisten und Zionisten, die Palästinafrage „friedlich" beizulegen. Vor seiner Reise nach Jerusalem hatte sich Sadat mit Arafat abgesprochen (vergl. AK 118). Da es jedoch Syrien ist, das große Teile Libanons besetzt hält, befindet sich Arafat auch in einem Zwangsbündnis mit dem syrischen Staatschef Assad, der die palästinensische Karte benutzt, um seinen Einfluß auf die Nahostlösung zu erhöhen. Der Schießkrieg zwischen der Gruppe von Abu Nidal und der PLO-Führung (siehe Kasten) kam deshalb gerade recht, um von diesem schmutzigen Bündnis abzulenken.

Die Kompromißpolitik der PLO-Führung wird durch die Organisation der Ablehnungsfront gestört. Die Ablehnungsfront will sich nicht an die Absprachen halten, die Arafat mit den Syrern getroffen hat: keine Widerstandsaktionen von Südlibanon aus, kein Eindringen in die von den Zionisten geräumten südlibanesischen Gebiete. Nachdem zuerst die Opposition gegen Arafat in der Fatah selbst angegriffen worden war (vergl. AK 129), ging man militärisch zum Angriff gegen die PLF über, die man als die militärisch schwächste Organisation der Ablehnungsfront einschätzte. In Saida, Damur und vor allem im Flüchtlingslager Baddawi in der Nähe von Tripoli wurden von der Fatah Stützpunkte der PLF angegriffen. Es gab mindestens 5o Tote.

Natürlich haben die palästinensischen Massen nichts übrig für das syrische Regime, das mitverantwortlich ist u.a. für den Fall von Tall as Sa'atar, oder für Sadat, der ihr Land an die Zionisten verschachern will. Natürlich sind die Massen für die Einheit des palästinensischen Widerstands.

Der Konflikt mit Irak wurde deshalb von der PLO-Führung bewußt hochgeputscht. Nach der Methode „Haltet den Dieb!" wurde Irak der Verschwörung mit dem Feind bezichtigt: *„Die gefährlichste Verschwörung unter allen Verschwörungen, die sich gegen die palästinensische Revolution richten"* (Memoradum des Exekutivkomitees der PLO, 7.8.). Man sprach von den *„neuen Faschisten in Irak"* (WAFA, 3.8.) und stellte Irak auf die *„gleiche Stufe wie Zionismus, Imperialismus und andere feindliche Kräfte"*.

Die Bombe von Beirut

Unter dem Druck der anderen Organisationen der Ablehnungsfront kam am 2.8. ein Gipfeltreffen der Widerstandsorganisationen zustande, um die Angriffe der Fatah auf die PLF in Baddawi zu beenden. Auf diesem Treffen verpflichtete sich Arafat als Generalsekretär der Fatah, seine Kämpfer zurückzuziehen und einen Waffenstillstand einzuhalten, die Verantwortlichen zu bestrafen, die besetzten Büros der PLF freizugeben und die Pressekampagne zu beenden (WAFA, 3.8.).

Es ist sicher kein Zufall, daß 10 Tage später das Beiruter Hauptquartier der PLF durch eine 4oo kg-Bombe in Trümmer gelegt wurde. Hier waren Kräfte am Werk, die die Organisationen der Ablehnungsfront schlagen und Zwietracht säen wollen.

Die PLF selbst machte die PFLP-GC für den Angriff verantwortlich („FR", 15.8.), hinter der Syrien steht (vergl.Kasten). Syrien kann Libanon umso besser beherrschen, und kann umso besser die palästinensische Karte spielen, je schwächer die Organisationen der Ablehnungsfront und ihr Einfluß in der PLO sind. Uns erscheint es jedoch wahrscheinlicher, daß der zionistische Geheimdienst die Bombe legen ließ und vielleicht auch den Schießkrieg PLO-Irak in Gang gebracht hat.

Die blutige Hand des Mossad

Auf den Terror ausgerichtete Organisationen wie die von Abu Nidal lassen sich relativ leicht durch Geheimdienste unterwandern. Auch die PLO scheint der Zusammenarbeit mit imperialistischen Geheimdiensten nicht unbedingt abgeneigt zu sein. So schreibt die „Zeit" vom 11.8., daß die PLO mit Scotland Yard gegen Irak zusammenarbeitete: *„So führten PLO-Tips die Londoner Polizei auf die sorgfältig verwischte Zickzackspur irakischer Mordkommandos..."!*

Es muß den Zionisten bestens ins Konzept passen, den palästinensischen Widerstand, der durch die israelische Invasion schon geschwächt ist, zu spalten, und zudem noch Irak, ein Land der arabischen Opposition gegen Sadat zu diskreditieren.

Nahostkommission

Ablenkungsmanöver

Die PLO-Führung ist tief verwickelt in die Bemühungen der Imperialisten und Zionisten, die Palästinafrage „friedlich" beizulegen. Vor seiner Reise nach Jerusalem hatte sich Sadat mit Arafat abgesprochen (vergl. AK 118). Da es jedoch Syrien ist, das große Teile Libanons besetzt hält, befindet sich Arafat auch in einem Zwangsbündnis mit dem syrischen Staatschef Assad, der die palästinensische Karte benutzt, um seinen Einfluß auf die Nahostlösung zu erhöhen. Der Schießkrieg

schwörung unter allen Verschwörungen, die sich gegen die palästinensische Revolution richten" (Memoradum des Exekutivkomitees der PLO, 7.8.). Man sprach von den *„neuen Faschisten in Irak"* (WAFA, 3.8.) und stellte Irak auf die *„gleiche Stufe wie Zionismus, Imperialismus und andere feindliche Kräfte"*.

Die Bombe von Beirut

Unter dem Druck der anderen Organisationen der Ablehnungsfront kam am 2.8. ein Gipfeltreffen der

schreibt die „Zeit" vom 11.8., daß die PLO mit Scotland Yard gegen Irak zusammenarbeitete: *„So führten PLO-Tips die Londoner Polizei auf die sorgfältig verwischte Zickzackspur irakischer Mordkommandos..."!*

Es muß den Zionisten bestens ins Konzept passen, den palästinensischen Widerstand, der durch die israelische Invasion schon geschwächt ist, zu spalten, und zudem noch Irak, ein Land der arabischen Opposition gegen Sadat zu diskreditieren.

Nahostkommission

Eine Serie von Attentaten

In den letzten Monaten sind eine Reihe von PLO-Auslandsvertretern ermordet worden, wofür allgemein die Gruppe um Abu Nidal verantwortlich gemacht wird. Im Gegenzug wurden von der Gruppe „Rächer", die der Fatah zugerechnet wird, verschiedene Auslandsvertretungen des Irak angegriffen. Gleichzeitig begann eine politische Kampagne der PLO gegen den Irak.

Eine kurze Chronik der Ereignisse:

4.1.78: Said Hammami, Vertreter der PLO wird in London ermordet. Abu Iyad, Leitungsmitglied von Fatah, beschuldigt den Irak und besonders „die Clique von Abu Nidal" („Le Monde", 17.6.78). Hammami war bekannt dafür, daß er in London Treffen zwischen PLO-Vertretern und Zionisten organisierte.

15.6.78: Der Direktor des PLO-Büros in Kuweit, Ali Jasin, wird vor seiner Haustür erschossen. Fatah beschuldigt den irakischen Geheimdienst, hinter dem Attentat zu stehen. Ali Jasin war seit Gründung Mitglied von Fatah, er galt als „Befürworter eines gemäßigten Kurses innerhalb der PLO" („MD", „SZ", „LM", 18.6.78).

4.7.78: Das Exekutivkomitee der PLO „warnt, daß es nicht länger ruhig zusehen kann"

16.7.78: In einem Memorandum der Fatah wird der Irak beschuldigt, sich in die Angelegenheiten der PLO einzumischen und Spenden im Wert von 80 Mio. Dollar unterschlagen zu haben.

28.7.78: Unter dem Wagen des irakischen Botschafters in London, Taha Amed el-Dawood, explodiert eine Handgranate.

31.7.78: Zwei Männer dringen in die irakische Botschaft in Paris ein, einer flieht nach einer Schießerei. Der andere hält mehrere Personen als Geiseln fest. Er verlangt ein Flugzeug, um in London über die Freilassung der wegen des Attentates auf den irakischen Botschafter verhafteten Palästinenserin verhandeln zu können. Nach achtstündiger Belagerung und einem Gespräch mit einem Vertreter der Arabischen Liga gibt er auf. Als er abgeführt wird, schießen irakische Sicherheitsbeamte auf den Mann, offenbar mit der Absicht, ihn zu töten. Bei dem folgenden Schußwechsel zwischen Polizei und Irakern werden ein Polizist und ein irakischer Sicherheitsbeamter getötet.

Die irakische Regierung macht die PLO-Führung für den Überfall verantwortlich und wirft ihr vor, die Operation mit dem syrischen Geheimdienst koordiniert zu haben. Der verhaftete Palästinenser ist nach eigenen Angaben der Bruder des in London ermordeten PLO-Vertreters Said Hammami und gehört zu der PLO-Kommandogruppe „El Thar" („Rächer"), deren Aufgabe es sei, Vergeltungsaktionen gegen feindliche Palästinenserbewegungen auszuführen. Er will im Auftrag Arafats gehandelt haben („FR", „NZZ", „SZ", 2.8. bis 9.8.78).

2.8.78: Zwei Männer mit südjemenitischen Pässen versuchen im irakischen Generalkonsulat in Karatschi/Pakistan Geiseln zu nehmen. Einer der Attentäter wird getötet, der andere festgenommen. Er gibt an, Mitglied von Fatah zu sein („NZZ", „FR", 6./7.8.).

2.8.78: Im Beiruter Stadtteil Fakhani wird in der Nähe des Flüchtlingslagers Sabra das Auto des irakischen Botschafters in Libanon beschossen („NZZ" 4.8.78).

3.8.78: Bei einem Überfall auf das Pariser PLO-Büro werden der PLO-Vertreter Ezzedine Kalak und sein Stellvertreter Hammad Adnan erschossen. Die beiden Täter werden festgenommen. Im Verhör bezeichnen sie sich als Mitglieder der „Ablehnungsfront der staatenlosen Araber", die ihre Anweisungen aus Bagdad von Abu Nidal erhalte. Arafat beschuldigt wiederum den irakischen Geheimdienst („LM", 5.8. u. 6./7.8., „NZZ", 4.8. u. 5.8.). Über Ezzedine Kalak wird gesagt: Er *„verfolgte ... in den Lagern des Libanon (die) Ausschaltung der Partisanen der Ablehnungsfront, die mit Irak verbündet ist und Gegner von Arafat"* („LM", 5.8.78).

5.8.78: Bei einem Überfall auf das Büro der PLO in Islamabad/Pakistan werden vier Männer erschossen, darunter der PLO-Funktionär Mohammed Hussain. Die PLO macht „eine Gruppe irakischer Agenten" verantwortlich. Die Organisation „Schwarzer September und Schwarzer Juni" (vgl. Kasten) soll sich zu dem Attentat bekannt haben („NZZ", „SZ", 7.8.78).

Die PLO beschuldigt den irakischen Geheimdienst außerdem, einen Anschlag auf ihr Büro in Bangladesch geplant zu haben („FR", 7.8.78).

13.8.78: Durch einen Sprengstoffanschlag wird in der Nacht im Beiruter Stadtteil Fakhani in der Nähe der arabischen Universität und des Flüchtlingslagers Sabra ein 9-stöckiges Wohnhaus völlig zerstört. Eine bisher unbekannte Zahl von Menschen, nach Presseberichten mindestens 80 bis über 100, stirbt bei dem Anschlag, viele Menschen werden, zum Teil schwer verletzt, aus den Trümmern geborgen.

Vor dem Haus soll ein Auto mit 400 kg Sprengstoff explodiert sein. Auf die erste Explosion folgten weitere Detonationen.

In dem Gebäude sollen zur Zeit der Explosion etwa 200 Menschen gewesen sein. Neben 28 Wohnungen für mehr als 40 palästinensische Flüchtlingsfamilien waren dort ein Büro der Fatah und in den oberen drei Stockwerken das militärische Hauptquartier der PLF (vgl. Kasten). Außerdem soll sich in dem Gebäude ein Munitionslager der PLF befunden haben.

Eine Stunde vor der Explosion war in dem Haus eine dreitägige Sitzung des Zentralkomitees der PLF zu Ende gegangen. Zum Zeitpunkt des Anschlages hatten alle Teilnehmer der ZK-Sitzung, darunter der Vorsitzende Abul Abbas, das Gebäude allerdings bereits verlassen. Unter den Toten sollen mindestens 40 Mitglieder der PLF und 17 Mitglieder der Fatah sein.

Ein Palästinenser wird abgeführt

Auf einer Sondersitzung des PLO-Exekutivkomitees unter Leitung von Arafat wurde beschlossen, einen Untersuchungsausschuß zu bilden, der die Hintergründe des Attentats aufklären soll.

Irakische Kreise, darunter der Botschafter in Bonn, Zuheir al Bayrakdar, vermuten, daß es sich um einen Sabotageakt des israelischen Geheimdienstes handelt.

Abul Abbas, Vorsitzender der PLF, machte dagegen die PFLP-GC (vgl. Kasten) für das Attentat verantwortlich: *„Sie wollen mich und die Organisation töten, um die Aussöhnungsbewegung zu untergraben, die zu dieser Zeit im Gang war. Sie wollten die innerpalästinensische Spaltung beibehalten"* („IHT", 14.8.78, Informationen nach: „IHT", "FR", „Hamburger Morgenpost", „SZ", 14.8.78 und „FR", „NZZ", „SZ", 15.8.78).



Französische Zivilbullen im Feuergefecht vor der irakischen Botschaft

PLF und PFLP-GC

Die PFLP- GC (PFLP - Allgemeine Führung) hat sich 1968 von der PFLP abgespalten. Schon nach dem Oktoberkrieg 1973 und während der darauffolgenden „Friedens"-Verhandlungen brachen Differenzen zwischen der Führung der Organisation unter Ahmed Dschibril und den Kämpfern auf. Als sich Dschibril 1976 während der syrischen Inter-

von Arafat. Abu Nidal will den Kampf aus dem Untergrund weiterführen. Im Gegensatz zur Nichteinmischungstheorie von Arafat betrachtet er die reaktionären arabischen Regimes als Feinde für die Befreiung der Palästinenser. Er klagt die PLO-Führung an, keine revolutionäre Politik zu verfolgen. Arafat schob ihn als Vertreter der Fatah nach Bagdad ab.

PLF und PFLP-GC

Die PFLP- GC (PFLP - Allgemeine Führung) hat sich 1968 von der PFLP abgespalten. Schon nach dem Oktoberkrieg 1973 und während der darauffolgenden „Friedens"-Verhandlungen brachen Differenzen zwischen der Führung der Organisation unter Ahmed Dschibril und den Kämpfern auf. Als sich Dschibril 1976 während der syrischen Intervention im libanesischen Bürgerkrieg auf die Seite Syriens stellte, kam es zur Spaltung. Die Masse der Kämpfer bildete eine neue Organisation unter dem Namen Palästinensische Befreiungsfront (PLF) und schloß sich als vierte Organisation der Ablehnungsfront an. Generalsekretär ist Abul Abbas.

Dschibril sitzt nach wie vor als Vertreter der PFLP -GC in den Gremien der PLO und vertritt dort die syrische Linie.

Die Gruppe von Abu Nidal

Abu Nidal schloß sich Mitte der 60er Jahre der Fatah an, gehörte bald der engeren Führung an und wurde einer der führenden Männer im "Al Rasd", dem Geheimdienst der Fatah. Nach den Septembermassakern 1970 in Jordanien kritisierte er den Kapitulationskurs von Arafat. Abu Nidal will den Kampf aus dem Untergrund weiterführen. Im Gegensatz zur Nichteinmischungstheorie von Arafat betrachtet er die reaktionären arabischen Regimes als Feinde für die Befreiung der Palästinenser. Er klagt die PLO-Führung an, keine revolutionäre Politik zu verfolgen. Arafat schob ihn als Vertreter der Fatah nach Bagdad ab.

1974 wurde Abu Nidal wegen eines angeblichen Mordkomplotts gegen Arafat in Abwesenheit zum Tode verurteilt. Al Fatah hatte damit einen Vorwand, den Irak anzugreifen, weil er sich weigerte, Abu Nidal auszuliefern.

Die Gruppe von Abu Nidal kritisierte sogar die von allen Widerstandsorganisationen gefaßten Beschlüsse der Konferenz von Tripolis gegen Sadats Kapitulationspolitik als zu kompromißlerisch.

Danach ging der militärische Zweig der Gruppe, "Schwarzer Juni und Schwarzer September", dazu über, Vertreter der Kapitulationslinie in der PLO-Führung zu liquidieren.

Der Name "Schwarzer Juni und Schwarzer September" erinnert an den Einmarsch der syrischen "Friedenstruppen" in den Libanon im Juni 1976 und die Massaker an Palästinensern in Jordanien im September 1970.



afrika

Eritrea: Militärische Offensive des DERG-Regimes

Mit über 100.000 Soldaten haben die Äthiopier ihre seit einem dreiviertel Jahr angekündigte Großoffensive gegen Eritrea in Gang gebracht. Dabei verfügen sie über moderne schwere Bewaffnung: Mig-21-Düsenbomber, T-54- und T-62-Panzer, BMD-20- und -21-Raketenwerfer, 140-Millimeter-Kanonen („Neue Zürcher Zeitung" – „NZZ" vom 17.8.). Unterstützt werden sie von sowjetischen, kubanischen und DDR-Militärberatern und Piloten. Kubanische Truppen greifen zwar gegenwärtig nicht direkt ein, jedoch ist ihre Stationierung im Rükken der äthiopischen Streitkräfte für diese eine Entlastung. Hinzu kommt – auch wenn das Eingreifen der COMECON-Länder derzeit im Vordergrund steht – daß trotz einiger propagandistischer Abgrenzungsmanöver die Unterstützung der US-Imperialisten und der Zionisten für den DERG nie eingestellt wurde. Erst vor wenigen Wochen z. B. wurde die Lieferung einer Sendung von US-Splitterbomben an Äthiopien bekannt.

Bei ihrem fast einmonatigen Vormarsch stieß die äthiopische Kriegswalze nur auf relativ schwache Gegenwehr. Alle größeren Städte südlich von Asmara und Keren wurden wieder von den Truppen des DERG besetzt: Segeneiti, Decamhare, Adi Ugri, Barentu, Tessenei und Agordat. Fraglich ist allerdings, wieweit dabei die Äthiopier die weiten und unwegsamen ländlichen Gebiete zwischen diesen Städten durchdringen konnten.

Bis auf Segeneiti und Decamhare,
ist allerdings, wieweit dabei die Äthiopier die weiten und unwegsamen ländlichen Gebiete zwischen diesen Städten durchdringen konnten.

Bis auf Segeneiti und Decamhare,
die zum Einflußgebiet der revolutionären EPLF gehören, haben die Äthiopier mit ihrem Vormarsch praktisch den gesamten bisher von der ELF kontrollierten Teil Eritreas besetzt. Die ELF hat alle ihre Städte verloren!

Gegenwärtig versuchen die Äthiopier, Keren zu erobern — die zweitgrößte Stadt Eritreas und EPLF-Gebiet. Die Stadt wurde bombardiert. — Hier ziehen die EPLF-Genossen die Verteidigungslinie und es ist ihnen offensichtlich gelungen, eine erste Angriffswelle der DERG-Truppen erfolgreich zurückzuschlagen! Nach Auskunft eines EPLF-Sprechers in Khartoum sind bei der Schlacht rund 700 Äthiopier getötet worden (SZ 18.8.).

Wir sprachen am 14.8. über die Situation mit dem Genossen AMDE—MICHAEL Kahsai, Mitglied des ZK und Sprecher der EPLF in Rom.

Er betonte, daß — entgegen der DERG-Propaganda — die Äthiopier es bisher nicht geschafft haben, den Belagerungsring der EPLF um die Hauptstadt Asmara zu sprengen. Selbst wenn die Befreiungskämpfer gezwungen sein könnten, ihre unmittelbar an der Straße Asmara-Addis Abeba liegenden Posten zurückzuziehen, könnten sie die Straße von den umliegenden Bergstellungen aus weiterhin voll kontrollieren.

Der Genosse berichtete auch von ihrer Niederlage bei Agordat (westlich von Keren), die er darauf zurückführt, daß die ELF nicht kämpfen will! Hier sei die EPLF Seite an Seite mit ELF-Einheiten den Äthiopiern entgegengetreten. Eine Stunde nach Beginn des Kampfes hätte die ELF, ohne Absprache alle ihre Stellungen geräumt! Die EPLF-Genossen standen plötzlich allein den Äthiopiern gegenüber, und dieser Verrat hat vielen von ihnen das Leben gekostet.

Inzwischen gelang es ihnen allerdings — nach Auskunft des EPLF-Sprechers in Khartoum — Agordat zum Teil wieder zurückzuerobern! (SZ 18.8.). Sie kämpfen jetzt an der Westfront getrennt von der ELF.

Die Städte Segeneiti und Decamhare sind nach Auskunft des Genossen Kahsai durch die EPLF kampflos geräumt worden, weil sie sehr schwer zu verteidigen gewesen wären und die Äthiopier z.B. von 3 Seiten auf Decamhare vorrückten. Die EPLF wollte der Bevölkerung und ihren Kämpfern eine gegenwärtig aussichtslose Schlacht ersparen. Die DERG-Truppen sind mit 5000 Mann in die Stadt eingerückt.

Die äthiopische Kriegsmaschine rollt, und noch ist nicht zu übersehen, welche Positionen von den eritreischen Befreiungskämpfern vorerst noch aufgegeben werden müssen. Es läßt sich jedoch feststellen, daß der einzig erfolgreiche Widerstand bis jetz von der EPLF geleistet wurde, und daß deren Verluste an befreiten Gebieten vergleichsweise geringer sind als die der ELF.

Eine verlorene Schlacht ist kein verlorener Krieg

Als Außenstehender — auch als außenstehender Linker — neigt man bei der Beurteilung der Lage eines Volkskrieges immer wieder dazu, den militärischen Stand (befreite Gebiete, eroberte Städte, waffentechnische Möglichkeiten) überzubewerten. Auch unsere Berichterstattung war bisher nicht frei von dieser Schwäche. Z.B. haben wir die Eroberung der Hauptstadt Asmara als militärisches Problem beschrieben, wohingegen uns die Kader der EPLF während unserer kürzlichen Eritrea-Reise eine Reihe vielfältiger Überlegungen darstellten, warum Asmara trotz militärischer Möglichkeiten n i c h t genommen worden ist.

Ohne unsere Erfahrungen in den befreiten Gebieten hätten wir mit einiger Sicherheit den jetzigen Niederlagen mehr Bedeutung beigemessen als sie real haben.

Ohne unsere Erfahrungen in den befreiten Gebieten hätten wir mit einiger Sicherheit den jetzigen Niederlagen mehr Bedeutung beigemessen als sie real haben.

Natürlich ist es bitter sich vorzustellen, daß das revolutionäre Decamhare, das wir vor wenigen Wochen besuchten, gegenwärtig von DERG-Truppen besetzt ist. Wir haben dort den Aufbau der Volksmacht gesehen, die Demonstrationen und Feiern zum Jahrestag der Befreiung erlebt (an denen quasi jeder der laufen kann teilnahm), wir haben die Kinder der „Red-Flowers"-Organisation besucht. All dies waren eindrucksvolle Beweise, wie weit die Voraussetzungen für einen siegreichen Volkskrieg gediehen sind.

Um dies zu verstehen, muß man sich kurz die bisherigen Etappen der sehr langfristig und planvoll angelegten revolutionären Arbeit der EPLF vor Augen halten:

— In den ersten 10 Jahren unter der Führung der ELF stand der eritreische Widerstand noch unter dem überwiegenden Einfluß der alten eritreischen Oberschichten und war religiös und tribalistisch in sich gespalten.

— Diese Kräfte entfachten nach der Gründung der EPLF 1971 einen mörderischen Bürgerkrieg, in dem es für die Revolutionäre zunächst ums Überleben ging.

— Bis 1973/74 schafften es die Genossen, eine von den unterdrückten und ausgebeuteten Klassen Eritreas getragene Volksarmee aufzubauen, die den äthiopischen Kolonialherren ständige Niederlagen beibrachte. Schließlich wurde der Aufstand der in Eritrea stationierten demoralisierten äthiopischen Truppen zum Auslöser der antifeudalen Revolution in Äthiopien 1974.

— Durch die Erfolge und Verankerung der EPLF entstand eine Massenbewegung, die schließlich Anfang 1975 die ELF zur offiziellen Einstellung des Bürgerkriegs zwang.

— In den folgenden zwei Jahren konnten die Äthiopier aus über 80 % der ländlichen Gebiete Eritreas vertrieben werden. In den EPLF-Gebieten, wo fast 2/3 der Bevölkerung leben, konnten die Revolutionäre den Kampf aufnehmen um die Verbesserun der Lebensbedingungen der Massen. Sie entwickelten die Infrastruktur des Landes: Sie bauten 100te von Kilometern Straßen, stellten den Verkehr um vom Kamel auf (erbeutete) LKW und Landrover, errichteten ein für afrikanische Verhältnisse hervorragendes Gesundheits system, errichteten Werkstätten und Schulen, schufen Lebensmöglichkeiten für Tausende von Flüchtlingen usw. — Zugleich begannen sie, den landlosen Bauern (50—75 % der ländlichen Bevölkerung) durch eine energische Landreform zu Land, und den total entmündigten Frauen zu ihrem Recht zu verhelfen. In den Städten wurde eine breite Untergrundarbeit aufgebaut. Die Unterdrückten wurden bewaffnet.

— 1977 schließlich erfolgte innerhalb weniger Monate die Befreiung sämtlicher Städte außer Asmara, Assab und Massaua, wo die Äthiopier eingekesselt wurden. Decamhare und Keren, die beiden größten unter diesen Städten, wurden im Abstand von 2 Tagen nacheinander befreit! Nach der Befreiung begann sofort der Aufbau einer basisdemokratischen Rätestruktur bis zur Bildung von Stadtteil- und Dorf-Räteversammlungen, die sich „Volksversammlung" nennen und durch die sich die Massen wirklich selbst regieren.

Schritt für Schritt und systematisch wurde also eine Situation geschaffen, in der nicht nur die Kämpfer, sondern auch die Kinder, die Frauen und die Alten — alle bisher Unterdrückten und Ausgebeuteten — wissen, was es heißt, in einer revolutionären Volksdemokratie zu leben. Und wo sie wissen, wie und gegen wen sie darum kämpfen müssen. Als Alternative steht für sie nur auf der einen Seite dieser Kampf, auf der anderen Seite aber eine Perspektive als Hungerprovinz unter der Despotie Äthiopiens.



Dies ist ein nicht wieder umkehrbarer gesellschaftlicher Veränderungsprozeß, auf dessen Grundlage und als dessen treibende Kraft sich die Kämpfer/innen der EPLF in den Massen bewegen können wie „Fische im Wasser".

Auch taktisch notwendige Rückzüge der Befreiungskämpfer dienen diesem Prozeß, weil sie die eigenen Kräfte schonen und Grundlage zum erneuten Zuschlagen sind, wenn der Feind schwach ist.

„Wenn wir siegen können, kämpfen wir, können wir es nicht, dann ziehen wir ab. . . . .Wenn wir die Notwendigkeit eines Abzugs zugeben, so unter der Voraussetzung, daß wir vor allem die Notwendigkeit des Kämpfens erkannt haben. . . . Diese Strategie und Taktik kann nur angewandt werden, wenn man sich auf die breiten Volksmassen verläßt, und ihre Anwendung wird die Überlegenheit des Volkskrieges zur vollen Geltung bringen. Wie überlegen der Feind in technischer Ausrüstung auch sein mag und welcher Winkelzüge er sich auch immer gegen uns bedient, er wird in eine Lage geraten, in der er zur Passivität verurteilt und Angriffen ausgesetzt ist, und die I n i t i a t i v e wird immer in unseren Händen liegen"

[Lin Biao, „Es lebe der Sieg im Volkskrieg"].

Zur Rolle der ELF im Inneren

Es ist kein Zufall, daß die ELF-Gebiete so leicht erobert werden konnten. Der Grund ist, daß hier die Bedingungen des Volkswiderstandes wesentlich schlechter sind als in den EPLF-Gebieten.

Wenn sich die ELF auch der revolutionären Phrase bedient — vor allem seit 1975, wo der Masseneinfluß der EPLF sprunghaft zunahm — so vertritt sie doch andererseits, daß vor allem anderen erst die nationale Befreiung Eritreas erreicht werden müsse und der Klassenkampf und die Befreiung der Frau, alles Dinge, die „das Volk spalten könnten", erst „nach der nationalen Befreiung" in Angriff genommen werden sollten.

Das ist die Theorie. Die Praxis sieht z.B. so aus, daß in den ELF-Gebieten sich die armen Bauern mit den reichen Bauern in ein und derselben Organisation wiederfinden, daß die Landreform in der endlosen Bildung von „Sachverständigen"-Kommitees versandete. Und schließlich wurden im zunehmenden Maße von der ELF die reichen Bauern und Großgrundbesitzer bewaffnet, um die von den EPLF-Gebieten her ausstrahlende und von der EPLF auch in ELF-Gebiete (die Arbeit der EPLF ist hier illegal) vorangetriebene Mobilisierung der landlosen Bauern abzublocken. Es hat an verschiedenen Stellen Feuerüberfälle dieser bewaffneten Grundbesitzerbanden auf landlose Bauern gegeben, die Kirchen- oder auch Gemeindeland für sich umpflügen wollten.

Insgesamt wurde in den ELF-Gebieten die Macht der alten herrschenden Schichten von der ELF nicht angetastet, sondern unter dem Vorwand des absoluten „Vorrangs der nationalen Befreiung" vor dem Klassenkampf sind die traditionellen Machtstrukturen verteidigt worden.

ELF und sowjetische Außenpolitik

Angesichts der konsequenten Entwicklung der Revolution in den EPLF-Gebieten und ihres sinkenden Einflusses, versucht die ELF-Führung, auf der politischen Linie eines „arabischen Sozialismus" doch noch irgendwie mit der Politik der Sowjetunion am „Horn" von Afrika ins Geschäft zu kommen.

Bezeichnenderweise wird in „Eritrean Revolution" (Organ der ELF) die tiefe Freundschaft mit dem irakischen Regime herausgestrichen; und dort hat die nationale Bourgeoisie bekanntlich durch zeitweise Anbindung an die Sowjetunion erkleckliche Geschäfte gemacht.

Die Annäherungsversuche an die Sowjetunion und sogar das DERG-Regime lesen sich bei der ELF folgendermaßen: „*Wir glauben fest, daß die Unterstützung des Sozialistischen Lagers und der demokratischen und fortschrittlichen Kräfte der Welt für die demokratische und revolutionäre Macht [force] in Äthiopien sich nicht gegen die eritreischen Menschen und ihre demokratischen und revolutionären Kräfte richten; vielmehr ist es nach unserer Meinung eine Unterstützung für die nationalen Befreiungsbewegungen am Horn von Afrika, insgesamt für die Revolution in Afrika und im Nahen Osten. Diese Unterstützung, sieht man sie aus dem Blickwinkel des äthiopisch-eritreischen Konflikts, mag auf den ersten Blick nur den Vorteilen Äthiopiens dienen. Sie stellt aber sowohl in naher als auch in weiterer Zukunft einen entscheidenden Faktor dar, die im-*
schen Konflikts, mag auf den ersten Blick nur den Vorteilen Äthiopiens dienen. Sie stellt aber sowohl in naher als auch in weiterer Zukunft einen entscheidenden Faktor dar, die im-
perialistische Vorherrschaft in der Region zu besiegen und ihr den Weg zur Rückkehr zu versperren, wie sie auch die Aktivität der Agenten des Imperialismus in der Region beschneidet" („Eritrean Revolution" 5/78).

In derselben Ausgabe findet sich auch ein pompöser Nachruf auf die beiden „*Märtyrer* und *Genossen*", SED-ZK-Mitglieder Werner Lambertz und Paul Marcovisky, die am 7.3. bei einem Hubschrauberabsturz über Libyen ums Leben kamen. Sie hatten sich zur Teilnahme an einer Großkundgebung am 8.3. auf dem Weg nach Addis Abeba befunden („Neues Deutschland", 9.3.).

Ein weiteres Zitat aus der gleichen Ausgabe von „Eritrean Revolution": „*Die ,Militärische Lösung', die noch in den Köpfen einiger äthiopischer Kreise herumspukt, ist im Fall Eritrea absolut unmöglich — selbst wenn Äthiopien das gesamte unter der Kontrolle der ELF befindliche befreite Gebiet zurückerobert.*"

Beide Zitate stammen aus der offiziellen redaktionellen Stellungnahme des ELF-Organs vom Februar/März '78 — abgegeben also in einer Situation, wo die äthiopischen Kriegsvorbereitungen mit Hilfe der Sowjetunion und Kubas bereits auf vollen Touren liefen! Deutlicher konnte die ELF kaum ankündigen, daß sie nicht kämpfen will. Auf dieser Linie liegt es auch, daß die ELF bereits am 29.7. in Damaskus ihre Bereitschaft zu Gesprächen mit dem DERG o h n e j e d e Vorbedingung bekanntgeben ließ (LM 1.8.). Ein krasser Bruch der Vereinbarungen mit der EPLF.

Das jetzige Verhalten der ELF bestätigt die Befürchtungen, daß ihre Führung zum Waffenstillstand und mittelfristig zur von der Sowjetunion angestrebten „Teilautonomie Eritreas" bereit ist. Diese Entwicklung würde nicht nur den Verlust eines Bündnispartners für die EPLF bedeuten, sondern hieraus erwüchse ein weiterer militärischer Gegner. Wie viele einfache Soldaten der ELF ein solch schmutziges Spiel mitspielen würden, steht allerdings auf einem anderen Blatt.

Der Revolution in Eritrea und den Genoss(inn)en der EPLF steht ein überaus harter und langer Kampf bevor. Beweisen wir ihnen unsere aktive Solidarität!

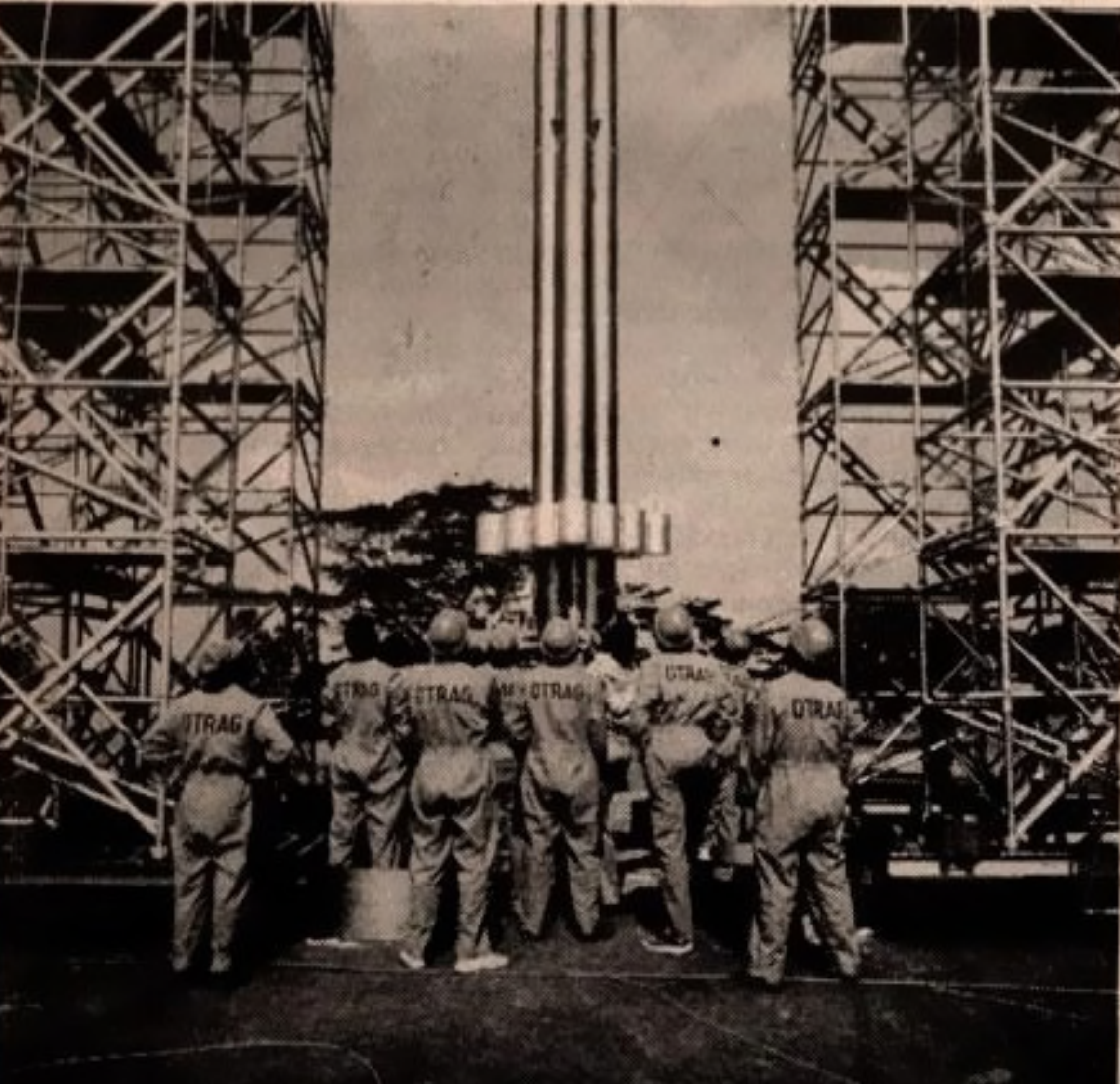
Afrika-Kommission

Bundeskanzler Schmidt zu OTRAG:

»Da muß unbedingt etwas passieren«

Der Stein ist ins Rollen gekommen. Nachdem die Bundesregierung ein ganzes Jahr lang versucht hatte, die Existenz der BRD-Kolonie in der zairischen Shaba-Provinz mit einem Mantel des Schweigens zu bedecken (im August 1977 war der Geheimvertrag OTRAG – Zaire ans Tageslicht gekommen), sieht sie sich nun gezwungen, die Taktik zu ändern und ihre allzu offensichtlich gewordene Federführung in Sachen OTRAG mit hektischen Dementis und wortreichen Ankündigungen von angeblichen Maßnahmen gegen die Raketenfirma zu kaschieren. Außenminister Genscher: *„Der außenpolitische Schaden ist so groß, daß in jedem Fall etwas unternommen werden muß"*. Sein Staatssekretär von Dohnanyi forderte, *„über das Unternehmen ein totales Ausfuhrembargo (zu) verhängen"*; Wischnewski empfahl, *„ein gestandener Mann"* (er selbst?) solle in Afrika nach dem Rechten sehen und *„Mobutu Sese Seko zum Eingreifen zwingen"*; Bundeskanzler Schmidt schließlich beauftragte seinen Wirtschaftsminister Lambsdorff, *„in*

ist abzusehen, an dem OTRAG offiziell vor der UNO behandelt wird. Ähnliches gilt für die Organisation für Afrikanische Einheit (OAU). Seit die zairische Befreiungsbewegung FLNC im August 77 ein Memorandum an die OAU in Sachen OTRAG gerichtet hat, beschäftigt sich u.a. der OAU-Befreiungsausschuß mit diesem Thema. Die BRD-Imperialisten fürchten, daß die OAU ähnlich wie im Fall der nuklearen Zusammenarbeit mit Südafrika ihrer Version keinen Glauben schenken könnte und eine Verurteilung ausspricht. Hierfür spricht die Tatsache, daß die Bonner Delegation auf ihrer Reise Ende Juni nach Nigeria und Sambia, auf deren Kooperation die BRD- Imperialisten normalerweise rechnen können, mit kritischen Fragen zur OTRAG überhäuft wurde. Der halbamtliche „New Nigerian" hatte bereits im November 77 festgestellt: *„Es gibt keine Garantie, daß Mobutu Sese Seko die OTRAG-Rakete nicht mit atomaren Sprengköpfen ausrüstet und ein nukleares Desaster in Afrika inszeniert. Nigeria muß seinen Einfluß in der*



Die OTRAG- Rakete vor dem Start.

Die OTRAG- Rakete vor dem Start.

einer Kabinettsvorlage alle Möglichkeiten aufzuzeigen, mit denen das deutsche Raketenunternehmen gestoppt werden könne." Schmidt äußerte auf seiner jüngsten Afrika-Reise, er wolle der OTRAG *„aufs Dach steigen"*.

Was hat die Herrschenden in Bonn zu so viel dramatischem Theaterdonner inspiriert, nachdem sie bislang ängstlich bemüht waren, das Thema „OTRAG" aus der bundesdeutschen Diskussion herauszuhalten und auf der internationalen Ebene mit eher routinemäßigen Dementis zu operieren?

Was hat den „Spiegel" und andere koalitionsnahe Presseorgane wie „stern", „Süddeutsche" sowie den „Vorwärts" veranlaßt, das so lange aufrechterhaltene Kartell des Verschweigens zu durchbrechen und erstmals wichtige Fakten z.B. zur Nazi-Vorgeschichte des Projekts zu nennen, die zum Teil bereits vor Monaten von der linken Presse enthüllt worden waren?

Wie wir bereits in einer ersten Übersicht in AK 115 berichtet haben, hat die Existenz der OTRAG-Kolonie unmittelbar nach ihrem Bekanntwerden große Besorgnis und Proteststürme selbst in einigen der neokolonialen Länder Afrikas ausgelöst, angesichts des unverhüllt militärischen Charakters dieses Projekts, das eine unmittelbare – möglicherweise nukleare – Bedrohung für die fortschrittlichen Staaten und Befreiungsbewegungen Afrikas darstellt. Die Volksrepublik Angola machte die Auflösung dieses Militärstützpunkts zur Bedingung für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der BRD und nahm jede Gelegenheit wahr, vor internationalen Gremien die wahren Absichten der Firma OTRAG darzustellen. Bereits im Januar 1978 sah sich die Bundesregierung gezwungen, in einem Schreiben an den Vorsitzenden des UNO-Apartheidausschusses zu den afrikanischen Vorwürfen Stellung zu nehmen („SZ", 2.6.78). Der Zeitpunkt

OAU benutzen, um Mobutu zu einer Zurücknahme dieses sinnlosen Unternehmens zu bewegen und den friedlichen Zustand der Region wieder herzustellen" (Zitiert nach AFP in „Facts and Reports"Nr.25/77).Später warnte die gleiche Zeitung: *„Für uns Afrikaner geht es um Leben und Tod"* („Spiegel" 33/78). Inzwischen berichtet auch die gesamte Weltpresse regelmäßig kritisch über OTRAG. So wiederlegte z.B. die größte Tageszeitung Skandinaviens, die Stockholmer „Dagens Nyheter" kürzlich in einem Artikel die gesamte Propaganda aus Bonn und kam zum Ergebnis, daß OTRAG nur der Deckname für die bundesdeutschen Rüstungskonzerne ist, die in Zaire mit staatlicher Unterstützung Flügelraketen testen (nach „Neues Deutschland", 4.7.). Die finnische „Helsingin Sanomat" sieht die Gefahr, daß *„die Testanlagen in Shaba benutzt werden, um der Bundesrepublik Deutschland über diesen Umweg die Produktion eigener nuklearer Waffen zu ermöglichen"* (nach „Daily News", 26.1.78). Das renommierte Stockholmer Friedensinstitut SIPRI äußerte sich besorgt über die OTRAG-Aktivitäten und stellte die Frage, *„ob auf diesem Wege nicht die Ausbreitung der auch militärisch nutzbaren Raketentechnologie gefördert wird"* („SZ", 27.4.).

Ein Jahr nach Bekanntwerden des Geheimvertrages haben sich die Wogen international also nicht glätten lassen, OTRAG ist zu einem Symbol für die immer aggressivere BRD-Außenpolitik und ihre Weltherrschaftspläne geworden. Da gilt es nun kräftig gegenzusteuern und Schaum zu schlagen, um mit irreführenden Stellungnahmen ein angebliches Einschreiten gegen OTRAG vorzugaukeln und so die internationale öffentliche Meinung zu besänftigen. Die BRD-Massenmedien, die bislang geschwiegen hatten, gehen diese Aufgabe in Arbeitsteilung an. Am 9. Juni berichtete das ZDF in seiner Sendung „heute-journal" ausführlich über den dritten Raketenstart auf dem Testgelände und gab OTRAG-Chef Kayser Gelegenheit, seine „friedlichen" Absichten zu erläutern.

Nach wie vor ist die „FAZ" das Hauptsprachrohr der OTRAG und übernimmt die Aufgabe, „Druck" auf die Bundesregierung auszuüben, sich doch endlich klar zu OTRAG zu bekennen. In einem Artikel vom 31.5. faselt die „FAZ" von der Gefahr für OTRAG, *„daß man ihre Aktivitäten einschränken oder verbieten würde"* und gibt gleichzeitig zu bedenken: *„Wenn die Bundesregierung glauben sollte, daß sie die Verantwortung für den Bau ‚deutscher' Raketen nicht tragen könne, so wird es der OTRAG keine Schwierigkeiten bereiten, den Bau in anderen Ländern fortzuführen. Bedacht werden sollte dabei aber, ... daß damit künftig tausende von Arbeitsplätzen neu geschaffen werden könnten."*

Das altbekannte Arbeitsplatz-Argument zur Rechtfertigung kolonialer Abenteuer in Afrika! Doch dieses Stichwort an die Adresse der Bundesregierung und der Gewerkschaftsführung war gar nicht mehr nötig. Als erste Gewerkschaft war bereits vorher die IG Bergbau in die OTRAG-Kampagne eingestiegen. Am 15.3. erschien in der IGB-Zeitung „Einheit" ein Jubel-Artikel unter dem bezeichnenden Titel *„Start frei für die billigsten Raumschiffe der Welt"*, in dem es heißt: *„Sämtliche wichtigen Industriebauteile werden aus der Bundesrepublik bezogen. Die OTRAG-Manager gehen davon aus, daß allein durch die eigene Produktion 2.000 Arbeitsplätze geschaffen werden, 40.000 weitere in der Industrie für Satelliten und Bodenstationen."* Den wesentlich schwierigeren Teil der OTRAG-Kampagne, nämlich einen Widerspruch Bundesregierung – OTRAG konstruieren zu müssen, haben seit kurzen die sozial-liberalen Hausblätter wie „FR", „SZ", „Vorwärts", „stern" und an erster Stelle der „Spiegel" (Nr. 27 und 33) übernommen, der seine Recherchen unter das Motto stellt: *„Ein Raketenbauer aus Stuttgart hat die Bonner Afrika-Politik in Mißkredit und die Bundesregierung in Bedrängnis gebracht"* und damit die BRD-Imperialisten von jeglicher Verantwortung reinzuwaschen versucht. Schuld hat allein Herr Kayser, der mit *„wache(m) Instinkt für private Verdienstchancen"* die *„Verschlafenheit der Bürokratie"* ausnutzte *„und gelegentlich leisteten Bonner Ministerien Hilfe mal aus Zufall, mal aus Dummheit"* („Spie-

Bonner Ministerien Hilfe mal aus Zufall, mal aus Dummheit" („Spie-
gel" 33/78).

Wirklich starker Tobak, der da dem Leser zugemutet wird – mit derart dümmlichen Versionen wird die Bundesregierung auf internationaler Ebene sicherlich keinen Blumenstrauß gewinnen können. Der „Spiegel"-Versuch, die Bundesregierung reinzuwaschen, hat zudem einen weiteren positiven Effekt: Bei diesem Großreinemachen sind weitere Details über die Hintergründe der OTRAG ans Tageslicht geschwemmt worden, die wir im folgenden zusammenfassen wollen.

Wir können dabei nicht mehr auf alle bislang bereits bekannten Fakten eingehen und verweisen auf die Zusammenfassung in AK 116, sowie auf die Artikel in AK 113, AK 121 und 125.

Zur Vorgeschichte: Nazi-Forscher entwickeln die OTRAG-Rakete

1956 fand sich ein Großteil der zwischendurch in verschiedenen Ländern arbeitenden Raketenforscher Hitlers in Stuttgart wieder zusammen und baute mit Hilfe der Bundesregierung und eines Industriekonsortiums unter Führung von Daimler-Benz das Forschungsinstitut für Physik der Strahlantriebe (FPS) auf, aus dem später die OTRAG-Vorgängerfirma „Technologieforschung GmbH" und schließlich 1974 die OTRAG selbst hervorging. Die Forschungen standen unter der Leitung des Ehepaars Sänger sowie von Wolfgang Pilz. Der „Spiegel" bestätigt nun, daß die Arbeiten im FPS eine direkte Fortsetzung des für die Nazis begonnenen Baus von militärischen Raketen darstellten. Nach dem Bau der V 2 und den Entwürfen für einen Cruise- Missile - ähnlichen Fernbomber stand im Mai 1945 das „Projekt Wasserfall" kurz vor der Serienfertigung, die nach damaliger Expertenmeinung „beste deutsche Flugabwehrrakete". Pilz, und das Ehepaar Sänger setzten die Arbeiten hieran in Frankreich fort und entwickelten dort verschiedene militärische Raketen, bevor sie zusammen mit den ehemaligen Nazi-Forschern Dadieu und Goercke als Abteilungsleitern im FPS das Wasserfall-Projekt nunmehr in Stuttgart fortführten. 1957 begann die Zusammenarbeit Kaysers mit Sänger und Pilz, der heute offen zugibt: *„Die Kayser-Rakete ist das Projekt Wasserfall. Der macht es wie wir in Peenemünde."* Auch über seine jahrelangen Arbeiten an Militärraketen in Ägypten sagt Pilz heute: *„Die Triebwerke glichen der OTRAG-Entwicklung"*. Das OTRAG-Aufsichtsratsmitglied A. Schulz gibt ebenfalls eine Kontinuität der militärischen Nazi-Forschungen zur OTRAG-Rakete unumwunden zu: *„Kayser erreichte, was Peenemünde nicht schaffte"*.

BRD-Konzerne testen in Zaire Cruise-Missile

Mit diesen Aussagen verschiedener Personen, die die OTRAG-Arbeiten genau kennen, ergibt sich eine weitere Bestätigung der Behauptung des US-Enthüllungs-Journalisten Tad Sculz, nach der im OTRAG-Territorium militärische Mittelstrecken-Raketen und Cruise-Missile aus BRD-eigener Produktion getestet werden. Wenn die Nazi-Raketen *„Vorläufer der modernen US-Cruise-Missiles, düsengetriebene Sprengköpfe, die punktgenau im vorprogrammierten Ziel detonieren können"* (laut „Spiegel") waren und OTRAG-Kenner zugeben, daß hier eine direkte Weiterentwicklung stattgefunden hat, dann liegt der Schluß nahe, daß am Ende dieser Weiterentwicklung Cruise-Missile stehen. Diese Vermutung konnte bislang lediglich durch die Aussagen Sculz' sowie durch die Tatsache belegt werden, daß der eng mit OTRAG liierte MBB-Konzern seit 1974 für das Verteidigungsministerium Cruise-Missile-ähnliche Lenkflugkörper herstellt, das sogenannte „Jumbo-Projekt" (vergl. AK 125). Der „Spiegel" enthüllt in seinem Report weitere Verbindungen von OTRAG zu Cruise-Missile-Produzenten, die immer wahrscheinlicher machen, daß OTRAG selbst Cruise-Missile herstellt bzw. auf seinem Gelände testen läßt.

Bislang war unbekannt, daß auch der Bruder von OTRAG-Gründer Kayser, Manfred Kayser, von Anfang an bei den Stuttgarter Forschungen dabei war. Beide gründeten 1957 die
dabei war. Beide gründeten 1957 die
„Arbeitsgemeinschaft für Raketentechnik und Raumfahrt", die eng mit Pilz und Sänger zusammenarbeitete und auf Anhieb mehrere Hunderttausend DM vom Bundesforschungsministerium erhielt. Manfred Kayser hielt 25 % am OTRAG-Vorläufer „Technologieforschung GmbH". M. Kayser ist heute Geschäftsführer des Lindauer Werks des Luftfahrt- und Rüstungskonzerns Dornier. *„Dornier entwickelt im Auftrag der Bundeswehr ... kleine Cruise-Missiles zur Aufklärung, Flugabwehr und zum Angriff auf gegnerische Stellungen"* (laut „Spiegel"). Dies wurde auch von der schwedischen „Dagens Nyheter" ermittelt. Danach erging der Auftrag vom Verteidigungsministerium 1974 gemeinsam an Dornier, MBB und VFW Fokker. Dornier habe bereits auf den Flugzeugmessen in Paris 1977 und Hannover 1978 Cruise-Missiles vorgestellt (nach „Neues Deutschland", 4.7.).

Unabhängig von diesen beiden Quellen hatte der erwähnte Tad Sculz in einem Beitrag für das Penthouse-Magazin bereits Ende 1977 herausgefunden: *„Die hauptsächlichen Konsortien, die an der Produktion der in Zaire getesteten Raketen beteiligt sind, sind die deutsche Luftfahrtsgesellschaft Dornier, die die Außenteile liefert, die deutsche Gesellschaft Messerschmitt ..., die die Maschinen liefert und die französische Thompson-SCF, die die Navigations- und Steuerungssysteme für die westdeutschen Raketen liefert.. Man nimmt an, daß die Raketen zu einem gegebenen Zeitpunkt den westdeutschen Streitkräften ausgehändigt werden"* und weiter: *„Interessanterweise sind Bonn einige Widersprüche unterlaufen.. So wurde 1977 auf der Luftfahrtschau in Le Bourget, in der Nähe von Paris, eine Fotografie eines Cruise-Missile-Abschusses ausgestellt. Es gab keine Erklärung dafür, wie, wann und wo die Deutschen eine Cruise-Missile produziert hatten. Amerikanische Spezialisten, die das Foto studierten, sind jedoch zu dem Schluß gekommen, daß die Rakete offensichtlich über einem afrikanischen Gebiet flog"* (vergl. AK 125).

Als ob es noch einer weiteren Bestätigung bedurft hätte, erklärte Dornier-Sprecher Rolf F. Christ auf die Frage des „Spiegels" nach der Erprobung der jetzt ausgereiften Cruise-Missile: *„Unser Problem ist, wir haben keine Testrange"* (!!).

Neue Hinweise gibt es auch für die Verbindung OTRAG-MBB. Der ehemalige Nazi-Forscher Kurt Debus, seit 1975 Aufsichtsratsvorsitzender der OTRAG, gab gegenüber dem „Spiegel" zu, daß mit MBB ein „Expertenaustausch"besteht. Wir hatten in AK 116 bereits über Besprechungen von Debus mit der Führungsspitze von MBB Anfang 1977 in München berichtet.

Aus gut unterrichteter Quelle ist uns außerdem bekanntgeworden, daß die von Anfang an die FPS-Forschungen leitende Frau Sänger-Bredt bis 1972 als beratende Ingenieurin verschiedene theoretische Arbeiten für MBB durchführte. Einer ihrer Stuttgarter Mitarbeiter war hierbei Lutz T. Kayser. Bis 1976 war Frau Sänger-Bredt im Aufsichtsrat der OTRAG.

Eine weitere staatliche Million ..

Der „Spiegel" machte auch eine weitere Zahlung des Forschungsministeriums an die Kayser-Firma zwischen 1974 – 1976 in Höhe von einer Million DM für „Satellitenforschung" bekannt, die bislang von der Bundesregierung nicht zugegeben worden war.

Weitere Mosaiksteine in dem nach wie vor unvollständigen Bild der staatlichen Unterstützung: Der „Stern" vom 22.5.läßt den OTRAG-Mitbegründer Werner Will zu Wort kommen, der bestätigt, daß das Auswärtige Amt trotz aller Dementis von der Abfassung des Vertrags OTRAG-Zaire Bescheid wußte. Will: *„Die haben ihr Okay gegeben"*.

Der „Spiegel" macht bekannt, daß die OTRAG-Transportmaschinen bei ihren Pendelflügen BRD - Zaire angeblich ohne Landeerlaubnis (!) immer wieder auf dem München-Riemer Flughafen landen dürfen. Die „Süddeutsche " vom 29.6. berichtet von einem Interview mit Kayser, in dem dieser erstmals bestätigte, daß die firmeneigene Flotte im Sommer 1977 „Hilfsgüter" im Auftrag der Bundesregierung ins Shaba-Aufstandsgebiet geflogen hat. Nach den Recherchen von Tad Sculz handelte es sich hierbei um Maschinengewehre
Recherchen von Tad Sculz handelte es sich hierbei um Maschinengewehre
und Munition (vergl. AK 116 und AK 125). Der „stern" vom 6.7. beschreibt die enge Zusammenarbeit der OTRAG mit den Bonner diplomatischen Vertretungen in Afrika. So flog erst kürzlich der Entwicklungshilfe-Referent der Botschaft in Nairobi mit der ORAS-Fluglinie ins Testgebiet. Der „Vorwärts" versetzt den offiziellen Beteuerungen in Sachen Steuerskandal (bis zu 325% Verlustschafter", damit staatliche Steuersubventionen in Millionenhöhe), wonach die Steuergeschenke auf eine Eigenmächtigkeit des Finanzamtes Offenbach-Land zurückzuführen seien, einen kräftigen Schlag: Das Bundesfinanzministerium war frühzeitig informiert und stimmte der Sonder-Regelung für OTRAG am 24. März 1975 zu (laut „Vorwärts" v. 20.7.).

OTRAG richtet sich für lange Jahre in Zaire ein

Daß es trotz allem offiziellen Getöse weder um ein Verbot oder auch nur eine Behinderung der OTRAG-Arbeiten geht, zeigt die Tatsache, daß in der OTRAG-Kolonie gewaltige Investitionen für die Zukunft getätigt werden. Die OTRAG beginnt gegenwärtig mit dem Bau einer 4.000 Meter langen Betonlandepiste, die für Zwischenlandungen im Transkontinentalverkehr geeignet sein wird, u.a. also den südafrikanischen Rassisten für Zwischenlandungen ihrer Passagierflugzeuge zur Verfügung stehen dürfte.

Strauß-Freund Fred Weymar, der die OTRAG-Kontakte mit Mobutu knüpfte, spricht sehr offen über den Wert der OTRAG-Kolonie und begründet so indirekt, daß die Bundesregierung niemals ernsthaft gegen das Projekt vorgehen wird: *„Wenn andere einen Schießplatz brauchen – unser Gelände ist einmalig. Im ganzen NATO-Gebiet gibt's so 'was nicht(!!)"* (laut „Spiegel" Nr. 33).

Afrika-Kommission

Friedenspolitik á la DKP

Interessante Ausführungen zum besseren Verständnis der „Friedenspolitik" der DKP enthält ein Aufsatz von **Bernd Hartmann** in dem Taschenbuch **„Die CSSR 1968 - Lehren der Krise"**. Zwar stammen die in diesem Buch abgedruckten drei Aufsätze noch aus den Jahren 1968/69 - jedoch hat der DKP-eigene **„Verlag Marxistische Blätter"** (Frankfurt/M.) es gerade in diesem Jahr (ausdrücklich mit Blick auf den 10. Jahrestag des Überfalls von Truppen des Warschauer Pakts auf die CSSR) für sinnvoll gehalten, diese drei Texte neu aufzulegen. Zudem ist dieses Taschenbuch derzeit das einzige Material (außer Reden von Gustav Husak, ebenfalls im „Verlag Marxistische Blätter" aufgelegt), das von der DKP zum Thema „CSSR 1968" angeboten wird. Eine Reihe früher zu diesem Thema von der DKP veröffentlichter Texte sind entweder vergriffen oder aus politischen Gründen aus dem Verkehr gezogen worden.

Um die besondere Wertschätzung der DKP für die in dem Taschenbuch **„Die CSSR 1968 - Lehren der Krise"** zusammengefaßten drei Aufsätze zu zeigen, zitieren wir aus dem Vorwort des „Verlages Marxistische Blätter" :**„Diese Arbeiten sind...beachtliche Beispiele der prinzipienfesten Anwendung der marxistischen Wissenschaft, der unbeirrten Parteilichkeit für die Sache der Arbeiterklasse in einer komplizierten Situation und des proletarischen Internationalismus"**(S.5).

Betrachten wir also als *„Beispiel der prinzipienfesten Anwendung der marxistischen Wissenschaft"* die friedenspolitischen Ausführungen des Bernd Hartmann.

Hartmann macht zunächst deutlich, daß die Sowjetunion selbstverständlich das Recht hat, in jedem „sozialistischen" Staat militärisch zu intervenieren, der sich seine Politik nicht mehr von der Sowjetunion diktieren lassen will. Die Rechtfertigung eines solchen militärischen Eingriffs ergibt sich für Hartmann auf jeden Fall daraus, daß in einem solchen Staat „Antisowjetismus und Nationalismus "die Stimmung des Volkes beeinflussen. Wie das zu verstehen ist, wird im ersten Aufsatz des Taschenbuchs, von **Jan Fojtik** (CSSR), noch deutlicher. Fojtik sieht den Beweis für „Antisowjetismus und Nationalismus" in der CSSR darin, daß in der CSSR vor dem 21. August 1968 von den Massenmedien *„künstlich"* (?!) ein *„Mißtrauen hervorgerufen"* worden sei gegenüber einer drohenden Militär-Intervention der Sowjetunion. Das heißt: Ein - wie sich dann ja tatsächlich erwies! - vollständig berechtigtes Mißtrauen gegenüber den Absichten der Sowjetunion wird als „Nationalismus" interpretiert, und dieser „Nationalismus" dann als Argument angeführt, um eben jene Absichten mit militärischer Gewalt in die Tat umzusetzen.

Hartmann indessen bleibt nicht bei dem selbstverständlichen Recht der Sowjetunion stehen, im Namen des „realen Sozialismus" die Völker ihres Machtbereichs zu unterdrücken, notfalls andere Länder militärisch zu besetzen und deren Regierungen zu stürzen. Nachdem er die Strategie des Imperialismus dargestellt hat, die Länder des „realen Sozialismus" aufzuspalten und von innen „aufzuweichen", schreibt Hartmann in sehr drohendem Ton :*„Es darf jedoch niemandem zweifelhaft sein, daß die Veränderung des Status quo in Europa auf Kosten des sozialistischen Staatenblockes für die Sowjetunion der Kriegsfall ist. Auf die Veränderung des Status quo in Europa auszugehen, ob mit militärischen oder mit subversiv-friedlichen Mitteln, heißt heute nicht weniger als gestern, den dritten Weltkrieg zu provozieren.... Das aber bedeutet, daß der vom Westen mit allen subversiven Mitteln geführte Klassenkampf um die Beseitigung des Sozialismus in Europa nur solange nicht in die Katastrophe eines Weltkrieges führt, wie er erfolglos bleibt"*(S.64, Hervorhebungen von uns). Um es vielleicht noch etwas klarer zu sagen : Wenn es dem Imperialismus gelingt, ein Land aus der „sozialistischen Staatengemeinschaft" herauszubrechen bzw. wenn die Entwicklung eines „sozialistischen "Landes nicht nach den Vorstellungen der Sowjetunion verläuft, so rechtfertigt das für Hartmann nicht nur die militärische Besetzung des betrefenden Landes, sondern auch die Entfesselung eines Weltkriegs durch die Sowjetunion! Auf solche Gedanken kann eigentlich nur ein Wahnsinniger kommen, ein kranker Mensch, der mit den Mißerfolgen seiner eigenen blitzgescheiten Politik im Kopf nicht mehr klarkommt und der sich ersatzweise an Träumen vom atomaren Chaos („Weltuntergang statt Kapitalismus") berauscht. Ein paar Irre dieser Art waren in der „UZ" auch schon in der Kampagne gegen die Neutronenbombe aufgetreten.

Die Sowjetunion, das sei allen Zweifelnden versichert, hat offiziell durchaus keine Erklährungen der von Hartmann angedeuteten Art abgegeben. Es wäre ja auch allzu brutal und würde dem ganzen „Entspannungsschwindel" total die Luft rauslassen, wenn einer der beiden großen militärischen Blöcke (Warschauer Pakt und Nato) im Fall von gesellschaftlichen Veränderungen in einem Staat seines Machtbereichs mit dem Dritten Weltkrieg drohen würde. Hartmann behauptet, daß die Erhaltung des Status quo (= bestehender Zustand) in Europa eine entscheidende Voraussetzung für die Sicherung des Friedens sei. Man könnte auf den Gedanken kommen, daß Hartmann also auch gegen eine Veränderung des Status quo in den kapitalistischen Ländern Europas sein müße. Weit gefehlt : *„Der Friede hängt allein davon ab, inwieweit der Status quo in Europa vor westlicen Unterminierungsversuchen gesichert ist und es den antikapitalistischen Kräften in den westlichen Ländern gelingt, die Macht des Kapitalismus zu brechen"* (S.64). D.h., wenn Hartmann vom **„Status quo in Europa"** spricht, so meint er gar nicht, was er sagt, sondern meint lediglich den „Status quo" in jenem Teil Europas, wo der „reale Sozialismus" existiert. So und nicht anders ist auch die Behauptung Hartmanns zu verstehen, *„daß zwar die Sowjetunion unablässig auf die Anerkennung des Status quo... in Europa drängt"*, die *„Westmächte"* jedoch *„mit unerhörtem Aufwand eine Offensive nach der anderen zur Unteröhlung und Änderung des Status quo unternehmen"* (S.65). Vollends offenbart Hartmann sein Verständnis von Logik und Begriffen, indem er als These zusammenfaßt : *„Der Kampf des sozialistischen Lagers um den Status quo in Europa ist nicht nur ein Kampf um die Wahrung des sozialistischen Besitzstandes, er ist in erster Linie ein Kampf um die Kapitulation der revanchistischen und imperialistischen Kräfte in der Welt, insbesondere in der Bundesrepublik, und damit um die Veränderung der Kräfteverhältnisse in den kapitalistischen Ländern zugunsten der demokratischen und sozialistischen Kräfte"* (S.65, Hervorhebungen von uns). Soll also heißen : Status quo ist, wenn sich in den „sozialistischen" Ländern gar nichts ändert und in den kapitalistischen Ländern alles. Ja, auf so einen Einfall muß man ja erst einmal kommen!



(Aus „Pardon", Mai 1977).

An die blinde Linke gewendet, die dauernd nicht so will wie die DKP, fügt Hartmann hinzu : *„Wem dieser einfache Sachverhalt bekannt ist, der dürfte sich in der Frage, welche politische Bestrebungen in Europa heute friedensfördernd und welche friedensgefährdend, welche progressiv und welche reaktionär sind, kaum vertun können"* (S.64, Hervorhebungen von uns). Soll also heißen : Wer für den Frieden ist, muß dafür eintreten, daß sich in den Ländern des „realen Sozialismus" nichts ändert (und muß kräftig gegen jede sich dort regede Opposition mitkrakeelen), und muß zweitens für die Durchsetzung des „realen Sozialismus" auch in den heute noch kapitalistischen Ländern Europas eintreten. Und wohlgemerkt, der „richtige" Sozialismus muß es sein, der „reale", nicht irgend ein anderer! Soll also heißen : **Der Frieden ist in Europa dauerhaft nur auf eine Art zu sichern, nämlich durch die Unterwerfung ganz Europas unter die Interessen der Sowjetunion."** „Bayernkurier" und „Rote Fahne" unterstellen der Sowjetunion schon seit längerem solche Absichten. Aber wir können nichts dafür, Hartmann hat das tatsächlich so und nicht anders hingeschrieben, und die DKP empfiehlt diesen Aufsatz in der UZ als großen Knüller. Schade bloß, daß dieses Taschenbuch wahrscheinlich fast nur von DKP'lern gelesen wird. Eine Verbreitung dieses *„beachtlichen Beispiels der prinzipienfesten Anwendung der marxistischen Wissenschaft"* unter den Bündnispartnern der DKP könnte vielleicht den Erkenntnisprozeß beschleunigen, was und wer in unserem Land dem Kampf für Frieden und Abrüstung förderlich ist, und was und wer diesem Kampf schadet.

Leserbrief zum Thema „Bahro-Solidarität"

In dem Artikel „Bahro, CSSR und DKP" heißt es: *„Zudem geht auch die Logik der imperialistischen Propaganda dahin, selbst eindeutige Spione, die in den Ländern des ,realen Sozialismus' verurteilt werden, scheinheilig als ,verfolgte Menschenrechtler' zu bejammern"*(AK 134).

Mir scheint, daß diese „Logik" langsam auch im AK Eingang findet. Sowohl auf Seite 1 („Sowjetunion – Hohe Strafen für Regime-Kritiker") als auch in dem Artikel „Neue Prozesse in der UdSSR" wird hartnäckig ein gewisser Schtscharanski in die Argumentationskette „Regime-Kritiker – Konstruierte Anklagepunkte – Terrorurteile" eingereiht. Dem Leser wird suggeriert, daß mit Scht. wieder einmal ein harmloser Vertreter der sowjetischen „Bürgerrechtsbewegung" der revisionistischen Terrorjustiz zum Opfer gefallen ist; ein „Bürgerrechtler", der lediglich *„Staatsgeheimnisse"* (die Anführungszeichen werden vom AK-Redakteur gesetzt!) verraten habe und *„als Verbindungsmann zwischen den sowjetischen Dissidenten und westlichen Korrespondenten fungiert"* habe. Wer ist die Scht. wirklich? Die „Zeit" hat ihn als „Grenzfall" bezeichnet. Die „FR" wurde deutlicher:

> NEW YORK (Reuter). Der wegen angeblicher Spionage zu 13 Jahren Haft und Arbeitslager verurteilte sowjetische Regimekritiker Anatoli Schtscharanski soll nach einem Bericht des US-Nachrichtenmagazins „Newsweek" einem US-Journalisten eine Liste geheimer Rüstungsbetriebe der UdSSR übergeben haben. Das Magazin bezog sich in seiner am Montag veröffentlichten Meldung auf Angaben eines ungenannten amerikanischen Beamten. Seinen Worten zufolge nannte Schtscharanski dem inzwischen ausgewiesenen Korrespondenten der „Los Angeles Times", Robert Toth, offenbar unabsichtlich die Namen von Rüstungsbetrieben und Forschungsinstituten, die als zivile Einrichtungen ausgewiesen waren.
>
> Als besonders schädlich für Schtscharanski soll sich „Newsweek" zufolge ein Brief eines ehemaligen US-Militärattachés erwiesen haben. In dem Schreiben, das von der sowjetischen Geheimpolizei KGB im Mülleimer des jüdischen Dissidenten gefunden worden sei, habe Major Robert Watters für gute Zusammenarbeit gedankt.

Im AK ist davon kein Wort zu finden, obwohl die Meldung der „FR" vom 18. Juli datiert. Ich kann mir nicht vorstellen, daß dieser Hinweis „übersehen" wurde. Wenn er aber der RGW-Kommission oder der AK-Redaktion bekannt war, warum wurde er nicht als aktueller Beleg für die oben zitierte „imperialistische Logik" angeführt? Warum wurde Scht. wider besseren Wissens in die Liste der „Bürgerrechtler" eingereiht? (...)

Eine zweite Bemerkung zu dem Artikel „Bahro, CSSR und die DKP": Der Verfasser zieht aus der Analyse des DKP-Programms die *„bedrückende Schlußfolgerung"*, daß die hiesigen Revis die Panzer des Warschauer Pakts als Krönung eines friedlichen Übergangs zum Sozialismus in die BRD holen wollen. Zu dieser „Schlußfolgerung" kann man vielleicht auf der Grundlage einiger phantasievoller Gedankenspielereien kommen; sie verbietet sich aber, wenn man ernsthaft die realen nationalen und internationalen Bedingungen revisionistischer Politik untersucht.

1. Der Einmarsch in die CSSR sollte das „Wegkippen" eines revisionistischen Landes aus dem Herrschaftsbereich des Warschauer Pakts verhindern. Die SU hatte die berechtigte Befürchtung, daß mit der CSSR die nach dem zweiten Weltkrieg vorgenommene Aufteilung Europas in Einflußsphären der Großmächte zu ihren Ungunsten verändert wird. Der Imperialismus hat dieser „Verteidigung" der Einflußsphäre tatenlos zugesehen, weil eine direkte Einmischung unweigerlich einen 3. Weltkrieg hervorgerufen hätte. Das gilt aber auch umgekehrt: ein gewaltsames Eindringen der revisionistischen Staaten in ein kapitalistisches Land Westeuropas, also in die Einflußsphäre des Imperialismus, würde mit 100 %iger Sicherheit zu einer militärischen Konfrontation führen. Aus diesem Grund wäre eine „brüderliche Hilfe" a la CSSR für eine „antimonopolisitsche Demokratie" in der BRD das letzte, was die SU leisten würde.

2. Die Voraussetzung, daß es der DKP je gelingen könnte (ohne den „eurokommunistischen" Weg der Lösung von der SU zu gehen), eine Koalitionsregierung mit der SPD zu bilden, ist total idiotisch! Hier wird so getan, als ob der Revisionismus fähig wäre, der Bourgeoisie reale Machtpositionen abzutrotzen, zu einer wirklichen Gefahr für den Imperialismus zu werden (im AK-Artikel wird dies auch explizit gesagt: Die DKP stellt... für die *„Monopolbourgeoisie der BRD keinerlei Gefahr dar, sondern dient ihr vielmehr als Anschauungsobjekt für die antikommunistische Hetze"*). Alle Versuche der Revis, in entwickelten Klassenkampfsituationen ihre Strategie (antimonopolistische Demokratie, friedlicher Übergang etc.) durchzusetzen, sind kläglich gescheitert (Portugal) bzw. haben mit einem Blutbad geendet (Chile). Es blieb den Vaterländlern vorbehalten, die Kritik am Revisionismus, daß er die Arbeiterklasse ideologisch und politisch entwaffnet und sie ungeschützt der Konterrevolution ausliefert, zu einer kruden Verschwörer- und Agententheorie herunterzumachen. Die MLer haben damals in Portugal die PCP als „Agentur des Sozialimperialismus" bezeichnet, die sich nur an die Macht schleichen wolle, um „den russischen Bären durch die Hintertür ins Land zu holen". Selbst wenn die revisionistischen Parteien in den kapitalistischen Ländern dies wollten, könnten sie es nicht. Diese auch in dem AK-Artikel hervorlukende „Agenturtheorie" hat darüber hinaus zur Folge, daß gegenüber dem Revisionismus **als eine Strömung innerhalb der Arbeiterbewegung in den kapitalistischen Ländern** eine Bündnispolitik überhaupt nicht mehr möglich ist.

Gehen die Phantastereien aus dem AK-Artikel in eine politische Agitation gegen die DKP ein, können wir uns gleich mit den MLern verbrüdern. Die bescheidene Rolle eines fünften Rads am antikommunistischen Wagen, der hier durch die Lande rollt, wäre uns dann sicher...

Klaus, Göttingen

Antwort der Redaktion

Zum Punkt 1) Es gehört, wie in AK 134 dargestellt, inzwischen zu den gängigen Praktiken der revisionistischen Propaganda, Oppositionelle als Spione, Agenten usw. zu kriminalisieren. Bekanntlich war das bei Bahro auch nicht anders.

Der KB wird sich zwangsläufig nicht mit kriminalistischer Feinarbeit beschäftigen können, um sich mit den oft sehr pauschalen Anklagen „realsozialistischer" Gerichte auseinanderzusetzen. Ebensowenig wird für uns das Prinzip gelten: Wer von einem sowjetischen Gericht als Spion, Agent usw. verurteilt wird, gilt für uns als schuldig, solange er uns nicht das Gegenteil beweist.

Was Schtscharanskij angeht: Ihm wird vorgeworfen, von 1974 bis 1977 „regelmäßig" Kontakt zu dem **"CIA-Agenten und in Moskau als Journalist der ,Los Angelos Times' getarnten Robert Toth"** gehabt zu haben. U.a. habe er Toth Kontakte zu jüdischen Wissenschaftlern vermittelt, die in als „geheim" erklärten sowjetischen Forschungsinstituten arbeiten.

Allerdings scheint es nach den vorliegenden Presseberichten so, als sei Scht. zu 13 Jahren Haft nicht nur wegen dieses „Landesverrats" verurteilt worden, **sondern gleichzeitig wegen „antisowjetischer Agitation und Propaganda"**. Nicht einmal die revisionistische Hetzpropaganda zu den Prozessen leugnet, daß Scht. zumindest auch aus politischen Gründen vor Gericht stand. So berichtet selbst die „UZ", daß Scht. im Prozeß vorgeworfen worden sei, daß er **„von verleumderischer Kritik an der Sowjetunion zum Landesverrat und zur Spionage für einen ausländischen Geheimdienst übergegangen"** sei („UZ", 15.7.78, Hervorhebung von uns).

Scht. hatte bereits 1973 seine Ausreise nach Israel beantragt. Solche Personen werden, wie aus verschiedenen Berichten hervorgeht, routinemäßig unter polizeiliche Überwachung gestellt. 1976 war Scht. Mitbegründer des Moskauer „Helsinki-Komitees" und wurde Sekretär von Sacharow, dem bekanntesten - daher bis heute noch nicht vor Gericht gestellten – sowjetischen „Dissidenten". Selbst wenn man naiverweise glauben sollte, daß sich ein Spion und Agent derart auf den Präsentierteller setzen würde, ist doch wohl klar, **daß die polizeiliche Überwachung es dem Scht. gar nicht erlaubt hätte, sich als Spion und Agent zu betätigen.**

Zudem ist auch nicht erklärt worden, wieso Scht. überhaupt in der Lage gewesen sein soll, an Staatsgeheimnisse zu gelangen. Er müßte dazu ja sowjetische Komplizen gehabt haben, die ihn mit diesen Staatsgeheimnissen belieferten. Davon war aber im Prozeß offensichtlich nicht die Rede.

Und schließlich: Der Journalist Toth, zu dem Scht. jenen Kontakt hatte, der angeblich „landesverräterisch" gewesen sein soll, war laut Anklageschrift im Prozess gegen Scht. ein „CIA-Agent". **Seltsam nur, daß Toth seinerzeit zwar festgenommen, dann aber - nachdem er einige (möglicherweise Scht. belastende?!) Erklärungen unterschrieben hatte - kurzerhand aus der Sowjetunion abgeschoben wurde.**

Es wurde schon im Ak 134 darauf hingewiesen, daß es sehr leicht ist, ,Dissidenten' wegen ihrer Kontakte zu westlichen Journalisten als Spione, Agenten usw. zu kriminalisieren – auch deshalb, weil diese Journalisten tatsächlich in gewissem Maß als Zuarbeiter westlicher Geheimdienste fungieren. Die Scheinheiligkeit solcher Anklagen erweist sich aber klar, wenn zwar der ,Dissident' verknackt wird, man jedoch den westlichen Journalisten (also den angeblichen Agenten des CIA etc.) laufen läßt.

2) Hier macht Genosse Klaus einen groben Denkfehler und verdreht zudem den Inhalt des betreffenden Artikels. Im Artikel wurde klar gesagt (Klaus zitiert das sogar!!!), daß die revisionistischen Vorstellungen (beispielsweise von einer Koalitionsregierung DKP-SPD) total unrealistisch sind, ebenso wie in diesem Zusammenhang der Gedanke an eine „brüderliche Hilfe" a'la CSSR für die BRD. Das kann doch aber für uns kein Grund sein, solche (unrealistischen) Vorstellungen nicht mehr zu kritisieren?! Das gesamte Programm der DKP, ihre Mitbestimmungsforderungen, ihr „friedlicher Übergang zum Sozialismus" usw. usf. sind doch durchweg unrealistisch! Sollen wir diese Vor-

Fortsetzung auf Seite 34

Leserbrief: Betr. Bahro-Solidarität

Dieser Brief ist das Ergebnis einer Diskussion, die wir in der KB-Sympathisantengruppe Münster anhand des Briefes von Klaus aus Göttingen (AK134) zur Bahro-Solidarität geführt haben.

Unseres Erachtens „klärt" Klaus die Frage der Solidarität mit politischen Gefangenen in den Ländern des „realen Sozialismus" durch eine völlig schematische Anwendung des Prinzips „Der Hauptfeind steht im eigenen Land". Dieses Prinzip kann für uns doch nicht heißen, den BRD-Imperialismus in jeder Teilfrage zum Hauptangriffspunkt zu machen. Sinn und Zweck der Hamburger Bahro-Demonstration war der Protest gegen das Terrorurteil eines sich sozialistisch nennenden Regimes und die Solidarisierung mit einem in der DDR verfolgten fortschrittlichen Menschen und Genossen. Für uns als Kommunisten mußte die Demonstration darüber hinaus Anlaß sein, u n s e r e Vorstellungen von Demokratie und Sozialismus der menschenfeindlichen und verlogenen Politik von SED und DKP gegenüberzustellen. Kritisch ausgewertet werden müßte, inwieweit d a s tatsächlich gelungen ist.

Das Problem der *„Funktionalisierung der ‚Bürgerrechtler' für die imperialistische Propaganda"*, von dem Klaus aus Göttingen behauptet, dazu stünde in dem auf der Hamburger Kundgebung gehaltenen Redebeitrag „buchstäblich kein Wort", ist u.E. völlig richtig angegangen worden: Hauptstoßrichtung von Demo und Kundgebung waren das Bahro-Urteil und diejenigen, die es zu verantworten haben bzw. es hierzulande als ein Beispiel sozialistischer Rechtsprechung feiern, wie die DKP; und in diesem Zusammenhang auch die Abrechnung mit diesen Leuten, weil sie damit den Sozialismus diskreditieren und den Imperialisten Munition für ihre verlogene Menschenrechtskampagne liefern. Hierzu nur ein Zitat aus dem Hamburger Redebeitrag: *„Tatsächlich sind es die DDR und in ihrem Gefolge die DKP selbst, die mit ihren undemokratischen Praktiken und ihrem verlogenen Legitimationsjournalismus antisozialistischen Kräften große Möglichkeiten geben, demagogisch gegen den Sozialismus schlechthin zu hetzen"*. Dieser Vorwurf wird in dem Redebeitrag sehr ausführlich begründet und überhaupt kein Zweifel daran gelassen, daß wir mit der heuchlerischen Menschenrechtskampagne der Imperialisten n i c h t s gemeinsam haben. Wie kann Klaus da allen Ernstes behaupten, unsere Bahro-Solidaritätskampagne sei *„objektiv der ‚linke' Flügel dieser (imperialistischen) Propaganda"* ?!

Überhaupt scheint uns Klaus sehr leichtfertig und oberflächlich an die Frage der Oppositionellen in DDR und Sowjetunion heranzugehen. Woher hat er z.B. die Information, der zu 13 Jahren Gefängnis verurteilte Schtaranskij sei ein „US-Agent"?

Woher hat er z.B. die Information, der zu 13 Jahren Gefängnis verurteilte Schtaranskij sei ein „US-Agent"?

Und noch etwas zur Frage des Ausspielens von Bahro-Solidarität gegen den Antirepressionskampf in der BRD. Es ist doch nicht unser Problem, wenn die „KPD" den Schwerpunkt ihrer Politik auf die Solidarität mit allen möglichen und unmöglichen „Dissidenten" im Osten legt oder z.B. das SB Unterdrückung „in Ost und West" g l e i c h b e r e c h t i g t behandeln will, und von beiden Organisationen sehr wenig im Kampf gegen die Repression im eigenen Land geleistet wird. Es ist uns unverständlich, wieso daraus auch noch ein genereller Unvereinbarkeitsbeschluß gegenüber der „KPD" in Sachen Bahro abgeleitet werden soll.

KB-Sympathisanten Münster

Fortsetzung von Seite 33

stellungen also nicht mehr kritisieren dürfen?! Genosse Klaus krönt diese absurde Forderung auch noch mit dem Hinweis, wir würden uns dadurch eine Bündnispolitik mit der DKP unmöglich machen. Frage: Sollen wir auf Kritik an bestimmten Vorstellungen der DKP (nämlich gerade an den für die DKP peinlichsten!) verzichten, nur um uns vielleicht die klitzekleine Chance offenzuhalten, daß sich die DKP eines Tages doch noch unser erbarmt und uns für bündniswürdig hält?

Genosse Klaus garniert seinen Artikel mit Drohungen, im AK würde *langsam* die imperialistische Logik Eingang finden, sowie mit kräftigen Schlägen gegen den „ML"-Butzemann, der sich in letzter Zeit wohl des AK zu bemächtigen scheint. Wenn Klaus tatsächlich dieser Meinung i s t, sollte er das schon mal etwas fundierter belegen als in seinem Leserbrief!

DKP läßt Angebot des KB unbeantwortet

Per Einschreiben hat sich das LG des Kommunistischen Bundes am 3.7.78 in gleichlautenden Briefen an den DKP-Parteivorstand in Düsseldorf und an den DKP-Bezirksvorstand Hamburg gewendet. Der DKP wurde für die Beantwortung dieses Briefes bis zum 31.7.78 Zeit gegeben, bevor wir diesen Brief veröffentlichen würden. Die DKP hat, wie leider vorauszusehen war, den Brief unbeantwortet gelassen. Wir veröffentlichen ihn in diesem AK im Wortlaut.

DKP-„Aktionseinheit"-Politik: Zwischen Spaltung...

Die DKP tritt angeblich „für die Aktionseinheit der Arbeiterklasse und ein breites Bündnis der demokratischen Kräfte ein". Das ist auch die Überschrift von Abschnitt V des neuen DKP-Programmentwurfs. In diesem Programmentwurf heißt es: „**Die DKP will selbst die geringste Übereinstimmung zum Ausgangspunkt des gemeinsamen Wirkens für gemeinsame Anliegen machen.**" (S. 50). Diese Aussagen gelten aber in der Praxis nur eingeschränkt: Zwar ist die DKP tatsächlich für eine Zusammenarbeit nach r e c h t s sehr weit offen. Nach l i n k s hin jedoch gilt die „These 41", die eine Zusammenarbeit von Einheiten oder Mitgliedern der DKP mit „Maoisten, Anarchisten und Trotzkisten" generell v e r b i e t e t. Verstoß gegen dieses Verbot wird mit Parteiausschluß geahndet. **Diese „These 41" praktiziert die DKP auch in allen von ihr dominierten Organisationen und Gruppen – der VVN, der DFU, der DFI (Frauenorganisation), dem SHB usw.**

„These 41" bedeutet für alle von diesem Spaltpilz befallenen Organisationen und Gruppen kategorisch:

a) Nicht die geringste Zusammenarbeit mit „maoistischen, anarchistischen und trotzkistischen Organisationen" – weder gemeinsame Aktionen noch auch nur koordinierende Absprachen. Striktes Verbot für alle DKP-Mitglieder, sich an Aktionen von „Maoisten, Anarchisten und Trotzkisten" zu beteiligen.

b) Dies wird so weitgehend interpretiert, daß die DKP es generell auch ablehnt, sich an breiteren Aktionseinheiten zu beteiligen, falls „Maoisten..." etc. sich ebenfalls an dieser Aktionseinheit oder auch nur an dieser Aktion beteiligen. Im eigenen Interesse macht die DKP Ausnahmen von dieser Regel, jedoch nur höchst selten.

c) Zu den Konsequenzen der „These 41" gehört es auch, daß die DKP und die von ihr dominierten Organisationen es generell ablehnen, mit Vertretern von „maoistischen, anarchistischen und trotzkistischen" Organisationen überhaupt zu sprechen – also beispielsweise am Telefon sofort den Hörer auflegen.

d) Politisch sind die „Maoisten, Anarchisten und Trotzkisten" für

– also beispielsweise am Telefon sofort den Hörer auflegen.
d) Politisch sind die „Maoisten, Anarchisten und Trotzkisten" für

die DKP gar nicht existent, außer als Objekt für platt gehaltene Polemiken. Antifaschistische Enthüllungen beispielsweise im „Arbeiterkampf", Aktionen von „Maoisten, Anarchisten und Trotzkisten", Prozesse gegen deren Presse, Berufsverbote gegen „Maoisten" etc. – alles das findet für die DKP überhaupt nicht statt und wird auch von den DKP-dominierten Organisationen und Zeitungen („tat", „Deutsche Volkszeitung") auf gar keinen Fall zur Kenntnis genommen. **Das heißt auch, daß seitens der DKP selbst die minimalsten Voraussetzungen für eine Solidarisierung mit „Maoisten, Anarchisten und Trotzkisten" gegen Angriffe des bürgerlichen Staates fehlen.**

... und Größenwahn

Die vor allem auf SPD- und Gewerkschaftsgremien orientierte Bündnispolitik der DKP hat im letzten Jahr und besonders in den vergangenen Monaten spürbare Rückschläge hinnehmen müssen. Diese Rückschläge stehen in erster Linie mit der Haltung der DKP zur Repression in den Ländern des „realen Sozialismus" in Zusammenhang. Mit dieser Haltung und mit ihren arroganten Reaktionen (jeder Linke, der nicht 100%ig der DKP bei der Verteidigung der Repression im „realen Sozialismus" folgt, wird in rüdem Ton als antikommunistisch verblendet beschimpft!) leistet die DKP ihrer Isolierung Vorschub. Drei Hauptfaktoren spielen dabei eine Rolle:

a) Bündnispartner der DKP sind empört bzw. enttäuscht über die Haltung der DKP.

b) Traditionelle Bündnispartner der DKP kommen immer stärker in Druck, ihre Zusammenarbeit mit einer derart offensichtlich undemokratischen Partei noch vor ihrer Basis begründen zu können bzw. sich auf diese Basis im Fall von Konflikten mit ihren Parteiführungen stützen zu können.

c) Antikommunistische Kräfte sehen die Stunde gekommen, unter dem Vorwand der Haltung der DKP zum ‚realen Sozialismus" die entstandenen Formen der Zusammenarbeit zurückzudrängen bzw. letztlich zu liquidieren.

An den Parteivorstand der DKP
An den Bezirksvorstand Hamburg der DKP

Werte Genossen,

inzwischen habt Ihr etwas Zeit gehabt, die Wahlergebnisse von Hamburg und Niedersachsen auf Euch wirken zu lassen. Wir meinen, daß als e i n wesentlicher Aspekt dieser Ergebnisse das vollständige Scheitern der von Euch seit nunmehr rund zehn Jahren betriebenen Isolations-Politik gegen die „Chaoten", insbesondere gegen den Kommunistischen Bund, gesehen werden muß. Ihr habt mit dieser Isolations-Politik, die mit dem Stichwort „These 41" verbunden ist, das Gegenteil von dem erreicht, was Ihr erreichen w o l l t e t. Ihr selbst seid gegenüber demokratischen Bewegungen in unserem Land mehr und mehr ins politische Abseits geraten. Die Auseinandersetzung um das Russell Tribunal III ist ein Beispiel dafür.

Wir halten es für ein Gebot der politischen Vernunft, daß die in der Linken unseres Landes wirkenden Organisationen miteinander sprechen und Möglichkeiten gemeinsamer Aktion suchen. Solche Gespräche laufen nun einmal, das wißt Ihr selbst aus Eurem jahrelangen vergeblichen Werben um die SPD, nicht zuletzt auch über die Leitungsebenen.

Wir beziehen uns dabei übrigens auch auf eine Aussage aus der Erklärung Eures Hamburger Bezirksvorstands nach den Wahlen („UZ", 6.6.78): „... Aus diesem Anlaß bekräftigt die DKP die Bereitschaft, mit allen Kräften unserer Stadt, die ernsthaft für Frieden, Demokratie und sozialen Fortschritt eintreten, in demokratischen Bündnissen zusammenzuarbeiten". Vielleicht meint Ihr aber, daß Ihr den Kommunistischen Bund nicht zu diesen Kräften rechnet? Dann wäre es wohl sinnvoll, daß Ihr nach Maihofers Vorbild einmal einen verbindlichen Katalog der von Euch gemeinten Kräfte veröffentlicht?

Wir haben es Euch schon wiederholt auf unterschiedlichen Wegen mitgeteilt und sagen es hier noch einmal: Wir sind bereit, jederzeit und auf jeder von Euch vorgeschlagenen Ebene mit Euch zu einem ersten Gespräch zusammenzukommen.

Konkret schlagen wir Euch, dem Parteivorstand und dem Hamburger Bezirksvorstand der DKP, folgende Themen vor:

Gemeinsames Vorgehen zur Abschaffung der undemokratischen 5 %-Klausel.
Meinungsaustausch über die nächsten anstehenden Wahlen und die Bundestagswahlen 1980.
Gemeinsames Vorgehen gegen die nazistischen Umtriebe.

Andere Themen könnten noch von Euch vorgeschlagen werden. Es bedarf nur Eures Anrufs, und wir machen einen ersten Termin dann konkret ab.

Sollten wir bis zum 30. Juli keine Antwort von Euch bekommen haben, werten wir das als Absage und werden diesen Brief veröffentlichen.

Mit freundlichen Grüßen

Leitehdes Gremium des Kommunistischen Bundes

Mit freundlichen Grüßen
Leitehdes Gremium des Kommunistischen Bundes

Die DKP hat es heute mit einer Situation zu tun, wo einerseits immer häufiger und immer verbreiteter die Frage aufgeworfen wird, ob die DKP überhaupt noch bündnisfähig ist – und wo sie auf der anderen Seite die von ihr dominierten Organisationen (VVN, SHB usw.) immer skrupelloser zur 100%igen Bejahung und Unterstützung der DKP-Politik einsetzt und sie damit jedes Anscheins von Unabhängigkeit beraubt.

Da Realismus noch nie zu den starken Eigenschaften der DKP gehörte, malt sich die aktuelle Situation in DKP-Köpfen höchst wunderlich – beispielsweise in dem Artikel von Rainer Eckert *„Einige neue Gesichtspunkte in der Aktionseinheitspolitik der DKP"* in den DKP-eigenen „Marxistischen Blättern", Ausgabe Juli/August 1978. Eckert zitiert zunächst aus den programmatischen „Thesen" der DKP von 1971: *„Die DKP ... tritt ... für die Zusammenarbeit m i t d e r S P D ein"* (Hervorhebung bei Eckert). Eckert meint dazu: *„Ohne Zweifel wäre es bereits zu Beginn der sechziger Jahre objektiv notwendig gewesen, die Zusammenarbeit zwischen der DKP und der SPD a l s O r g a n i s a t i o n e n herzustellen"* (Hervorhebung bei Eckert) Das sei aber damals aus verschiedenen Gründen nicht realisierbar gewesen. H e u t e jedoch sei, so Eckert, die Situation grundlegend gewandelt: *„große Teile der arbeitenden Bevölkerung"* seien von der SPD enttäuscht und suchen nach progressiven (= fortschrittlichen) Alternativen; die DKP habe *„ihre Positionen ausbauen"* können. Kühne Schlußfolgerung Eckerts: *„Es ist nach unserer Auffassung möglich, daß auf der Grundlage dieser Entwicklung i m m e r e n g e r e Kontakte zu Sozialdemokraten, zu O r g a n i s a t i o n e n der Sozialdemokratie und zur SPD i n s g e s a m t geschaffen werden können. Genau diese strategische Orientierung für die nächste Etappe des Klassenkampfs drückt unser Programmentwurf aus... Was wir in den n ä c h s t e n Jahren für e r r e i c h b a r halten, sind engere politische und o r g a n i s a t o r i s c h e Kontakte zwischen Betriebsgruppen, G l i e d e r u n g e n der beiden Parteien in Städten, Gemeinden und Hochschulen, zwischen kommunistischen* (= DKP – Anm. AK) *und sozialdemokratischen P a r l a m e n t s f r a k t i o n e n"* (Hervorhebungen von uns).

Eckert sieht es also als in den nächsten Jahren realisierbar an, daß aus den punktuellen Aktionsgemeinschaften der DKP mit einzelnen Sozialdemokraten oder Gruppen der Jusos eine festere Aktionseinheit zwischen der DKP und Gliederungen der SPD werden könnte – während die t a t s ä c h l i c h e Entwicklung genau in die entgegengesetzte Richtung verläuft. Die DKP geht immer noch, wie sie hier sehr deutlich zeigt, von Illusionen über ihre bündnispolitischen Möglichkeiten aus und schiebt daher den Gedanken an eine grundsätzliche Umorientierung ihrer Bündnispolitik **(einschließlich einer Überprüfung der „These 41")** weit von sich. Auch die offen feindselige, von keinerlei Sachkenntnis und Gesprächsbereitschaft getrübte Haltung der DKP gegen s ä m t l i c h e alternativen Wahlansätze zeigt, daß der Prozeß des Umdenkens in der DKP-Führung noch nicht eingesetzt hat.

Die DKP-Führung meint immer noch, daß sie es sich l e i s t e n könne, alle Angebote zu Gesprächen und zur Zusammenarbeit von „Chaoten", Initiativen usw. unbeantwortet zurückzuweisen – ohne sich klarzumachen, daß sie auf dem besten Wege ist, sich auch nach dieser Seite hin total zu isolieren.

Haben Angebote an die DKP überhaupt noch Sinn?

... D i e s e Frage wird immer mehr gestellt. Zum einen steht dahinter die vielfältige Erfahrung, daß die DKP auf alle Angebote zum Gespräch und zur Zusammenarbeit ohnehin gar keine Antwort von sich gibt, daß eine andere Reaktion seitens der DKP mit weitgehender Gewißheit nicht zu erwarten ist. Wozu eine Frage stellen, wenn man die Antwort sowieso schon kennt? ...

Es wächst aber auch die Zahl derer, die Angebote an die DKP nicht nur für sinnlos, sondern direkt für falsch halten, die also die DKP als Bündnispartner v o n s i c h a u s nicht mehr wollen. Dabei spielt die negative Erfahrung mit den spalterischen und verleumderischen Praktiken der DKP eine Rolle (wie beispielsweise vor Brokdorf III am 19.2.77, als die DKP massiv für Itzehoe mobilisierte), ebenso wie die Haltung der DKP zur Repression im „realen Sozialismus". Eine kleine Rolle spielt hierbei auch die vaterländische „KPD", die überall Unvereinbarkeitsbeschlüsse gegen die DKP durchzudrücken versucht, **während sie selbst schon zügig eine Zusammenarbeit mit CDU-Leuten, mit der weit rechts stehenden „Gesellschaft für Menschenrecht" usw. usf. im Rahmen ihrer „antihegemonistischen Einheitsfront" ansteuert.**

An den Zweifeln über den Sinn von Angeboten an die DKP ist auf jeden Fall richtig, daß wir keinen Grund haben, hinter der DKP in der Art des Münchner „Arbeiterbunds" hinterherzukriechen und ausgerechnet i h r e Mitarbeit zum entscheidenden Faktor bei der Bildung demokratischer Bündnisse hochzujubeln. Richtig ist an diesen Zweifeln weiterhin, daß die DKP keine demokratische Partei ist – sie rechtfertigt alsolut j e d e n beliebigen Akt der Repression, sofern er sich auf der „richtigen" Seite, also im „realen Sozialismus", abspielt. Sie verweigert jede Solidarität mit Gegnern der staatlichen Repression hierzulande, sofern es sich um die verhaßten „Maoisten, Anarchisten und Trotzkisten" handelt. Sie betreibt mit ihren Schlägertrupps ein brutales Faustrecht nicht nur auf ihren e i g e n e n Pressefesten usw., sondern auch bei Gelegenheiten, wo die DKP eigentlich formal nur e i n Bestandteil von vielen im Bündnis ist (beispielsweise bei den Abrüstungs-Aktionen).

Richtig ist aber auch, daß die DKP eine Reihe von demokratischen und antifaschistischen Aktivitäten betreibt, in denen es objektiv Gemeinsamkeiten zwischen uns und den Mitgliedern der DKP gibt. Richtig ist ebenso, daß die DKP insbesondere über ihre traditionelle Bündnispolitik immer noch eine relativ große Zahl von Menschen anspricht. Daraus ergibt sich für uns 1.) **daß wir konsequent eine Politik verfolgen, die deutlich macht, daß Spaltung und**

Menschen anspricht. Daraus ergibt sich für uns 1.) daß wir konsequent eine Politik verfolgen, die deutlich macht, daß Spaltung und

Verhinderung möglicher gemeinsamer Aktionen n i e m a l s von uns ausgehen, sondern i m m e r von der DKP; 2.) daß wir eine Politik betreiben, die langfristig die DKP-Führung zur Lockerung bzw. zur Liquidierung ihrer „These 41" zwingt und den Weg zu gemeinsamen Aktionen vielfältiger Art öffnet. Eine solche Öffnung der DKP zu gemeinsamen Aktionen und Gesprächen würde zum einen der Einheit aller demokratischen Kräfte dienen (die auch in der DKP zu finden sind), und sie würde darüber hinaus die politisch-ideologische Zersetzung der DKP und die Gewinnung von DKP-Mitgliedern für den revolutionären Kampf begünstigen. Denn die bisherige totale Abschottung und aggressive Verhetzung der DKP gegen links würde **durch die Erfahrungen gemeinsamer Aktionen, durch Diskussionen** usw. erheblich angeschlagen werden; 3.) geht es auch darum, daß wir keinerlei Konzessionen an die im Grunde a n t i kommunistisch motivierte „Unvereinbarkeits"-politik machen, wie sie insbesondere von der „KPD" gegenüber der DKP gefordert wird. Diese „Unvereinbarkeits"politik ist Bestandteil der von der „KPD" befürworteten militärischen und politischen Aufrüstung des Imperialismus gegen die angeblich drohende „Gefahr aus dem Osten".

Fazit: Die DKP-Führung muß von unserer Seite weiterhin mit eindeutigen und konstruktiven, aber ohne Kriecherei und Konzessionen formulierten Vorschlägen für Gespräche und gemeinsame Aktionen rechnen. Mehr noch als bisher werden wir mit diesen Vorschlägen auch in der Öffentlichkeit arbeiten, u.a. auch in der Diskussion mit Mitgliedern und Sympathisanten der DKP.

Arbeiterrechte im „realen Sozialismus" überflüssig?

Nachdem die „UZ", Tageszeitung der DKP, schon vor einigen Monaten die Überflüssigkeit des Streikrechts in der DDR (es gibt dort tatsächlich kein Streikrecht!) nachgewiesen hatte, folgte am 7.8.78 dasselbe auch für die CSSR. In der einem tschechoslowakischen Arbeiter in den Mund gelegten Begründung dafür heißt es: „...

Aber hart auf hart geht es bei uns nie. Weil es bei uns keinen zweiten Verhandlungspartner gibt, der möglichst viel Profit in die eigene Tasche stecken will. Gegen wen sollten wir streiken?... Wenn bei uns die Räder stillstehen, verlieren nur wir. Je besser sie laufen, um so besser geht es uns".

Dem „UZ"-Leser soll weisgemacht werden, im „realen Sozialismus" könne es überhaupt keine gesellschaftlichen Konflikte mehr geben, für die die Arbeiter ihre Kampfrechte brauchen. Die dahinter steckende Mentalität ist im Grunde die der faschistischen „Volksgemeinschaft". In einem Gesellschaftssystem, wo die realen Widersprüche derart total unterdrückt und zugleich zynisch geleugnet werden (Motto: „Wir sind doch alle eine große Familie") ist es u n v e r m e i d l i c h, daß es gelegentlich zu gewaltsamen Explosionen des Klassenkampfs (DKP-Jargon: „*Vandalismus*") kommt wie 1970 und 1976 in Polen oder daß – wie 1968 in der CSSR – P a n z e r auffahren müssen, um den getrübten Familienfrieden wieder herzustellen.

Hilfe, die Kubaner kommen!

Ungewöhnlich ist es gerade nicht, daß die Lüge von einer ausländischen Aggression gegen ein bestimmtes Land dazu herhalten muß, um selbst über dieses herzufallen. Die französischen Imperialisten haben dies erst kürzlich in Zaire vorgeführt. Und mancher erinnert sich wohl noch an die berühmt-berüchtigten „Nordvietnamesen" in Südvietnam, mit denen die US-Imperialisten Anfang der 60er Jahre ihre „Escalation" in Indochina einleiteten.
Kein Wunder also, daß auch der neokolonialistische Griff der EG und US-Imperialisten nach dem afrikanischen Kontinent deftig mit Geschichten dieser Art gewürzt wird. Um dem Beobachter die Übersicht zu erleichtern, haben wir hier die wichtigsten „Fakten" aus der imperialistischen Märchen-Küche zusammengestellt.

Wieviel Kubaner sind's denn nun?

Noch im November 1977 behauptete eine „geheime Studie der US-Regierung", daß sich 27.000 Kubaner in Afrika aufhalten würden („Welt", 19.11.; „Zeit", 9.12.77). Noch im Januar 1978 ging das US-Außenministerium sogar auf 23.000 kubanische Soldaten in ganz Afrika herunter („Frankfurter Rundschau" – „FR", 25.1.78).

Kaum einen Monat später war eine wesentlich höhere Zahl im Handel: US-Außenminister Vance sprach von **35.000 - 37.000** Kubanern in Afrika („Tagesspiegel" – „Tsp", 3.3.78) und der britische Außenminister Owen übernahm mit 36.000 kurz darauf diese Zahl („Tsp", 13.4.78). Dann gab es angebliche „Schätzungen des US-Außenministeriums" auf **38 - 39.000** kubanische Soldaten, plus 6.000 Zivilberater („Tsp", 22.4.78), vom „Tagesspiegel" kurz darauf als „45.000 Kubaner" summiert. Carter rundete die Zahl schließlich auf **40.000** kubanische Soldaten in Afrika auf („Le Monde", 18.5.78), und dabei blieb es bis jetzt. Der somalischen Regierung blieb es vorbehalten, auf 50.000 aufzustocken („Welt", 19.5.78).

Spitzenreiter der Hit-Parade ist jedoch (für den Kenner der Märchenonkel-Szene keineswegs überraschend!) wieder einmal die einschlägig bekannte „Peking Rundschau": Sie tippt auf **„über 50.000 kubanische Söldner auf afrikanischem Boden"** („PR", 1.8.78, S. 36).

Die Masse der summierten Kubaner wird natürlich allgemein in Angola und Äthiopien vermutet, wobei insbesondere die Angaben über die Kubaner in Äthiopien steil in die Höhe geschossen sind.

– **Angola**. Die Zahl der angeblich dort stationierten kubanischen Soldaten ist seit einem Jahr konstant. Sie wird im allgemeinen mit **19 - 20.000** angegeben, zuzüglich 4.000 Zivilberatern. Aus dem Rahmen fallen Angaben von 35.000 kubanischen Soldaten (Tonta, Sprecher der pro-imperialistischen FNLA, laut „Hamburger Abendblatt", 12.1.78), von 60.000 Kubanern – einschließlich Familienmitgliedern – in Angola (ebenfalls Tonta, laut „Welt", 21.1.78), oder gar von 80.000 Kubanern, davon 25.000 Soldaten, in Angola („Tsp", 12.2.78, leider ohne Quellenangabe).

Allerdings gibt selbst die bürgerliche Presse die Zahl der tatsächlich an Kampfhandlungen beteiligten Kubanern immer nur mit 5 - 6.000 an (z.B. „Tsp", 5.[illegible].78); der stellvertretende CIA-Chef Carlucci sprach von 8.000 („Tsp", 12.4.78).

– **Äthiopien**. Zwar phantasierte Somalias Präsident Barre schon im November 1977 von **15.000** kubanischen Soldaten in Äthiopien („Hamb. Morgenpost" – „MoPo", 15.11.77). Zur selben Zeit wußte jedoch die bereits zitierte „geheime Studie der US-Regierung" nur von **400** kubanischen Militärberatern in Äthiopien zu berichten („Welt", 18.11.77), wozu noch 150 Zivilberater kamen („Welt", 22.11.77). Einen Monat später sprach ein „hohes Mitglied der Regierung Carter" schon von **2.000** Kubanern („Tsp", 24.12.77), das US-Außenministerium legte außerdem noch 1.000 sowjetische Soldaten zu („Tsp", 14.1.78).

Dann gab wieder die somalische Regierung („*nach somalischen Geheimdienstberichten*") ihre Zahlen zum Besten: In Äthiopien stünden 7 - 8.000 sowjetische Soldaten, 6 - 7.000 Kubaner sowie 5 - 6.000 Soldaten aus anderen Ländern des Warschauer Pakts („Welt", 21.1.78). Diese Zahlen indessen mochte die bürgerliche Presse nicht übernehmen, und rundete stattdessen auf 12.000 Kubaner in Äthiopien auf („Welt", 25.1.78, unter Berufung auf „jüngste Schätzungen des US-State Departments").

Wie wenig bis dahin Einigkeit über die anzusetzenden Zahlen bestand, geht auch daraus hervor, daß selbst die ansonsten nicht zimperliche „Bild" nur von 3.000 Kubanern, 1.500 „Russen" und 1.000 DDR-Soldaten in Äthiopien zu berichten wußte („Bild", 15.2.78, ohne Quellenangabe). Auch die „New York Times" zählte im Februar nur **3.000** Kubaner in Äthiopien (laut „Welt", 17.5.78).

Anfang April schließlich setzte das US-Außenministerium die von nun an im allgemeinen von der bürgerlichen Presse angegebene Zahl fest: **16 - 17.000** kubanische Soldaten seien in Äthiopien („Tsp", 5.4.78, seither in der gesamten bürgerlichen Presse.

Da das äthiopische Regime bereits im Februar die somalische Offensive gebrochen hatte und zum Gegenangriff übergegangen war, bleibt unklar, wozu nach dem Februar die Kubaner in Äthiopien angeblich von 3.000 auf 17.000 verstärkt worden sein sollen. Das ist eine der vielen Ungereimtheiten in diesem bürgerlichen Zahlensalat.

Bei dem auch von vielen „linken" Gruppen begeistert aufgenommenen Geschrei über die „Kubaner in Afrika" ist zudem zu bedenken: Kubanische Militärberater und Soldaten befinden sich – selbst nach den bürgerlichen Angaben – in größerer Zahl tatsächlich nur in zwei Ländern Afrikas, die beide massiven ausländischen Aggressionen ausgesetzt waren bzw. sind – Angola durch Südafrika und pro-imperialistische Söldnerbanden, Äthiopien durch Somalia. Ansonsten befinden sich kubanische Zivil- und Militärberater in kleinerer Zahl seit vielen Jahren auf Wunsch der betreffenden Regierungen in zahlreichen antiimperialistischen Staaten Afrikas. **Sie mit Besatzern gleichzusetzen und ihren Abzug zu fordern, ist eine Beleidigung dieser Staaten und – von „Linken" eines imperialistischen Landes – eine besondere Unverschämtheit.** Zu diesen Staaten gehören (nach Angaben der bürgerlichen Presse Mosambik, Madagaskar, Tansania, VR Kongo, VR Benin, Guinea, Guinea-Bissao und Libyen (nach „Welt", 17.5.78).

Wilde Stories auch über die DDR

Die Springer-Presse spricht in letzter Zeit gern vom „Afrika-Korps" der DDR, in Anlehnung an die gleichnamigen Einheiten der Nazi-Wehrmacht. Mit groß aufgespielter Heuchelei wird bedauert, daß heute wieder „deutsche Soldaten" in Afrika Schreckliches anrichten. **Hinter diesem Gejammer steckt nichts anderes als die Ambition des BRD-Imperialismus, nun zumindest in Afrika gegenüber der DDR militärisch „nachzuziehen". Die Pläne einer von der Nato unterstützten neokolonialistischen „Feuerwehr" für „Konfliktherde" in Afrika bedeuten genau dies.**

Uneinigkeit herrscht vorerst über die zahlenmäßige Stärke des DDR-„Afrika-Korps": Von 1.000 - 2.000 DDR-Militärberatern in der gesamten Dritten Welt („Welt", 19.5.78) über „*mehr als 2.000*" DDR-Militärs in Afrika („Welt", 7.6.78) oder „*3.000 Soldaten der Zonenarmee ... in sieben Staaten des Nahen Ostens und Afrikas*" („Bild", 19.7.78) reichen die Angaben bis zu 4.500 DDR-Soldaten in Afrika („Bild", 13.6.78).

Die „Welt" registriert mit Abscheu und Empörung, daß die DDR „*in bisher 13 Staaten (Afrikas) revolutionäre Strömungen gefördert*" habe. Genannt werden Äthiopien, VR Benin, VR Kongo und die früheren portugiesischen Kolonien Angola, Mosambik, Guinea-B. („Welt", 19.4.78).

Besondere Aufgabengebiete sind natürlich auch für die DDR Angola und Äthiopien:

– Die politische Polizei Angolas soll „*fest in DDR-Händen*" sein. Sogar DDR-Truppen seien inzwischen in Angola stationiert („Welt", 18.5.78).
– Vielfältig sind die Aufgaben der DDR in Äthiopien: Sie ist „*mit der Reorganisierung der dortigen Streitkräfte beschäftigt*"; zugleich soll sie „*die äthiopische Wirtschaft neu strukturieren*"; die „*militärische und ideologische Schulung nicht nur der äthiopischen Streitkräfte, sondern auch der Polizeiverbände und Jugendorganisationen*" fällt auch in DDR-Kompetenz (gemeinsam mit den Kubanern, deren 17.000 Soldaten ja auch beschäftigt werden wollen). Zu guter letzt arbeiten „*hochrangige Generalstabsoffiziere*" der DDR auch im Verteidigungsministerium von Addis Abeba. Woran arbeiten sie? Natürlich an den **„Vorbereitungen für eine bevorstehende Offensive gegen Somalia"**! (Angaben zu Äthiopien aus „Tsp", 4.2.78). Dann gibt es auch noch „*Zwei Geheimdienstoffiziere*" aus der DDR, „*die gegenwärtig den Geheimdienst und den Sicherheitsapparat (Äthiopiens) ... neu aufbauen*" („Welt", 5.7.78).

Geradezu Sensationelles über das Treiben der DDR auf dem schwarzen Kontinent wurde im Mai bekannt: Die britische Wochenzeitung „Observer" meldete, daß in Wirklichkeit gar nicht die Kubaner, sondern die DDR hinter der „Invasion" in Zaire gestanden habe! Der Plan dazu sei bereits auf einem SED-Parteitag (!) im Mai 1976 ausgearbeitet worden. Die DDR habe seither die zairische Befreiungsfront FLNC mit Waffen versorgt; 100 DDR-Miliätberater seien nach Angola geschickt worden, „*um die Strategie und das Training der FNLC-Rebellen auszuarbeiten und zu leiten. Sie hätten unter direkter (!) Führung des stellvertretenden (DDR-)Verteidigungsministers Poppe gestanden*" („Welt", 22.5.78). In der „Bild am Sonntag" gab diese Geschichte am 28. Mai eine große Überschrift („ **‚DDR'-Generale planten die Invasion**"). Auf einmal waren es „*rund 3.000 ‚DDR'-Militärberater in Angola*", deren „Arbeit" von Poppe „koordiniert" werde. Außerdem wußte „Bild" unter Berufung auf die FNLA zu berichten, „*daß Sowjets, Kubaner und DDR-Spezialisten in Silva Porto* (Angola – Anm. AK) *einen gewaltigen Militärstützpunkt mit einem riesigen Waffenarsenal einrichteten. Von dort aus können jederzeit Blitzangriffe gegen Zaire, Rhodesien und Südwestafrika geführt werden*".

Besonderer Knüller: **„Zur Zeit bereiten Hoffmanns ‚Afrika-Korps' und die Kubaner den entscheidenden Sturmangriff auf das von 200.000 Weißen gehaltene Rhodesien vor"** (alle Zitate aus „BamS", 28.5.78).

Schlägt die DDR in Namibia zu?

Originalüberschrift aus der „Bild" vom 3.7.78. Die Geschichte dazu gehört zu den amüsantesten dieser Art: Zunächst meldete die Londoner „Sunday Times", daß elf sowjetische Generäle „*alle wichtigen Kommandostellen der angolanischen Armee übernommen*" hätten . DDR-Militärs hätten „*die Leitung des zivilen und militärischen Nachrichtenwesens*" in Angola übernommen. „Westliche Geheimdienste" seien der Meinung, daß von der Sowjetunion geplant sei, „*eine Invasion der SWAPO in Namibia (Südwestafrika) militärisch zu unterstützen*" (nach „Welt", 19.6.78). Eine Woche später meldete die „Sunday Times", die Sowjetunion plane für die Zeit nach der formalen Unabhängigkeitserklärung Namibias „*die Nominierung ausländischer Verwalter, vorwiegend aus der ‚DDR', an der Spitze mehrerer wichtiger Städte*" Namibias (nach „Welt", 26.6.78).

Am 29.6.78 erschien die „Welt" auf der ersten Seite mit einem sehr detaillierten Artikel **„Sowjet-Generale planen Angriff auf Südwestafrika"**: „*Fünf sowjetische Generale bereiten in Angola unter Mitwirkung von Soldaten aus der ‚DDR' eine Großoffensive gegen das zukünftige Namibia vor*" Seit Anfang Juni werde modernstes Kampfmaterial, insbesondere Panzer, zu diesem Zweck nach Angola geschafft. Drei Pionierkompanien und eine Fernmeldekompanie der Nationalen Volksarmee (NVA) der DDR seien bereits nach Angola geschafft worden, um den Vorstoß der sowjetischen Panzer durch Namibia „*zu garantieren*". Das an sich auf Rügen stationierte 5. Fallschirmjäger-Regiment der NVA habe in Angola einen Verbindungsstab eingerichtet, um einen Angriff von DDR-Fallschirmjägern auf Windhuk (Hauptstadt Namibias) vorzubereiten. In Angola würden außerdem für den Angriff auf Namibia „*zwei Infanterie-Bataillone der Kubaner und drei Kompanien der MPLA ... von Instruktoren sowjetischer und polnischer Luftlandedivisionen ausgebildet*" („Welt", 29.6.78).

Die „Sunday-Times", als Sonntagszeitung, konnte diese Geschichte erst am 2.7.78 melden, und erst danach ging sie durch die übrige bürgerliche Presse. Die „Welt" hatte offenbar aus derselben trüben Quelle geschlürft wie die „Sunday Times": Die „Welt" gab noch etwas ungenau „*bislang geheime Analysen des französischen Generalstabs*" an („Welt", 29.6.78), die „Sunday Times" sprach von „*Berichten des französischen Geheimdienstes*" (siehe z.B. „Tsp", 4.7.78).

Das Interesse gerade des französischen Imperialismus, zur Bemäntelung eigener Ambitionen solche Geschichten in die Welt zu setzen, liegt auf der Hand. Hinter dieser Geschichte steckt zudem, daß das südafrikanische Rassisten-Regime nur eine scheinbare „Unabhängigkeit" Namibias will. Dabei soll ein von Südafrika abhängiges Marionetten-Regime aus vorgeblich „freien Wahlen" hervorgehen. Diese „freien Wahlen" sollen unter dem „Schutz" von in Namibia verbleibenden Besatzungstruppen Südafrikas stattfinden.

Dieser Plan wird von der SWAPO abgelehnt. **Die Geschichte von der angeblich geplanten Offensive der Sowjetunion gegen Namibia dient vor diesem Hintergrund dazu, eine mögliche SWAPO-Offensive von vornherein als „sowjetisch-kubanische Invasion" zu diffamieren (unter dem fröhlichen Geheul der Vaterlandsverteidiger) und eventuell einer imperialistischen Intervention wie in Zaire (der französische Imperialismus scheint sich wieder bereit zu halten!) den Weg zu bahnen.**

Südjemen – „Sprungbrett des Ostens"?

In der VR Südjemen wurde Ende Juni ein Putschversuch des bisherigen Präsidenten Salem Rubaye Ali vereitelt. Die bürgerliche Presse nannte diesen Vorgang gemeinhin einen „pro-sowjetischen Staatsstreich". Nach dem „Putsch" (gemeint ist die Abwehr des Putschversuchs von Präsident Ali!) sei Südjemen **„jetzt praktisch eine Sowjet-Provinz"** („Bild", 28.6.78).

Wie es so läuft, mußten natürlich „die Kubaner" wieder ins Spiel gebracht werden: Die „Frankfurter Allgemeine" – „FAZ" berichtete, daß im Südjemen etwa 4.000 Kubaner seien (30.6.78). Laut „Welt" waren 5.000 Kubaner „*einen Tag vor dem Putsch ... eingeflogen*" worden (3.7.), während sie an anderer Stelle behauptete, **500** kubanische Soldaten seien nach dem „Putsch" „*zur Unterstützung des Regimes eingetroffen*" (29.6.78). 6.000 Militärberater aus der Sowietunion und der DDR gäbe es im Südjemen (ebenda). Offenbar selbst etwas verwirrt, sprach die „Welt" ein paar Tage später von „*6.000 sowjetischen und kubanischen Soldaten*" (3.7.78).

Schon vor dem „Putsch" hatte freilich ein typischer neokolonialistischer Herrscher wie der Sultan Quabus von Oman behauptet, Südjemen sei „ ‚*endgültig ein sowjetischer Stützpunkt' geworden*" („FAZ", 19.6.78).

Schon im Dezember 1977 hatte die „Welt" berichtet: **„ ‚DDR' baut Südjemen zu Sprungbrett des Ostens aus"**. Zwei Pionierkompanien der NVA seien aus Somalia eigens zu diesem Zweck in die VR Südjemen verlegt worden. Ein neues Ausbildungsprogramm für die Armee Südjemens habe begonnen, „*das von NVA-Beratern geleitet wird*". Nicht so sehr den Kubanern, sondern vielmehr südjemenitischen Verbänden unter Führung von DDR-Offizieren sei es zu verdanken, daß die somalische Offensive gegen Äthiopien gestoppt wurde („Welt", 8.12.78).

Anfang Februar dieses Jahres machte, ausgehend von der Londoner „Sunday Telegraph", die Geschichte von den „DDR-KZ's" im Südjemen die Runde durch die bürgerlichen Medien: **„DDR-KZ's im Jemen"** („MoPo", 6.2.78), **„DDR errichtete im Südjemen KZs nach NS-Vorbild"** („Welt", 6.2.78), **„2.000 ‚DDR'-Soldaten errichten Konzentrationslager"** („Bild", 6.2.78). Der Meldung zur Folge hatten schon damals 2.000 „Polizei-Experten" aus der DDR „den Sicherheitsapparat" Südjemens „in der Hand". Unter ihrer Leitung seien „*nicht weniger als zehn Konzentrationslager nach Nazi-Muster*" errichtet worden. „*Die DDR-Funktionäre seien Herr über Leben und Tod südjemenitischer Staatsbürger*". Die KZ's würden „*von DDR-Personal direkt überwacht*" (nach „Tsp", 7.2.78). „Bild" meldete: „*Die ‚DDR'-Soldaten wenden auch Foltertechniken der Nazis an, nehmen Verhaftungen und Hinrichtungen auf eigene Faust vor und lassen die Bevölkerung durch ein Netz von ‚Blockwarten' bespitzeln*" („Bild", 6.2.78).

Auch hier wird sichtbar, wie ein antiimperialistisches Land zielstrebig und langfristig als „Vasall Moskaus" und „Schreckensregime" von den bürgerlichen Medien aufgebaut wird. Und das vor dem realen Hintergrund, daß der Imperialismus seit langem danach strebt, über die reaktionären Regimes Saudi-Arabiens und des Nordjemens, sowie durch Verände-

Fortsetzung auf Seite 36

"WIR MUßTEN IN RUßLAND EINMARSCHIEREN UM EINEN ÜBERFALL ZUVORZUKOMMEN ... !"

Fortsetzung von Seite 35

rungen in der Führung des Südjemen, dieses Land wieder unter seine Kontrolle zu bekommen.

„Kubaner" für jede Gelegenheit

Kein Wunder, daß inzwischen manch neokolonialistischer Potentat und manch imperialistischer Politiker sich locker seine eigenen „Kubaner" oder „Russen" erfindet, um von seinen Schandtaten abzulenken.

– **Tschad**. Im Tschad hat das einheimische neokolonialistische Regime, unterstützt von französischen Söldnertruppen und Fremdenlegionären, schwer mit der Befreiungsfront FROLINAT zu schaffen. Das französische „Engagement" im Tschad ist in Frankreich nicht gerade populär. Was lag also näher als die Behauptung **„Kubaner auch im Tschad"**! *„Es seien Funksprüche in spanischer Sprache aufgefangen worden, die auf die Anwesenheit von Kubanern im Tschad schließen ließen"* („Tsp", 22.6.78). Schon vorher war behauptet worden, der von der FROLINAT besetzte Flughafen Faya Largeau im Nordtschad *„befinde sich in der Hand kubanischer Soldaten"* („Tsp", 10.6.78). Tschads Präsident Malloum, eine Kreatur des französischen Imperialismus, brachte auch noch die Libyer ins Spiel, sozusagen die Kubaner des kleinen Mannes: *„Zu dieser Stunde dringen tausende libysche Soldaten aller Waffenarten, zusammen mit ihren afrikanischen und außerafrikanischen Bundesgenossen, im Tschad ein"* (nach „Le Monde", 25.6.78).

– **Djibuti**. Djibuti, formal unabhängig, ist praktisch immer noch eine Kolonie Frankreichs. Es ist einer der letzten militärischen Stützpunkte Frankreichs in Afrika, zudem am „Horn von Afrika"/Roten Meer strategisch wichtig gelegen. Also kam, was kommen mußte: Unter der Überschrift **„Djibuti, neues Ziel in Afrika"** behauptete die „Welt", daß in Äthiopien kubanische Soldaten 5.000 Kämpfer der „Befreiungsfront von Djibuti" ausbilden würden. Geplant sei es, *„Zwischenfälle zu provozieren, die Vorwand für eine direkte sowjetische und kubanische Intervention wären"* („Welt", 5.7.78).

– **Zimbabwe/Rhodesien**. Das US-Nachrichtenmagazin „Newsweek" behauptete im Mai, kubanische Truppen würden „eine Großoffensive gegen Rhodesien" vorbereiten. Zu diesem Zweck seien zwei kubanische Kompanien mit 200 sowjetischen Panzern und 35 Kampfflugzeugen nach Mosambik geschickt worden. Zudem sei – schreckliches Vorzeichen – *„vor kurzem auch der sowjetische General Wassilij Iwanowitsch Petrow in Mosambik aufgetaucht, der als Regisseur der sowjetischen Militäroperationen in Afrika gelte"*. „Newsweek" berief sich bei diesem Quark auf die gewöhnlich ungeheuer glaubwürdigen *„südafrikanischen und rhodesischen Geheimdienstquellen"* („Tsp", 9.5.78).

Geradezu bescheiden – gemessen an diesem Kolossalgemälde einer „kubanischen Großoffensive" gegen Rhodesien – nahm sich die Meldung der US-Zeitung „Boston Globe" aus, Kuba habe der Patriotischen Front von Zimbabwe/Rhodesien 100 (!) kubanische Offiziere und Soldaten *„zur Verstärkung der Guerillatätigkeit in Rhodesien"* angeboten („Tsp", 30.5.78).

– **Sambia**. Dieser bisher eher p r o-imperialistisch taktierende Staat im südlichen Afrika plant angeblich einen „Militärpakt" mit Kuba. Quelle: *„Südafrikanische und rhodesische Nachrichtendienste"*! („Welt", 12.12.77). „Bild am Sonntag" wußte gar zu melden, es sei der Sowjetunion gelungen, *„den schwankenden Präsidenten von Sambia, Kaunda, endgültig ins sowjetische Lager zu ziehen"* („BamS", 28.5.78). Die „Welt" hatte bereits im Dezember 1977 gemeldet, der Flughafen der sambischen Hauptstadt Lusaka diene *„als Umschlagplatz für kubanische Truppen ..., die von dort aus nach Äthiopien gebracht werden"* („Welt", 12.12.77).

Derartige Geschichten ebenso wie die Behauptung, die „Invasion" gegen Zaire in diesem Frühjahr sei von sambischem Gebiet ausgegangen, sollen dazu dienen, Druck auf Sambia auszuüben, das aus der Sicht des Imperialismus und Neokolonialismus eines der schwächsten Kettenglieder der sogenannten „Frontstaaten" (Staaten, die den Befreiungskampf in Zimbabwe unterstützen) ist.

– **Lesotho**. Dieser kleine Marionettenstaat („Bantustan") liegt vollständig innerhalb Südafrikas und ist total von den südafrikanischen Rassisten abhängig. Als dennoch kürzlich Lesotho sehr zaghafte diplomatische Fühler in Richtung Kuba ausstreckte, animierte das die Imperialisten zu folgender story: *„Kuba wolle durch die Hintertür den Bürgerkrieg nach Südafrika tragen. Kubanische Diplomaten verhandelten mit dem in Südafrika gelegenen Kleinstaat über die Errichtung einer Botschaft. Über sie sollten Waffen und militärische Ausbilder in das Herz Südafrikas geschmuggelt werden. In letzter Stunde wurde der Plan vereitelt"*. Soll heißen: Diplomatische Alleingänge sind für einen Marionettenstaat wie Lesotho nicht drin!

Als Beispiel besonderer Verwegenheit in dieser Branche sei nochmals die „Peking Rundschau" zitiert: *„Die von der Sowjetunion kontrollierten Militäranlagen* (in Afrika – Anm. AK) *wie Häfen, Flugplätze, Raketenlager und militärische Verbindungsstellen ... belaufen sich bereits auf 20"* („PR", 1.8.78, S. 36). Das ist einsame Spitze! Nur schade, daß die chinesischen Märchenonkels, einem alten Brauch folgend, keine konkreten Details zu derartigen Zahlen liefern mögen! ...

Aber auch außerhalb Afrikas spukt es heftig:

– Israel trat mit der Behauptung auf, in sechs arabischen Staaten gebe es insgesamt 1.500 kubanische Soldaten. Darunter 200 in Palästinenserlagern des Libanon, 400 (sehr bescheiden!) im Südjemen, 300 in Libyen... („Welt", 6.6.78).

– Agenten selbstverständlich auch im I r a n. Nachdem es dort zu Massenkämpfen im ganzen Land gekommen war, orakelte die „Welt": *„Wie pünktlich sie doch wieder sind, diese iranischen Studenten, die dereinst beim Schahbesuch der deutschen Terrorszene ein frühes Zeichen zum Einsatz gaben. Jetzt haben sie, wenige Tage nachdem sowjetisch vorgeschulte Militärs den ‚korrupten' Präsidenten Afghanistans niedermachten, eine neue Attacke gegen das natürlich ebenfalls ‚korrupte' System des Schahs anrollen lassen ... Auffallend ist nur, daß diese Unzufriedenheit gerade in d e m Augenblick aufbricht, in dem sich nach dem Umsturz in Kabul der Ring der Sowjetstategie an drei Seiten um den Schah zu schließen beginnt"* („Welt", 17.5.78).

... Und jetzt noch die „Internationale des Terrors"

Zu den Spuk-Geschichten um Kubaner, DDR-Leute und Sowjets gehört natürlich auch die „Internationale des Terrors". Der „Spiegel" wußte schon im Mai 1976 zu berichten, eine kubanische **„Europa-Brigade"** solle *„künftig die Kommunistischen Parteien Westeuropas wieder auf Vordermann bringen"*. Dies sei so auf einem *„Geheimkongreß der argentinischen KP"* (da schmunzelt der Revisionist!) beschlossen worden, und 1.500 bis 2.000 Revolutionäre sollten in Südamerika für den Europa-Einsatz angeworben werden. Verantwortlich dafür sei der stellvertretende kubanische Ministerpräsident Carlos (!) Rafael Rodriguez. *„Die in der Regel als politische Flüchtlinge oder Verfolgte getarnten Brigade-Angehörigen sollen schwerpunktmäßig in Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland mit ihrer subversiven Tätigkeit beginnen"*. Quelle für diesen haarsträubenden Blödsinn: der Bundesnachrichtendienst/BND („Spiegel", 24.5.76).

Eine kaum weniger schaurige Geschichte wußte die „Welt" am 29.11.76 zu erzählen: **„Ostberlin wirbt in der Bundesrepublik Agenten für Afrika"**. *„Unter falschem Etikett werben die Geheimdienste der ‚DDR' und der Sowjetunion in der Bundesrepublik Extremisten von rechts und links für Sondereinsätze im Ausland ... Nach den bsher vorliegenden Berichten werden die Söldner vorwiegend im Nahen und Mittleren Osten sowie in einigen Staaten Afrikas eingesetzt"*. Quellenangabe reichlich unpräzis: *„die Sicherheitsbehörden"*. Der Artikel berichtet im wesentlichen von der Verhaftung einiger westdeutscher „Anarchisten" in Kenia und behauptet dann: **„Die Ausbildung der Deutschen erfolgt in einer exterritorialen Zone in der kommunistischen Volksrepublik Südjemen"** (Natürlich wieder Südjemen, schon 1976! – Anm. AK). *„Unter Aufsicht von Inspektoren des ‚DDR'-Geheimdienstes und russischer Verbindungsfunktionäre werden dort rein deutsche Kommandogruppen trainiert"*. („Welt", 29.11.76). Im Dezember 1977 las man in der „Welt", daß im Südjemen **„Offiziere und Unteroffiziere der Nationalen Volksarmee (NVA) in drei Lagern linksradikaler Palästinenser die Internationale des Terrors im subversiven Kampf ausbilden"** („Welt", 8.12.77).

Jüngste Spitzenleistung auf diesem Sektor: **„Das H a u p t q u a r t i e r der internationalen Terroristen soll jetzt auf der südjemenitischen Insel Sokotra sein"** („Bild", 24.7.78).

In der rechtsgerichteten (CDU-nahen) „Deutschen Zeitung" schrieb ein Rolf Tophoven am 21.7.78: *„Bei den Aktionen der militanten Palästinenser haben die Geheimdienste Kubas und der Sowjetunion ihre Finger im Spiel"*. Indessen nicht bloß dort. Laut Tophoven ist nämlich auch der weltberühmte *„Terrorist Nr. 1"*, „Carlos", **„ein perfekter Agent des KGB"**. *„Die intensive militärische und ideologische Schulung dieses Agenten in Spezialkursen in der Sowjetunion ist für westliche Geheimdienste kein Geheimnis mehr"*. Einem äußerst gerissenen Trick des Sozialimperialismus meint Tophoven zudem auf der Spur zu sein: Die jüngsten Verhaftungen westdeutscher „Terroristen" in Jugoslavien und Bulgarien seien vielleicht **„letztlich ein großangelegtes Scheinmanöver, ein genialer Bluff, um die westliche Gesellschaft und ihre Repräsentanten ... einzuschläfern"**. Tophoven untermauert diesen Verdacht durch *„Andeutungen über Trainingscamps für Terroristen in Ostblockländern, auch in der DDR"* und durch die Kennzeichnung des Ostberliner Flughafens Schönefeld als *„Ausreiseparadies für flüchtende deutsche Terroristen"*.

Alle diese Geschichten dienen demselben Zweck: Hinter jeder Episode des internationalen und nationalen Klassenkampfs soll die Bevölkerung automatisch „die Hand Moskaus" bzw. „Kubas langen Arm" oder auch „die Zone" sehen, um entsprechend für die imperialistischen Kriegspläne manipulierbar zu werden. Die Folgen selbst in der Linken sind bereits offensichtlich: **Worauf sonst, wenn nicht auf Gehirnerweichung durch die imperialistische Propaganda, ist es beispielsweise zurückzuführen, daß sich in den westeuropäischen Metropolen kaum ein Protest, gegen den imperialistischen Überfall und die Massaker der französischen Fremdenlegion in Zaire rührte?** Dabei scheint es nicht einmal eine Rolle zu spielen, daß sich die anfängliche Lüge, Kubaner hätten die „Invasion" nach Zaire geleitet, buchstäblich in Luft auflöste. Zaires Präsident Mobutu, der am 23. Juni der Öffentlichkeit noch „mehrere" gefangene Kubaner präsentieren wollte („Le Monde", 25.6.78), mußte einen Tag später von „amtlichen zairischen Stellen" dementieren lassen: k e i n einziger Kubaner sei gefangen worden („Tsp", 25.6.78). Es waren, wie sich dann eindeutig herausstellte, überhaupt keine Kubaner nach Zaire gekommen. Und wenn die Imperialisten daraufhin weiterspinnen, nicht die Kubaner, sondern DDR-Militärs hätten die „Invasion" nach Zaire geplant und geleitet, so ist das vollends das Eingeständnis ihres Bankrotts.

Macht aber nichts: Viele „Linke" erzählen unverdrossen immer noch von der „sowjetischen Invasion in Zaire"! Die Dummen werden anscheinend nicht alle.

„Lissabonner Konferenz" – „KPD" kneift immer noch!

Es ist leider wahr: Drei Monate nach der sogenannten „Lissabonner Konferenz gegen den russischen Sozialimperialismus" möchte sich die „KPD" immer noch um eine klare Stellungnahme zu ihrer Beteiligung an dieser Inszenierung herumdrükken. An der „Konferenz" hatten sich – außer der „KPD", der „MLD" (eine CSU-freundliche Pseudo-„ML"-Gruppe) und weitere „ML"-Organisationen aus der knallharten vaterländischen Scene – namhafte bürgerliche Politiker und Journalisten aus mehreren Ländern Westeuropas beteiligt, in erster Linie Christdemokraten im Falle Frankreichs Gaullisten. Weitere namhafte Politiker, darunter D r e g g e r , hatten der „Konferenz" Grußadressen geschickt.

Die westdeutschen Teilnehmer der Konferenz waren (abgesehen von den Vertretern der „KPD" und „MLD"):

– **Cornelia Gerstenmaier**, Ehrenvorsitzende der CDU- und Springernahen **„Gesellschaft für Menschenrechte"** (GfM), die auch mit rechtsradikalen Gruppen zusammenarbeitet (u.a. mit der „Hilfsaktion Märtyrerkirche").

– **Dr. Gerhard Bernhard, Leiter der „Hermann-Ehlers-Stiftung"**. Über diesen uns bekannten Verein haben wir bisher nur herausbekommen, daß er u.a. Seminare durchführt, darunter auch eines, das für den polizeilichen „Todesschuß" werben sollte.

– **Hans-Herbert Holzammer**, Journalist von Springers rechtem Kampfblatt „Die Welt" und CDU-Mitglied.

– **Dr. Wolfgang Höpker**, Mitarbeiter der CDU-nahen „Deutschen Zeitung.. (vereinigt mit „Christ und Welt"). Schreibt dort u.a. zu militäpolitischen Themen. So fordert er beispielsweise unter dem Motto *„Die Angst der Japaner vor der Verantwortung"* eine stärkere Aufrüstung und engere Anbindung Japans an die NATO („DZ", 21.7.78).

– **Dr. Ulrich Mathee**, Professor in Kiel, Mitglied der CDU.

Aus diesem Teilnehmerkreis geht eindeutig hervor, daß es sich keineswegs um Leute handelt, die man mit einigem Augenzudrücken noch der „demokratischen Mitte" im Spektrum bürgerlicher Politik der BRD zuordnen könnte. Es sind vielmehr Leute vom ganz rechten Flügel, Scharfmacher bei der Aufrüstung und beim Abbau demokratischer Rechte. **Man muß auch davon ausgehen, daß diese Personen mit Billigung ihrer jeweiligen Organisationen, und nicht bloß als interessierte Privatleute, nach Lissabon gekommen waren.** Das wird durch die Grußadressen von Dregger u.a. noch unterstrichen. Schließlich scheidet auch die Spekulation aus, daß diese Personen vielleicht von der Anwesenheit mehrerer „ML"-Delegationen auf der Konferenz überrascht und überrumpelt worden wären; „ML"er und bürgerliche Politiker hatten von Anfang an g e m e i n s a m die Konferenz vorbereitet.. **Es bestand also von beiden Seiten ein ausdrückliches Interesse an dieser Konferenz und an einem damit verbundenen ersten freundlichen „Beschnüffeln" zwischen bürgerlichen Politikern der äußersten Rechten einerseits und den ganz harten „ML"-Vaterlandsverteidigern andererseits.**

Allerdings ist die Situation immer noch so, daß b e i d e Seiten gegenüber ihrer jeweiligen Basis diese Kontaktaufnahme nur mühsam rechtfertigen könnten. Die Folge: allgemeine Funkstille in der bürgerlichen Presse ebenso wie in der „Roten Fahne" der „KPD", was diese Kontakte betrifft. Über das Lissabonner Treffen wüßte man wohl hierzulande bis heute kaum etwas, wenn nicht die „MLD" (die damit ihrerseits die „KPD"-Spitze unter Zugzwang setzen möchte) mehrmals und sehr breit alle Details, Namen usw. publiziert hätte und dies dann im AK (denn wer liest schon die „MLD"-Zeitung...) mehrmals aufgegriffen worden wäre.

Die „KPD" schrieb in ihrer „Roten Fahne" vom 31. Mai zwar: **„Der Versuch der Lissabonner Konferenz, verschiedene politische Kräfte an einen Tisch zu bringen, ...war ein positiver Ansatz"**. Total verschwiegen wurde jedoch, um w e l c h e Kräfte konkret es sich denn dabei handelte, d.h. es wurden keine Namen genannt und noch nicht einmal ungefähr der politische Standort der Teilnehmer erwähnt. Die „Rote Fahne" hat sich – auch nach den Veröffentlichungen der „MLD" und dann des AK – b i s h e u t e geweigert, ihren Lesern diese Informationen zur Kenntnis zu bringen.

Dafür gibt es nur eine mögliche Interpretation: Die „KPD"-Spitze begrüßt zwar diese erste Kontaktaufnahme *(„positiver Ansatz")* und möchte diese Kontakte anscheinend auch gern fortsetzen (warum spricht man sonst von einem **„Ansatz"**?!). Dies einerseits. Andererseits mag sich die „KPD"-Spitze aber nicht vor der demokratischen Öffentlichkeit der BRD zu diesen Kontakten bekennen und sie direkt verteidigen, weil sie natürlich weiß, wie wenig Linke und Demokraten von CDU-Rechten usw. halten. Da möchte man sich irgendwie um den heißen Brei herummogeln und wird am Ende wohl doch nicht drum herum kommen, in einer feierlich aufgemachten *„Erklärung des Ständigen Ausschusses des Politbüro des ZK der KPD"* Farbe bekennen zu müssen.

Möglich zudem, daß auch Widersprüche bis in die „KPD"-Spitze hinein eine Rolle spielen. Dafür spricht, daß die „KPD"-Spitze plötzlich großen Wert auf die Behauptung legt, sie habe nicht zu den Initiatoren und Trägern der Konferenz gehört (obwohl sie an beiden Vorbereitungstreffen teilgenommen hat und sich gemeinsam mit der portugiesischen „PCP/ML" noch im Januar in einer öffentlichen Erklärung dafür eingesetzt hatte, daß die Konferenz unbedingt stattfinden müsse, was damals anscheinend zweifelhaft war). Die „KPD"-Spitze legt auch plötzlich Wert darauf, ihr Vertreter Jasper habe *„an der Beratung und Beschlußfassung über die Resolutionen der Konferenz"* nicht teilgenommen (In einer Resolution war u.a. eine engere Zusammenarbeit der europäischen Staaten bei der „Bekämpfung des Terrorismus" gefordert worden). Jasper ist, wie auch die „MLD" inzwischen bestätigt, tatsächlich vorzeitig aus Lissabon abgereist (anscheinend ohne Nennung von Gründen). Jedoch habe, so behauptet jedenfalls die „MLD", ein anderer Vertreter der „KPD", nämlich Rudolf Heinrichs, sehr wohl an der Abstimmung über die Resolutionen teilgenommen. („Die Neue Welt", 26.7.78).

Tatsache ist jedenfalls, daß die „KPD" sich bis heute mit k e i n e m Wort von den Inhalten der Resolutionen distanziert hat, im Gegenteil sogar die Resolutionen in ihrer „Roten Fahne" vom 31. Mai pauschal **„nachdrücklich begrüßt"** hatte. Tatsache ist weiter, daß der Redebeitrag von Willi Jasper, soweit er in der „Roten Fahne" (vom 31.5.) abgedruckt wurde, k e i n einziges Wort der Abgrenzung gegenüber den rechtsbürgerlichen Konferenzteilnehmern enthält, abgesehen von einem allgemeinen Sätzchen über den Abbau demokratischer Rechte in der BRD. Der französische „ML"-Vertreter auf der Lissabonner Konferenz hingegen brachte es immerhin noch fertig, mehrere Sätze gegen den Antikommunismus und sonstige bürgerliche Positionen zu sagen („Die Neue Welt", 14.6.78).

Es wird Zeit, daß die „KPD"-Oberen mal die Karten über ihre Techtelmechtel mit der CDU auf den Tisch legen. Wir glauben übrigens nicht, daß dies jetzt noch in der Entscheidung einiger „KPD"-Politbüroler liegt: Die demokratische und linke Öffentlichkeit wird Rechenschaft über diese *„positiven Ansätze"* der „KPD" in Richtung CDU f o r d e r n!

Tina und ihr Russe

Die Heirat der Milliarden-Erbin Tina Onassis mit einem sowjetischen Staatsbürger m u ß t e ganz einfach die gesamte antikommunistische scene zu Höchstleistungen anspornen.

1.August: Die "Hamburger Morgenpost" orakelt: **"Bauen bald die Sowjets alle Onassis-Tanker?"**. Im Onassis-Konzern würden *"demnächst die Sowjets mitbestimmen"*.

4.August: Die "Bild" erscheint mit der Schlagzeile **"Tina zum Irrenarzt"** und zitiert eine Tante von Tina: *"Wenn sie nach Griechenland kommt, werden wir sie sofort zum Psychiater bringen"*. Ansonsten äußert "Bild" *"Angst, daß die siebtgrößte Tankerflotte der Welt bald von den Sowjets beherrscht wird"*.

5.August: Das mußte ja kommen: Tinas Russe ist **"ein altgedienter Geheimdienstoffizier... Hat er sie also nur im Auftrag des KGB geheiratet?"** ("Bild").

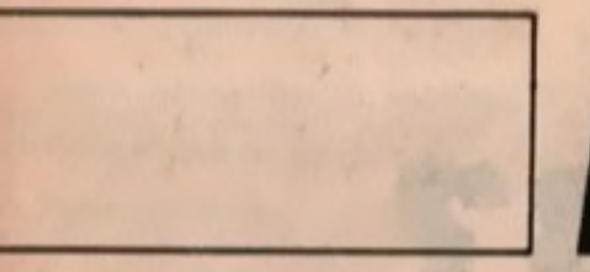
7.August: Jetzt weiß man schon Einzelheiten. *" Sergej Kausow ist KGB-Hauptmann. Er wurde 1976 auf Tina Onassis angesetzt... Die Aktion lief beim KGB unter dem Stichwort 'Olympia' und war KGB-Chef Andropow direkt unterstellt"* ("Bild").

9.August: Die "Bild" erscheint auf S. 2 mit der groß aufgemachten Überschrift **"KGB – Heute greifen sie Tina – morgen die ganze Welt"**.

10.August: Laut "Bild" haben sich die Onassis-Kunden Mobil Oil und BP eingeschaltet und erklärt: *"Wir haben unsere tiefe Sorge um die Auswirkungen dieser Ehe zum Ausdruck gebracht. Die Sowjets könnten sich durch Kausow ein genaues Bild über den Ölnachschub des Westens verschaffen"*. Konzern-Chef Konialides: **"Diese unsinnige Ehe muß sofort aufgelöst werden"** ("Bild").

Nun, Tina ist *"dickköpfig"* ("Hamburger Morgenpost", 1.8.), und leicht scheint es mit der Auflösung der Ehe nicht zu gehen. Wird eine "Scheidung auf griechisch" angestrebt? Jedenfalls wird ein Mann mit Pistole beobachtet, der gerade über den Zaun des Hauses klettern will, wo Tina in Griechenland ein paar Tage wohnt. Als ihn ein Reporter entdeckt, verschwindet der Mann blitzschnell mit einem Auto ohne Nummernschild ("Welt", 11.8.).

Die "Morgenpost" ist dem Täter auf der Spur: **"Ein KGB-Agent?"** (11.8.). Aber klar, aber logisch doch. Falls es nicht ein Kubaner war. Oder Carlos. Oder Abu Nidal.



Albanien packt aus

Fortsetzung von Seite 1

Zustand. Dieser Zustand war das logische Ergebnis der prinzipienlosen fraktionistischen Kämpfe..."

5) Wiederum sehr bemerkenswert ist der Vorwurf: *„In den Beziehungen zu den anderen Ländern der Welt verfolgte China eine Politik der verschlossenen Tür"* (gemeint ist natürlich: vor der Rechtswende 1970/71). Albanien habe China aufgefordert, *„sich in seiner Außenpolitik aktiver (zu) zeigen"* und speziell seine Beziehungen zu seinen Nachbarländern (?!) zu verbessern. China indessen *„zog die Selbstisolation vor, wobei gegenüber allen Staaten, die den Wunsch unterbreiteten, Beziehungen zu China herzustellen, alle möglichen Vorwände vorgebracht wurden"*.

6) China habe Albanien 1968 vorgeschlagen, ein Militärbündnis mit Jugoslawien und Rumänien zu schließen. Chinas Absicht bei diesem Vorschlag sei es gewesen, **„den Balkanraum in ein Pulverfaß zu verwandeln". – „Wir sehen auch heute, daß die chinesische Führung mit ungewöhnlichem Eifer dabei ist, sich in die Fragen des Balkan einzumischen, die Karten zu mischen und in dieser empfindlichen Zone Europas Feuer zu legen."** Schade nur, daß dieser sehr ernste und rätselhafte Vorwurf in der albanischen Stellungnahme nicht konkretisiert wird!

7) Erst aus der Presse (!!) habe Albanien vom Besuch Kissingers in China und von der Einladung an Nixon erfahren. **„Der Nixon-Besuch in Peking legte die Grundlagen einer neuen Politik von Seiten Chinas. Mit Nixons Besuch begann China im Spiel der imperialistischen Bündnisse und Rivalitäten um die Neuaufteilung der Welt mitzumischen..."** Albanien habe damals in einem sehr deutlichen Brief (es wird in der jetzigen Stellungnahme ausführlich daraus zitiert) seine Ablehnung des Nixon-Besuchs der chinesischen Führung mitgeteilt, jedoch keine Antwort erhalten.

8) Die albanische Führung habe die Absicht gehabt, über die Differenzen mit einer chinesischen Delegation auf dem 6. Parteitag der PdAA (1972) zu sprechen. Die KP Chinas jedoch habe *„einige absurde Gründe"* vorgeschoben, um *„keine Delegation zum Parteitag unserer Partei zu entsenden. Praktisch schränkte die KP Chinas seit dieser Zeit einseitig die Kontakte zu unserer Partei ein..."*

9) Die PdAA unterstütze nicht die Positionen Lin Biaos und der „Viererbande"; sie habe es aber abgelehnt, sich der chinesischen Forderung nach Verurteilung Lin Biaos und der „Viererbande" zu fügen. **„D a s ist einer der großen uneingestandenen politisch-ideologischen Gründe, die die chinesische Führung dazu gebracht haben, die Hilfen an Albanien einzustellen."**

Bei alledem stellt sich die albanische Führung sehr selbstgerecht und „prinzipienfest" dar. Es fragt sich nur, warum sie e r s t j e t z t diese Meinungsverschiedenheiten vor der kommunistischen Weltbewegung offenlegt, wenn sie schon seit 1964 die ständige Erfahrung machen mußte, daß eine „kameradschaftliche" (interne) Beratung und Auseinandersetzung von der KP Chinas abgelehnt wurde?! Es ist eine Tatsache, daß die albanische Führung zumindest bis 1976 ihre Kritik und Bedenken noch nicht einmal jenen „marxistisch-leninistischen Bruderparteien" mitteilte, zu denen sie die engsten Kontakte hat. Wie anders wäre es denn zu erklären, daß beispielsweise die „KPD/ML", die von der albanischen Führung ansonsten in geradezu grotesker Weise gehätschelt wird, 1975 voll auf den Trip der Vaterlandsverteidigung einstieg und selbst 1976 noch von der „revolutionären Außenpolitik" Chinas und von der „unverbrüchlichen Einheit zwischen China und Albanien schwärmte? **Die PdAA hat, anders kann man es nicht nennen, ihre engsten „Bruderparteien" in eine Falle laufen lassen,** ohne ihnen rechtzeitig ihre Kritik an der chinesischen Außenpolitik mitzuteilen. Dies alles nur um der „Einheit der marxistisch-leninistischen Weltbewegung" willen? Hätte es nicht eine weitaus größere Bedeutung für die kommunistische Weltbewegung gehabt, wenn die PdAA schon 1971/72 o f f e n – wenn nötig mit einiger Schonung und Zurückhaltung – ihre Kritik am Nixon-Besuch geäußert hätte? Was waren die t a t s ä c h l i c h e n Gründe für das langjährige albanische Schweigen (nach außen) zu den Meinungsverschiedenheiten?

So sehens's die anderen

DKP

Die DKP nimmt in ihrer „UZ" regen Anteil an der albanisch-chinesischen Polemik und deutet schon in den Überschriften ihr Behagen an: *„Albanien: ‚China auf Großmachtkurs'"* („UZ", 15.7.78). *„Albanien: China geht brutal vor"* („UZ", 1.8.78). Aus den Stellungnahmen Albaniens (mancher „UZ"-Leser liest wahrscheinlich jetzt zum ersten Mal den Namen dieses Landes in seiner Zeitung!...) wird für DKP-Verhältnisse geradezu verschwenderisch zititert. Ein e i g e n e r Kommentar der DKP fand jedoch bisher noch nicht statt.

„KPD"

Die „KPD" druckte als erste Reaktion in ihrer „Roten Fahne" vom 26. Juli k o m m e n t a r l o s wesentliche Auszüge aus der chinesischen Stellungnahme vom 7. Juli (Aufkündigung der Hilfe) nach. Erst in der „Roten Fahne" vom 16. August folgte eine ausführliche **„Erklärung des Ständigen Ausschusses des Politbüros des ZK der KPD"**. Der Artikel beginnt mit dem Hinweis, die „KPD" habe sich *„bis jetzt sehr große Zurückhaltung hinsichtlich einer öffentlichen Polemik mit den Positionen der Führung der PAA auferlegt"*. – Im Interesse der *„Einheit der internationalen Arbeiterbewegung"*, versteht sich, die durch das Schweigen der „KPD' zweifellos erheblich gekräftigt wurde. Nun aber wolle man sich keine Zurückhaltung mehr auferlegen, denn: *„Der Brief der Führung der PAA enthüllt eine durchgängige opportunistische Linie und arbeitet dem sowjetischen Sozialimperialismus direkt in die Hände. ...Wirft die albanische Führung... nicht das Steuer herum, so ist ihre schrittweise Eingliederung in die globalen Aufmarschpläne der Neuen Zaren nur noch eine Frage einer relativ kurzen Zeitspanne"*.

Die Stellungnahme der „KPD" erwähnt, daß man offiziell schon zu Anfang 1977 (?) der PdAA einen Brief übermittelt habe, der aber von der PdAA *„entgegen vorherigen Vereinbarungen"* einfach zurückgeschickt worden sei. Zudem hätten sich die Albaner im Sommer 1977 geweigert, mit Albanien-Urlaubern der „KPD" über die „Theorie der drei Welten" zu diskutieren.

KBW

Der KBW versteht in seiner „KVZ" meisterhaft die Kunst, wichtige Dinge in Miniatur-Notizen (Größe einer Streichholzschachtel!) an unübersichtlichster Stelle und unter nichtssagenden oder irreführenden Überschriften zu verstecken. Da uns diese Kunst des KBW schon einmal einen Prozeß eingetragen hat, wollen wir uns diesmal sehr vorsichtig ausdrücken: Wir haben bei mehrmaliger sorgfältiger Durchsicht in der „KVZ" n i c h t s gefunden, was sich auf den aktuellen chinesisch-albanischen Konflikt, insbesondere die Aufkündigung der chinesischen Hilfe bezieht. Möglicherweise tut man sich im KBW ziemlich schwer, die Verdammung Albaniens nachzuvollziehen. Möglich aber auch, daß man über all den sonstigen wichtigen Angelegenheiten der KBW-Politik („2. Fünfjahresplan Abwasserbeseitigung der Landesregierung Rheinland-Pfalz" usw.) die chinesisch-albanische Auseinandersetzung noch gar nicht bemerkt hat.

„KPD/ML"

Die „KPD/ML" - ein Köter, der seinen Herrn gewechselt hat, – kläfft heute so tapfer vor der albanischen Haustür wie früher vor der chinesischen. Aus dem Rahmen des Üblichen fallen nur ein paar höchstpersönliche Ausführungen des „KPD/ML"-Vorsitzenden Ernst Aust zum Thema: **„Ganz offen hetzen heute die Führer Chinas zum Krieg. Auf diesen Krieg – aus dem sie sich als lachende Dritte vorerst raushalten möchten – hoffen sie, um, wenn Europa und weite Teile Asiens in Trümmern liegen, wenn das Blut von zig Millionen werktätiger Menschen vergossen sein wird, auf diesen Trümmern ihre imperialistische Herrschaft zu errichten"**. Und an anderer Stelle: *„Solch ein Gedanke kann offenbar nur den k r a n k e n H i r n e n der Machthaber in Peking entsprungen sein..."* (Aust, lt. „Roter Morgen", 4.8.78, Hervorhebung von uns). Die „KPD/ML" und speziell Ernst Aust legen sich sichtlich ins Zeug. Sie haben es auch nötig.

KABD

Der KABD ist schon vor einiger Zeit dazu übergegangen, die chinesische Innen- und Außenpolitik zu kritisieren, nachdem er früher auch zu den 150%igen Verteidigern gehört hatte. Sein erster Kommentar *„Zur Einstellung der chinesischen Hilfe an Albanien"* („Rote Fahne", 29.7.78) ist daran gemessen ziemlich flau und knapp ausgefallen. Der Artikel kommentiert kaum, bezeichnet die Einstellung der chinesichen Hilfe nur als „bedenklich" und verweist ansonsten auf die inzwischen erschienenen ruhmreichen Broschüren des KABD zur chinesischen Innen- und Außenpolitik.

„Arbeiterbund" München

Der „Arbeiterbund" München bleibt wie immer seinem obersten Prinzip treu: Wer schweigt, kann nichts falsches sagen! In diesem Sinn geht der „Arbeiterbund" in seiner „KAZ" auf den Konflikt China - Albanien ebensowenig ein wie auf den Konflikt China - Vietnam. Der „Arbeiterbund" hatte es ja bei früherer Gelegenheit (u.a. nach dem Rechtsputsch in China) schon gesagt: Das sind alles bloß Kinkerlitzchen, für die sich zwar die neugierigen Studenten interessieren, aber um die sich kein anständiger Arbeiter kümmert.

Trotzkisten

Der trotzkistische „Bund Sozialistischer Arbeiter" (BSA) schreibt in seiner „neuen arbeiterpresse" (28.7.78), der Bruch zwischen China und Albanien sei *„der bisher schärfste Ausdruck der Krise unter den stalinistischen Bürokratien, die der immer schnellere Niedergang der kapitalistischen Weltwirtschaft verursacht hat"*. Die weitere Entwicklung sieht der BSA düster: *„....Aber anstatt den Fortgang der Weltrevolution zu unterstützen, ist auch die albanische Bürokratie, die sich bisher noch gegen das kapitalistische Ausland abkapseln konnte, jetzt ebenfalls zur offenen Annäherung an den Imperialismus gezwungen. Schon seit einigen Monaten hat Tirana begonnen, enge diplomatische– und Handelsbeziehungen zum Nachbarland und NATO-Mitglied Griechenland anzuknüpfen..."*.

Mao ist kein Klassiker!

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 32, 11. August 1978 | 12. Jahrgang | 50 Pfennig

Erstmals im Februar dieses Jahres warf das ZK der „KPD/ML" in einem internen Rundschreiben die Frage auf, „ob Mao Tse-tung ein Klassiker ist" (vgl. AK 125, S. 55). Nunmehr, ein halbes Jahr später, ist diese Frage endgültig entschieden worden: **„Mao Tse-tung ist kein Klassiker des Marxismus-Leninismus"** („Roter Morgen", 11.8.780. Folgerichtig ist jetzt Maos freundlich lächelndes Profil aus dem Kopf des „Roten Morgen" getilgt worden.

Freunde der „ML"-Rubrik im AK werden von dieser Entwicklung kaum überrascht sein. Denn schon in der Auswertung des 7. Parteitags der Partei der Arbeit Albaniens (PdAA) schrieben wir: **„Mao als Ballast über Bord?"** (AK 95, Dez. 1976). In dieser Auswertung wurde aufgezeigt, daß die albanische Führung sich schon zu jener Zeit, ein knappes Vierteljahr nach Maos Tod, darum bemühte, Maos theoretische und praktische Verdienste für die W e l t - revolution vollständig zu leugnen und allenfalls gewisse Verdienste Maos für die chinesische Revolution noch anzuerkennen.

Wir haben v o n A n f a n g a n gesagt, daß die „KPD/ML" n i e - m a l s eine maoistische Partei war. Die Gründer und Führer der „KPD/ML" haben davon gelebt, daß sie sich mit ganz besonders lautem, „prinzipienfesten" Geschrei und Getue an einen damals herrschenden modischen Trend für den Maoismus anhängten. Mehr nicht. In ihrer Politik hat n i c h t s von den Mao-Tse-tung-Ideen j e m a l s einen Platz gehabt. Das gilt für ihre sektiererische Politik nach außen ebenso wie für ihre bürokratisch-größenwahnsinnige Politik nach innen.

Daß die „KPD/ML", die 1976 von einem Tag auf den anderen zur Politik der „Vaterlandsverteidigung" umschwenkte (und selbstverständlich deswegen bis heute keine Selbstkritik geübt hat), jetzt ausgerechnet Mao Tse-tung als Mitverantwortlichen für die pro-imperialistische „Theorie der drei Welten" hinzustellen versucht, ist eher als Witz anzusehen. Bedeutungsvoller ist die sich anbahnende Verdammung der chinesischen Kulturrevolution (1967-69) durch die „KPD/ML". Albanien ist in dieser Frage vorausgegangen, und die „KPD/ML" wird ohne jeden Zweifel nachfolgen.

Damit fällt ein z e n t r a l e r Punkt der Verdammung anheim, der bei der Herausbildung einer marxistisch-leninistischen Strömung in der BRD seit 1967 eine riesige Rolle gespielt hat. Zitat aus der Nr. 1 des „Roten Morgen" (Juli 1967).

„Die von dem Genossen Mao Tse-tung eingeleitete Kulturrevolution hat allen Marxisten-Leninisten, die mit tiefer Sorge die rückläufige Entwicklung in der Sowjetunion und anderen Ländern betrachten, und den revolutionären Volksmassen in allen Ländern neue Hoffnung gegeben und ihnen den W e g gezeigt, den sie einschlagen müssen".

In der totalen Abkehr der „ML"-Bewegung von ihren eigenen U r - s p r ü n g e n zeigt sich der vollständige Bankrott dieser Gruppen.

Die „KPD" als zweite Partei der westdeutschen „ML"-scene bekennt sich nur noch in Worten zu den Mao-Tse-tung-Ideen. Denn wenn es jetzt in einer albanischen Stellungnahme vom 29. Juli heißt, die Kulturrevolution habe zu einem *‚unkontrollierten Chaos"*, zu einem *„wirren und chaotischen Zustand"* geführt, dann ist diese Polemik in völliger Übereinstimmung mit der seit dem Rechtsputsch in China laufenden Hetzkampagne gegen die Kulturrevolution.

Als Genosse Mao starb, schrieben wir im AK:

„Wir behalten den Genossen Mao Tse-tung in Erinnerung als den bedeutendsten Revolutionär unserer Zeit, als unseren L e h r e r. Der Genosse Mao Tse-tung gehört nicht der Bourgeoisie und ihren Strauß und Pinochet, er gehört nicht den antikommunistischen Sektierern im „ML"-Gewand, sondern er gehört dem chinesischen Volk, allen unterdrückten Völkern der Welt, a l l e n R e v o l u t i o n ä r e n" (AK 89, 20.9.76, S.3).

Für u n s wird es dabei bleiben!

Sehr peinlich für Hua!

Jallud, Mitglied des Generalsekretariats des „Allgemeinen Volkskongresses" traf im August als Leiter einer libyschen Delegation zu einem Besuch in Peking ein. Beim Festbankett dürfte allerdings seinem Gastgeber, Deng Hsiao-ping, die Peking-Ente im Halse stecken geblieben sein. Jallud sagte nämlich in seiner Rede auf dem Bankett u.a. : *„Gerade in diesen Zeiten sehen sich Afrika und der arabische Raum einem reaktionären, kolonialistischen Angriff gegenüber, unterstützt von den USA und ausgeführt durch Söldner. Beispiele dieses Angriffs sind die Vorfälle in Benin, die Ermordung von Präsident Nguabi in der VR Kongo, die Entsendung französicher Truppen in den Tschad, die Ausrottung des Volkes von Saqiyat al-Namra und Rio de Oro*(ehem. span. Westsahara - Anm. AK)...**und die Liquidierung der Revolution in Shaba**(Zaire! - Anm. AK)... *Wir bedauern es, daß China die Betrugsmanöver des ägyptischen Präsidenten unterstützt, die von der arabischen Nation abgelehnt werden ...Ich glaube, daß China seine Haltung gegenüber den verzweifelten individuellen Versuchen des ägyptischen Präsidenten überprüfen wird."* (zit. nach der arab.Nachrichtenagentur JANA, 6.8.78).

Die chinesiche Nachrichtenagentur „hsinhua" zog es vor, diese unerwünschten und nicht programmgemäßen deutlichen Worte Jalluds zu verschweigen. In ihrer Meldung hieß es lediglich,*„Vize-Premier Deng Hsiao-ping und Exzellenz Jallud drückten in ihren Reden die Hoffnung aus, daß sich die Freundschaft zwischen den Völkern Chinas, Libyens und anderer arabischer Staaten weiter entwickeln möge..."* (hsinhua, 5.8.78). Ja, s o kann man es natürlich auch ausdrücken, wenn man von einem Gast mal statt der erhofften Ausfälle gegen den „Sozialimperialismus" ganz unverhofft selbst ein paar kritische Worte einstecken mußte.

„MLD" grüßt Carter

Politische Konsequenz ist ihnen jedenfalls nicht abzusprechen: Die rechtsradikale Provokateurstruppe „MLD" (=„Marxisten-Leninisten Deutschland") hat den albernen Schnickschnack vom Kampf gegen die „b e i d e n Supermächte" endgültig über Bord geworfen und bekennt sich offen zum Bündnis mit dem US-Imperialismus. Anläßlich des Besuchs von US-Präsident Carter in der BRD verteilte die „MLD" ein Flugblatt mit der Überschrift *„Deutche Maoisten begrüßen Präsident Carter"* (14.7.78). Inhalt des Flugblatts: *„Angesichts der zunehmenden Bedrohung Westeuropas hat die US-Außenpolitik eine Schlüsselrolle und die Frage heißt: Widerstand oder Kapitulation vor der weltweiten sozialimperialistischen Expansion"?* Die Atomwaffen der USA müßten *„ein Schutzschild für Westeuropa bleiben"*, die Neutronenbombe müsse gebaut werden(!); *„die Rüstung unter den NATO-Partnern muß standadisiert werden"*; die USA müßten *„die nach Unabhängigkeit strebenden Länder wie die Türkei, Ägypten oder Zaire unterstützen"*.

Klare Worte. Und die offizielle Teilnahme der „MLD" an der „Lissabonner Konferenz" Ende Mai (gemeinsam u.a. mit der „KPD") zeigt, daß diese Politik in „ML"-Kreisen zwar noch nicht unbedingt auf Zustimmung, aber doch auf Anerkennung stößt.

Zur Diskussion

Wie geht's weiter im KB?

Im AK 132 (26.Juni) begannen wir mit der Diskussion zum Thema "Wie geht's weiter im KB?" Hierzu hat es inzwischen eine Vielzahl von Diskussionen überall im KB gegeben, es sind Artikel, Leserbriefe und schriftliche Stellungnahmen in großer Zahl geschrieben worden. In AK 133 und AK 134 haben wir mit der Veröffentlichung solcher Stellungnahmen begonnen. Inzwischen sind – zumal ein AK ausgefallen ist – viele weitere Beiträge bei der Redaktion eingetroffen. Wir haben uns deshalb nach Diskussion verschiedener Alternativen dafür entschieden:

a) Eine Broschüre mit den g e s a m t e n bisher erschienenen Texten der Diskussion sowie zahlreichen neuen Artikeln, Leserbriefen etc. herauszubringen. Überlegung war dabei, daß sich inzwischen soviel an Material angesammelt hat, daß es den Rahmen des AK sprengen würde.

b) In diesem AK mit dem Abdruck von Diskussionsbeiträgen zu der in AK 134 vorgeschlagenen neuen AK-Konzeption zu beginnen.

Das praktische Problem ist derzeit, daß die Diskussion an so ziemlich a l l e n Fragen unserer Politik ansetzt – innere Strukturen des KB, Widersprüche zwischen politischer Arbeit und persönlichen Bedürfnissen, 'Kampagnen-Politik', Arbeit in Betrieb und Gewerkschaft, Arbeit in Initiativen, Bündnispolitik u.a.m. Dabei "zerflattert" die Diskussion zum einen, und zum anderen ergeben sich Schwierigkeiten, all diese Beiträge noch sinnvoll zu vermitteln (zu veröffentlichen). Wir schlagen vor, jetzt schwerpunktmäßig über die innere Situation des KB zu diskutieren,und danach als nächsten Schwerpunkt die Bündnispolitik anzupacken.

In den bisher vorliegenden Stellungnahmen besteht weitgehende Übereinstimmung darin, für mehr S c h u l u n g und systematische Qualifizierung im KB einzutreten, als entscheidender Hebel für eine Verbesserung unserer politischen Arbeit. In vielen Einheiten ist inzwischen mit Schulungen an "Klassikertexten" begonnen worden, in erster Linie derzeit Lenin-Texte ("Was tun", "Ein Schritt vor und zwei zurück", Linker Radikalismus...").

Gemessen an der Größe unserer Organisation haben bisher noch relativ wenige Genossen tatsächlich mit einer schriftlichen Stellungnahme in die Debatte eingegriffen. Es fehlt insbesondere auch an Berichten über die Diskussionen in den Einheiten, Ortsgruppen usw. **Wir fordern d r i n g e n d auf, daß v e r b i n d l i c h an das Abfassen von Berichten über den Stand der Diskussion (und eventueller Schulungen) in a l l e n Einheiten herangegangen wird.** Und die Texte in der nun erscheinenden Broschüre zur Diskussion im KB müßten eigentlich i n s g e s a m t zur Pflichtlektüre aller Genossen gehören.

AK-Redaktion

Stellungnahmen zur AK-Konzeption

Liebe Genossen, macht keinen Scheiß! Bin sehr schreibfaul, daher in aller Kürze. Dieser Brief ist von der A n g s t diktiert, von der Angst, eine gute Zeitung zu verlieren. Ich bin weiß Gott in vielen und wichtigen Punkten anderer Meinung als der KB, aber ich brauche den AK, um mich und andere über vieles knapp und über Spezielles detailliert zu informieren. Für mich, wie für viele linke Juristen, sind eure Prozeßberichte z.B. Pflichtlektüre. Die Arbeit, die ihr da reinsteckt, muß ungeheuer sein; es ist genau die Menge Arbeit, die ihr dem „Leser", der mit euren Artikeln arbeitet, erspart. Nicht auszudenken, wenn z.B. dabei „auf das Wesentlichste hin" gekürzt werden würde. Das „Wesentliche" steht auch in der „FR"! Genossen, macht sowas nicht! Es gibt genug Äußerlichkeiten zu ändern am AK (Format, zu langer 14-Tage-Zyklus), aber laßt die Finger vom Inhalt. Es wäre nicht nur schade um den AK, ich glaube, hier in Nicht-Norddeutschland steht und fällt euer gesamtes Ansehen und euer gesamter Einfluß mit der Zeitung! Apropos „Details weglassen": Daß bei euch ein Artikel über Dylan steht und nicht in der „KVZ" oder ähnlichem, finde ich bezeichnend, bitte laßt das so!

Mit solidarischen Grüßen
Hans

• • •

Liebe Genossen, ich habe mit Schreck gelesen, ihr wollt den AK kleiner machen. Kurz meine Gedanken zu Eurer Begründung im AK 134, S. 44. Warum soll es heute schwieriger sein, eine kommunistische Zeitung zu verkaufen? Die Feststellung ist mir zu allgemein. Man kann sagen, die Hoffnungen, die die Linke vor fünf Jahren hatte, sind hin, deshalb ist das Interesse an so einer Zeitung geringer. Ob das so stimmt bezweifle ich. Es sind eine Menge neuer, regional begrenzter Zeitungen entstanden, die erheblichen Absatz
Jahren hatte, sind hin, deshalb ist das Interesse an so einer Zeitung geringer. Ob das so stimmt bezweifle ich. Es sind eine Menge neuer, regional begrenzter Zeitungen entstanden, die erheblichen Absatz
haben. Wichtig ist aber auch eine überregionale Zeitung, die alles bringt, wie der AK.

Ihr schreibt selbst, daß die Zeitungen der Bunten Liste sehr gut verkauft wurden. Warum? Weil die Bunte Liste Hoffnungen geweckt hat, einen Weg aus der Sackgasse zu finden, in der wir politisch stecken. Ich sehe das hier in Gießen bei der GLW-Gründung, wo Euer Hamburger Konzept versucht wird überzustülpen - eine fragwürdige Sache. Trotzdem ist das, glaube ich, eine Möglichkeit weiterzukommen, wenn von den örtlichen besonderheiten ausgegangen wird. Den Vergleich AK – Zeitung der Bunten Liste halte ich für falsch. Die Zeitungen wurden in einer bestimmten politischen Situation geschrieben – ich weiß nicht, wie der Vergleich in zwei Jahren aussehen wird.

Zu Punkt 2: Das Absinken der Verkaufseinsätze hängt natürlich mit den Schwierigkeiten beim Verkauf zusammen – nur ist das nur die Oberfläche. Ich glaube, daß das Problem tiefer in den Strukturen im KB steckt. Ich kenne selbst diese Probleme aus meiner KHG-Zeit (KBW-Studenten-Organisation, Anm. AK). Nur war es damals unmöglich, so etwas zu diskutieren, wie Ihr es jetzt öffentlich tut. Dazu gehört Mut, und daß Ihr den habt, freut mich. Wie weit können sich die einzelnen Genossen mit dem AK identifizieren? Habt Ihr Zeit, den AK vor dem Verkauf zu lesen, weil man eine Zeitung besser über die Inhalte als über den Namen verkaufen kann? Das sind Kleinigkeiten, die sich auf Dauer aber störend auswirken können. Die Frage läßt sich noch allgemeiner stellen. Inwieweit sind die Genossen funktionalisiert, erfüllen ihre Aufgaben wie Angestellte. Nicht aus Gleichgültigkeit sondern aus Überforderung, weil alles dauernd auf Hochtouren läuft. Davon steht nichts in Eurer Begründung, sondern nur in der KB-Diskussion. Ich glaube, da solltet Ihr weiter suchen. Die Gründe, warum Genossen in einer Organisation arbeiten, sind immer auf vielen Ebenen zu suchen, und da sollte man sie auch einsetzen, weil das der politischen Effektivität dient.

Ich kann nicht beurteilen, inwieweit die Herstellung der Zeitung Eure Kräfte überfordert – dieser Grund wurde auch nicht angegeben.

Nun ein paar Sachen, warum ich es schade finde, wenn der AK gekürzt würde. Im AK steht jedesmal eine Menge an Informationen drin. Hintergründe, die ich bisher in k e i n e r anderen Zeitung gefunden habe. Damit kann man arbeiten, auch außerhalb des KB und der AK wird auch im linken Spektrum allgemein anerkannt. Wenn ihr den AK kürtzt, fällt vieles weg, weswegen er gerade gekauf wird. Die Vielseitigkeit und Inhaltlichkeit macht den AK gerade interessant. Das kann man nicht durch Straffen der Artikel und den Einsatz von Broschüren erreichen, die auch hauptsächlich nur regional verbreitet werden. Die Detailinformationen sind im AK wesentlich, weil keine andere Zeitung sowas bringt. Dem kann man nicht mit einer Schulung der schreibenden Genossen begegnen – der Raster wird dann zu eng.

Zum Erscheinungsbild des AK: zu dick, zu teuer, zu wenig ansprechend. Meiner Erfahrung nach ist das Argument zu teuer immer eine Ausrede gewesen, macht mal den Versuch, Leuten mit dem Argument einen AK zu schenken. Ihr seht dann, daß sie ihn nicht wollen oder nur widerwillig nehmen. Als nächstes hört man keine Zeit zum Lesen. Das hört man aber auch, wenn die Zeitung erheblich dünner ist. Was soll man davon halten? Ich selber glaube da nicht so dran, obwohl ich diese Argumente auch kenne.

Auf Dauer ist es, glaube ich, wichtig, daß Ihr einen großen Abonnenten-Stamm aufbaut, denn eine Zeitung hauptsächlich über den Straßenverkauf zu vertreiben, nimmt sehr viel Kraft, besonders, wenn die Auflage sinkt. Leistungsdruck hindert bei der inhaltlichen Auseinandersetzung.

So, nun fällt mir dabei nichts mehr ein. Ich hoffe, Ihr könnt was damit anfangen.

Mit solidarischen Grüßen
H., Gießen

• • •

Mit solidarischen Grüßen
H., Gießen

• • •

Bei der Debatte um eine neue Konzeption des AK halten wir die folgenden Fragen für wesentlich:
- welche Funktion hat der AK?
- an welchen Leserkreis wendet er sich?
- welchen Einfluß haben die gegenwärtigen gesellschaftlichen Bedingungen auf den Verkauf einer kommunistischen Zeitung?

Der AK wird im wesentlichen von Leuten gelesen, die in politischen Gruppen, BIs etc. arbeiten, bzw. in einer kontiunierlichen Auseinandersetzung mit solchen Gruppen stehen, sowie von Leuten, die sich von einem fortschrittlichen Standpunkt aus informieren lassen wollen. Breitere Kreise werden nicht kontinuierlich (!) erreicht. Das hat nach unserer Meinung Ursachen darin, daß ein Großteil der Artikel im AK detaillierte Informationen enthält (z.B. Russell, Antifa), die für die Leute, die nicht in den entsprechenden Bereichen arbeiten und nicht „auf dem Laufenden" sind, teilweise nur schwer verständlich bzw. auch gar nicht immer von Interesse sind. Die meisten Artikel stellen die Information vor Agitation und Propaganda und reihen nur unkommentierte Fakten aneinander.

Zweifellos ist der AK für „Insider" eine unentbehrliche Zeitung! Dennoch müssen wir darauf bedacht sein, über diesen Kreis hinauszugelangen und eine breitere Leserschaft zu gewinnen. Der Rückgang der Verkaufszahlen geht sicherlich nicht in der Hauptsache zu Lasten der bisherigen Konzeption, sondern hängt vielmehr mit der veränderten gesellschaftlichen Situation zusammen (z.B. Verschärfung der Repression, Abschwung und Perspektivlosigkeit der Anti-AKW-Bewegung, andererseits Vormarsch „Grüner und Bunter"). Dieser wichtige Punkt ist allerdings noch nicht ausdiskutiert. Die Konzeption des AK sollte daraus (durchaus ? – Frage der Red.) verändert werden und folgende Punkte sollten unserer Meinung nach Berücksichtigung finden: Die Vorschläge des LG für eine Straffung des politisch-redaktionellen Konzepts, wie stärkere Bearbeitung und Auswahl der Artikel, sowie die Entlastung des AK durch Broschüren, die Internationale und Antifa-Bulletin halten wir für sinnvoll und notwendig. Doch reichen die Punkte Informationsfülle und stärkere Auswahl allein nicht aus.

Der AK sollte sich an das breite Potential der Frauen und Männer wenden, denen die Widersprüche des Systems bewußt sind, die aber noch nicht politisch arbeiten, bzw. noch nicht in kontinuierlichen Diskussionszusammenhängen stehen. Diese Leute so agitieren, daß sie schließlich selbst aktiv werden, geschieht, indem die o.g. Widersprüche aufgegriffen werden, die Empörung darüber geschürt wird und aus materialistischer Analyse und Beurteilung Perspektiven und Alternativen aufgezeigt werden. Damit müssen unsere Standpunkte und die politische Linie des KB deutlicher hervortreten. Der Standpunkt des Sozialismus muß klarer als bisher aufgezeigt werden, d.h. die Notwendigkeit der Umwandlung dieser Gesellschaft in eine sozialistische. Das Aufrollen, Zuspitzen und Eingehen auf jede demokratische Frage muß mit einer breiten Auseinandersetzung mit bürgerlicher Ideologie in all ihren Formen einhergehen. Wir sind in der BRD eine relativ junge Linke und haben in dieser Richtung noch viel zu entwickeln, lernen und konkreter zu werden.

Rot Front
Gen. aus Braunschweig

• • •

Die Vorstellungen, die im letzten AK von der Leitung dargelegt worden sind, kann ich im einzelnen nur begrüßen. Allerdings möchte ich noch auf einen Punkt aufmerksam machen, der mir als der zentrale Punkt in der neuen Ausrichtung erscheint. Meiner Ansicht nach ist eine der derzeitig größten Schwächen des AK, daß die überwiegende Anzahl der abgedruckten AK-Artikel auf einem niedrigen Niveau liegen. Das heißt meiner Ansicht nach konkret, daß viele Artikel oft kaum über den Stand
größten Schwächen des AK, daß die überwiegende Anzahl der abgedruckten AK-Artikel auf einem niedrigen Niveau liegen. Das heißt meiner Ansicht nach konkret, daß viele Artikel oft kaum über den Stand
der reinen Nachrichten bzw. Fakten hinauskommen. Es werden oft nur die Fakten dargestellt, ohne sie in einen politischen Zusammenhang zu stellen, um daraus eine politische Ausrichtung zu ermöglichen, soweit das möglich ist. Denn Agitation und Propaganda müssen ausgewogen bleiben.

Dieses Herangehen wird meiner Ansicht nach am deutlichsten an den Seiten der Betriebsbereiche, die, mit Ausnahmen (Metall), alle sehr unpolitisch sind, da sie nach dem Motto geschrieben sind: „hier ist mal wieder eine Schweinerei gewesen"; oder wie auch bei den vielen Antifa-Seiten: „hier ist mal wieder ein Prozeß gewesen". Sich auch im Wesentlichen nur mit einem Nachrichtenüberblick zu begnügen, gilt meiner Ansicht nach auch für viele Auslandskommissionen (z.B. Italien).

Es fällt dementsprechend auch auf, daß viele Genossen diese Artikel gar nicht mehr lesen, sondern sich auf die zentralen Artikel eingrenzen. Es muß meiner Ansicht nach im neuen Konzept darauf geachtet werden, daß die einzelnen Fakten zusammengestellt werden, um dann daraus Artikel zu machen, die auf einem wesentlich höheren Niveau liegen.

• • •

Liebe Genossen, leider kann ich nichts zur Diskussion über eine neue Zeitungskonzeption beitragen, denn auf der einen Seite bin ich schon über drei Jahre im Knast, habe also die Beziehung zur revolutionären Praxis ein bißchen verloren, und auf der anderen Seite ist mir die Politik des KB einfach noch zu wenig bekannt.

Trotzdem möchte ich euch aufzeigen, welche Punkte für einen politischen Gefangenen bei der Neukonzeption vielleicht wichtig sein könnten. Erstmal erstaunt mich der rückläufige Verkauf des AK, hier mache ich eher die Erfahrung, daß soziale Gefangene mit einem latenten Klassenbewußtsein, also sicher Leute von der Basis, den AK sehr gerne lesen. Überhaupt, ein AK mit einer Seite Regional-Infos zur linken Bewegung würde in der ‚Schweiz' auf einige Resonanz stoßen, gibt es doch hier keine Zeitung/Zeitschrift mit vergleichbarem höhen Informationsniveau.

Von meiner Position/Situation aus wäre, wie vom LG erwähnt, ein theoretisches Organ sehr wünschenswert und notwendig. Unter einem theoretischen Organ stelle ich mir eine Zeitung vor, die zu grundsätzlichen Fragen kommunistischer Politik, zu Fragen kommunistischer Organisation, sowie zu der theoretischen Position des KB, die mich interessiert, Stellung nimmt.

In einer Situation der politischen Isolation und der durch sie entstandenen latenten Unsicherheit ist es ungemein wichtig, über theoretische Bezugspunkte, in Form eines kommunistischen Organs, zu verfügen. Wenn der Umfang des AK durch die Bearbeitung der Artikelmanuskripte auf das Wesentliche reduziert wird, ist das zu begrüßen. Aus meiner, sicher (noch?) sehr speziellen Lage heraus wäre eine Reduktion der Infos infolge der Herausgabe mehrerer Broschüren und z.B. eines Antifa-‚Bulletins' sehr negativ. Denn erstens sind die Abos auf drei beschränkt und zweitens würden Broschüren in der Zensur oft hängenbleiben, sei es aus Schikane, sei es aus politischen Gründen. Und der ‚Kampf' dagegen ist recht mühsam, so warte ich zum Beispiel momentan seit drei Monaten auf eine Rekursantwort, wohlverstanden, ich muß den Rekurs innerhalb von 20 Tagen einreichen.

Als Ergänzung des AK und des theoretischen Organs ist meiner Meinung nach die Wiederbelebung der ‚Internationalen' sehr gut, ist doch der proletarische Internationalismus eine wichtige Achse kommunistischer Politik.

So, das wär's, ich hoffe, ihr versteht den Brief als das was er sein soll: die Bitte, bei einer Neukonzeption die politischen Gefangenen zu berücksichtigen.

Mit solidarischen Grüßen...

• • •

Liebe Genoss(inn)en! Ich bin seit einigen Monaten Sympathisant des KB. Zuvor sympathisierte ich mit der „KPD". Die Meinung, Breschnew sei gefährlicher als der US-Imperialismus und die DKP sei eine rechte Kraft, sowie die Unterstützung der neuen chinesischen Bourgeoisie (die sogar AKWs befürwortet) haben mich schnell von dieser „KPD" weggebracht. Seitdem ich den KB unterstütze und regelmäßig den AK lese, habe ich einiges zur Politik des KB zu sagen.

1. Gut am KB finde ich...
- Der KB beschäftigt sich r e g e l m ä ß i g mit (gemeint ist der AK) Neo-Nazis und AKWs!
- Der AK berichtet über die Haftbedingungen von RAF-Genoss(inn)en und deren „Selbstmorde???"!
- Die Genoss(inn)en des KB haben mit ihrer Arbeit in der „Bunten Liste" viel dazu beigetragen, daß die ‚Bunte Liste' 3,5% bei der Wahl bekam!
- Der Arbeiterkampf ist einwandfrei die beste linke Zeitung (inhaltlich)!

2. Negativ am KB finde ich...
- Der AK ist für den breiten Verkauf einfach zu teuer. Ich selber verkaufe den AK zwar nicht, aber ich habe schon öfters beobachtet, daß der Preis von 2 DM manchen abschreckt. Daß es (auch) am Preis liegt, sieht man/frau auch daran, daß der AK, als er noch 1 DM kostete, eine Auflage von 25.000 Stück hatte; jetzt kostet er 2 DM und die Auflage liegt nun schon bei (letzte Ausgabe) 14.000!!!

Fortsetzung auf Seite 39



... eine Frage, die nicht nur im KB heiß diskutiert wird. In der noch in dieser Woche erscheinenden Ausgabe von „Unser Weg" dokumentieren wir die laufende Debatte. Wir veröffentlichen darin alle bisher schon im Arbeiterkampf abgedruckten Stellungnahmen und alle jene Positionspapiere, die seither bei uns eingegangen sind.

Fortsetzung von Seite 38

Mein Vorschlag: Der AK, etwa 30 Seiten, 1 DM, wöchentlich! Ansonsten bin ich mit der Politik des KB zufrieden.

P., Hamburg-Harburg

• • •

Daß sich der Arbeiterkampf verbessern läßt, davon bin ich überzeugt. Euer Vorschlag: „Schulung der schreibenden und korrespondierenden Genossen" – Bravo! Eventuell könnte es sich sogar als sinnvoll erweisen, eine teilweise Dezentralisierung der AK-Redaktion vorzunehmen: Regionale Redaktions-Kommissionen werden gebildet, mit der Aufgabe, AK-Arbeit zu schulen, Artikel anzuregen, mit den Schreibern zu diskutieren, das Ergebnis zu bearbeiten und schließlich sollen Delegierte dieser Kommissionen an der zentralen Endredaktion teilnehmen.

In jedem Falle sind besser durchdachte und besser zusammengestellte Artikel durchaus denkbar. Allerhand Überflüssiges gäbe es auszumerzen und wäre auch auszumerzen durch erhöhten Arbeitsaufwand, erhöhte Organisierung und Schulung.

Daß infolgedessen ein dünnerer „Arbeiterkampf" zustande kommt, daran zweifele ich jedoch sehr. Wegen der vielerorts recht schlampigen AK-Arbeit hat vieles Interessante und Wichtige bisher die Redaktion gar nicht erreicht. Gesetzt den Fall, es wird ab sofort besser gearbeitet:

Geringer wird das Gesamtaufkommen bestimmt nicht, dafür die Auswahl vielleicht noch schwieriger. Im Grunde wäre das eine durchaus begrüßenswerte Entwicklung. Jedenfalls im Sinne des AK als „kollektiven Organisator" des KB. Ich meine, daß eigentlich kein Genosse mit 64 Seiten überfordert sein dürfte. Kurzum: der AK soll bleiben wie er ist. Ein Quentchen g e b a l l t e r könnte er, wie gesagt, allenfalls noch sein.

Spaß beiseite. Schon allein deshalb, weil keiner die verkaufte und gelesene Zeitung durch viele kluge Reden ersetzen kann. Von d a h e r gilt es, sich dem eventuell willigen Käufer nicht vollständig zu verschließen. Also: d ü n n e r und b i l l i g e r!

Tut mir leid. Mir fällt dazu nur ein, was bleiben muß, wie es ist. Kommt bloß nicht auf die Idee, jeweils verschiedene Artikel eines Themas in einen umfassenden zu schmeißen! Gerade das kaleidoskophafte vieler AK-Seiten machen diese nicht nur ansprechend, sondern eben wohlbekömmlich. Der AK ist die bunteste kommunistische Zeitung in der BRD und das ist gut so. Also Hände weg!

An den zentralen Themen wird ja wohl eh keiner rumschnibbeln. Und wehe jemand macht sich an die so wichtigen „Schwulen, Sexualität, Kinder"-Seiten oder gar die in letzter Zeit so prächtigen „Kultur"-Seiten heran. Auch die Verbannung aktueller Fragen der Strategie und Taktik in ein theoretisches Organ – oder die Leser-Diskussionen, oder zur internationalen kommunistischen Bewegung, oder gar die beliebten Erklärungen des LG – scheitert schon daran, daß im AK sowieso nur immer das Nötigste stand, das auch der breiten Leserschaft nicht vorenthalten werden darf. Nichts gegen z u s ä t z l i c h e Theorie und Diskussion – immer feste druff! Aber macht euch nichts vor, Genossen! Jeder Buchstabe, der dem AK e n t r i s s e n und „Unserem Weg" zugeführt werden soll, wird viel Schweiß kosten. Bleibt der Plan einer Antifa-Zeitung, eines Wiederbelebens der „Internationale". Wie wär's mit einer linken Frauenzeitung. M.E. kann der AK die Aufgabe, einen kontinuierlich umfassenden, linken Beitrag zur Frauenbewegung zu leisten, nicht erfüllen.

Alles in allem: 3-4 Themenbereiche ließen sich auf letztgenannte Art im Umfang halbieren. Doch unter 40 Seiten? Unter 40 Seiten – darauf nehm ich Wetten an – ist heute ein 14tägiger ARBEITERKAMPF, der diesen Namen verdient, nicht zu machen.

Ein Genosse aus Delmenhorst

• • •

Liebe Genossen! Ich schreibe euch als Abonnent, Ausgeflippter und noch immer Interessierter in Umfeld! Die Gründe, die ihr zum Verkaufsrückgang aufzählt (zu dick, gesellschaftliche Bedingungen) finde ich durchaus richtig, jedoch solltet ihr berücksichtigen, daß für das Umfeld des KB und große Teile der Linken gerade die Zuverlässigkeit und Umfassenheit der Informationen und Einschätzungen im AK zählen.

Eine Kürzung und teilweise Verlagerung auf Broschüren, UW und Internationale würde unweigerlich auf Kosten des politischen Bewußtseins gehen, da aus meiner Erfahrung UW, Internationale und Broschüren (ausgenommen Rebell) nicht sehr beliebt sind und der weitergehende Schritt selten getan wird.

Dieses Umfeld an Lesern (ich weiß nicht wie groß es ist) nützt zwar nicht im Kampf, beeinflußt aber trotzdem das Klima innerhalb der Linken. Außerdem würde dieses Absinken des Informationsstandes die Kluft zwischen Organisation und Umfeld noch mehr vergrößern (mit allen in der laufenden Diskussion geschilderten Folgen).

Bei einer von euch geplanten Straffung der Artikel würde der AK noch schwieriger zu lesen sein und so eine durchaus vorhandene Schwellenangst (AK ist zu hoch für mich, nur Fachgeschwafel etc.) noch verstärken. Ein besseres Ansprechen der Mehrheit wäre also nicht gewährleistet.

Was den angeblich so hohen Preis betrifft, so liest fast jeder politisch Interessierte, der auch den AK kaufen würde, den „Spiegel" oder „Stern". Beide Zeitungen sind teurer und von der Aktualität (von Quantität und Qualität sowieso nicht) kaum besser. Also wo sind 2 DM teuer? So was müßte doch jedem potenteillen Käufer oder Abonnenten zu verklickern sein. Deswegen glaube ich, sollte der AK in punkto Informationsmasse und Stil so bleiben.

Es ist zwar klar, daß einen 54 Seiten ziemlich erschlagen, dabei ist der AK aber sogar in der Organisation (jedenfalls früher) schon nach einer Woche zugunsten der Aktionen vergessen. Deswegen, falls es arbeitsmäßig drin ist, halbiert ihn und den Preis und bringt ihn wöchentlich raus.

Viel Glück
Lutz

• • •

Veränderung der AK-Konzeption
(Nach einem Protokoll der Gruppe Gesundheitswesen, Bremen)

Kritik am bisherigen AK:
a) die Antifa-Seiten sind zu ausführlich, die Berichte über kleinere Antifa-Aktionen sind nicht so interessant; es sollten nur die „großen Sachen" drinstehen. Dagegen wurde argumentiert, daß gerade auch Informationen über kleinere Aktionen der Neonazis und den antifaschistischen Protest notwendig sind, da solche Informationen in den bürgerlichen Zeitungen nicht zu finden sind, sie aber für eine realistische Einschätzung des politischen Klimas und des Ausmaßes neofaschistischer Tendenzen/Aktivitäten wichtig sind; es kam der Vorschlag, eine „Antifa-Zeitung" herauszugeben.
b) Die Berichterstattung über Prozesse (Grohnde, Antifa, RAF usw.) ist zu lang und ausführlich. Außerdem würde da sowieso immer das gleiche drinstehen. Dem wurde entgegengesetzt, daß die Art der Prozeßführung – gerade in diesen politisch brisanten Prozessen – Ausdruck des enormen Rechtsrucks, der Taktik der Bourgeoisie usw. sind und daher auf diese Berichte nicht verzichtet werden sollte. Allerdings, und dies stellt sich für jeden Bereich, wäre es zu überlegen, inwiefern stilistisch die Artikel kurz gehalten werden können.

Was auf keinen Fall aus dem AK ausgegliedert werden soll ist die Sparte aus der Westdeutschen Linken und theoretische Auseinandersetzungen. W.: Die Internationalismusartikel sollten so knapp wie möglich sein (nur das Aktuellste), da sich dafür sowieso nur Spezis interessieren; regelmäßige Herausgabe der Internationale wurde befürwortet. Wir haben beschlossen, diese Frage beim AK-Verkauf zu diskutieren und die Diskussion weiter in der Zelle zu führen, denn diese Frage müßte grundsätzlicher von der Frage „Aufgabe einer politischen Zeitung" her diskutiert werden.

• • •

Betrifft ‚Stalin'

Um die „Stalin-Frage" – also um die Bewertung der Phase des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion unter Führung Stalins – hat es in den letzten Monaten in der Linken, einschließlich des KB, wieder einmal lebhafte Diskussionen gegeben, die noch andauern.

Zwei oder drei Leserbriefe sind dazu bei uns eingetroffen, außerdem sammeln wir Material aus anderen linken Zeitungen. Wir wollen, wenn m e h r Material dazu vorliegt, im AK zum Thema Stellung nehmen. Also, Genossen Leserbrief-Schreiber, ihr seid nicht vergessen. Im Gegenteil: weitere Genossen und Genossinnen, die etwas zum Thema zu sagen haben, sollten das (auch) auf schriftlichem Weg an die AK-Redaktion tun.

AK-Redaktion

Bestellungen bei

Verlag J. Reents, Lerchenstr. 75, 2000 Hamburg 50
Telefon 040/43 53 06 oder 43 53 20

Portokosten gehen zu Lasten des Empfängers; pauschal sind bei Einzelbestellungen 0,40 DM mit zu überweisen auf unser Konto
Dresdner Bank Hamburg – BLZ 200 800 00 – Kto. 461 83 78
oder
Postscheckamt Hamburg – BLZ 200 100 20 – Kto. 2406 95-203
Bei Abnahme größerer Mengen durch Bürgerinitiativen, Buchläden etc. Rabatt nach Absprache.

Bücher und Broschüren

Aus Betrieb und Gewerkschaft

- O GEW: Kampf um innergewerkschaftliche Demokratie
  108 Seiten, A 5 — 3,50
- O Ernst Thälmann, Über Gewerkschaften
  120 Seiten, Paperback — 3,50

Kampf dem Faschismus

- O Droht ein neuer Faschismus?
  279 Seiten, Paperback — 9,50
- O Kampf dem Faschismus
  300 Seiten, Paperback — 11,00
- O Modell Deutschland – Berufsverbote
  September 76, 64 Seiten, A 5 — 2,50
- O 20 Jahre KPD-Verbot – Kampf dem Antikommunismus
  August 76, 54 Seiten, A 5 — 2,50
- O Die CDU war immer schon die Hauptpartei der Reaktion
  September 76, 40 Seiten, A 4 — 3,–

Kampf den Atomkraftwerken

- O Warum kämpfen wir gegen Atomkraftwerke?
  Brokdorf am 30. Okt. 76; 46 Seiten, A 4 — 2,–
- O Brokdorf ein Exempel – Zur Strategie und Taktik des Polizeieinsatzes; 87 Seiten, A 4 — 2,–
- O Verbot von Chemical Mace
  24 Seiten, A 4 — 1,50

SPD

- O Das „kleinere Übel", das zu immer größeren Übeln führt
  Oktober 76, 68 Seite, A 5 — 3,–

Westdeutsche Linke

- O Angola war nur der Anfang
  März 76, 28 Seiten, A 4 — 1,50
- O KBW am Scheideweg
  Oktober 75, 56 Seiten, A 4 — 3,–
- O Ist der Arbeiterbund noch zu retten?
  September 76, 64 Seiten, A 5 — 3,–

Internationales

- O Zum Nahost-Problem
  48 Seiten, A 4 — 2,–
- O Palästina – Interviews mit dem Widerstand
  Februar 74, 120 Seiten, A 4 — 6,–
- O Einige Grundfragen der afrikanischen Revolution
  Mai 76, 24 Seiten, A 4 — 1,50
- O Es lebe die afrikanische Revolution!
  Juni 76, 30 Seiten, A 4 — 2,–
- O S. Mutumbuka (ZANU): Schlacht um Zimbabwe
  Juli 76, 24 Seiten, A 4 — 2,50
- O MPLA: Vitoria Certa – Der Sieg ist gewiß
  September 75, 30 Seiten, A 4 — 1,–
- O Soldatenbewegung in Westeuropa
  Februar 76, 55 Seiten, A 4 — 1,–

O Soldatenbewegung in Westeuropa
Februar 76, 55 Seiten, A 4 1,–

Sozialismus

- O Zur Außenpolitik der VR China
  3. Auflage August 76, 58 Seiten, A 4 — 3,–
- O Die chinesische Kulturrevolution in Dokumenten
  Februar 74, 134 Seiten, A 4 — 8,–
- O Albanien – Ein Reisebericht
  Juli 76, 40 Seiten, A 5 — 2,–

Abonnement

ARBEITERKAMPF, Zeitung des Kommunistischen Bundes

- O Jahresabonnement (erscheint 14-tägig) — DM 47,50
- O Förderabo — DM 60,00
- O Bitte schickt mir ein Freiexemplar
- O Ich bestelle ältere Nummern zum Thema ....

REBELL, Jugendzeitung des Kommunistischen Bundes

- O Jahresabonnement (mindestens 8 Ausgaben) — DM 6,40
- O Förderabo — DM 8,00
- O Bitte schickt mir ein Freiexemplar
- O Ich bestelle ältere Nummern zum Thema ....

Lieferung erfolgt nur gegen Vorauskasse:

O PSchA Hamburg
BLZ 200 100 20
Kto. 24 05 95

O J. Reents, Dresdner Bank AG
Hamburg
BLZ 200 800 00
Kto. 45 18 37 8

Anschrift ....

....

....

Datum .... Unterschrift

Sehr wichtig für alle, die an der Debatte »Wie geht's weiter im KB?« teilnehmen [wollen]

MAO TSE TUNG "BAND V"



Diese Zusammenstellung bildet eine Ergänzung zu den in Pekinger Verlag erschienenen »Ausgewählten Werken Mao Tse-tungs«. Diese enthalten in den bisher erschienenen vier Bänden Reden und Schriften Mao's bis zur Gründung der Volksrepublik 1949. Ein daran anschließender fünfter Band ist inzwischen in der VR China in chinesischer Fassung in Druck, der aber wahrscheinlich erst den Zeitraum der 50er Jahre umfassen wird.

Für unsere Zusammenstellung haben wir die uns zugänglichen Einzeltexte, die seit 1949 im Pekinger Fremdsprachen-Verlag erschienen sind, zusammengezogen, außerdem zahlreiche Auszüge und Zitate, anhand der »Peking Rundschau«, Broschüren etc., jedoch **ausschließlich** aus chinesischen Originalquellen. Insofern unterscheidet sich diese Zusammenstellung grundsätzlich von sensationell aufgemachten Veröffentlichungen sogenannter »unbekannter Mao-Texte«.

Diese Zusammenstellung füllt unserer Meinung nach eine wesentliche Lücke, zumal es noch eine Weile dauern wird, bis sämtliche Texte Mao's aus der VR China in deutscher Übersetzung vorliegen werden – wobei noch zweifelhaft ist, ob nach dem Rechtsputsch vom Oktober letzten Jahres insbesondere die Texte zum Klassenkampf im Sozialismus und zur Kulturrevolution überhaupt vollständig und korrekt veröffentlicht werden sollen.

Erschien am 1.Mai 1977 DM 9,–

ARBEITERKAMPF Verlag J.Reents Lerchenstr.75, 2000 Hamburg 50

Rotbuch zum Rotwerden...

Rotbuch zu den Gewerkschaftsausschlüssen

mit Gutachten zum Russell-Tribunal

1973 wurden in den DGB-Gewerkschaften die sogenannten Unvereinbarkeitsbeschlüsse gefaßt, nach denen niemand, der einer kommunistischen Organisation angehört, oder deren Politik irgendwie unterstützt, gleichzeitig Gewerkschaftsmitglied sein kann. Auf dieser Grundlage wurde in den folgenden Jahren ein rigoroser Ausschlußterror praktiziert. Die Zahl der Ausgeschlossenen geht heute bereits in die Tausende – und es sind keineswegs nur Kommunisten, die dieser Vorstandwillkür zum Opfer fallen. Es hat sich erwiesen, daß die Unvereinbarkeitsbeschlüsse zu einem Instrument geworden sind, mit dessen Hilfe die Gewerkschaftsführung jegliche oppositionelle (d.h. der Politik der Klassenversöhnung entgegenstehende) Aktivität zu liquidieren versucht. Die Unvereinbarkeitsbeschlüsse sind dabei auch Bestandteil anderer in den letzten Jahren vollzogener Maßnahmen, die den Spielraum der innergewerkschaftlichen Demokratie zunehmend eingeschränkt haben und den Charakter der DGB-Gewerkschaften als sozialdemokratische Richtungsgewerkschaft (und das heißt heute auch: Regierungsgewerkschaft) absichern helfen.

Das von uns herausgegebene Buch gibt darüber eine ausführliche Analyse. Im Hauptteil werden über 100 ausgewählte „Fälle" aus dem Bereich der IGM, ÖTV, IG Chemie, IG DruPa, HBV und GEW (darunter mehrere Massenausschlüsse) umfassend beschrieben und dokumentiert.

Die Zeitschrift „DASDA" zu diesem Buch: „...Die abgedruckten Dokumente beweisen: innerhalb der Gewerkschaftsbewegung rollt eine wahre Säuberungswelle. Und man muß nicht gleich einer K-Gruppe angehören, um davon erfaßt zu werden...

Handbuch 654 Seiten DIN A 5 DM 22,–

BESCHLAGNAHMT, WIEDER FREIGEGEBEN !



Der Journalist Hendryk M. Broder in der „Frankfurter Rundschau" vom 15.8.1977 zu diesem Buch:

„...Die Justiz maßt sich wieder an, darüber zu bestimmen, wieweit Kritik an den gegenwärtigen Verhältnissen gehen darf und welche Stücke der Vergangenheit sie aussparen muß. Das sollte jeder bedenken, dem das Buch, um das es hier geht, selbst keinen Pro test wert ist.."

In der Bundesrepublik kam während der Fahndung nach den Schleyer-Entführern ein Apparat zum vollen Einsatz, der seit der Verabschiedung der Notstandsgesetze 1968 von der SPD/FDP-Koalition als „Reformprogramm Innere Sicherheit" planmäßig aufgebaut wurde:
Der Krisenstab den es dem Gesetz nach gar nicht geben darf, setzte – unter Berufung auf die Notlage – für zwei Monate die Demokratie außer Kraft. Die parlamentarische, juristische und öffentliche Kontrolle waren für diese Zeit ausge-





schaltet. Die Zusammenarbeit von Geheimdienst und Polizei wurde im Krisenstab definitiv angeordnet. Das Bundeskriminalamt wurde über Nacht zur Einsatzzentrale der gesamten Polizei – Polizei war nicht mehr Ländersache. Das Bundeskriminalamt setzte in Kooperation mit dem Bundeskanzleramt und dem Deutschen Presserat die Pressefreiheit faktisch außer Kraft und instrumentalisierte im Anschluß daran sämtliche Medien zur Fahndung. Polizeiliche Sonderkommandos, per se geheim und unkontrollierbar, standen an der Spitze der Fahndung.

Knapp zwei Monate lang herrschte in der BRD der „freiwillige Notstand" – ohne daß der Notstand entsprechend dem Grundgesetz ausgerufen worden wäre. In der Folge der Entführung gab es eine wahre Schwemme von Gesetzentwürfen, sogenannten „Anti-Terror-Paketen", mit deren Durchführung der „Notstand" alltäglich zu werden droht.
Der Vergleich mit der Struktur und Arbeitsweise des im Reichssicherheitshauptamt zentralisierten Terrorapparates des Faschismus zeigt einerseits, nach welchem Vorbild diese Aufrüstung vonstatten geht, zeigt andererseits, was die westdeutsche Bevölkerung in Zukunft noch erwarten kann...
Diese Analyse des Polizeiapparates stützt sich auf umfangreiche Dokumente.
Diese Dokumentation ist dem dritten Russell-Tribunal zur Untersuchung von Repression und Verletzung von Menschenrechten in der BRD als Anklagematerial (ergänzt durch weitere Dokumente) vorgelegt worden.

240 Seiten Format A 5 DM 14,–

Nazis gegen Schwule

Die nazistische »Hansa«—Bande baut Dreiergruppen auf, die konspirativ und unabhängig voneinander »arbeiten«. Am 21. Mai wurde solch eine Gruppe erkannt und festgenommen: Frank Heinrich Stubbemann (Student), Peter Teufert (»Wikingjugend«), Robert Marchi, zur Zeit seiner Festnahme Munitionswart bei einer Bundeswehreinheit. Der Ermittlungsrichter beim Bundesgerichtshof hat Haftbefehl erlassen (Teufert ist inzwischen wieder frei). Die drei *»sind dringend verdächtig, Sprengstoffanschläge auf die Büros linker Gruppierungen, Raubüberfälle auf die Kassiererin des Opernhauses der Stadt Kiel und auf den Geldboten eines Selbstbedienungsladens sowie Überfälle auf H o m o s e x u e l l e geplant zu haben«* (Extra-Dienst, 28.7.78).

• • •

Als „Lisbeth – Kieler Jugendzeitung" verteilten Nazis am 19. Juli in Kiel ein Drecksblatt, in dem u.a. gegen Homosexuelle gehetzt wird: „... *kann und darf die Masse diese Leute überhaupt tolerieren? Wenn einen jetzt schon das Unnormale auf der Straße anspricht (und Homos sind entwicklungsmäßig ,A u s s c h u ß', da es auch bei hartnäckigsten Versuchen keinen gleichgeschlechtlichen Nachwuchs geben kann), kommt es eines Tages noch so weit, daß Mörder und andere abartig veranlagte Menschen auf der Straße um Toleranz bitten, und das führt ... zu weit ... Sexuell Normale vereinigt Euch!!"*.

Kontaktadresse ist der berüchtigte Nazi-Buchladen „Sturmwind" in der jetzt harmlos und auch zeitgemäß auch unter dem Decknamen „Arbeitsgemeinschaft für angewandten Naturschutz" firmiert.

V ielleicht findet sich ein Homosexueller, der die Nazi-Hetzer verklagt? Man sollte den Nazis doch nichts schenken!

• • •

Die faschistische National Front (NF) in England bedroht neuerdings auch Schwulenbars: *»Wir sind von der National Front und wir kommen, um euch eure Scheißköpfe* [*fucking heads*] *einzuschlagen«*, hieß es am Telefon. Die Polizei fuhr daraufhin mit Streifenwagen vor zwei Schwulenbars in Windsor und Slough auf. Die Faschisten ließen sich nicht blicken.

Die CHE (Campaign for homosexual Equality) startete eine Umfrage an die Kandidaten zur Kommunalwahl. Ein Kandidat der NF antwortete sinngemäß: *»Als jemand mit gesundem Menschenverstand werde ich nicht die Homosexuellen unterstützen, sondern ihre Ausrottung vom Angesicht dieser Erde. Ich will von Eurer Sorte nicht gewählt werden«*.

Die britischen Schwulen setzen sich zur Wehr und beteiligen sich an breiten antifaschistischen Bündnissen: In London nahmen über 80.000 Menschen am Carnival-day-Zug teil, darunter die GAA (Gay Activists Alliance). Sie demonstrierten gegen die schwulenfeindlichen Aktivitäten der NF. In Leeds beteiligten sich die Schwulen an einer Anti-Rassisten-Demo von 2.000 Menschen. Außerdem nahmen teil die »Frauen gegen Rassismus und Faschismus«, die Leeds Anti-Nazi-Liga, die Labour Party, die KP Englands, die Kampagne gegen Jugendarbeitslosigkeit sowie christliche, jüdische und moslemische Gruppen. (Informationen aus »berliner schwulen zeitung«, Nr. 2 und 3/78).

Schwule Genossen der AG Sexualität KB-Gruppe Hamburg

Auch die Schwulen im Netz der Bespitzelung

In der Homosexuellen-Zeitschrift „Du und Ich" ist in der Juli-Nummer folgender Leserbrief eines „Polizeibeamten XY aus Düsseldorf" abgedruckt:

„Ich bin Polizeibeamter in Düsseldorf und weiß aufgrund meiner Erfahrungen, daß in allen deutschen Großstädten jeder Homosexuelle oder als Homo Verdächtigte polizeilich registriert wird. Bei uns in Düsseldorf – und in Köln ist es genauso – haben wir strikte Order, die Personalien von Personen, die sich an einschlägigen Treffpunkten aufhalten, oder von denen man aufgrund ihres Gebarens annehmen kann, sie seien homosexuell veranlagt, zu notieren. Die Frage, warum man nur die Homosexuellen, nicht aber auch die Hetero- und Bisexuellen in ein amtliches Register einträgt, konnte mir bis jetzt niemand beantworten. Vielleicht müßten sich die Homosexuellen einmal selber durch eine Verfassungsbeschwerde gegen die offensichtliche Diskriminierung zur Wehr setzen. Bitte, veröffentlichen Sie meinen Namen unter keinen Umständen, weil ich sonst mit meiner fristlosen Entlassung rechnen müßte."

Was die Landesregierung meint

Was die Landesregierung meint

Damit haben wir es also schwarz auf weiß: Die „Rosa Karteien" gegen Schwule existieren nach wie vor, auch nach der Änderung des § 175. Die nordrhein-westfälische Landesregierung hingegen versucht, einen anderen Eindruck zu erwecken. Eine Anfrage der SPD-Landtagsabgeordneten Maria Jamme, die sich erkundigte, *„ob das Düsseldorfer Landesamt für Verfassungsschutz Daten über Homosexuelle sammelt"* („FR", 22.7.78), beantwortete die Landesregierung folgendermaßen: **„Bei der Überprüfung von Bewerbern für lebens- oder verteidigungswichtige Bereiche sowie von Bewerbern für Posten mit Zugang zu Geheimnissen teilt der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz auch ‚Erkenntnisse' über sogenanntes abweichendes Sexualverhalten eines Bewerbers mit, jedoch nur, insofern dieses Verhalten nach geltendem Recht strafbar ist... sollten damit Ansatzpunkte für Erpressungen durch gegnerische Nachrichtendienste ausgeschlossen werden... Weder 1977 noch früher habe es nach Kenntnis der Landesregierung eine Mitteilung über die Homosexualität eines Bewerbers gegeben"** („FR", 4.8.78).

Die Landesregierung von NRW dementiert also etwas, wonach nicht gefragt wurde: Sie dementiert die **Weitergabe**, gefragt wurde nach der „**Sammlung** von Daten". Die Weitergabe von Daten – auch nur über einen beschränkten Personenkreis – setzt allerdings deren Sammlung voraus. Und da ja nun mal nicht abzusehen ist, wer sich für einen „geheimhaltungsbedürftigen" oder „sicherheitsempfindlichen" Bereich je bewirbt, muß man schließen, daß der Verfassungsschutz Daten a l l e r Betroffenen sammelt, um sie irgendwann einmal bei Bedarf mitteilen zu können. Bleibt noch die Behauptung der Landesregierung, daß es sich „nur" um die Mitteilung strafrechtlicher Tatbestände handele. Und treuherzig behauptet dieses SPD/FDP-Kabinett, eine „Mitteilung über die Homosexualität eines Bewerbers" habe es „nach Kenntnis der Landesregierung" nicht gegeben. – Aber auch hier ist ja nur von der „**Mitteilung**" die Rede. Die **Sammlung** von Daten zur Homosexualität wurde nicht dementiert!

Die alltägliche Schwulenunterdrückung

Bei Licht betrachtet widersprechen sich also Polizeibeamter XY und Landesregierung nicht. Das zeigt auch die Praxis der alltäglichen Schwulenhatz:

Ein Schwuler wird in Düsseldorf von einem Zivilbullen auf der öffentlichen Toilette in eindeutiger Weise angemacht, um dann sozusagen in flagranti überführt zu werden (vergleiche Bericht in AK 130 „Zivilbullen auf Schwulenjagd").

– *1971 bestätigte ein Krimineller aus unseren Kreisen mir und einigen Freunden, daß ihm für einige Delikte Straffreiheit gewährt wurde, er aber dafür der Kripo in gewissen Zeitabständen Personennamen nennen mußte, die er in einschlägigen Kreisen (in Lokalen, auf Parties) sammelte. Er versicherte, nicht der einzige zu sein, der Datenlieferant für die Schwulenkartei sei"* (Ein Mitglied der HIB in „rosa" 8/77).

zu sein, der Datenlieferant für die Schwulenkartei sei" (Ein Mitglied der HIB in „rosa" 8/77).

– *„Wie mir ‚gewöhnlich gut unterrichtete Kreise' erzählten, geschah Mitte Februar frühmorgens folgendes vor dem Bremer Hauptbahnhof: Ein junger Typ spricht einen Stricher an und die beiden werden einig... Die beiden gehen zunächst zu einem Imbißstand, wo zwei Männer in Zivil auf sie zutreten, ihre Polizeidienstmarken zücken und Auskunft verlangen, was die beiden vorhätten. Daraufhin gibt sich der jüngere Typ durch seine Dienstmarke als ‚Kollege' der beiden Polizisten in Zivil zu erkennen. Dieses Trio versucht nun, von dem Stricher die Namen sämtlicher Schwuler, die ihm bekannt sind, zu erfahren. Der Stricher hat ihnen allerdings nichts gesagt. So'n Pech!"* (–ja– in der „rosa" 8/77).

„Schonzeit für Homoszene vorbei"

„Erpressungen durch gegnerische Nachrichtendienste" will man angeblich ausschließen, behauptet die Landesregierung. Was meinen der Chef der Duisburger Mordkommission Kalitschke und Staatsanwalt Irrlich dazu? Die „Westdeutsche Allgemeine Zeitung" berichtete am 19.4.78 über einen Mordfall an dem Homosexuellen Herbert E. in Duisburg. Überschrift des Artikels: **„Mit Diskretion kommen wir hier nicht weiter. Schonzeit für homosexuelle Kreise zu Ende - Unruhe unvermeidlich"**. Kalitschke: *„Ab sofort lassen wir bei unseren Ermittlungen in diesen Kreisen jede Diskretion außer acht"*. Staatsanwalt Irrlich meinte, sechs Hinweise aus der „Homo-Szene" seien *„ein außerordentlich schlechtes Ergebnis. Deshalb wird die Schonzeit jetzt abgeschlossen. Erhebliche Unruhe in diesen Kreisen läßt sich jetzt nicht mehr vermeiden"*.

Es geht also darum, systematisch und bei jeder sich bietenden Gelegenheit Namen von Schwulen zu sammeln, sowie Spitzel aus „Homo-Kreisen" per Erpressung und Nötigung für Polizei und Verfassungsschutz anzuwerben.

In diese Richtung weist auch ein Leserbrief in der Mai-Ausgabe von „Du und Ich". Dort beteuert ein „Kriminaloberkommissar im Sittendezernat", Herr Elmar V. aus W., sich *„doch gegen die Verleumdungen der sogenannten ‚Knabenverführer' entschieden zur Wehr (zu setzen). Da wird der Kripo vorgeworfen, man würde Geständnisse erpressen, Telefonate abhören, Spione einsetzen – lauter Lügen. Wenn ein Angeklagter sich uns gegenüber korrekt und loyal benimmt und uns nicht an der Nase herumführt, dann wird er von uns entgegenkommend, korrekt und fair behandelt"*. Nun, Herr Elmar V., Hand aufs Herz, was heißt es, sich Ihnen gegenüber „korrekt und loyal" zu verhalten? Heißt das nicht: Nun packen Sie doch mal aus, dann wird das Ganze auch nicht so schlimm für Sie ...?

„Rosa Karteien" – aus Tradition

Der Stein zu der Anfrage an die Landesregierung NRW war ins Rollen gekommen durch eine Initiative der Essener Schwulengruppe „Rage". Die „Rage" geht davon aus, **„daß in allen**

gekommen durch eine Initiative der Essener Schwulengruppe „Rage". Die „Rage" geht davon aus, **„daß in allen**

Bundesländern auf diese rechtswidrige Weise Namen und Adressen für eine gigantische ‚Schwulenkartei' gesammelt werden, die im großen Nadis-Computer jederzeit abrufbereit gehalten wird und sowohl von der freien Wirtschaft wie vom öffentlichen Dienst genutzt wird".

Schwulen-Kartei, das ist eine ungebrochene deutsche Tradition: Anfang des 20. Jahrhunderts begann es mit der *„berühmten Kartei des Berliner Kriminalinspektors Meerscheidt-Hüllessen, die die Homosexuellen der ersten Gesellschaftskreise erfaßte und im Eulenburg-Prozeß eine Rolle spielte"* (Schweder, Die großen Kriminalprozesse des Jahrhunderts, S. 137).

Das „Jahrbuch Amt V des Reichssicherheitshauptamtes" 1939/40 S. 15 und 16 gibt an, wegen *„Päderastie zur Zeit 33.000 Personen bei der Reichszentrale erfaßt"* zu haben. Hierbei sei zu berücksichtigen, *„daß nicht jede homosexuelle Betätigung, die bekannt wurde, karteimäßig erfaßt"* sei.

Und auch nach 1945 wurden Schwule weiterhin registriert. 1969 schrieb Staatsanwalt Rolf Wimmer, Mannheim, in der Zeitschrift „Kriminalistik, Zeitschrift für die gesamte kriminalistische Wissenschaft und Praxis": **„ Wenn auch der § 175 StGB möglicherweise abgeschafft wird, so wäre doch zu erwägen, ob nicht im Interesse der Allgemeinheit, insbesondere der männlichen J ugend, eine gewisse polizeiliche Registrierung und Überwachung des betreffenden Personenkreises beibehalten(!) werden sollte"**.

Ein Artikel in der Broschüre „Schwule gegen Unterdrückung und Faschismus" endet mit der Frage: *„Wozu kann das gut sein, daß Schwule registriert werden? Das hängt von der Zukunft unseres Staates und unserer Gesellschaft ab. Im Hitler-Faschismus wurden die Schwulen aus der Kartei ins KZ gesteckt und elendig umgebracht"*.

Schwule Genossen der AG Sexualität K B/Gruppe Hamburg